

Streiflichter aus
50 Jahren
Vereinigung
der
Verfolgten
des
Naziregimes
in
Nordrhein-Westfalen



**Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz,
an dieser Stätte des faschistischen Grauens:
Wir stellen den Kampf erst ein,
wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern steht!
Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.
Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.
Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.**
(Aus dem Schwur von Buchenwald, 19. April 1945)

Vor fünfzig Jahren, im Oktober 1945, wurde im Land Nordrhein-Westfalen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) gegründet.

Ein Anlass zurückzublicken, sich zu erinnern und, wenn auch nur in kleinen Ausschnitten, nachzuverfolgen, wie die VVN in diesen Jahren gewirkt hat.

Diese Broschüre bringt Streiflichter über die Arbeit der VVN, Informationen, Erinnerungen an Menschen, die auf keinen Fall in Vergessenheit geraten dürfen. Natürlich erhebt die Schrift keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Manfred Demmer hat Quellenforschung gemacht, Dokumente ausgegraben, fast vergessene aber auch bekannte Perioden der Arbeit festgehalten und geschildert.

Peter Baumöller hat Episoden herausgegriffen, Aktionen wieder in Erinnerung gerufen die von der VVN eingeleitet oder im Bündnis demokratischer Kräfte mitgetragen wurden.

Günter Judick hat der Broschüre einen Zeitspiegel beigegeben der erleichtern soll, die jeweilige Situation, den politischen Hintergrund zu sehen und zu verstehen.

Diesen Kameraden und all denen, die an der Entstehung der Broschüre mitgearbeitet haben, sei gedankt.

Vorwort

55 Jahre seit Entstehung der VVN in Nordrhein-Westfalen.

Diese Jahre beinhalten Höhen und Tiefen, Erfolge und auch Rückschläge. Unsere Organisation hat in dieser Zeit auch Fehler gemacht. Mit Manchem in unserer Arbeit sind wir nicht zufrieden.

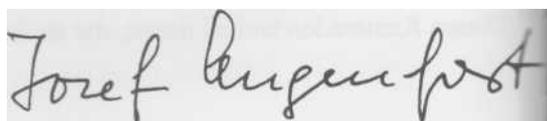
Und trotzdem haben wir Grund, mit Stolz auf unser Wirken zurückzublicken. Unsere Organisation ist ein politischer Faktor. Sie gibt Anstöße für die Verteidigung von Frieden und Demokratie. Sie leistet Beiträge zur internationalen Solidarität. Sie arbeitet dafür, dass die Opfer des Faschismus - wer es auch sei - nicht vergessen werden. Sie setzt allen Versuchen die Geschichte zu fälschen, die Verbrechen des Faschismus zu verharmlosen, Widerstand entgegen. Sie tritt gegen das Vergessen ein, weil nur so neue Gefahren erkannt und abgewendet werden können, die sich aus autoritären Tendenzen und den Versuchern wieder eine Großmachtpolitik zu betreiben, ergebe.

Unsere Organisation hat immer wieder Neofaschismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit gebrandmarkt. Wir haben dafür gearbeitet, dass der Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland

„DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR“

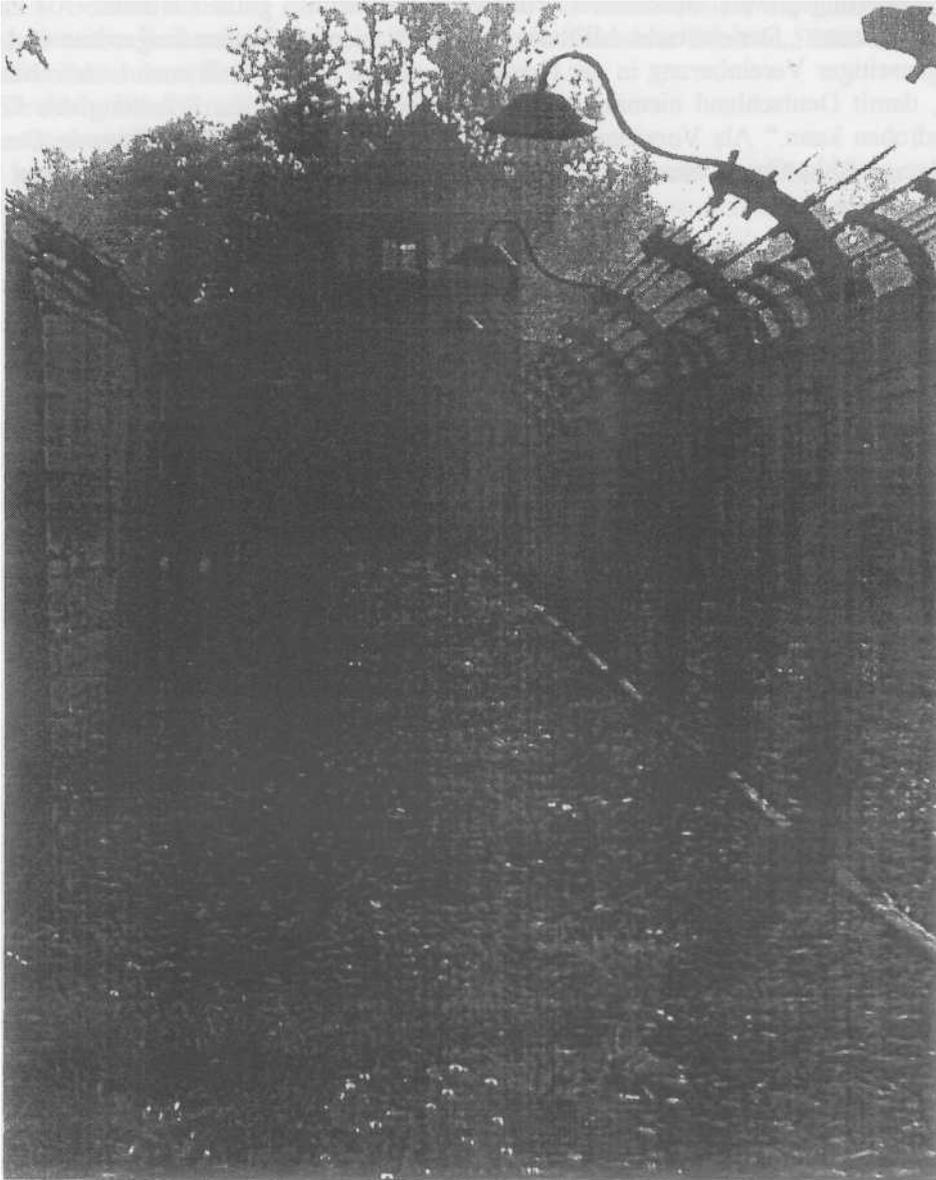
nicht zu einer Phrase wird. Unsere Organisation verteidigt die Menschenwürde. Wir vertreten den Standpunkt, dass zur Menschenwürde unabdingbar gehört: Arbeit, eine bezahlbare Wohnung, das Recht auf Zugang zur Bildung zu haben - eben die sozialen Menschenrechte.

All das gehört zum Vermächtnis, das diejenigen, die dem Faschismus Widerstand entgegengesetzt haben, unserer Organisation übertragen haben. Wir sehen unsere Aufgabe darin, dieses Vermächtnis weiterzutragen.



Josef Angenfort
Landesvorsitzender

Der Todesstreifen von Auschwitz



1945

19. April: Schwur von Buchenwald. Nach der Selbstbefreiung des Lagers am 11. April 1945 treten die Überlebenden - etwa 20.000 Häftlinge - am 19.4. auf dem Appellplatz des KZ Buchenwald an und leisten im Namen ihrer 51.000 ermordeten Kameraden den Schwur:

„DIE VERNICHTUNG DES NAZISMUS MIT SEINEN WURZELN IST UNSERE LOSUNG. DER AUFBAU EINER NEUEN WELT DES FRIEDENS IST UNSER ZIEL.“

8. Mai: Bedingungslose Kapitulation Hitler Deutschlands.

17. Juli bis 2. August: Potsdamer Konferenz. Entsprechend vorhergehender Absprachen legen die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition die Ziele der gemeinsamen Besatzungspolitik gegenüber Deutschland fest. Der alliierte Kontrollrat, bestehend aus den Oberkommandierenden der Besatzungstreitkräfte in Deutschland übernimmt die Regierungsgewalt. Beschlüsse können nur einstimmig gefasst werden. Als Ziel der Besatzungspolitik wird genannt: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“ Als Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland verlangt das Potsdamer Abkommen eine konsequente Entnazifizierung und Entmilitarisierung und die Entmachtung der Monopole.

Juni - Dezember: Zulassung antifaschistisch demokratischer Parteien. Zuerst werden am 10. Juni in der sowjetischen Besatzungszone Parteien erlaubt, in den westlichen Zonen erfolgt ihre Lizenzierung zunächst nur auf unteren Ebenen bis Ende 1945.

6. und 9. August: Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki.

12. September: Die Finanzabteilung der US Militärregierung (O.M.G.U.S.) schreibt in einem Bericht über die Rolle der IG Farben: „Ohne die riesigen Produktionsstätten der IG Farben, ohne ihre weitgespannte Forschung, ohne ihre reiche technische Erfahrung und ohne die wirtschaftliche Macht, die in ihren Händen konzentriert war, wäre Deutschland nicht in der Lage gewesen, im September 1939 seinen Angriffskrieg zu beginnen.“

21. November: Beginn des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher. In Berlin wird das Verfahren mit der Vorlage der Anklageschrift eröffnet. Der Prozess gegen 24 Hauptkriegsverbrecher wird vor dem Alliierten Gerichtshof in Nürnberg fortgesetzt.

1946

12. Januar: Kontrollratsdirektive Nr. 4: Sie ordnet die Entfernung von Nationalsozialisten und Militaristen aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen, einschließlich privater Unternehmungen an. Schon vorher ist in drei Direktiven die Aufhebung aller Nazigesetze, die Auflösung der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen und der Nazi-Wehrmacht beschlossen worden.

30. Juni: Volksentscheid in Sachsen. 77,6% der Wähler stimmen für die entschädigungslose Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher.

20. bis 22. Juli: Eine interzonale Konferenz von Vertretern der Verfolgten Gruppen ruft auf - auf Grundlage eines gemeinsamen Programms - eine selbstständige, überparteiliche Organisation der Verfolgten zu schaffen.

23. August: Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Auf Anordnung der britischen Militärregierung wird aus dem britisch besetzten Teil der früheren preußischen Rheinprovinz und der Provinz Westfalen das neue Land NRW geschaffen, dem später auch das Land Lippe zugeordnet wird. Der Regierung unter Ministerpräsident **Amelunxen** gehören Minister des Zentrums, der SPD, der KPD, der FDP und Parteilose an.

6. September: **Byrnes** Rede in Stuttgart. Der amerikanische Außenminister **Byrnes** macht in seiner Stuttgarter Rede die Abkehr der USA vom Potsdamer Abkommen sichtbar. Sie kennzeichnet den Übergang zum Kalten Krieg auch in der Deutschlandpolitik.

1. Oktober: Urteil im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. 12 Angeklagte werden zum Tode verurteilt, drei (v. Papen, Schacht und Fritzsche) werden freigesprochen, die anderen erhalten Haftstrafen zwischen 10 Jahren und lebenslänglich. NSDAP, Gestapo und die SS-Verbände werden zu verbrecherischen Organisationen erklärt.

26. Oktober

GRÜNDUNG DER VVN NORDRHEIN-WESTFALEN IN DÜSSELDORF.

1. Dezember: Volksabstimmung in Hessen. 72% der hessischen Wähler stimmen in einer gesonderten Abstimmung für den Artikel 41 der hessischen Verfassung, der die Überführung der Grundstoffindustrie in

Gemeineigentum und die Staatsaufsicht für Banken vorsieht. Die US Militärregierung verweigert trotz dieser eindeutigen Willensäußerung die Zustimmung zu diesem Verfassungsartikel.

2. Dezember: Bildung der Bizone. Mit der Vereinigung der britischen und der amerikanischen Zone, bei gleichzeitiger Verweigerung aller Schritte zur Schaffung gesamtdeutscher Verwaltungen, wie sie das Potsdamer Abkommen vorsah, beginnt die separate Entwicklung eines zentralen Staatsapparates für die westlichen Zonen.

1947

15. bis 17. März: Auf einer interzonalen Konferenz der bestehenden Verfolgten Organisationen aller deutschen Länder in Frankfurt/Main, wird die Gründung der VVN und die Schaffung eines gesamtdeutschen Rates der VVN beschlossen.

März: O.M.G.U.S. Bericht zur Rolle der Deutschen Bank. Der Sonderbericht der Finanzabteilung der US- Militärregierung über die Rolle der Deutschen Bank und der Dresdner Bank in Hitler-Diktatur und Krieg wird vorgelegt. Der Bericht empfiehlt:

- Die Deutsche Bank wird liquidiert.
- ihre verantwortlichen Mitarbeiter werden vor Gericht gestellt.
- Die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank werden von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im politischen und wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen.

17./18. März: Interzonale Konferenz der VVN mit 1.000 Delegierten der politisch, rassistisch und religiös Verfolgten des Naziregimes in München.

20. April: Erste Landtagswahl in NRW. Bei der ersten Landtagswahl wird die CDU mit 92 Mandaten stärkste Partei, die SPD erhält 64, die KPD 28, das Zentrum 20 und die FDP 12 Mandate. Der Regierung **Arnold** (CDU) gehören Minister der SPD, der KPD und des Zentrums an. Die Regierungserklärung verlangt die Überführung des Bergbaus und der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum, wobei Kriegs- und Naziverbrecher entschädigungslos enteignet werden sollen.

5. Juni: Verkündung des Marshallplans. Der als Hilfsprogramm für den Wiederaufbau verkündete Plan bedeutet zugleich die Absage an alle Formen des Gemeineigentums und ist zur Stabilisierung der alten Besitz- und Machtverhältnisse gedacht.

13. September: VVN-Konferenz in Berlin wendet sich gegen die drohende Spaltung Deutschlands und fordert den festen Zusammenschluss aller Antifaschisten.

24. Dezember: **Flick** als Kriegsverbrecher verurteilt. Das US Kriegsverbrechertribunal verurteilt **Friedrich Flick** wegen des Einsatzes von Zwangsarbeitern, dem Raub von Fabriken und wegen Zugehörigkeit zum Freundeskreis des Reichsführers SS, Himmler, zu sieben Jahren Gefängnis.

1948

7. Februar: Entlassung der KPD Minister in NRW. Wegen Kritik der KPD an den Plänen zur Schaffung eines westdeutschen Staates werden die KPD Mitglieder der Landesregierung, **Hugo Paul** und **Heinz Renner**, von Ministerpräsident **Arnold** entlassen.

23. Februar: Londoner Empfehlungen zur Bildung eines westdeutschen Staates. Nachdem im Dezember 1947 eine Außenministerkonferenz der vier Mächte zur Vorbereitung eines Friedensvertrages und der Bildung einer deutschen Regierung gescheitert ist, finden in London im Februar, März und April/Juni 1948 Außenministerkonferenzen unter Teilnahme der USA, Englands, Frankreichs und der BENELUX-Staaten statt, auf denen unter Bruch des Potsdamer Abkommens die Bildung eines deutschen Staates aus den drei westlichen Zonen beschlossen wird. Nach sowjetischen Protesten gegen diese Pläne beendet der Kontrollrat im März seine Tätigkeit.

8./9. Mai: 1. Zonenkonferenz der VVN der britischen Zone in Hamburg. Die SPD erklärt die Mitgliedschaft in der VVN unvereinbar mit der SPD Mitgliedschaft. Wenig später verlangt auch die CDU den Austritt ihrer Mitglieder. Die Spaltung der einheitlichen Organisation der Verfolgten beginnt.

29. Mai

DIE VVN WIRD IN DIE INTERNATIONALE FÖDERATION DER EHEMALIGEN POLITISCHEN HÄFTLINGE (FIAPP) AUFGENOMMEN.

20. Juni: Währungsreform für die drei Westzonen. Sie bedeutet die völlige wirtschaftliche Spaltung Deutschlands. Ihre Ausdehnung auf die Berliner Westsektoren löst die Berlin Krise mit der Sperrung der Verkehrswege nach Westberlin und die Spaltung der Stadt aus. Der Kalte Krieg in Deutschland erlebt seinen ersten Höhepunkt.

6. August: Der Landtag von Nordrhein-Westfalen beschließt mit den Stimmen von SPD, KPD und Zentrum, bei Stimmenthaltung der CDU und gegen die Stimmen der FDP, die Überführung des Kohlebergbaus in das Eigentum des Landes NRW. Die britische Militärregierung verweigert die Zustimmung.

1. September: Zusammenarbeit des Parlamentarischen Rates. Der auf Anordnung der westlichen Besatzungsmächten von den westdeutschen Landesparlamenten gewählte Parlamentarische Rat

beginnt mit der Diskussion und Beschlussfassung für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

1949

8. April: In einem Dreimächteabkommen USA, England und Frankreich wird die Bildung der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

8. Mai: Der Parlamentarische Rat beschließt mit 53 gegen 12 Stimmen das Grundgesetz. CSU und KPD Abgeordnete verweigern aus entgegengesetzten Gründen ihre Zustimmung.

23. Mai: Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland, nachdem die Landtage dem Grundgesetz zugestimmt haben.

14. August: Wahl zum 1. Bundestag. Die CDU wird stärkste Partei. Der Bundestag wählt **Konrad Adenauer** mit einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler.

7. Oktober: Bildung der DDR. Der aus allgemeinen Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone im Mai 1949 hervorgegangene Deutsche Volksrat (Wahlergebnis 66,1% bei 33,9% Nein Stimmen) erklärt sich zur provisorischen Volkskammer der DDR und wählt **Wilhelm Pieck** zum Präsidenten. Die DDR versteht sich als antifaschistisch demokratischer Staat.

22./23. Oktober: Ratstagung der VVN in München. Sie beschließt, dass die VVN am Ziel der Einheit Deutschlands festhält. Das westdeutsche Büro des Rates wird nach Frankfurt/Main verlegt.

3. Dezember: In einem Interview mit der US-Zeitung „The Plain Dealer“ kündigt **Adenauer** seine Bereitschaft an, ein westdeutsches Militärkontingent aufzustellen. Im Bundestag deshalb von der KPD Fraktion zur Rede gestellt, leugnet er diese Absichten.

1950

13. März: Stockholmer Appell zur Ächtung der Atomwaffen. Der ständige Ausschuss des Weltfriedenskongresses fordert alle Menschen auf, durch ihre Unterschrift eine Ächtung aller Atomwaffen zu verlangen. Den westdeutschen Delegierten wurde die Ausreise verweigert. Trotz Gegenaktionen unterschreiben auch in der Bundesrepublik einige Millionen Bürger den Appell.

15. Juni: Landtagswahlen in NRW. Die CDU erhält 93, die SPD 68, die FDP 26, das Zentrum 16 und die KPD 12 Mandate.

25. Juni: Beginn des Korea Krieges, der bis Mitte 1953 dauert.

29. August: In einem Geheimmemorandum: **Adenauers** an den US Hochkommissar **McCloy** fordert er die Aufstellung deutscher Militäreinheiten unter europäischem Kommando. Das Bekanntwerden dieses Memorandums löst eine Regierungskrise aus. **Dr. Gustav Heinemann**, Mitbegründer der CDU und Innenminister, tritt aus Protest zurück.

19. September: Berufsverbotsverbot **Adenauers** gegen VVN. In einem Dekret der Bundesregierung wird angeordnet, dass Mitglieder der KPD, der VVN, der FDJ und zahlreicher anderer oppositioneller Organisationen aus dem Staatsdienst zu entfernen sind.

1951

6. Januar: Der DGB Vorstand beschließt Jedwede Remilitarisierung in Deutschland abzulehnen.“

28. Januar: Eine Friedenskonferenz in Essen fordert die Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung.

29. März: Die ehemaligen Hitler Generale **Speidel** und **Heusinger** arbeiten einen Zeitplan für die Aufstellung von 12 deutschen Divisionen aus.

14./15. April: Kongress der Widerstandskämpfer. Auf Initiative der VVN findet in Gelsenkirchen ein „Deutscher Kongress der Widerstandskämpfer, Opfer des Faschismus und Krieges“ statt. In seinem Manifest sprechen sich die Teilnehmer gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages aus.

24. April: Die Regierung Adenauer verbietet die Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung.

Ab Juni: Durchführung der Volksbefragung trotz Verbot. Die Volksabstimmung wird von einem überparteilich besetzten Hauptausschuss für die Volksbefragung organisiert. Mehr als 6 Millionen Bürger beteiligen sich trotz Verbot und Verfolgung. Auf die Frage: Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages noch im Jahr 1951? antworteten 94,4% mit ja.

Juli

GRÜNDUNG DER INTERNATIONALEN FÖDERATION DER WIDERSTANDSKÄMPFER (FIR) IN WIEN.

11. Juli: Blitzgesetz beschlossen. Mit dem ersten Strafrechtsänderungsgesetz wird ein neues politisches Strafrecht und eine politische Sonderjustiz gegen Oppositionelle, vor allem gegen konsequente Gegner der Remilitarisierung geschaffen. Unklare, dehnbare Bestimmungen über

„Verfassungsfeindlichkeit“ ermöglichen die Kriminalisierung politischer Gegner. Auf der Grundlage dieser Gesetze werden in der Folgezeit hunderttausende Ermittlungen und zehntausende von Verfahren durchgeführt.

26. Juli: Die Bundesregierung verbietet den Rat der VVN. Wenige Tage später wird das Büro in Frankfurt/Main geschlossen. Die Landesregierungen werden aufgefordert, die VVN aufzulösen, was jedoch nur in Rheinland-Pfalz und in Hamburg befolgt wurde.

4. Oktober: Der zweite DGB Kongress wendet sich erneut gegen die Remilitarisierung, die die internationale Entspannung und die Möglichkeit der Wiedervereinigung ernsthaft gefährde.

16. November: **Die Bundesregierung beantragt beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der KPD.**

1952

13. Januar: VVN Kongress in Krefeld Eine Delegiertenkonferenz der VVN für das Gebiet der Bundesrepublik wählt eine zentrale Leitung der VVN. Präsident wird **Dr. Marcel Frenkel**.

10. März: „Stalin Note“ zum Friedensvertrag mit Deutschland. Die UdSSR-Regierung legt ein Entwurf für den Friedensvertrag vor, der die Wiederherstellung Deutschlands als einheitlicher Staat, Abzug aller Besatzungstruppen, Wahlen nach Vertragsabschluss und das Recht eigener Streitkräfte enthält. Deutschland soll sich an keinem Militärbündnis beteiligen, das sich gegen einen der Kriegsgegner richtet. Der Vorschlag findet große Beachtung, wird jedoch von **Adenauer** strikt abgelehnt. Noch Jahre später werfen Kritiker aus SPD und FDP **Adenauer** vor, die große Chance verpasst zu haben.

11. Mai: Während einer von verschiedenen Persönlichkeiten und Organisationen nach Essen einberufenen „Friedenskarawane“, die erst Stunden vor Beginn verboten wird, wird der junge Münchener **Philipp Müller** von der Polizei erschossen.

26. Mai: Unterzeichnung des Generalvertrages zwischen der Bundesrepublik, England, Frankreich und der USA. Er vergrößert die Rechte der Bundesrepublik, soll aber vor allem den Weg zum Abschluss eines Vertrages über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) öffnen. Der EVG-Vertrag sieht die Aufstellung deutscher Divisionen unter europäischem Kommando vor; er wird trotz großem Widerstand 1954 vom Bundestag ratifiziert, scheidet allerdings an der Mehrheit der französischen Nationalversammlung

1953

16./17. Mai: Zweite westdeutsche Delegiertenkonferenz der VVN in DORTMUND unterstreicht den Einsatz der VVN gegen den Generalvertrag und den EVG-Vertrag.

6. September: Bundestagswahl gibt der CDU die absolute Mehrheit. Auf der Woge des nach den DDR Ereignissen am 17. Juni hochgehenden Antikommunismus und eines verschlechterten Wahlrechts, erreicht die CDU mit 45% der Stimmen die absolute Mehrheit im Bundestag. Antikommunismus und wirtschaftlicher Aufschwung erweisen sich im Wählerverhalten wichtiger, als die weiter bestehende Stimmung gegen die Remilitarisierung.

8. September: Wahlsieger Adenauer erklärt: „Wir sprechen immer von Wiedervereinigung. Sollten wir nicht lieber sagen: Befreiung des Ostens.“

1954

Januar: Beginn von Aktionen der VVN gegen die Zusammenrottung von SS-Traditionsverbänden.

27. Juni: Landtagswahlen in NRW. Die Regierungsparteien CDU und FDP verlieren Mandate, bilden aber weiterhin die Regierung. Die KPD scheidet mit 3,8% an der Sperrklausel.

4. bis 9. Oktober: Der 3. ordentliche DGB-Kongress unterstreicht die Ablehnung jeglichen Wehrbeitrags durch die Gewerkschaften.

23. Oktober: Unterzeichnung der Pariser Verträge. Nach dem Scheitern der EVG am französischen Widerstand erfolgt durch die Pariser Verträge die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO. Zugleich bestätigen die Vertragspartner das „Alleinvertretungsrecht der BRD“ für Deutschland zu sprechen.

1955

29. Januar: Paulskirchenbewegung gegen die Pariser Verträge. Mit einem „Deutschen Manifest“ wankt sich die Paulskirchenbewegung gegen die Wiederaufrüstung. Zu den Initiatoren gehören unter anderen **Gustav Heinemann**, **Renate Riemeck**, und der SPD Vorsitzende **Erich Ollenhauer**.

27. Februar: Der Bundestag ratifiziert mit den Stimmen der Regierungsparteien die Pariser Verträge.

25. Mai: Ein Verwaltungsgericht in Regensburg stellt fest, die VVN sei in Bayern weder verfassungsfeindlich, noch verboten. In Rheinland-Pfalz und Hamburg bleibt es beim Verbot, in NRW gibt es Behinderungen durch die Polizei.

9. Juli: Neun Atomwissenschaftler, darunter **Otto Hahn, Werner Heisenberg** und **Max Born**, warnen zusammen mit **Bertrand Russell** und **Albert Einstein** vor der Gefahr eines Atomkrieges.

1956

20. Februar: Sturz der Regierung **Arnold** in NRW. Durch ein konstruktives Misstrauensvotum von SPD und FDP wird Ministerpräsident **Arnold** (CDU) abgewählt. Unter Ministerpräsident **Fritz Steinhoff** (SPD) entsteht eine SPD/FDP Regierung. Drei Tage später spaltet sich auch die FDP Fraktion des Bundestages Ihre Mehrheit unter **Thomas Dehler** kündigt die Koalition mit der CDU.

29. Juni: Der Bundestag beschließt das Gesetz zur Wiedergutmachung und Entschädigung der Opfer des Naziregimes. In der Präambel des Gesetzes wird der Widerstand als Verdienst am deutschen Volk gewürdigt. Zugleich wird die Wiedergutmachung an eine Wohlverhaltensklausel zur „freiheitlich demokratischen Ordnung“ gebunden.

21. Juli: Beginn der Wehrpflicht.

17. August: Verbot der KPD.

1. September: Das Ministerialblatt des Bundesministeriums für Verteidigung gibt den Beschluss des Bundespersonalausschusses bekannt, wonach SS Offiziere bis zum Rang des Obersturmbannführers mit ihren alten Rängen in die Bundeswehr eingestellt werden können, wenn sie den Nachweis einer positiven Einstellung zur Demokratie abringen.

Oktober: Bei den Kommunalwahlen in NRW gibt es erhebliche Stimmengewinne für die SPD und Verluste der CDU.

1957

13. Januar: Verteidigungsminister **F. J. Strauß** (CSU) fordert im Namen der Gleichberechtigung der Bundeswehr deren Ausrüstung mit Atomwaffen.

4. April: **Adenauer** begründet die Forderung nach Atomwaffen für die Bundeswehr mit der Behauptung, sie sei ja nur eine Weiterentwicklung der Artillerie.

12. April: Göttinger Appell gegen atomare Aufrüstung. Im Göttinger Appell wenden sich 18 führende Atomwissenschaftler der Bundesrepublik gegen die Pläne zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr.

Mai/Juni: Die antifaschistische Wochenzeitung „Die Tat“ veröffentlicht eine Dokumentation, in der die Existenz von über 400 alt- und neofaschistischen, militaristischen Organisationen, Zeitungen, Nachrichtendienste, Buch- und Zeitschriftenverlage nachgewiesen wird.

15. September: Bundestagswahlen: Die CDU erreicht die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandate.

4. Oktober: Sowjetunion gelingt der Start des ersten Erdsatelliten, des Sputniks. Er löst in den USA und den westeuropäischen Ländern den „Sputnik Schock“, das Bewusstsein der Verwundbarkeit der eigenen Territorien aus und stärkt die Anti-Atom-Bewegung.

1958

10. März: In Frankfurt wird der Aufruf - Kampf dem Atomtod - beschlossen.

25. März: Die Bundestagsmehrheit stimmt der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomarer Trägerwaffen zu.

28. März: Der Bundesvorstand des DGB fordert die Durchführung einer Volksbefragung gegen die atomare Bewaffnung. Am 10. April schließt sich der Parteivorstand der SPD dieser Forderung an. Die Bundesregierung lehnt ab und lässt die Befragung verbieten. Dennoch wächst die Bewegung gegen den Atomtod und verschmilzt mit anderen antimilitaristischen Bewegungen, so der Bewegung des Jahrgangs 22, den die Regierung als Heeresreserve erneut erfassen will.

6. Juli: Landtagswahlen in NRW geben der CDU die absolute Mehrheit. Ministerpräsident wird **Franz Meyers**.

1959

31. Juli: Die VVN übergibt der Zentralstelle zur Aufdeckung von NS-Verbrechen Material über die NS Vergangenheit des Bundesministers **Theodor Oberländer** im Zusammenhang mit Massakern gegen die Bevölkerung Lembergs im Juli 1941.

5./6. September: Treffen der Waffen SS in Hameln.

20. Oktober: Das Bundeskabinett stellt beim Verwaltungsgericht in Westberlin den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der VVN.

15. November: Die SPD beschließt ein neues Programm. Im Godesberger Programm bezeichnet sich die SPD nicht mehr als Arbeiter, sondern als Volkspartei. In der Folge schwenkt sie 1960 auch in der Außenpolitik - Bejahung der NATO - auf die Regierungspolitik ein. Sie distanziert sich 1961 auch von der ihr selbst begonnenen Bewegung: Kampf dem Atomtod.

1960

März: Flugblattaktion der VVN gegen die Notstandsgesetze. Ende 1959 hat der Bundesinnenminister **Gerhard Schröder** erste Entwürfe für eine Notstandsgesetzgebung vorgelegt. Sie treffen auf entschiedenen Widerstand auch in den Gewerkschaften, die an die Erfahrungen mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung erinnern. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze wird zu einer Hauptfrage der demokratischen Bewegung bis zur Mitte der sechziger Jahre.

Ostern: Erster Ostermarsch in der Bundesrepublik. Er geht von Hamburg zum Truppenübungsplatz Bergen- Hohne in der Lüneburger Heide. Die in England 1959 entstandene Ostermarschbewegung gegen die Atomwaffen greift damit auf die Bundesrepublik über und wird in den folgenden Jahren zu einer der stärksten Bündnisbewegungen.

1961

Februar: Der „Zentrale Ausschuss der Ostermärsche der Atomwaffengegner“ ruft für 1961 zu fünf regionalen Ostermärschen in der ganzen Bundesrepublik auf. Sie finden Ostern im Norden, Westen, Süden, in Hessen und im Südwesten der Bundesrepublik statt. Obwohl vom Parteivorstand der SPD abgelehnt und bekämpft, nehmen zahlreiche sozialdemokratisch orientierte Jugendgruppen an diesen Märschen teil.

13. August: Die DDR schließt und sichert ihre Staatsgrenzen zur Bundesrepublik. Berlin wird durch eine Mauer getrennt. Die Maßnahmen erfolgen auf Beschluss der Staaten des Warschauer Paktes, die in der offenen Grenze eine ständige Gefahr für ihre sozialistische Ordnung sehen.

17. September: Bundestagswahlen. Die CDU verliert ihre absolute Mehrheit und regiert in Koalition mit der FDP.

29. November: Die Bundesregierung fordert die Aufstellung einer NATO-Atomstreitmacht.

1962

März: Anlässlich des 15. Jahrestages der VVN Gründung findet in Frankfurt/Main eine Demonstration und Kundgebung statt, auf der Kirchenpräsident **Dr. Martin Niemöller** spricht.

26./27. Oktober: Polizeiliche Durchsuchung und Beschlagnahmeaktion gegen den „Spiegel“ auf Veranlassung des Bundesgerichtshofs. Der stellvertretende Chefredakteur **Konrad Ahlers** wird im Urlaub in Spanien verhaftet. Die Aktion ruft große Empörung in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit hervor und führt zur Regierungskrise. **Strauß** als Drahtzieher der Aktion muss als Verteidigungsminister zurücktreten. Fünf FDP-Mitglieder verlassen aus Protest die Regierung. Allerdings steht die FDP auch weiterhin für eine Koalition mit der CDU zur Verfügung.

29. November: Eröffnung des Verbotsverfahrens gegen die VVN beim Bundesverwaltungsgericht in Westberlin.

1963

15. Oktober: Konrad Adenauer tritt unter dem Druck seiner Partei als Bundeskanzler zurück. **Ludwig Erhard**, der „Vater des Wirtschaftswunders“, wird Bundeskanzler.

20. Dezember: Beginn des ersten Auschwitz-Prozesses in Frankfurt/Main gegen 22 SS-Funktionäre des nazistischen Vernichtungslagers.

1964

28. bis 30. März: Die Ostermärsche stehen unter der Losung: Für eine Atomwaffenfreie Zone in Europa!

28. Dezember: Gründung der neonazistischen „Nationaldemokratischen Partei“ (NPD) in Hannover.

1965

7. Februar: Beginn schwerer Luftangriffe der USA auf Vietnam. In der Bundesrepublik entsteht eine rasch wachsende Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes.

10. März: Der SPD Abgeordnete **Arndt** charakterisiert die neonazistische „National-Zeitung“: „Was in der National-Zeitung steht, das ist die Sprache der potentiellen Mörder von morgen.“

28. bis 30. Mai: Bundeskongress der VVN in Duisburg unter der Losung: „Im Geiste des Widerstands die Vergangenheit bewältigen, die Gegenwart meistern und die Zukunft gestalten.“

19. September: Bundestagswahl. Die CDU gewinnt Stimmen gegenüber 1961, besitzt jedoch keine absolute Mehrheit. Die SPD gewinnt ebenfalls Stimmen, die FDP verliert. Die NPD erreicht etwa 2%.

1966

10. Juli: Landtagswahlen in NRW. Die CDU ist der große Verlierer, die SPD erreicht 49,5% der Stimmen. Mit knappster Mehrheit bilden dennoch CDU und FDP erneut die Regierung.

30. Oktober: Mit dem Kongress „Notstand der Demokratie“ in Frankfurt/Main erreicht die Bewegung gegen die Notstandsgesetze einen Höhepunkt.

November: Bei den Landtagswahlen in Hessen erreicht die NPD 7,9% der Stimmen und 8 Mandate. In Bayern erreicht sie im Bezirk Mittelfranken 12,2% und kommt damit auch in den bayrischen Landtag.

1. Dezember: Bildung der Großen Koalition in Bonn. Im Oktober sind die FDP Mitglieder aus der Koalition mit der CDU wegen Differenzen in der Wirtschaftspolitik ausgetreten. Auch die CDU steht nicht mehr hinter Erhard, der am 1. Dezember zurücktritt. Die SPD tritt in eine von **Georg Kiesinger** (CDU) geführten Regierung der großen Koalition ein. Mit **Kiesinger** wird zum ersten Mal ein früheres NSDAP-Mitglied Bundeskanzler, allerdings gehören ihr auch Mitglieder an, die ernsthaft eine Veränderung der Politik wollen.

8. Dezember: Bildung der NRW-Regierung unter **Heinz Kühn** (SPD). Während in Bonn die SPD sich trotz anderer Möglichkeit für die große Koalition mit der CDU entscheidet, entsteht in Düsseldorf, nach dem Sturz von **Franz Meyers** durch ein konstruktives Misstrauensvotum von SPD und FDP, eine Koalition dieser Parteien.

1967

10. März: Das Kabinett der Großen Koalition beschließt einen neuen Entwurf der Notstandsverfassung für die Bundesrepublik. Das Jahr 1967 steht im Zeichen anhaltender Proteste gegen die Notstandsgesetze.

Ostern: Die Ostermärsche finden in allen Teilen der Bundesrepublik mit erheblich gewachsener Teilnehmerzahl statt. Die Bewegung firmiert jetzt unter der Bezeichnung „Kampagne für Demokratie und Abrüstung.“

2. Juni: Bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs vom Iran wird in Berlin der Student **Benno Ohnesorg** erschossen.

4. Juni: Die NPD zieht mit 10 Abgeordneten in den niedersächsischen Landtag ein.

1968

11. April: Am Vorabend der Ostermärsche wird in Berlin ein Mordanschlag auf den Studentenführer **Rudi Dutschke** verübt, der schwer verletzt wird. Die Ostermärsche erreichen ihre höchste Beteiligung und sind verbunden mit Blockade-Aktionen gegen die Bildzeitung und den Springer Konzern.

11. Mai: Sternmarsch mit 100.000 Teilnehmern nach Bonn gegen die Notstandsgesetze. Gleichzeitig finden auch Massenkundgebungen der IG Metall in anderen Städten der Bundesrepublik statt.

30. Mai: Verabschiedung der Notstandsgesetze im Bundestag mit Zustimmung der Mehrheit der SPD Fraktion. 50 Abgeordnete der SPD und die FDP Fraktion stimmen dagegen.

25. September: Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei für die Bundesrepublik mit dem Namen „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP).

27. September: Die 2. Zivilkammer des Landgerichts Hannover entscheidet in einem Strafverfahren (AZ 2 0 288/6), das am 28.2.1969 vom OLG Celle bestätigt wird:

„DIE NPD IST ARBEITNEHMERFEINDLICH, ANTIDEMOKRATISCH, NEONAZISTISCH, RECHTSRADIKAL ... DIE NPD VERHERRLICHT NAZISTISCHES GEDANKENGUT, GEFÄHRDET DIE DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG VERUNGLIMPFT DIE PARLAMENTARISCHE DEMOKRATIE UND DIE FREIEN GEWERKSCHAFTEN“.

1969

5. März: **Gustav Heinemann** wird zum Bundespräsidenten gewählt. Für ihn stimmen die Abgeordneten der SPD und der FDP.

16. September: Die spontanen Septemberstreiks der Stahl- und Metallarbeiter in NRW erzwingen erstmals einen vorzeitigen Tarifabschluss. Die Bewegung prägt auch die Endphase des Wahlkampfes zum Bundestag.

28. September: Bei den Bundestagswahlen bleibt die CDU/CSU zwar stärkste Partei, doch SPD und FDP vereinbaren eine Koalition. **Willy Brandt** wird Bundeskanzler. In seiner Regierungserklärung verspricht er „mehr Demokratie zu wagen.“ Die NPD erreicht 4,3% der Stimmen; die Verhinderung ihres Einzugs in den Bundestag ist vor allem das Verdienst der Massenproteste. Das aus der Anti-Notstands-Bewegung hervorgegangene Wahlbündnis ADF erreicht etwa 2% der Stimmen.

1970

14. Februar: 6.000 Antifaschisten demonstrieren gegen den NPD Parteitag in Wertheim (Bayern).

19. März: In Erfurt findet ein erstes Treffen zwischen den Regierungschefs der beiden deutschen Staaten, **Willy Brandt** und **Willi Stoph**, statt.

21. Mai: Zweites Treffen der beiden deutschen Regierungschefs in Kassel. NPD, Junge Union und Revanchistenverbände versuchen mit Provokationen den Abbruch der Gespräche zu erzwingen. Antifaschisten demonstrieren in großer Zahl in Kassel für eine Verständigung und die Entspannung in Deutschland.

31. Juli: Die Bundesregierung bestätigt in einer Stellungnahme an die Vereinten Nationen zum Neonazismus die im Artikel 139 des Grundgesetzes verankerte Notwendigkeit des Verbots nazistischer Organisationen.

12. August: Unterzeichnung des Moskauer Vertrages durch Bundeskanzler **Brandt**. Der Vertrag garantiert den Gewaltverzicht in den Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR und enthält die Anerkennung und die Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen in Europa.

3. November: Würzburger Treffen revanchistischer und neonazistischer Kräfte, die mit ihrer „Aktion Widerstand“ und den Parolen „Schlagt die Linken tot“ - „Brandt an die Wand“ zum militanten Kampf gegen die Entspannungspolitik aufrufen.

1971

Februar: Im Raum KÖLN wird die Existenz einer bewaffneten neonazistischen Terrorgruppe aufgedeckt.

20. bis 22. Mai

VVN BUNDESKONGRESS IN OBERHAUSEN. DER KONGRESS BESCHLIEBT DIE ERWEITERUNG DER VVN ZUM BUND DER ANTIFASCHISTEN (VVN-BDA).

1972

28. Januar: Berufsverböterlass (Radikalen-Erlass) der Ministerpräsidenten der Länder in Vereinbarung mit der Bundesregierung beschlossen. („Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“). Der Berufsverböterlass trifft vor allem junge Menschen, die in der antifaschistischen und der Studentenbewegung aktiv wurden und sich linken Organisationen anschlossen. Er versperrte Hunderten die Ausübung ihres Berufs und ist das Gegenteil des Versprechens, mehr Demokratie zu wagen. Der Kampf gegen die Berufsverbote wird in den folgenden Jahren zu einer Hauptfrage der demokratischen und antifaschistischen Bewegung. 1995 erklärt der Europäische Gerichtshof in einem Musterprozess die Praxis der Berufsverbote als unrechtmäßig.

27. April: Ein Misstrauensantrag der CDU gegen **Willy Brandt** scheitert im Bundestag mit einer Stimme. Der Versuch, damit die Ostpolitik zum Scheitern zu bringen, misslingt. In den Tagen vor der Abstimmung gab es zahlreiche Kundgebungen und Arbeitsniederlegungen, um die Entspannungspolitik zu unterstützen.

17. Mai Der Bundestag ratifiziert die Verträge von Moskau und Warschau mit den Stimmen von SPD und FDP, bei Stimmenthaltung der CDU/CSU. Damit wird auch der Weg frei für das Viermächteabkommen über Westberlin.

8. November: Der Grundlagenvertrag über die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten tritt in Kraft. In der Folge können beide deutsche Staaten auch gleichberechtigt in der UNO mitarbeiten.

19. November: Bei vorgezogenen Neuwahlen des Bundestages wird die SPD erstmalig zur stärksten Partei. Die SPD/FDP Koalition wird erheblich gestärkt.

1973

3. Juli: Beginn der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki. Sie endet am 1. August 1975 mit der Unterzeichnung einer Schlussakte durch alle europäischen Staaten.

1. September: Eine Militärjunta unter Pinochet stürzt den demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten Chiles **Salvatore Allende**.

1974

6. Mai: Rücktritt von **Willy Brandt** als Bundeskanzler. **Helmut Schmidt** wird Bundeskanzler.

15. Mai: Als **Nachfolger Gustav Heinemanns** wird **Walter Scheel** Bundespräsident.

19. August: Das Präsidium der VVN-BdA legt den Entwurf eines „Gesetzes zur Sicherung des Frieden“ vor.

1975

10. Mai: Demonstrationen und Kundgebungen anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung in Frankfurt/Main mit 40.000 Teilnehmern.

1976

13. März: Internationale Solidaritätsaktion in Straßburg für die Opfer der Berufsverbote in der Bundesrepublik.

4. Oktober: Bundestagswahl. Die CDU wird wieder stärkste Partei, doch SPD und FDP können die Koalition mit ausreichender Mehrheit fortsetzen.

17. bis 23. Oktober: In diesen Tagen finden 16 Treffen von SS-Verbänden statt.

26. Oktober: Die VVN-BdA protestiert gegen die Ehrung des Nazi-Oberst Rüdell durch das Aufklärungsgeschwader Immelmann der Bundeswehr. Dem Protest schließen sich viele andere Kräfte an.

1. November: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik müssen zwei führende Militärs der Bundeswehr auf Grund der Massenempörung über die Rüdell-Ehrung abgelöst werden: Der Kommandierende General der Luftwaffe Generalleutnant **Krupinski** und sein Stellvertreter Generalmajor **Franke**.

1977

14. Januar: **Martin Niemöller**, Ehrenpräsident der VVN-Bund der Antifaschisten, erhält aus Anlass seines 80. Geburtstag als erster, die vom Präsidium der VVN gestiftete Medaille für Widerstandskämpfer.

11. Juni: Vertreter von nationalen und internationalen Verbänden der Widerstandskämpfer und Kriegsoffer verabschieden den „Brüsseler Appell“ für die Auflösung der SS-Verbände und gegen die Rehabilitierung des Nazismus.

13. Oktober: Auf einer **internationalen** Pressekonferenz des Präsidiums der VVN-BdA und der Vereinigung demokratischer Juristen, wird über die Tätigkeit von SS-Verbänden und der Rolle ehemaliger SS-Offiziere in der Bundeswehr informiert.

November: **Strauß** besucht den chilenischen Diktator Pinochet und wird in Chile mit einer Ehrenprofessur ausgezeichnet.

1978

22. April: Internationale antifaschistische Manifestation in Köln für die Auflösung der SS-Verbände mit 30.000 Teilnehmern.

7. August: Der Baden-Württembergische Ministerpräsident **Filbinger** (CDU) muss nach massiven Protesten wegen seiner Tätigkeit als Marinerichter in der Nazizeit zurücktreten.

1979

2. Februar: Das Europaparlament in Straßburg bekennt sich mit großer Mehrheit zur Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Februar: Das Präsidium der VVN-BdA verlangt von der Bundesregierung die sofortige Auflösung neonazistischer Terrororganisationen wie der Wehrsportgruppe Hoffmann.

23. Mai: Die Bundesversammlung wählt **Karl Carstens** (CDU) zum Bundespräsidenten.

25. bis 27. Mai: Bundeskongress der VVN-BdA in Dortmund.

3. Juli: Der Bundestag spricht sich für die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus.

4. November: Das VVN-BdA Präsidium appelliert an den Bundestag: Keine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zuzulassen. Stattdessen sollte über sowjetische Abrüstungsvorschläge verhandelt werden.

12. Dezember: NATO Beschluss in Brüssel für die „Nachrüstung“, das die Aufstellung neuer amerikanischen Mittelstreckenraketen auch in der Bundesrepublik vorsieht.

1980

28. Januar: Die Wehrsportgruppe Hoffmann wird verboten.

19. August: Bombenanschlag der Terrororganisation „Deutsche Aktionsgruppe“ unter Leitung des Neonazis Manfred Roeder auf ein Ausländerheim in Hamburg.

15. November: Verabschiedung des „Krefelder Appells“ unter dem Titel „Der Atomtod bedroht uns alle“ durch ein breites Bündnis.

1. Dezember: Das Präsidium der VVN-BdA teilt mit, dass es in drei Strafanträgen 30 noch lebende schwerbelastete ehemalige Richter und Staatsanwälte beim „Volksgerichtshof“ benannt hat, die für hunderte Todesurteile verantwortlich zeichneten.

1981

30. Juni: Urteil im Düsseldorfer Prozess gegen neun ehemalige SS-Schergen des Vernichtungslagers Majdanek. Nur eine Angeklagte erhält die Höchststrafe, sieben Angeklagte erhalten Haftstrafen zwischen 3 und 12 Jahren, einer wird freigesprochen.

10. Oktober: Demonstration der Friedensbewegung in Bonn gegen die NATO-Raketen-Beschlüsse. Bis Ende September haben bereits 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger den Krefelder Appell unterzeichnet.

1982

8. Mai: Die Initiative „Dem Naziterror Einhalt gebieten“ gibt bekannt, dass ihr Appell für ein Verbot und die Auflösung neonazistischer Gruppen inzwischen von 30.000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben ist.

16.-21. Mai: Der 12. DGB-Kongress fordert den Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen und wendet sich gegen Pläne zur Neuaufstellung von Raketen.

10. Juni: Internationale Kundgebung der Friedensbewegung in Bonn mit 400.000 Teilnehmern.

17. September: Ende der SPD/FDP Koalition in Bonn durch Rücktritt der FDP Minister. Helmut Kohl wird Bundeskanzler.

1983

29. Januar: Antifaschistische Demonstrationen und Kundgebungen in Hamburg, Köln, Frankfurt/Main, München und Mössingen mit starker Beteiligung aus Anlass des 50. Jahrestages des Machtantritts der Nazis.

6. März: Vorgezogene Bundestagswahlen bestätigen den Bonner Machtwechsel. CDU/CSU und FDP erreichen 55% der Mandate.

4. Mai: Das Präsidium der VVN-BdA fordert das sofortige Verbot der neonazistischen Terrororganisation ANS/NA.

21. Mai: In Bad Hersfeld demonstrieren 10.000 Menschen gegen ein Treffen der SS-Verbände „Leibstandarte Adolf Hitler“ und „Hitlerjugend“.

Juli: Über 3.000 Naturwissenschaftler aus der Bundesrepublik und dem Ausland appellieren in Mainz an die Bundesregierung, die Stationierung neuer Atomraketen nicht zuzulassen.

August

Die Bundesregierung macht deutlich, dass im Zuge ihrer „Wendepolitik“ die SS-HIAG nicht mehr im Verfassungsschutzbericht aufgeführt wird.

21. Oktober: CDU/CSU und FDP beschließen im Bundestag die Zustimmung zur Neustationierung amerikanischer Raketen. Die Krefelder Initiative fordert im Namen der inzwischen 5 Millionen Unterzeichner des Krefelder Appells die Fortführung des Protestes gegen die Raketen. Auch die VVN-BdA schließt sich dem Aufruf zum gemeinsamen Widerstand an.

1984

30. Januar: Bundesweiter Aktionstag gegen die Raketenstationierung im Zeichen der historischen Erfahrungen des Kampfes gegen Faschismus und Krieg.

Februar: Bundeskanzler Kohl wird auf seiner Israel Reise vom Vorstandsmitglied der rechtsextremen „Deutschland-Stiftung“, Kurt Ziesel, begleitet. Ziesel war im Dritten Reich Mitglied der Goebbels Propaganda Division für „Kriegsberichterstattung“ und verfasste Lobeshymnen auf Hitler und die Naziartei.

6. März: Martin Niemöller im Alter von 92 Jahren in Wiesbaden verstorben. Der weltbekannte Theologe und Friedenskämpfer war Mitglied des Ehrenpräsidiums der VVN-BdA, Träger der Ehrenmedaille des Deutschen Widerstandes und der Ehrenmedaille der FIR.

März bis Oktober: Protestaktionen von Antifaschisten gegen SS-Treffen an viele Orten, so am 31. März in Oberaula gegen ein Treffen der SS-Division „Totenkopf“ mit 6.000 Teilnehmern; am 19. Mai in Bad Harzburg gegen ein Treffen des Kameradschaftsverbandes des 1. SS Panzerkorps Leibstandarte Adolf Hitler mit 2.000 Teilnehmern; am 13. Oktober im Rahmen eines breiten Aktionsbündnisses gegen ein Treffen der 4. SS Polizei Panzerdivision in Marktheidenfeld.

1985

5. April: Vertreter der internationalen Initiative des Widerstands und der Opfer des Nazismus und Faschismus aus 12 europäischen Ländern verabschieden den „Appell von Dortmund“, der zum Handeln für Abrüstung, gegen Revanchismus und Neofaschismus aufruft.

23. April

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag Alfred Dregger, erklärt, er sei „stolz darauf, noch am letzten Kriegstag gegen die Rote Armee gekämpft zu haben“.

4. Mai: An Großkundgebungen und Demonstrationen in Hamburg, Köln und Frankfurt/Main beteiligen sich 90.000 Menschen. Zu den Kundgebungen hat die Initiative „40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens“ aufgerufen. Deren Aufruf haben 4.000 Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Jugendverbänden, der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und antifaschistischen Verbänden unterzeichnet.

5. Mai: US-Präsident **Reagan** und Bundeskanzler **Kohl** besuchen den Soldatenfriedhof Bittburg, auf dem sich auch die Gräber von Offizieren und Soldaten der SS befinden. Die internationale Initiative des Widerstands protestiert dagegen in einem Brief an Reagan mit den Worten: „Eine Verneigung ihrerseits vor diesen Toten kann nur als eine Rehabilitierung der SS und der Naziverbrechen verstanden werden.“

8. Mai

In einer Rede vor dem Bundestag würdigt Bundespräsident **von Weizsäcker** auch den antifaschistischen Widerstand und schließt dabei alle an diesem Widerstand beteiligten Gruppen ein.

11. Mai: 5.000 Antifaschisten demonstrieren in NESSELWANG gegen ein Treffen des SS Verbandes 1. Panzerkorps Leibstandarte Adolf Hitler und anderer SS Verbände.

November: In ihrer Entscheidung, dass die Frankfurter Saalbau GmbH der NPD keine Versammlungsräume mehr zur Verfügung stellen muss, beruft sich die 2. Kammer des Verfassungsgerichts Frankfurt/Main auf Artikel 139 des Grundgesetzes, der besagt, dass die von den Alliierten nach dem 8. Mai 1945 erlassenen Gesetze und Vorschriften zur Befreiung des Deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus nach wie vor gültig ist. Das Urteil wird von einer höheren Instanz aufgehoben.

1986

Februar: 150 Widerstandskämpfer und Verfolgte des Naziregimes fordern in einem Appell an die Bundesregierung und den Bundestag den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes nicht zu ändern. Die geplante Einschränkung des Streikrechts ist ein „Angriff auf die Demokratie“ heißt es in dem Appell.

14. Februar: Nach einer antisemitischen Äußerung, die eine Welle des Protestes auslöst, muss der CDU Bürgermeister der niederrheinischen Stadt KORSCHENBROICH, Graf von Spee, seinen Rücktritt erklären. Zuvor hatte der CSU Bundestagsabgeordnete **Hermann Fellner** die jüdischen Opfer der NS Barbarei beleidigt.

19. März: Auf einer Pressekonferenz in Bonn stellen Vertreter der Initiative zur Gründung einer Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS Regime ihre Forderung nach moralischer Wiedergutmachung und materieller Entschädigung.

26. April: Explosion im Block 1 des sowjetischen Atomkraftwerks Tschernobyl setzt große Mengen radioaktiv verseuchten Materials frei und belastet große Teile Europas.

15. Mai: Ein Krefelder Schwurgericht verurteilt den ehemaligen SS Stabschef Wolfgang Otto wegen Beihilfe zum Mord an Ernst Thälmann zu 4 Jahren Gefängnis.

13. 11. Oktober: 180.000 Menschen demonstrieren in Hasselbach (Hunsrück) gegen die Aufstellung us-amerikanischer atomarer Erstschlagwaffen.

1987

25. Januar: Bei der Bundestagswahl wird die CDU/FDP Koalition bestätigt.

23. März: **Willy Brandt** tritt als SPD Vorsitzender zurück.

15. Mai: Der Vorsitzende der SPD Bundestagsfraktion Vogel besucht den Staatsratsvorsitzenden der DDR **Erich Honecker**. Beide fordern die Chance zu nutzen, in ganz Europa Mittelstreckenraketen abzubauen und Massenvernichtungswaffen zu verschrotten, statt sie zu modernisieren.

13. Juni: Großkundgebung der Friedensbewegung fordert den „Nachrüstungsbeschluss“ zur Aufstellung von Mittelstreckenraketen wieder aufzuheben.

7.-11. September: Auf Einladung von Bundeskanzler **Kohl** ist der Generalsekretär des ZK der SED und Staatsratsvorsitzende der DDR, **Erich Honecker**, zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik.

8. Dezember: Abschluss eines Vertrages zwischen der UdSSR und den USA über die Liquidierung ihrer Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite.

1988

30. Juni: Zahlreiche Persönlichkeiten rufen dazu auf, Aktionen zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht (9.11.1938) vorzubereiten.

10. November: Bundestagspräsident **Jenninger** tritt nach Protesten wegen seiner Rede, die er zum Jahrestag der Pogromnacht vor dem Bundestag gehalten hat, von seinem Amt zurück.

1989

23. Mai: **Richard von Weizsäcker** wird erneut zum Bundespräsidenten gewählt.

7. Oktober: 40. Jahrestag der DDR. Vor und um den Jahrestag entwickeln sich in der DDR Protestbewegungen, die Reformen für einen besseren Sozialismus und Reisefreiheit fordern. Sie werden durch die Entwicklungen in der Sowjetunion und durch das Auftreten **Gorbatschows** gefördert und führen Mitte Oktober zum Rücktritt **Erich Honeckers**.

24. Oktober Bundespräsident **von Weizsäcker** gratuliert **Egon Krenz** zu seiner Wahl zum Staatsratsvorsitzenden der DDR. Er hoffe auf weitere gute Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten im Interesse der Menschen, die hohe Erwartungen auf Erneuerung und Zusammenarbeit setzen, heißt es in diesem Schreiben.

9. November: Die Staatsgrenze der DDR zur Bundesrepublik wird für alle Bürger geöffnet.

13. November: Bildung einer neuen DDR-Regierung unter **Hans Modrow**, der versucht, durch eine Politik der runden Tische alle politischen Strömungen zur Überwindung der DDR Krise zusammenzuführen.

1990

13. Mai: Landtagswahlen in NRW. Die SPD erhält die absolute Mehrheit. Die Grünen ziehen in den Landtag ein.

1. Juli: Währungsunion mit der DDR, deren Mark im Verhältnis zwei zu eins getauscht wird.

3. Oktober: Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

14. November: Die Bundesrepublik anerkennt in einem Vertrag mit Polen die Oder-Neiße-Grenze.

2. Dezember: Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl bleibt die CDU stärkste Partei mit 43,8% der Stimmen. CDU und FDP werden vor allem in den neuen Ländern auf Grund großer Erwartungen gewählt.

1991

17. Januar: Beginn Militärationen der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak zur „Befreiung“ des vom Irak besetzten Kuwait. Der Kampf um die Beherrschung der Ölgebiete stößt in der BRD auf starke Proteste der Friedensbewegung. Der Krieg wird am 3. Mai 1991 beendet; die Bundesrepublik beteiligt sich mit 6,6 Milliarden Dollar an den Kosten.

20. Mai: Vier Mitglieder des Verteidigungsrats der DDR, darunter Heinz Kessler und **Willi Stoph**, werden verhaftet. Gegen **Erich Honecker** wird ein Haftbefehl erlassen, der nach dessen Auslieferung durch die russische Regierung nach Auflösung der UdSSR, vollstreckt wird.

25. Juni: Mit einseitigen Austrittserklärungen von Slowenien und Kroatien aus dem Jugoslawischen Bundesstaat, beginnen die blutigen Konflikte. Die Außenpolitik der Bundesrepublik, die den Zerfall des Jugoslawiens durch frühzeitige Anerkennung der neuen Staaten (15. Februar 1992) massiv fordert, übernimmt damit eine schwere Mitverantwortung für die folgenden blutigen Bürgerkriege, die bis 1995 andauern.

25. Dezember: Die UdSSR wird offiziell aufgelöst. Die neue Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) wird proklamiert, kann aber weder militärische Auseinandersetzungen zwischen den Nachfolgestaaten noch innerhalb Russlands (Tschetschenien) verhindern.

1992

August: Ausländerfeindliche Brandstiftungen und Anschläge in Moelln, Rostock und Hoyerswerda machen die Ausmaße neonazistischer ausländerfeindlicher Aktionen und einen neuen großdeutschen Nationalismus sichtbar. Sie stoßen auf Massenproteste demokratischer Kräfte, sichtbar in den Lichterketten in vielen Städten.

29. September: Außenminister **Kinkel** kündigt vor der 47. Vollversammlung der UN an, die Bundesregierung wird die verfassungsmäßigen Voraussetzungen dafür schaffen, „dass unsere Streitkräfte ... den Vereinten Nationen für friedensbewahrende Aktionen zur Verfügung gestellt werden können.“

7. Oktober: Namhafte Persönlichkeiten wenden sich in einem „Hamburger Appell“ gegen die Pläne der Bundesrepublik, das Asylrecht zu verschlechtern.

26. November: Verteidigungsminister **Rühe** erlässt neue verteidigungspolitische Richtlinien, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die neuen, weltweiten Aufgaben der Bundeswehr umreißen.

4. Dezember: Nach Verhandlungen zwischen den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD wird grundsätzlich einer Verschlechterung des Asylrechts vereinbart.

1993

13. Januar: Das Verfahren gegen den todkranken **Erich Honecker** wird eingestellt und die Ausreise zu seiner in Chile lebenden Familie ermöglicht.

2. April: Das Bundeskabinett stimmt dem Einsatz deutscher Offiziere bei der Durchsetzung des Flugverbots über Jugoslawien zu. FDP und SPD beantragen dagegen eine einstweilige Verfügung, weil das Grundgesetz keine Einsätze außerhalb des NATO-Gebiets erlaubt. Das Bundesverfassungsgericht lehnt den Erlass einer einstweiligen Verfügung ab.

20. April: Das Bundeskabinett stimmt zu, 1.600 deutsche Soldaten zu einer „Friedenssichernden Aktion“ nach Somalia zu entsenden.

28./29. Juni: Ein Brandanschlag auf ein von türkischen Familien bewohntes Haus in SOLINGEN fordert 5 Todesopfer. Eine breite Protest- und Solidaritätsbewegung richtet sich gegen den neonazistischen Terror.

26. Mai: Mit einer großen Mehrheit von CDU/CSU, FDP und SPD Abgeordneten wird die Verschlechterung des Asylrechts beschlossen. 87 Abgeordnete der SPD geben eine persönliche Erklärung ab, warum sie das Gesetz ablehnen. Grüne und PDS stimmen ebenfalls dagegen.

26. November: Bundesinnenminister **Kanther** verbietet die kurdische PKK und 35 weitere mit ihr angeblich verbundene Vereine.

1994

10. Mai: Mit der Wahl **Nelson Mandelas** endet die rassistische Herrschaft gegen die Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas. Die antifaschistischen und demokratischen Kräfte unseres Landes haben den Kampf gegen den Rassismus in der Südafrikanischen Republik jahrelang aktiv und solidarisch unterstützt.

23. Mai: Roman Herzog (CDU) wird Bundespräsident.

12. Juli: Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets für zulässig, verlangt aber die vorherige Zustimmung des Bundestags.

22. Juli: Eine Kammer des Landgerichts Mannheim verurteilt den NPD Vorsitzenden Deckert zwar wegen Volksverhetzung zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung, lobt aber seine aufrichtige und untadelige Gesamthaltung. Das Urteil stößt auf europaweiten Protest und führt zeitweilig zur Ablösung der verantwortlichen Richter, mit denen antifaschistische Schöffen die Zusammenarbeit verweigern.

16. Oktober: Aus der Bundestagswahl geht die Regierungskoalition geschwächt hervor. **Kohl** kann aber weiter regieren. Der Bundestag wird durch eine Rede des Alterspräsidenten **Stefan Heym** eröffnet, der für die PDS in Berlin direkt gewählt wurde.

9. Dezember: Mit dem Angriff russischer Truppen auf Grosny beginnt der Krieg in Tschetschenien.

1995

14. Mai: Bei den Landtagswahlen in NRW verliert die SPD die absolute Mehrheit. Sie bildet eine Koalition mit den Grünen

26. Juni: Der Bundestag beschließt mit 386 zu 258 Stimmen bei 11 Enthaltungen dem Einsatz deutscher Truppen in Jugoslawien zuzustimmen. Erstmals stimmen auch 45 SPD und 4 Grüne Abgeordnete für den Einsatz „Out of Area“.

6. Dezember: Der Bundestag beschließt mit 543 zu 107 Stimmen der Entsendung eines deutschen Kontingents zur multinationalen Friedenstruppe in Jugoslawien.

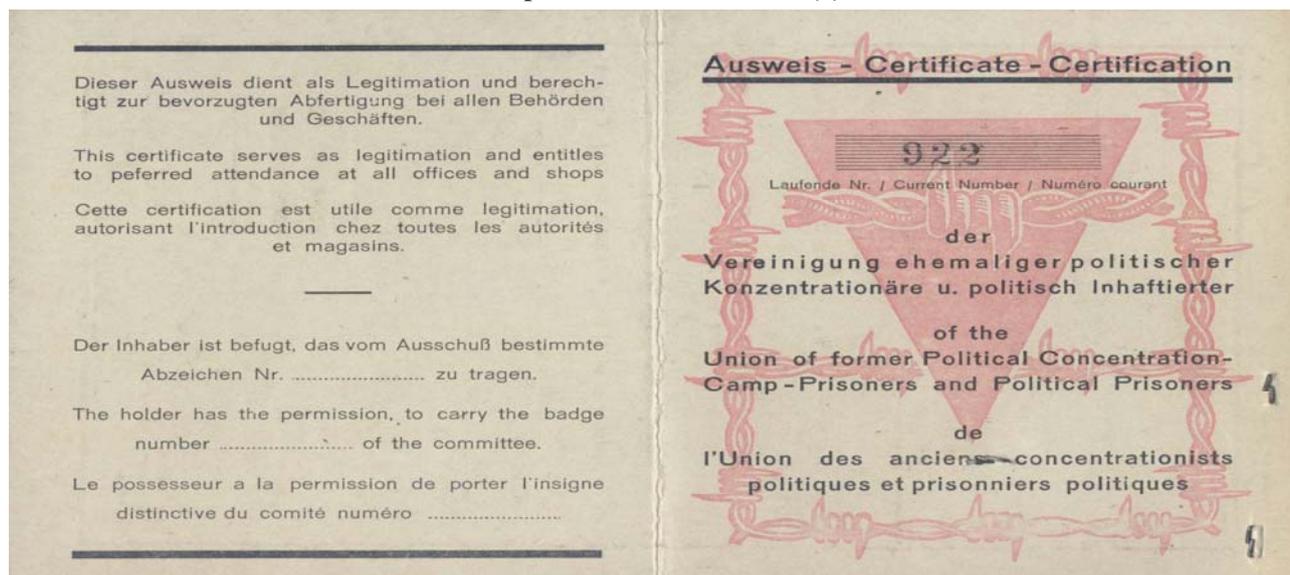
STREIFLICHTER:.....



VVN-Kongress Dortmund, 25.05.1979 (Bild Rose)

Als nach dem 8. Mai 1945 - dem Tag, den große Teile des deutschen Volkes als Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus empfanden - viele Menschen begannen, den Schutt in den Strassen und in den Köpfen fortzuräumen, waren darunter an hervorragender Stelle Frauen und Männer, die aktive Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. In vielen Städten und Gemeinden waren sie die ersten, die in dem von den Faschisten und ihren finanzstarken Steigbügelhaltern verursachten Chaos versuchten, das Leben der Menschen erträglicher zu gestalten. Sie, die aus unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und religiösen Kreisen kamen, waren aktiv beteiligt an der Gründung demokratischer Organisationen, wie z.B. der Parteien und der Gewerkschaften. Schon früh - im Sommer 1945 - hatten sich jene Antifaschisten, die sich ja von früher und aus der Zeit der Verfolgung und der Haft kannten, auf lokaler Ebene zusammengeschlossen. Dabei nannten sie sich z.B.

**„Vereinigung ehemaliger Konzentrationäre
und politisch Inhaftierter“.(1)**



Ihre Hauptaufgabe sahen sie darin, die Belange von Frauen und Männern des Widerstandes, von Verfolgten des Naziregimes im politischen wie im sozialen Bereich auf lokaler als überörtlicher Ebene zum Tragen zu bringen. Zugleich boten sie sich den sich nach und nach entwickelnden städtischen Verwaltungsstellen als kompetente Helfer bei der Bewältigung der Schwierigkeiten an. So forderten u.a. die Kölner Buchenwald-Häftlinge bei einem Gespräch mit Oberbürgermeister **Adenauer** am 31. Mai 1945 "leitende Posten bei Stadtverwaltung und Polizei" (2).

Aus heutiger Sicht darf man feststellen, dass diese Forderungen - so berechtigt sie auch waren - schon damals im Gegensatz zu Vorstellungen von Kreisen standen, die mit Rückendeckung der Besatzung radikale Veränderungen - im Sinne der Beschlüsse der Antihitler-Koalition und der Potsdamer Konferenz - ablehnten. Nur dies war damals so nicht erkennbar, traten doch viele politische Gruppen auf, die in ihren Aussagen antifaschistische und antikapitalistische Forderungen erhoben. Und doch gab es im Sommer 1945 Zeichen, die sichtbar machten, dass man im „neuen“ Deutschland kaum bereit war, die Grundlagen von Faschismus und Krieg zu bekämpfen. Schon damals gab es Zeichen, dass jene Männer und Frauen, die im Widerstand eben das „gute“ Deutschland vertreten hatten, nicht nur nicht anerkannt, sondern sogar verhöhnt wurden.

So wandte sich z.B. die „Vereinigung ehemaliger politischer Konzentrationäre und politisch Inhaftierter, Hilden“ am 18. Dezember 1945 an das Sonderdezernat zur Betreuung politisch und rassistisch Verfolgter beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf. Die Vereinigung hatte beantragt, Antifaschisten in städtische Dienste einzustellen. Es kam von Seiten der Stadt immer nur Ausflüchte. Als die Vereinigung nun den Antrag stellte, in den Hauptausschuss der Stadt ein Mitglied der Vereinigung aufzunehmen, äußerte sich das christdemokratische Hauptausschussmitglied **Schönenborn**: „Da kann ja jeder Kegelveerein kommen“. In der Beschwerde an den Regierungspräsidenten wird nun auf **Schönenborns** Werdegang verwiesen und sein Verhalten gegenüber „ausländischen Zivilarbeitern“ in der Zeit des Faschismus als „zweifelhaft“ bezeichnet. Abschließend wird erklärt: „Unsere Vereinigung arbeitet nicht auf parteipolitischer Grundlage. Unter unseren Kameraden befindet sich mancher, der befähigt ist, am Aufbau eines demokratischen Deutschlands an verantwortlicher Stelle mitzuwirken. Unsere Mühe scheitert aber an den geschilderten Verhältnissen. Anstatt den berechtigten Wünschen der politisch Geschädigten zu entsprechen, debattiert man schon wochenlang in den Sitzungen über die Wiedereinstellung von Beamten, welche von der Militärregierung entlassen wurden.“ (3)

Ein weiteres Beispiel über die Situation im Sommer 1945 soll erwähnt werden. In der von der Militärregierung herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung“ hatte sich ein Leser über Berichte mokiert, die über Naziverbrechen informierten. Am 17. Dezember 1945 setzte sich Bernt Engelmann in einem Gedicht mit dieser Haltung auseinander:

*„Wir standen seinerzeit im Moor im Morgenrauen am Lagertor,
die Leichen der vergangenen Nacht, wurden zum Zählappell gebracht,
geschlagen, getreten, gezählt - wie Vieh,
die weilen Männer von Kultur, wie sie, und andere wackere Zeitgenossen
die Morgensonne still genossen
nichts hören und nichts sehen wollten (Sofern sie nicht gar Beifall zollten) !
Wenn heut nun manchmal in der Zeitung steht,
dass es den Mördern an den Kragen geht,
- Verzeihen Sie wenn das harte Wort, beim Kaffee stört, doch Mord ist Mord -
wenn's Ihren Nerven wird zuviel, stört man Ihr Frühstückstischidyll
durch jener Missetaten Schilderung:
Wir bitten vielmals um Entschuldigung.*

Einer der – verzeihen Sie – Überlebenden.“ (4)

Hier deutet sich also schon an, welche Widerstände die Verfolgten, die ja nun eigentlich die hätten sein müssen, die an hervorragender Stelle hätten mitwirken sollen, zu erwarten hatten. Hinzu kam, dass es nun vier Besatzungsgebiete gab, in denen auch unterschiedliche Möglichkeiten für die Arbeit von Antifaschisten bestanden. Trotzdem entwickelte sich in allen Gebieten der Wunsch, zu einer einheitlichen Verfolgtenorganisation zu gelangen. In Hamburg hatte sich ein „Komitee ehemaliger politischer Gefangener“ gebildet, wo monatlich die Hauptausschüsse jene Zusammenschlüsse der Verfolgtenvereinigungen aus den anderen britischen Besatzungsgebieten - zusammenkamen. Die Delegierten aus Kiel, Wesermünde, Bremen, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Westfalen, Nordrhein-Provinz und Hamburg wählten dort einen Vorstand des Zonensekretariats, dem neben dem Hamburger Kommunisten Senator *FRANZ HEITGRES*, das Düsseldorfer CDU-Mitglied *PETER LÜTSCHES* und der Arnberger Sozialdemokrat *LEO RADTKE* angehörten. In einem Rundschreiben vom 15. Juli 1946 wird von der „Vereinigung ehemaliger politischer Konzentrationäre und politisch Inhaftierter, Düsseldorf“ mitgeteilt, dass am 20./21. Juli in Frankfurt am Main eine Besprechung der Hauptausschüsse aller Zonen stattfinden werde, „die ausschließlich dem Zwecke diene, über alle Zonen hinweg zu einer einigen Zusammenfassung aller deutschen Kameraden zu gelangen“. (5)

Im einzelnen lässt sich nicht mehr nachvollziehen, wie konkret es in den einzelnen Orten des Gebiets des späteren Nordrhein-Westfalen zum Zusammenschluss auf Landesebene kam. Sicherlich wirkten die Antifaschisten in den Kreisen aktiv mit; ebenso sicher ist auch, dass jene Menschen, die in den Hauptausschüssen oder in anderen übergeordneten Gremien aktiv waren, ebenfalls für einen landesweiten Zusammenschluss eintraten.

AM 26. OKTOBER 1946 FAND DANN IM „NEUEN THEATER“ IN DÜSSELDORF DIEGRÜNDUNG DER VVN NORDRHEIN-WESTFALEN STATT.

In einem Zeitungsbericht heißt es u.a.:

„Die Gründung einer Vereinigung der Verfolgten des Hitlerregimes für den Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen wurde von 400 Delegierten am Sonntag auf einer Tagung in Düsseldorf beschlossen.

In Anwesenheit hoher deutscher und englischer Gäste ergriff auch Ministerpräsident **Amelunxen** das Wort. „Als ganz Deutschland ein Zuchthaus war, waren Sie diejenigen“, so sagte Ministerpräsident **Amelunxen**, „die ihre Pflicht gegenüber ihrem Vaterland erfüllt haben und dafür viel Bitternis erdulden mussten. Nichts wäre verkehrter, als die Behauptung, Sie seien Märtyrer geworden aus Mangel an Bürgersinn. Das Gegenteil trifft zu. Es hat nämlich immer zwei Sorten von Bürgern gegeben, die Philister und Spießer auf der einen Seite und diejenigen Menschen auf der anderen Seite, die den Begriff des Bürgers nicht als Standesbezeichnung, sondern als einen öffentlichen Ehrennamen betrachten, ihre Verantwortung kennen und sich ihrer geistigen Verantwortung bewusst sind. Niemand hat sein Volk mehr geliebt, als die von den Nationalsozialisten Verfolgten, Verfemten und Verachteten. Sie ließen sich beschimpfen und verleumden, weil sie ihrem Gewissen mehr gehorchten als der Gewalt. Für ihre Haltung und für ihr Beispiel schuldet das deutsche Volk und ganz Europa ihnen Dank.“ Im weiteren Verlauf seiner Rede bezeichnete Ministerpräsident **Amelunxen** als Grundlage eines neu zu errichtenden deutschen Volksstaates die Toleranz, allerdings mit einer Ausnahme: Keine Freiheit für die Mörder der Freiheit. Er kündigte schließlich die Einführung eines Wiedergutmachungsgesetzes für die politischen Verfolgten an.

Regierungspräsident **Necker** bezeichnete die neue Vereinigung als einen „Orden zur Festigung und Stärkung der Demokratie“, der eine Keimzelle der Verständigung zur Welt bilden müsse. Oberbürgermeister **Arnold** erklärte, dass es ein Irrtum sei, wenn man heute vielerorts glaube, dass sich das ganze deutsche Volk dem Nationalsozialismus hingeeben hätte. Die KZler waren der Beweis einer lebendigen Revolution gegen den Nationalsozialismus. Dies müsse auch außerhalb Deutschlands anerkannt werden.“ (6)

Bei dieser ersten Delegiertenkonferenz der VVN wurde unter anderem eine Entschliebung zur Frage der Schaffung eines Gesetzes zur Wiedergutmachung, ein Beschluss zur Frage der Anklage und Verurteilung von nationalsozialistischen Verbrechern und zur Gewährung einer Lizenz zur Herausgabe einer Zeitungskorrespondenz und eines Buch- und Schriftverlags angenommen. Über die Bildung des Vorstandes heißt es in einer damaligen Veröffentlichung: „Auf Vorschlag des von dem Kameraden **RATTEI** (Essen) geführten Wahlausschusses und nach eingehender Begründung durch den Kameraden **SCHWÖRER** (Dortmund), wählte die Delegiertentagung folgenden Vorstand:

Der sogenannte „*kleine Vorstand*“ setzt sich zusammen aus:

1. **SAALWÄCHTER, DÜSSELDORF, KPD**
2. **MELCHERS, DÜSSELDORF, KPD;**
3. **HOLL, DÜSSELDORF, SPD;**
4. **RADTKE, ARNSBERG, SPD;**
5. **LÜTSCHES, DÜSSELDORF, CDU;**
6. **FLOSSDORF, MÜLHEIM-RUHR, Z.;**
7. **LESSING, GELSENKIRCHEN, FDP;**
8. **S. SEELIG, DÜSSELDORF, JÜDISCHE GEMEINSCHAFT,**
9. **FRAU MARTHA BUSCH, ESSEN, ALS FRAU, SPD.**

b) der sogenannte „*erweiterte Vorstand*“ wird gebildet von:

1. **JÄGER, BAD MEINBERG, KPD, LAND LIPPE;**
2. **STÖCKER, MINDEN, Z., REGIERUNGSBEZIRK MINDEN;**
3. **SCHWÖRER, DORTMUND, SPD, REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG;**
4. **REIMANN, AHLEN, KPD, REGIERUNGSBEZIRK MÜNSTER;**
5. **DR. SCHMIDT, DÜSSELDORF, SPD, REGIERUNGSBEZIRK DÜSSELDORF;**
6. **GERARD, KÖLN, KPD, REGIERUNGSBEZIRK KÖLN;**
7. **OTTEN, AACHEN, REGIERUNGSBEZIRK AACHEN;**

ferner zusätzlich:

8. **DOMKAPITULAR FRIEDRICHS, MÜNSTER, ALS VERTRETER DER KATHOLISCHEN RELIGIONSGEMEINSCHAFT,**
9. **PFARRER SCHMITZ, OBRIGHOVEN BEI WESEL, ALS VERTRETER DER EVANGELISCHEN RELIGIONSGEMEINSCHAFT;**
10. **HEIMBERG, DORTMUND, ALS VERTRETER DER JÜDISCHEN RELIGIONSGEMEINSCHAFT;**
11. **HILDEBRAND, SOLINGEN, ALS VERTRETER DER BIBELFORSCHER;**
12. **FRAU SCHWESIG, DUISBURG, ALS VERTRETERIN DER FRAUEN, KPD.“ (7)**

Dieser Vorstand musste nun Wege finden, die Probleme, vor die die Frauen und Männer des Widerstandes, die Opfer des Faschismus gestellt wurden, zu lösen. Immerhin gab es allein in den Regierungsbezirken Köln, Aachen und Düsseldorf 26.920 politisch Geschädigte (8), für deren soziale und politische Rechte man sich einsetzen musste. Und sicherlich wirkte der Landesvorstand mit, im Lande überall VVN-Gruppen zu bilden. In **Köln** wurde z.B. die VVN am 3. Februar 1947 gegründet und der Landessekretär **HAMACHER** dort zum 1. Vorsitzenden gewählt. (9)

In Ausführung des Beschlusses der Delegiertenkonferenz konnte die VVN ab Anfang 1947 die „VVN-Nachrichten des Pressedienstes der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes des Landes Nordrhein-Westfalen“ herausgeben.

In dieser Zeitung finden sich Hinweise auf die Schwierigkeiten, mit denen die Antifaschisten in jenen Jahren zu tun hatten. Und das waren nicht nur politische. Im Mai 1947 - zu einem Zeitpunkt, zu dem viele Menschen Hunger litten - wird von dem Bizonalen Ernährungsamt den Naziverfolgten ihre Ernährungszulage gestrichen. In einem Artikel dazu heißt es:

„Die Zonalverordnung 2900 der Britischen Militärregierung vom Dezember 1945, die den früheren Insassen der Konzentrationslager gewisse, im übrigen armselige Vorrechte einräumt, wurde mit einer feierlichen Erklärung (Präambel) eingeleitet, die in deutscher Übersetzung folgen Wortlaut hat: ‘Zwecks dieses Planes’, also dieser Zonalverordnung 2900, ‘ist nicht nur, aus Gründen der Menschlichkeit demjenigen zu helfen, der gelitten hat, sondern auch der deutschen Öffentlichkeit vor Augen zu führen, dass demjenigen, der als Gegner des Nationalsozialismus gelitten hat, angemessene Anerkennung gezollt wird.’ Demzufolge empfangen die politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Naziregimes mit Einschluss ihrer Hinterbliebenen eine täglich Ernährungszulage von 400 Kalorien, d.h. sie erhalten für einen Zeitraum von 4 Wochen zusätzlich 800 gr Fleisch, 280 gr Fett bzw. Butter und 3200 gr Brot.

Als sich die Vertreter der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes der Britischen Zone am 24. April 1947 zu ihrer monatlichen Konferenz in Hamburg zusammengefunden hatten, wurde ihnen die Hiobsbotschaft zuteil, dass das Bizonale Ernährungs- und Wirtschaftsamt der englisch-amerikanischen Zone eine neue Verordnung herausgebracht habe, die die Gewährung von Ernährungszulagen an politisch, rassistisch und religiös Verfolgte neu regelt, d.h. zum größten Teile streicht.“ (10)

Gegen diese und andere Entscheidungen protestierten die Verfolgten, die sich im übrigen am 2. Februar 1947 in Hamburg als „VVN für die britische Zone“ zusammengeschlossen hatten. 223 Delegierte aus der britischen Besatzungszone waren nach Hamburg gekommen und wählten *FRANZ HEITGRES* zum Vorsitzenden. In der Diskussion gaben zahlreiche Redner ihrer Enttäuschung über den Verlauf der Wiedergutmachung für die politisch Verfolgten Ausdruck. Begleitet war die Versammlung von einem Bombenanschlag gegen das Tagungsgebäude. Durch das Eingreifen der Polizei konnte jedoch das Attentat verhindert werden. (11)

BEI DER INTERZONALEN KONFERENZ AM 15./17. MÄRZ 1947 IN FRANKFURT/MAIN, AN DER 68 DELEGIERTE AUS DEN LÄNDERN TEILNAHMEN, KAM ES DANN ZUR BILDUNG DES „RATES DER VVN“.

Zur gleichen Zeit jedoch, als diese Tagung in Frankfurt/Main durchgeführt wurde, bestätigte der Parteivorstand der SPD seinen Beschluss vom 19. November 1946, der „eine Ablehnung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes fordert“. (12) „Mit diesem Beschluss wendet sich der SPD-Parteivorstand gegen Tausende sozialdemokratischer Mitglieder in der VVN, die unter der Hitlerzeit ihre Pflicht als Antifaschisten taten“. (13)

Der Landesverband der VVN unternahm in dieser Zeit auch Anstrengungen, die Bevölkerung über den Faschismus, über Ursachen und Verbrechen aufzuklären. So wurde z.B. in landesweiten Veranstaltungen der Dokumentarfilm „Die Todesmühlen“ gezeigt. (14)

Die *zweite Landeskonferenz* der VVN in Nordrhein-Westfalen fand vom 6. bis 8. Juni 1947 in **Leverkusen** statt. Einige Tage vorher hatte die Militärverwaltung die Kürzung der Ernährungszulage zurückgenommen, was von vielen nur dem intensiven Bemühen der Antifaschisten und ihrer Organisation zugeschrieben wurde. (15)

Diese Konferenz wurde von Ernst Saalwächter, dem Landesvorsitzenden, eröffnet. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, in Leverkusen weilen zu können und damit an einem Ort, der durch die Beherrscher der IG-Farben-Industrie zu einem Gefahrenpunkt erster Ordnung geworden wäre und deren verantwortliche Leiter jetzt der Aburteilung entgegen sähen, die sie als Kumpane Hitlers mit Recht verdient hätten. (16)

An dieser Stelle soll ein kurzer Lebenslauf des Vorsitzenden *ERNST SAALWÄCHTER* eingefügt werden, der am 18. August 1897 geboren wurde, als Arbeiter sich seit 1911 gewerkschaftlich organisierte, in der sozialistischen Jugendbewegung und später in der kommunistischen Partei aktiv wurde. Trotz seiner zwölfjährigen Inhaftierung während der NS-Zeit war er 1945 sofort aktiv dabei, war Stadtverordneter in Düsseldorf, Mitbegründer der VVN, wurde später Mitglied des Präsidiums der VVN und Ehrenvorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, war aktiv in der Kreisvereinigung in Düsseldorf und später in Rhein-Wupper/Wermelskirchen. Dort starb er auch am 8. August 1968 an den Folgen seiner Verfolgungsleiden. Beigesetzt wurde er auf dem Düsseldorfer Südfriedhof.

Neben Ernst Saalwächter war eine anerkannte Persönlichkeit jener Zeit *TONI MELCHERS*, der wegen seiner schweren Krankheit schon nicht mehr an der Leverkusener Konferenz teilnehmen konnte. Er hat sich große Verdienste in der sozialen Betreuung der Verfolgten erworben. Seit 1903 gewerkschaftlich, seit 1907 politisch organisiert, war er ein Kriegsgegner. Er gehörte zu den Mitbegründern der USPD und des Spartakusbundes, war 1918 Mitglied im Düsseldorfer Arbeiter- und Soldatenrat, wird 1919 in der Räterepublik Polizeipräsident in München und kämpft 1920 gegen die Kapp-Putschisten. Er arbeitet weiter in der Gewerkschaft, macht bei der Internationalen Arbeiterhilfe mit und im Verlag der KPD-Zeitung „Freiheit“. 1933 verhaftet, kam er ins Börgermoor, 1939 ins KZ nach Sachsenhausen bis zum bitteren Ende - dem Hungermarsch

nach Schwerin. Er überlebt und wird aktiv in der VVN - bis er Ende Mai 1947 an den Verfolgungsleiden stirbt. Bei der Beerdigung nahm auch der NRW-Ministerpräsident Karl Arnold Abschied von dem Verstorbenen.

Nach *TONI MELCHERS* wurde auch das *KZ-Erholungsheim in Wülfrath* - das u.a. auch von ihm am 1. Juni 1946 eröffnet wurde (17) - benannt, in dem langjährige politische Gefangene einen Erholungsurlaub von 4 Wochen erhielten, der von der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz getragen wurde. Leiterin des Heims in Wülfrath war übrigens *MINNA ARTZ*, die als Antifaschistin in Spanien gekämpft hatte und als „Frau der ersten Stunde“ nach der Befreiung vom Faschismus Stadtverordnete in Düsseldorf war. Neben Wülfrath gab es weitere Heime; was aus ihnen wurde, ist spezieller Forschungen wert.

Im Vordergrund der Erörterungen standen die Aufgaben der VVN bei der Wiedergutmachung und der sozialen Betreuung. Jedoch wurden auch Probleme der „überparteilichen Arbeit der VVN“ diskutiert. In einer EntschlieÙung wurde die arbeitsrechtliche Gleichstellung der Opfer des Faschismus mit den Kriegsbeschädigten verlangt. Weiterhin wurde die Entlassung der Kriegsgefangenen - „ganz besonders der 50.000 ehemaligen politischen Gefangenen, die ins Heer gepresst wurden“ - gefordert. In den „Mitteilungen für ehemalige politische Verfolgte des Landes Nordrhein-Westfalen“ wird im Juni 1947 zu dem Buch „Der SS-Staat“ von **Eugen Kogon** Stellung genommen. Der Artikel sagt viel über die damaligen Verhältnisse aus:

„Unsere Meinung:

Der Umstand, dass Eugen Kogons verdienstvolles Werk „Der SS-Staat“ innerhalb der britischen Zone nur in einer Auflage von 5.000 Exemplaren herausgebracht werden konnte, gab uns Veranlassung, bei der Militärregierung zu intervenieren. Diese ließ uns mit Schreiben vom 13. Mai 1947 wissen, dass die Papierknappheit dazu gezwungen habe, die Auflage aller Neuerscheinungen auf 5.000 Stück zu beschränken und dass diese Beschränkung, so bedauerlich sie auch erscheinen mag, auch hinsichtlich dieses Buches in Anwendung zu bringen war. Wenn gleich die weiteren Darlegungen der Militärregierung den Schluss zulassen, dass sie gegebenenfalls bereit gewesen sei, in diesem Falle, einer Auflagenhöhe um weitere 5.000 Stück zuzustimmen, so können wir uns doch nicht versagen, folgendes zu bemerken: Bücher, wie Kogon's „SS-Staat“, sind brotnotwendig. Wenn es irgendeinem gelungen ist, das grausige Geschehen in den deutschen Konzentrationslagern - vor allen Dingen aber auch die Rolle der SS in eindringlicher und meisterlich zutiefst erschütterlichster Weise aufzuhellen, dann unserem Kameraden Kogon.

Wir, die wir jede Zeile dieses Buches erlebten und erlitten;

wir, die wir jedes Wort und jeden Satz bezeugen können;

wir, die wir uns aber auch einhellig zu Kogons Vorwort bekennen,

uns muss jedes Verständnis dafür fehlen, dass ein solches Buch in unserer Zone, gleich allen anderen, einer Auflagenbeschränkung unterworfen werden musste. Inzwischen vernahmen wir vom Schwan-Verlag in Düsseldorf, dass ein Berliner Verlag innerhalb des amerikanischen Sektors mit der Anfertigung einer Massenaufgabe beauftragt wurde, dass Schwan den Vertrieb in der britischen Zone übernimmt und dass in Kürze mit der Auslieferung zu rechnen ist. So sehr wir uns darüber freuen, dass sich in Berlin eine Massenaufgabe durchführen lässt, so sehr müssen wir uns doch fragen, warum die amerikanische Zone über Papier verfügt und warum uns dies in der britischen Zone fehlt. Was nützen uns Zonenregierungen, wenn sie die wirtschaftlichen Schranken nicht zu überwinden vermögen.“ (18)

ERNST SAALWÄCHTER hatte im Januar 1947 auf der Monatskonferenz der Hauptausschüsse mitgeteilt, dass der Aufbau der VVN vorangehen würde. In einem Anschriftenverzeichnis der VVN aller vier Besatzungszonen (um 1948 erschienen) werden für das *Gebiet von Nordrhein-Westfalen 107 VVN-Gruppen festgestellt*. (19)

Naturgemäß spielte in den Versammlungen der VVN, in den Gesprächen der Mitglieder untereinander auch die Frage der Wiedergutmachung eine Rolle. Dabei ging es sowohl um die moralische wie um die materielle Wiedergutmachung, wobei das innerhalb der Organisation auch kontrovers diskutiert wurde. Schon unmittelbar nach dem Zusammenbruch der faschistischen Herrschaft legten Kontrollratsgesetze die Grundlage für eine Wiedergutmachungsgesetzgebung. Jedoch mussten in den Ländern diese Forderungen in vielfältiger Weise durchgesetzt werden.

Bei der Tagung des Vorstands der VVN für die britische Zone am 13./14. November 1948 in **Bonn** spielten die Fragen nach Wiedergutmachung, Haftentschädigung, gerechtem Rentengesetz und Sicherung der Existenz der Verfolgten eine wichtige Rolle. Sie müssten, so wurde in einem Kommuniqué erklärt, „in den Vordergrund der Arbeit der Gesamtorganisation...gestellt werden“. (20) Zugleich wurde die Notwendigkeit des Zusammenhalts der VVN über ganz Deutschland - fundiert durch den Rat der VVN - im Geiste des Bekenntnisses zu einem einheitlichen Deutschland betont.

Dies war sicherlich eine Reaktion auf zunehmende Schwierigkeiten, die - von verschiedenen Seiten kommend - der VVN gemacht wurden. Am 8. und 9. Mai 1948 war es auf der Zonendelegiertenkonferenz der VVN in Hamburg zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Auslösender Faktor dieser Auseinandersetzung war eine Rede von Hans Seigewasser aus Berlin/Ost, der die Verhältnisse in der sowjetischen Zone positiv darstellte. Dies nahmen nun Sozialdemokraten zum Anlass, eine weitere Mitarbeit in der VVN abzulehnen. (21) Die „Hamburger Freie Presse“ schildert den Verlauf der Delegiertenkonferenz so:

„Was war geschehen?

Am 6. Mai, also zwei Tage vor der Konferenz, hatte der SPD-Parteivorstand in Hannover die Mitarbeit Parteigliedern in der VVN für untragbar erklärt. Allgemeines Erstaunen bei den Delegierten der Konferenz, einschließlich der sozialdemokratischen. Sie wussten von nichts! Jedenfalls schien damit die Frage nach dem Fortbestehen der VVN gestellt. Doch eine Zwischenlösung bannte akute Gefahr. In der Hoffnung, dass der Parteivorstand seinen Beschluss noch einmal überprüfen werde (und die sachliche und versöhnliche Haltung, die der zweite Vorsitzende der Hamburger Partei, **Schmedemann**, in der Aussprache am Sonntag einnahm, stützt diese Hoffnung), verblieben die SPD-Delegierten in der Konferenz, mit der Einschränkung, dass sie Ämter im Vorstand erst nach Klärung der Situation annehmen würden. So wurde den Pressevertretern in einer Sonderbesprechung der Ablauf der Dinge nicht ohne eine gewisse Verlegenheit geschildert. Nachdem die Delegierten aus den Reihen der anderen Parteien und Organisationen (nur die CDU war sich nicht ganz schlüssig) in einer gemeinsamen Erklärung ihre unentwegte Mitarbeit zugesichert hatten, wurden in den neuen Zonen-Vorstand der VVN Vertreter der Kirchen und Parteien, Parteilose, Russisch-Verfolgte, Bibelfreunde, Männer der Gruppe des 20. Juni hineingewählt. Der SPD werden Plätze freigehalten. Als Vorsitzender wurde *FRANZ HEITGRES* bestätigt.

Durch diesen Zwischenfall war das Tagungsprogramm über den Haufen geworfen. Die vorgesehenen Referate fielen aus. Die öffentliche Sitzung am Sonntag war eine wohl sachlich entschieden geführte, doch stets von dem Willen zur Einheit beherrschte Aussprache, in der alle die Naziopfer bewegenden Probleme angesprochen wurden und sich oft interessante Meinungsübereinstimmungen politisch und weltanschaulich weit getrennter Männer ergaben. So zwischen Kirche und KPD bzw. SPD in der Frage der Aufhebung der Internierungslager oder der scharfen Ablehnung jeder, auch kirchlicher Diktatur. Bemerkenswert jedenfalls der erstaunliche Freimut, mit dem ein katholischer Geistlicher die Haltung des Kölner Kardinals Frings in der Frage der Generalamnestie für Nazis kritisch besprach. Und bemerkenswert auch die Entschiedenheit, mit der **Schmedemann** von seinem Fraktionskollegen **Heydorn** abrückte, der am Vorabend der Konferenz im Rundfunk einen scharfen Angriff gegen die VVN gestartet hatte: „Das ist untragbar. Die Partei wird sich damit zu befassen haben.“

In einer Reihe von Entschlüssen wurden Forderungen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Charakters erhoben....(22)

Die im Pressebericht bemerkte Tatsache, dass trotz unterschiedlicher Auffassungen sich Meinungsübereinstimmungen ergaben, dieser „Wille zur Einsicht“ war auch zwei Monate vorher Leitlinie bei der 3. Landeskonferenz der VVN Nordrhein-Westfalen, die vom 11. bis 13. März 1948 in **Herne** tagte. In einem Brief an alle Mitglieder stellte das Landessekretariat die Bedeutung dieser Konferenz für die Festigung und den Ausbau der VVN fest. Als Hauptaufgaben wurden weiterhin der „verstärkte Kampf gegen alle Reste des Faschismus und Antisemitismus“ und die „Bildung von Arbeitsgemeinschaften zur Erforschung der Widerstandsbewegung“ genannt. (23)

Dass in der Organisation verstanden wurde, wie notwendig diese Arbeit ist, belegt die Tatsache, dass es auf Initiative des Landesverbandes am 5. Dezember 1948 in **Hagen** zu einer Beratung mit Pädagogen kam (24), auf der die Orientierung der Landeskonferenz und die Ergebnisse einer Tagung von Lehrern der VVN für die britische Zone, die am 18./19. Mai 1948 in **Wentorf** bei Hamburg stattfand, diskutiert wurden. Ebenfalls im Sinne einheitlich denkender und handelnder VVN-Mitglieder war die Versammlungsserie, die der Vorsitzende der VVV der britischen Zone, *FRANZ HEITGRES*, im Juni in Nordrhein-Westfalen durchführte.

Auf gutbesuchten *Friedenskundgebungen* in **Duisburg**, **Düsseldorf**, **Hagen**, **Gevelsberg**, **Lüdenscheid** und vor der Dozenten- und Studentenschaft der Berufspädagogischen Akademie in **Solingen-Ohligs** trat er für ein Übereinkommen aller Parteien zur Schaffung eines baldigen Friedensvertrags mit Deutschland ein. (25)

Die politische Entwicklung nahm jedoch einen anderen Verlauf. Nach der Bildung der Bi- und der Trizone wurde immer mehr sichtbar, dass sowohl die westlichen Besatzungsmächte als auch die CDU unter der Führung **Konrad Adenauers** an der Schaffung eines einheitlich demokratischen Staates, wie ihn das Potsdamer Abkommen vorsah, nicht interessiert waren. Mit der Annahme des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat am 23. Mai 1949 und der nun sich entwickelnden Bundesrepublik war die Bildung eines Staates vollzogen, dessen politische Hauptkräfte auf eine starke Anbindung an den Westen setzten. Die beschwören-

den Appelle der ehemaligen Widerstandskämpfer hatten zwar in vielen Teilen der Bevölkerung Gehör gefunden - doch Eingang in die Politik der „staatstragenden Parteien“ fanden sie nicht. Ob diese Entwicklung bewusst von einigen Kräften in der VVN begrüßt wurde - oder ob sogar versucht wurde, auch die VVN zu spalten - darüber kann diskutiert werden. Vieles deutet darauf hin.

So trafen sich am 8. Juni 1949 in **Düsseldorf** „führende Mitglieder der VVN“, die in acht Punkten Forderungen erhoben, die auf eine Auflösung der Strukturen der VVN (Zonensekretariat, Gesamtdeutscher Rat usw.) hinausliefen. Unter den Unterzeichnern aus der VVN des Landes Nordrhein-Westfalen befanden sich u.a.

PETER LÜTSCHES (Düsseldorf),
PFARRER AUGUSTIN FLOSSDORF (Mülheim an der Ruhr),
BRUNO SCHARFF (Köln),
Pfarrer DR. KARL KLINKHAMMER (Düsseldorf)
 und **LANDTAGSABGEORDNETER JOSEF CIEROCKI (Dortmund).**

Zweifelsohne stand ihr Appell „Reaktivierung der VVN“ (26) im Zusammenhang mit der Tagung des Rates der VVN am 2./3. Juli 1949 in Berlin, auf der es besonders um die Aktivität der Mitgliedschaft der VVN für die Einheit und Zusammenarbeit im Gesamtdeutschen Rat ging.

Auf dieser Ratstagung wurde auch bekannt gegeben, dass die 17 Landesorganisationen der VVN 471 Kreisvereinigungen und 2.700 Ortsgruppen hätten, die fast 200.000 Mitglieder zählten. (27)

Diese Stärke war vermutlich manchen Kräften ein Dorn im Auge, und so wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, auf die VVN einzuwirken, sie mit Fragen zu befassen, die sie von ihren eigentlichen Aufgaben abhalten sollten. Da wurde von einer Zeitschrift dann am 7. April gemeldet, dass VVN-Funktionäre in den Westzonen getarnte SED-Informationsstellen seien. Unter den Genannten befand sich auch der Nordrhein-Westfale **ERNST SAALWÄCHTER**. (28)

Eine Woche später veröffentlichte dieselbe Zeitschrift - es war „Der Sozialdemokrat“ - ein fingiertes Schreiben der VVN Nordrhein-Westfalen, in dem die VVN zur Anwerbung von Freiwilligen für Griechenland (dort fand gerade ein Bürgerkrieg gegen das griechische Volk statt) aufgerufen und um finanzielle Unterstützung gebeten hätte. Der Landesverband der VVN NRW stellte damals fest, dass die Meldung frei erfunden sei, und **ERNST SAALWÄCHTER** stellte gegen die Zeitschrift Strafantrag. (29)

Interessant ist auch ein Brief, den die VVN-Kreisleitung **Dortmund** am 15. März 1949 an die Landesleitung richtete. Er enthält einige Seiten von VVN-Kameraden aus **Iserlohn**, auf denen über die Entwicklung in ihrem Gebiet berichtet und etwas zur Entstehung der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) mitgeteilt wird. So hatte die SPD Bezirk Westliches Westfalen am 27. Januar 1949 ein Rundschreiben an alle Unterbezirke und Arbeitsausschüsse für politisch verfolgte Sozialdemokraten herausgegeben, in dem es u.a. hieß:

„Bekanntlich hat der Parteitag in Düsseldorf die Stellungnahme des Parteivorstandes, nach der die Mitgliedschaft der VVN unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft der SPD, bestätigt....Alle Unterbezirke sollen an die Bildung der Arbeitsausschüsse herangehen....Es ist dahin zu streben, dass die Arbeitsausschüsse den politisch Verfolgten beratend zur Seite stehen. Die eigentliche Betreuung der politisch Verfolgten muss durch die Behörden erfolgen. Wo das, wie z.B. in Dortmund, restlos durchgeführt ist, wird der Einfluss der VVN von selbst gebrochen....“ (30)

Einer, der nun in den Reihen der AvS arbeitete war **LEO RADTKE**. Vorsitzender des Landesausschusses war der ehemalige VVN-Landessekretär **HEIN HAMACHER** aus Köln. In einem Protokoll der Bezirksausschusssitzung der AvS Westliches Westfalen vom 18. Januar 1949 wird deutlich, dass **RADTKE** nun ein entschiedener Gegner der VVN war. Während in der VVN kritisiert wurde, dass angeblich oder tatsächlich der Parteiapparat der KPD/SED in die Arbeit der Verfolgtenorganisation hineinwirkte, erklärte **RADTKE** nun, dass „der Parteiapparat einzuschalten sei“. Bezogen darauf, dass von den genannten rund 2.000 verfolgten Sozialdemokraten im Bezirk nur 500 organisiert waren, kann man dies sogar als Wunsch nach stärkerem Einsatz des SPD-Parteiapparates verstehen. **RADTKE** fuhr fort: „Der Tag dürfe nicht mehr fern sein, wo auch der letzte Sozialdemokrat die VVN verlassen habe. Dieser Tag ist tatsächlich nicht mehr fern, auch ohne Partei-ausschuss sei es ein Leichtes, die sozialdemokratischen Mitglieder der VVN von dieser endgültig zu scheiden, wenn man sich nur der Mühe unterziehe, ihnen klar zu machen, dass die VVN noch gar nichts für ihre Mitglieder getan hätte....“ (31)

Vor diesem Hintergrund fand am 19. Juni 1949 eine weitere *Landesvorstandssitzung* statt. Bereits am 27. Mai 1949 hatte **ERNST SAALWÄCHTER** in einem persönlichen Brief an **PETER LÜTSCHES** zu einigen Fragen, die dieser an den Landesvorstand gerichtet hatte, geantwortet. (32)

Darin heißt es an einer Stelle:

„Zu Deiner Schlussbemerkung, lieber Peter, dass die Ratstagung in Bad Salzhausen eine einseitige politische Ausrichtung hatte, kann ich nur feststellen, dass viele Kameraden, die nicht meiner Parteirichtung angehören, mir erklären, dass es die bisher beste Tagung des Rates der VVN gewesen sei. Auch Du selbst hast allen Beschlüssen zugestimmt und ich darf doch wohl annehmen, aufrichtigen Herzens. Mir ist, genau wie Dir, an einer überparteilichen VVN gelegen. Ihr habe ich die letzten vier Jahre meine Arbeitskraft gewidmet und vielleicht auch ein Stückchen meiner Gesundheit geopfert. Ich tat es gern und offenen Herzens jedem Andersdenkenden gegenüber. Mir ist die VVN nicht nur Arbeitsstelle, sondern innerstes Bedürfnis und ich freue mich über jeden Kameraden, der aufgeschlossenen Herzens mit mir einen Weg geht. Die Liebe zu unserer Organisation und zu dem Kreis von Menschen, mit dem wir gemeinschaftlich gelitten, vor allem aber gekämpft haben, lässt sich nicht von irgendwelchen parteipolitischen Dingen beeinflussen.“

Der Brief nutzte offensichtlich doch wenig. Denn auf der erwähnten Landesvorstandssitzung kam es zu Auseinandersetzungen. Die Landesleitung der VVN Nordrhein-Westfalen unterrichtete am 28. Juni 1949 per Rundschreiben die aktiven Mitglieder. Darin heißt es:

„Unsere erweiterte Landesvorstandssitzung mit den Kreissekretären fand bekanntlich am 19. Juni 1949 in Düsseldorf statt. Zur Diskussion standen die bekannten Vorgänge, die in den VVN-Nachrichten veröffentlicht waren unter der Schlagzeile „Die Düsseldorfer Resolution“ unterzeichnet von 25 Kameraden und in dem Artikel „Für eine Wiederbelebung der VVN“ gezeichnet von dem Kameraden *PETER LÜTSCHES*. Der Kamerad *LÜTSCHES* vertrat die Ansicht der Fünfundzwanzig in einem Referat, dem der Kamerad *SAALWÄCHTER* in längeren Ausführungen antwortete. Nach kurzer Diskussion beantragte der Kamerad Pfarrer *SCHMITZ*, eine Kommission zu wählen, die sich mit den Ausführungen der Kameraden *LÜTSCHES* und *SAALWÄCHTER* beschäftigen soll und aus dem vorliegenden Material einen gangbaren Weg für alle Kameraden der VVN erarbeiten möchte. Die Kommission besteht aus den Kameraden: *LÜTSCHES*, *FLOSSDORF*, *SCHMITZ*, *SAALWÄCHTER*, *KOLB*, *DR. AHLES*, *HEIMBERGER*, *SIEBERTZ*, *DR. PUCHERT*, *KÜPPERS*, *WINTERHOFF* und *NETTESHEIM*. Die erste Sitzung dieser Kameraden fand statt am Dienstag dem 21. ds. Mts., die zweite Besprechung am Montag, dem 27. Juni. Die Vorschläge des Kameraden *LÜTSCHES* zur Programmänderung oder -Vervollständigung unter Hinzuziehung der Vorschläge des Kameraden *SAALWÄCHTER* waren vom Kameraden *KÜPPERS* durchgearbeitet und in neuer Formulierung der Kommission am 18. Juli vorgelegt. Die Kommission beschloss weiterhin, der Landeskonferenz vorzuschlagen, einen Antrag der Zonenkonferenz zu unterbreiten mit folgendem Inhalt:

„Das Zonensekretariat hat sofort die Bonner Ratsbeschlüsse, die die Zusammenfassung der Arbeit für spezielle westdeutsche Fragen forderte, durchzuführen. Die Zusammenarbeit für die speziellen westdeutschen Fragen zwischen den westdeutschen Zonensekretariaten hat so zu erfolgen, dass sich im Laufe der Zeit die Auflösung der Zonensekretariate ermöglichen lässt und das bestehende Ratssekretariat in Hamburg so ausgebaut wird, dass es allen Anforderungen genügt. Die Ratssekretäre unterstehen einem vom gesamtdeutschen Rat gewählten Direktorium, das in den westlichen Zonen aus Kameraden dieser Zonen besteht. Wo das Sekretariat seinen Sitz hat, soll nach gemeinschaftlicher Aussprache festgelegt werden. Der gesamtdeutsche Rat wird auf den jetzt folgenden Zonenkonferenzen neu gewählt oder von den Zonenvorständen delegiert mit der Maßgabe, dass im gesamtdeutschen Rat alle Gruppierungen innerhalb der VVN Vertretung finden.“ (33)

In den Gruppen der VVN Nordrhein-Westfalen wird man damals sicherlich sehr ausgiebig die beiden Reden von *LÜTSCHES* und *SAALWÄCHTER*, die dem Rundschreiben beilagen, diskutiert haben. Doch der Bruch war unvermeidlich.

Auf einer erweiterten *Landesvorstandssitzung* am 5. Februar 1950 wurde ein Beschluss gefasst, gegen das „organisationsfeindliche Verhalten der Kameraden um *PETER LÜTSCHES*“ aufzutreten. Ohne Beschluss hatte *LÜTSCHES* selbstständig den Namen der Zeitung der VVN geändert und sie inhaltlich so verändert, „dass sie nicht mehr dem Willen der deutschen Widerstandskämpfer entspricht“. (34)

Unter dem 9. Februar 1950 erschien die „*Zeitung ohne Namen*“, die im Untertitel als „Offizielles Organ des Bundes der Verfolgten des Naziregimes“ bezeichnet wurde. Auf Seite 1 hieß es: „Neuer Kurs der Widerstandskämpfer - BVN statt VVN“. Außerdem gab es die Mitteilung, dass am 4. Februar 1950 der „Bund der Verfolgten des Naziregimes“ mit Sitz in Bonn gegründet worden sei. Die Zeitung, die später „Das freie Wort“ hieß und bis 1956 erschien, entwickelte sich immer mehr zu einem Organ, in dem jegliche Versuche, gesamtdeutsche Politik zu betreiben, als kommunistisch infiltriert dargestellt und wirkliche oder vermeintliche Repressalien in der DDR (SBZ) bekämpft wurden. Allerdings blieb es bei der Entwicklung der Bundesrepublik nicht aus, dass auch manch kritischer Bericht über Neofaschisten bei uns erschien. Zugleich legte sich die Zeitung mit der antifaschistischen Wochenzeitung „Die Tat“ an, und es kam auch zu Prozessen. Die Gründung des „BVN“ - „der alle diejenigen erfasst, die nie Mitglied der VVN gewesen sind“, wie es ein

BVN-Funktionär in einem Brief nach Hamburg am 23. Februar 1950 mitteilt (35) - sollte sicherlich auch dazu dienen, die Aktivitäten der Antifaschisten zu behindern bzw. zu beeinflussen. Damals haben viele ihre Meinung zu dieser Entwicklung gesagt. Der ehemalige Anstaltsgeistliche der NS-Hinrichtungsstätte Plötzensee, Pfarrer *DR. HARALD PÖLCHAU*, der viele Antifaschisten auf ihrem letzten Gang begleitete, erklärte am 7. Februar 1950:

„Ich bedaure die Nachricht von dem Austritt der Kameraden *LÜTSCHES* und *MÜLLER* und ihren Versuch, die VVN zu einer kommunistischen Organisation zu stempeln auf das lebhafteste. Die Brücken, die beide Teile Deutschlands miteinander verbinden, dürfen nicht zerstört werden. Wir haben alle Ursache, sie zu festigen, wenn wir den Frieden der Welt und den Frieden für Deutschland erhalten wollen. Dass die VVN vor den Gefahren der Remilitarisierung und Faschisierung im eigenen Vaterland zu warnen und über die Entwicklung der politischen Machtverhältnisse zu wachen hat, sollte für alle unter dem Hitlerreich verfolgten Kameraden, ganz gleich wo sie politisch stehen, eine Selbstverständlichkeit sein. Trotz *LÜTSCHES* und *MÜLLER* werden, davon bin ich überzeugt, die Kameraden in ganz Deutschland weiterhin fest zusammenstehen.“ (36)

Die Kreisleitung der **VVN Dortmund** erklärte in einem am 10. Februar 1950 an die Dortmunder Tageszeitungen gesandten Kommuniqué, dass es in der Dortmunder VVN „nie einen parteikommunistischen Druck“ gegeben habe.

„Wir erklären weiter, dass wir in der Einheit unserer Organisation die beste Voraussetzung sehen für den Kampf um die Erhaltung des Friedens, für die Aufklärung der Massen über die verderbliche Rolle des Nationalsozialismus, des Antisemitismus, des Militarismus und für die Herstellung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands. Damit steht der Kreis Dortmund einheitlich auf dem Boden des Programms, das auf der Landeskonferenz im Juli 1949 einstimmig angenommen wurde. Um der drohenden Gefahr der sich wieder starkmachenden reaktionären Kräfte zu begegnen, werden wir, trotz der Absplittierungsversuche des BVN (Bund der Verfolgten), mehr als je einig und geschlossen unsere gestellten Aufgaben durchführen.

ROSPLOCH, KPD

HERZOG, KPD

SCHMIDT, KARL KPD

WEBER, CDU

BRUNE, KPD

MOSER, PARTEILOS

KAMOMANN, PARTEILOS

BOAS, FDP

RHEINLÄNDER, PARTEILOS

BREGIEL, PARTEILOS

SCHMIDT, PAULA, KPD

HEIMBERG, RASSISCH VERFOLGTER.“ (37)

PFARRER WEIN aus **Brühl-Pingsdorf** teilt am 24. Februar 1950 dem Landesvorstand der VVN mit, dass am 23. Februar die Ortsvereinigungen des Kreises zusammen waren, um die entstandene Lage zu besprechen. In dem Brief heißt es u.a.:

„Die Schwierigkeiten in der Spitze berühren uns nicht. In aller Form wurde erklärt, dass weder in den Ortsvereinigungen noch im Kreis ein Versuch der KP, in die Angelegenheiten der VVN einzugreifen, unternommen wurde. Alle unsere Kameraden halten nach wie vor zusammen, ohne Rücksicht auf politische Parteizugehörigkeit; auch das Verhältnis der Kameraden zu dem Kreisvorsitzenden (katholischer Pfarrer) ist herzlich und von Vertrauen getragen, wie ein besonderes Vorkommnis der letzten Zeit erneut bewies. Wir werden an diesem Grundsatz der Überparteilichkeit auch in Zukunft festhalten und bewahren der VVN unsere Treue; die Entwicklung des BVN werden wir in Ruhe abwarten und sind nicht der Meinung, dass in der VVN nur Kommunisten verbleiben und darum in Westdeutschland die VVN ohne Einfluss sein wird. Wir sehen es als selbstverständlich an, dass die westdeutsche VVN ihre Angelegenheiten selbst ordnet und zu den einzelnen westdeutschen Regierungen gute Beziehungen unterhält. Eine Beschimpfung westdeutscher Staatsmänner weisen wir zurück.“ (38)

Dass in den Mitgliederversammlungen der VVN im Lande aber auch noch andere Themen besprochen wurden, zeigte sich z.B. am 6. November 1949 in **Aachen**. Dort wandten sich die rund dreihundert anwesenden Mitglieder und Freunde der VVN in einem Antrag an den Landtag von Nordrhein-Westfalen mit der Forderung nach einer Novelle zum Haftentschädigungsgesetz. Zur Begründung wurde angeführt, dass das Haftentschädigungsgesetz von NRW das ungünstigste unter gleichartigen Gesetzen der deutschen Länder sei und dass ein Teil der im Antrag formulierten Forderungen in anderen deutschen Ländern schon Gesetz sei. Abschließend wurde mit Nachdruck der Landtag aufgefordert, „den vorgeschlagenen Beschluss als Novelle zum Haftentschädigungsgesetz zu verabschieden und diese Ansprüche mit Vorrang vor den Ansprüchen ehemaliger Berufssoldaten, Nazibeamter usw. zu behandeln.“ (39) Auch in der praktischen sozialpolitischen Arbeit gab es in jenen Jahren Aktivitäten. Neben dem „**TONI-MELCHERS-HEIM**“ in **Wülfrath** wurden noch weitere Heime zur Erholung der Nazi-Verfolgten errichtet. In der „Freien Presse“ konnte man Mitte Juni 1949 lesen, dass in der Senne mit dem „**Haus Heidepark**“ „ein stolzes Werk, aus eigener Kraft ge-

schaffen“ worden war. Betont wurde bei der Einweihung, dass dies Haus nicht nur den VVN-Mitgliedern aus NRW als Erholungsstätte dienen solle, „sondern allen Opfern dieses Krieges.“ (40)

Zentrale Aufgabe der sozialpolitischen Arbeit der VVN war - wie schon deutlich wurde - die

„WIEDERGUTMACHUNG“.

„Die Wiedergutmachung“, so wurde schon auf der Interzonalen Tagung der VVN vom 15. bis 17. März 1947 in Frankfurt am Main erklärt, „ist eine menschliche, politische, moralische und rechtliche Pflicht. Wer von der Welt Gerechtigkeit erwartet, muss erweisen, dass er gewillt und bereit ist, zuerst im eigenen Hause Unrecht, das er mitverschuldet hat, zu tilgen.“

Wiedergutmachung soll nur denen zuteil werden, die nach strengen Richtlinien als Mitglieder des deutschen Widerstandes gegen das Dritte Reich, als Kämpfer gegen den Faschismus, als politische, religiöse und rassische Opfer des nationalsozialistischen Terrors anzusehen sind. Sie bedeutet nicht Lohn für das, was aus Überzeugung getan und gelitten wurde, sondern, soweit dies überhaupt noch möglich ist, Ersatz der Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen durch das nationalsozialistische Regime an Leib und Leben, Hab und Gut, Erwerb und Einkommen zugefügt worden sind. Die Wiedergutmachung hebt Maßnahmen auf, die im Namen eines verbrecherischen Systems gegen Recht und gute Sitten verstießen. Nicht Sonderrechte werden in Anspruch genommen, vielmehr sollen Vorteile und Vorrechte in Händen der Nutznießer des Dritten Reiches aufgehoben und normale Rechtsverhältnisse wiederhergestellt werden. Es ist nicht mehr als recht und billig, dass die Rechtsansprüche der Verfolgten des Naziregimes vom deutschen Volk vordringlich erfüllt werden. Die Forderungen jener, die Schäden erlitten haben, als das Dritte Reich, das sie selbst gefördert oder geduldet haben, im Kriege zugrunde ging, können nicht mit den Rechtsansprüchen der überzeugten Gegner des Dritten Reiches gleichgestellt werden. Umfang und Mannigfaltigkeit der Wiedergutmachung erfordern in allen deutschen Ländern und Zonen sofortige gesetzliche Maßnahmen, die aufeinander abzustimmen sind, um sie in ganz Deutschland einheitlich wirksam werden zu lassen. Die getroffenen Sofortmaßnahmen müssen zu einer umfassenden Rückerstattungs- und Entschädigungsgesetzgebung führen.“

Ausgehend davon wirkte die VVN aktiv mit an der Umsetzung vieler Forderungen, die z.T. auch Eingang in entsprechende Gesetze fanden. In Nordrhein-Westfalen war besonders *MARCEL FRENKEL* einer derjenigen VVN-Kameraden, die sich in Wiedergutmachungsfragen engagierten. Doch schon damals gab es Widerstand, sowohl von der Militärregierung wie auch von deutschen Stellen. Es gab einen „Kleinkrieg gegen die Opfer“ (41), und durch die Spaltung der Verfolgtenorganisationen kam es zur Schwächung des Einflusses auf Wiedergutmachungspraxis und -gesetzgebung. Dies erleichterte zugleich Adenauers Rechtskoalition, ehemalige Widerstandskämpfer aus dem politischen Leben der Bundesrepublik auszuschalten. (42)

Neben der Wiedergutmachung spielt die sogenannte Entnazifizierung in jenen Jahren eine große Rolle. Bereits auf der zweiten Landeskonferenz in **Leverkusen** hatte der Delegierte *DANNI* aus Bonn zum Thema gesprochen und besonders auf den Fall Hermsen, der mit einer Ehrenerklärung für diesen Altfaschisten endete, hingewiesen. Diesen Fall führte er auch als Beispiel einer Farce der Entnazifizierung an. (43) Allgemein machte damals der Satz die Runde: „die kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen“. Die Methoden der Besatzungsmächte, mittels Fragebögen Nazis aufzuspüren, stießen bei der Bevölkerung, auch bei jenen Teilen, die bereit waren, einen Neuanfang zu wagen, auf Kritik. Es wurden von Seiten der Militärregierung - später auch von deutschen Behörden - Ausschüsse eingerichtet, die die „Überprüfung“ vornahmen.

Im Regierungsbezirk Düsseldorf war es ab 1. September 1945 die Arbeitsgruppe des VVN-Mitglieds *DR. PHILIP AUERBACH*, in der Maßnahmen der Entnazifizierung zusammenliefen. Zweifelsohne hätte eine solche Stelle gewaltige Arbeit gehabt - und Auerbach scheint auch mit einigen Maßnahmen aktiv geworden zu sein-, denn es gab z.B. unter den Polizeibeamten, die 1945 - nach der Befreiung von Krieg und Faschismus - in den Großstädten noch tätig waren, noch viele Parteigänger der Nazis. (45)

Doch, wie schon festgestellt, die Entnazifizierung entpuppte sich immer mehr als eine Farce.

Auf der 3. **Landeskonferenz in Herne 1948** nahm der Dortmunder Delegierte *RHEINLÄNDER*, selbst ein Jurist, in einem Diskussionsbeitrag zur Thematik Stellung:

„Wenn ich die beiden Hauptreferate und auch die Herren Diskussionsredner in ihren Ausführungen recht verstanden habe, dann besteht Übereinstimmung darüber, dass die Entnazifizierung in der bisherigen Form versagt hat, dass es außerdem bei der Justiz in vielen Dingen im argen liegt. Gestatten Sie mir als deutschem Richter der englischen Zone einige Ausführungen zu machen: Wenn wir aus der Entnazifizierung vor den deutschen Unter- und Hauptausschüssen, die wir ja gebildet haben, noch etwas herausholen wollen, dann genügt es nicht, mit Bedauern und gewaltigem Zorn festzustellen, was verkehrt gemacht worden ist, sondern man müsste m.E. mit bestimmten Vorschlägen an die Öffentlichkeit herantreten, einerseits an die politischen Parteien und andererseits an die maßgeblichen Behörden, die hierfür zuständig sind. Wenn wir mit Erbitten-

rung festgestellt haben, dass man die Grossen hat laufen lassen und die Kleinen aufgehängt hat, dann nützt uns diese Feststellung allein nichts. Wir müssen versuchen, Einfluss zu gewinnen. Wir müssen mit Vorschlägen kommen. Jetzt in der Endetappe der Entnazifizierung müssen wir darauf dringen, dass glücklicher zusammengesetzte Entnazifizierungsausschüsse das Recht bekommen, jedes abgeschlossene Verfahren wieder aufzunehmen, nachzuprüfen und ein anderes Urteil zu fällen, wenn sie der Überzeugung sind, hier ist Unrecht geschehen. Aus den Fehlern der Vergangenheit müssen wir noch das wenige Gute herausholen. Es wäre von Wert, wenn die VVN sich dieserhalb zusammensetzte und einen Entwurf ausarbeitete.“ (46)

Und offensichtlich orientierten sich die VVN-Kameraden im Lande in diese Richtung. Denn in den Ausschüssen - zu deren Tätigkeit es einige Aussprachen im Landtag von Nordrhein-Westfalen gab - wirkten Mitglieder der VVN neben Vertretern anderer demokratischer Organisationen mit. (47) Ab Dezember 1947 gab es das „Amt des Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung“ in Nordrhein-Westfalen, der eine Art Koordinierungsstelle darstellt. (48) In Nordrhein-Westfalen wurden von 1947 bis August 1951 6,2% der Bevölkerung „überprüft“. (49)

Aus heutiger Sicht wird man die Kritik der damaligen VVN-Kameraden und anderer Menschen an dieser Art der Entnazifizierung bestätigen müssen. Sie war eine Farce, lenkte von den Kräften ab, die im alten Geiste maßgebend in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft weitermachten, die gedeckt wurden durch die schützenden Hände der auf kaltem Kriegskurs befindlichen Besatzungsmächte und der Führung der Bundesrepublik.

Die *Kreisvereinigung Mülheim/Ruhr* machte am 4. Oktober 1951 darauf aufmerksam. In einem Schreiben an die Landesleitung unter der Überschrift „SS-Nest in Mülheimer Kriminalpolizei“ heißt es: „Kriminalrat Karl Kiehne, Leiter des gesamten Kriminaldienstes. Feststellungen aufgrund des Artikels „Kriminalrat in Gewissenskonflikten“ aus Nr. 12, Seite 6 der in Düsseldorf am 1. Juli 1949 erschienen Wochenzeitung der Juden in Deutschland „Allgemeine“ (Jüdisches Gemeindeblatt) durch Kriminalrat Jagusch vom Innenministerium mit voll positivem Ergebnis vorgenommen. Kiehne aus Allgemeiner SS mit Mitgliedsnummer hervorgegangen, 1909 geboren, mit 18 Jahren Schutzpolizei, mit 25 Jahren zur Kriminalpolizei, mit 26 Jahren Kriminalkommissar, mit 30 Jahren - entgegen sonstigen normalen Laufzeit - bereits Kriminalrat in Hannover. Von 1940-1945, also mit 30-35 Jahren, im Reichssicherheitshauptamt (Reichskriminalpolizeiamt) unter Himmler, Heydrich und Kaltenbrunner linientreu tätig. SS-Sturmbannführer. SS-Dienststellenleiter in Brüssel - bisher wohl nicht bekannt - aber bei einem an ihn gelangendem Telefonanruf während einer Dienstbesprechung in Mülheim im Frühjahr 1951 von ihm selbst bestätigt. Zeugen: 20-30 Krim.-Beamte, darunter Krim.-Pol.-Mstr. Rudolf Wernert, Walter Schulitz, Huppfeld, Simon, Burg und Ingendahl. Von 1928-1934 in Dortmund Mitbegründer der NSBO innerhalb der Polizei und des Polizeisturmes. Zeuge: Pol.-Rat i.R. Keller in Dortmund.“ (50)

Während sich viele Altnazis in einflussreichen Stellen tummelten, wurde am 19. September 1950 von der Bundesregierung ein Erlass veröffentlicht, wonach Mitglieder der VVN nicht staatliche Angestellte sein könnten. In den Ländern setzte man diesen Erlass um, und der Ministerialdirigent *MARCEL FRENKEL* wurde daraufhin aus dem Landesdienst von NRW entlassen. (51)

Andere Juristen wurden weiterbeschäftigt und befördert. Bezeichnend ist das Beispiel des Amtsgerichtsrats Dr. Kowalski. Dieser war 1942 beisitzender Richter des Sondergerichts in Leslau (Polen). Er gehörte zu den drei Richtern, die am 30. Januar 1942 den 30jährigen Zimmergehilfen Ignacy Kacmierczak, Vater von drei Kindern, zum Tode verurteilten. Er wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet, weil er den „Diensthund“ eines deutschen Zollbeamten hinter dem Ohr verletzt haben sollte. Niemand hatte gesehen, wie und von wem der Hund verletzt worden war. Aber Kacmierczak war beschuldigt worden. Den drei Richtern genügte als Beweis, dass sie den Eindruck hatten, dass der Beschuldigte erschrocken war, als er den Hund, der hereingeführt wurde, sah und dass der Hund ihn anbellte. Amtsgerichtsrat Dr. Kowalski wurde nach 1945 weiterbeschäftigt und befördert. 1958 war er Landgerichtsdirektor in Essen.

(Quelle: „Druck und Papier“ vom 15. Oktober 1958, Organ der gleichnamigen Industriegewerkschaft)

Am 14./15. April 1951 trafen sich in **Gelsenkirchen** rund 1.000 *Delegierte* aus allen Teilen Deutschlands zum „Deutschen Kongress der Widerstandskämpfer, der Opfer des Faschismus und des Krieges“. Diese machtvolle Aktion von Widerstandskämpfern, Kriegs- und Arbeitsversehrten, Umsiedlern, Bomben- und Besatzungsgeschädigten, die sich für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland aussprachen, machte die Herrschenden nervös. (52)

Auch auf der 6. *Landeskonferenz*, die am 15. Juli 1951 in **Hagen/Westfalen** stattfand, stand dieses Thema im Vordergrund. Schon bei der Eröffnung der Konferenz wurde durch die Rezitation von Wolfgang Borcherts „Sag Nein“ klar gemacht, als was sich die VVN verstand, nämlich als Teil jener großen Bewegung

gegen den Krieg, gegen die Remilitarisierung. Auch durch den Volksschor, der u.a. Uthmanns „Völkerfrieden“ vortrug, wurde diese Richtung deutlich. Auf der Tagungsmappe stand der Spruch:

„Der Friede ist das höchste Gut der Menschheit - ihn zu erhalten, Pflicht jedes anständigen Menschen!“

Das Referat **„Die VVN im Kampf gegen Remilitarisierung und für den Frieden“** hielt der Landesvorsitzende **HEINRICH HOFFMANN**, der als Nachfolger **ERNST SAALWÄCHTERS** die Geschicke des Landesvorstandes leitete. Im schriftlich vorliegenden Geschäfts- und Organisationsbericht wurde nochmals auf die Versuche der Lütches-Gruppe hingewiesen, der VVN Schaden zuzufügen und festgestellt, dass es der Gruppe nicht gelungen sei, „die VVN zu zerschlagen oder zu spalten“. „Wir dürfen mit Stolz feststellen, dass die überwiegende Mehrheit der Verfolgten des Naziregimes und Widerstandskämpfer der Organisation die Treue hält.“ Zugleich erfuhren die Delegierten, dass seit der letzten Landesdelegiertenkonferenz vom 25./26. März 1950 (in Düsseldorf) die ländlichen Kreisvereinigungen Probleme hätten. „Zur besseren Betreuung der Kreisvereinigungen und zur Herstellung einer besseren Verbindung mit der Landesleitung wurde im November 1950 der Kamerad **HARTMANN, Kreis Opladen**, eingesetzt, dessen Tätigkeit sich günstig auf die Organisation auswirkte.“ Weiter heißt es in dem Organisationsbericht: „Die soziale Betreuung unserer Mitglieder ist eine der vornehmsten Aufgaben der Organisation...Es muss aber immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die sozialen Belange nur erfüllt werden können, wenn der Frieden erhalten bleibt.“ Aus dem Geschäftsbericht wurde auch ersichtlich, dass auf dem Büro täglich 6 bis 7 Kameraden und Kameradinnen in der Hauptsache bei der Wahrnehmung ihrer sozialen Belange Hilfe erwarteten.

Daran anschließend wird festgestellt: „Die Wahrnehmung der Interessen unserer Mitglieder wurde wesentlich erschwert durch die Maßnahme der Landesregierung, dass ab 19. September 1950, dem Tag des Bundeserlasses, die Vertreter der VVN, die bis dahin in allen Ausschüssen gesessen hatten, nicht mehr zugelassen wurden.“ (53)

Auch im Geschäftsbericht werden ebenfalls Ausführungen zu **LÜTSCHES** gemacht:

„Die widerrechtliche Inbesitznahme unserer Zeitung durch **LÜTSCHES** zwang uns, ein neues Organ als Sprachrohr unserer Bewegung ins Leben zu rufen. Aufforderungen an **LÜTSCHES**, das in seinem Besitz befindliche Eigentum der VVN an dieselbe zurückzugeben, wurden ignoriert bzw. sabotiert, so dass sich der Landesverband Nordrhein-Westfalen am 8. Juli 1950 entschloss, eine Klage gegen **LÜTSCHES** bei dem Landgericht in Düsseldorf anhängig zu machen. Nach Zustellung dieser Klage erklärte sich **LÜTSCHES** zu Vergleichsverhandlungen bereit, die mit dem Resultat endeten, dass er das gesamte Inventar, die Korrespondenz sowie sonstige Unterlagen und einen Betrag für widerrechtlich aufgenommene Anzeigen von DM 10.758,- an die VVN zurückzugeben (habe). Der Betrag von DM 10.758,- wurde zum Aufbau unserer neuen Zeitung an den Verlag „Die Tat“ abgeführt. Gleichzeitig verpflichtete er sich, rückständige Steuerschulden in Höhe von rund DM 11.000,-, die er während der Jahre seiner Tätigkeit im Pressedienst der VVN der Landesleitung verschwiegen hatte, als Alleinschuldner zu übernehmen und bis zum 15. Oktober 1950 zu bezahlen. Der letzteren Verpflichtung ist er bis zum heutigen Tage (10. Juli 1951) noch nicht nachgekommen.“ (53)

In einer Erklärung wurden die Maßnahmen der Bundesregierung, die Remilitarisierung vehement durchzuführen, heftig kritisiert.

Dort heißt es u.a.:

„Man spricht vom „Verteidigungsbeitrag“, den Deutschland leisten muss. Unter diesem Schlagwort werden Kriegsverbrecher freigelassen, immer mehr Faschisten in die Regierungsstellen eingebaut, werden demokratische Organisationen und Zeitungen verboten, friedliebende Menschen verhaftet und demokratische Rechte und verfassungsmäßige Gesetze willkürlich beseitigt. Die in jüngster Zeit durchgeführten Polizeimaßnahmen sind verfassungs- und gesetzwidrig. Die willkürliche Beseitigung demokratischer Rechte muss auf den stärksten Widerstand des Volkes stoßen. Die Verteidigung und Erhaltung der demokratischen Grundrechte hilft den Frieden sichern. Man spricht von Demokratie und beseitigt selbst die demokratischen Rechte mit faschistischen Methoden. Man spricht vom Frieden und trifft Kriegsvorbereitungen, man spricht vom Verteidigungsbeitrag und stellt neue Militärverbände auf...Wir Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg werden dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Getragen von dem Willen des Volkes, gestützt auf die demokratischen Grundrechte und auf die internationale Verbundenheit aller Widerstandskämpfer, Partisanen und Opfer des Faschismus werden wir alles tun, um den Frieden zu erhalten.“ (54) Die in der Entscheidung getroffene Einschätzung wurde zwei Wochen später bestätigt.

Am 2. August 1951 wurde das Büro des Rates der VVN in Frankfurt am Main durch ein großes Polizeiaufgebot geschlossen.

Begründet wurde die Polizeiaktion mit der Behauptung: Der Rat der VVN habe gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen, und dabei wurde besonders auch der schon angesprochene Gelsenkirchener Kongress vom 14./15. April 1951 als „Delikt“ gewertet. Am 15. April 1951 hatte die Polizei dort die Kundgebung am Mahnmal für die Opfer des Faschismus behindert und war brutal gegen Antifaschisten vorgegangen. Der „Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung“ wurde damit begründet, dass die VVN die Volksbefragung unterstützt habe. Die Fragestellung dieser Volksbefragung lautete: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951?“

Diese Volksbefragung, die im Frühjahr 1951 auf einem Kongress in Essen beschlossen wurde, störte die Remilitarisierungspläne der Regierung Adenauer. Adenauer hatte, noch bevor er Bundeskanzler wurde, schon im Dezember 1948 den ehemaligen Nazigeneral Speidel als Berater für militärische Fragen engagiert. Am 24. Mai 1950 wurde der ehemalige Nazigeneral Schwerin Sicherheitsbeauftragter der Bundesregierung. Am 31. August 1950 hatte Adenauer seiner Regierung mitgeteilt, dass er - ohne das Kabinett vorher zu befragen - dem US-Kommissar McCloy 150.000 deutsche Soldaten für eine „Europaarmee“ angeboten habe. Anfang April begannen die Verhandlungen über die Aufstellung deutscher Divisionen im Rahmen der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“.

Parallel dazu wurden von der Regierung verboten (es handelt sich hierbei um eine nicht vollständige Aufzählung):

- ⇒ Freie Deutsche Jugend (FDJ) in Westdeutschland
- ⇒ Demokratischer Frauenbund
- ⇒ Westdeutsches Friedenskomitee
- ⇒ Kulturbund zur demokratischen Erneuerung
- ⇒ Gesellschaft: Frohe Ferien für alle Kinder
- ⇒ Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft
- ⇒ Komitee für Einheit und Freiheit im deutschen Sport etc.

Die bereits erwähnte polizeiliche Aktion gegen den Rat der VVN war ein Element dieser Verbotsserie, mit der Gegner der Remilitarisierung ausgeschaltet werden sollten. Ergänzt wurden diese Verbote durch das sogenannte 131er-Gesetz; es wurde ebenfalls im Jahre 1951 verabschiedet. Dieses Gesetz bestimmte, dass ein festgelegter Prozentsatz der Beamten aus solchen Personen bestehen musste, die schon in der Nazizeit Beamte waren.

Am 30. Januar 1952 richtete die *Kreisvereinigung Siegerland* der VVN einen Brief an den 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Auslösender Grund waren Presseberichte, nach denen die Bundesregierung Verbotsklage gegen die KPD beim Bundesverfassungsgericht eingereicht hatte. In dem Brief heißt es:

„In der Klageschrift gegen die KPD werden 37 Organisationen, darunter auch die VVN, benannt, die als sogenannte kommunistische Tarnorganisationen mitzuverbieten gefordert wird.

Die Kreisvereinigung Siegerland der VVN hat diesen Verbotantrag am 18. Januar 1952 durchgesprochen und stellt fest:

1. Die VVN ist und bleibt eine überparteiliche Organisation, in der die religiösen, rassischen und weltanschaulichen Einstellungen der Mitglieder streng und mit größter Toleranz ge- und beachtet werden.
2. Die VVN hat bei ihrer Organisationsgründung ihr Vereinsstatut bekannt gegeben; auf die Einhaltung des Statutes wird streng geachtet.
3. Die VVN ist die Organisation, in der die Menschen zusammengeschlossen sind, die in den Jahren des Naziterrors ihr Leben gegen die Unmenschlichkeit einsetzten. Sie kämpften für die Wiederherstellung der menschlichen Freiheit und die Menschenrechte.
4. Die Menschheit der ganzen Welt hat den heroischen Kampf der Verfolgten des Nazi-Regimes und ihrer Millionen Opfer, die in diesem Kampf gegen die Unmenschlichkeit erbracht wurden, gewürdigt.
5. Die VVN ist der Garant der Demokratie, da gerade unsere Mitglieder die Diktatur am härtesten zu spüren bekamen.
6. Die VVN hat in keiner Weise gegen die bestehenden Gesetze und das Grundgesetz verstoßen.

Als Beweis der Überparteilichkeit gibt die Kreisvereinigung Siegerland der VVN dem Bundesverfassungsgericht bekannt, dass die Kreisvereinigung von drei ehemaligen Verfolgten geführt wird, die wie folgt parteipolitisch organisiert sind:

Der Vorsitzende der Vereinigung ist Mitglied der CDU und Mitbegründer der Ortsgruppe Siegen der CDU.

Der Geschäftsführer gehört keiner Partei an.

Der Kreiskassenführer ist ebenfalls parteilos.

Es kann unter diesen Umständen niemals behauptet werden, dass unsere Organisation eine kommunistische sei.

Nach dem Verbotsantrag der Bundesregierung gegen die KPD soll nun in Bausch und Bogen auch unsere Organisation mitverboten werden. Die Mitglieder der Kreisvereinigung Siegerland sehen in dem Verbotsantrag eine Wiederholung der Vorgänge von 1932/33 und den Beginn eines Gewaltregimes.

Unter dem Datum vom 15. August 1951 wurde dem Kreisvorstand der VVN eine verfassungswidrige Handlung des Amtsgerichts Siegen bekannt gegeben, nach der auf Grund der Po.V. des Innenministers von Nordrhein-Westfalen vom 28. April 1954 (GuVBI. Nr. 16 S. 47) unsere Kreisvereinigung aus dem Vereinsregister gelöscht sei, ferner der Verein auf Grund des öffentlichen Vereinsrechts aufgelöst sei.

Auf den am 12. September 1951 erhobenen Einspruch ist bis heute noch keine richterliche Entscheidung getroffen worden. Andererseits ist in unserem Kreisgebiet eine Entwicklung zu beobachten, die tatsächlich als verfassungswidrig anzusehen ist.

Am 9. November 1951 (Gedenktag der NSDAP) wurden in Siegen Hetzflugblätter mit dem Hakenkreuz verbreitet, in denen alle Verfolgten und Widerstandskämpfer auf gemeinste Art diffamiert wurden. Bis heute konnten wir nicht in Erfahrung bringen, ob auf unsere Eingabe beim Herrn Oberstadtdirektor in Siegen eine Fahndung nach den Herstellern und Verteilern dieses Pamphlets eingeleitet wurde.

30 Siegerner Augenpaare haben am 15. April 1951 in Gelsenkirchen an der Gedenkstätte der Opfer des Naziterrors gesehen, wie man heute über unseren Kampf gegen die Unmenschlichkeit in den Jahren des Naziterrors vom Standpunkt der Polizeiorgane denkt.

Waren es nicht gerade die Verfolgten des Naziregimes, auf die die gesamte Welt in 1945 schaute, die durch ihre ungeheuren Opfer und Leiden in der Welt das Fundament für ein neues Vertrauen zu Deutschland geschaffen haben?

Sollen wir erneut mit den Worten eines Hitler oder Göbbels als Untermenschen bezeichnet und behandelt werden, wir die Menschen, die ein eigenes Ich überhaupt nicht kennen, die immer bereit sind, sich für die Menschheit einzusetzen?

Hat die Geschichte nicht zur Genüge bewiesen, wohin Deutschland durch Politik der Gewalt gekommen ist?

Wir als Freunde der Menschheit und als Kämpfer für die Erhaltung des Friedens, als Menschen die sich durch die Vergangenheit verpflichtet fühlen, alles daran zu setzen, damit ein größeres Unheil über Deutschland nicht hereinbricht?

Die Kreisvereinigung Siegerland der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) beantragt, das Bundesverfassungsgericht möge beschließen:

1. die beim Bundesverfassungsgerichtshof erhobene Klage wird als unzulässig abgewiesen,
2. festzustellen, dass die Maßnahmen der Bundesregierung gegen das Grundgesetz verstoßen.

**Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes (VVN)
Kreisgruppe Siegerland
(3 Unterschriften)“ (55)**

Zu den Unterzeichnern gehörte auch *JOSEF BRAASCH*, der als Mitglied der CDU in der VVN wirkte und sich gegen die Spaltung der Verfolgtenorganisation wandte. (56)

Am 27. Februar 1952 hatte die *Kreisvereinigung Altena-Lüdenscheid* in einem Brief an den Landesverband berichtet, dass gegen Mitglieder der VVN polizeilicherseits vorgegangen worden sei.

Da wurde bei *FRITZ KRAUSE* in Hülscheid, bei *IDA BINDERWALD* in Lüdenscheid, bei *ERNST BRAUN* in Lüdenscheid und bei *ALFRED HEIERMANN* in Altena die Polizei in Marsch gesetzt; es fanden Hausdurchsuchungen statt und es kam zu Verhaftungen. Ihr „Verbrechen“ hatte darin bestanden, Flugblätter für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands zu verteilen und zu agitieren. (57)

Diese „Volksbefragung“ war von der Bundesregierung verboten worden - sie fand aber trotzdem statt. Nach Angaben des „Hauptausschusses für Volksbefragung“, dem u.a. auch der katholische Schriftsteller Reinhold Schneider angehörte, stimmten 9,1 Millionen Bürger der Bundesrepublik gegen die Aufstellung neuer Truppen. (58)

In dieser Situation fand in **Krefeld** eine Delegiertenkonferenz der VVN für das Gebiet der Bundesrepublik statt. Auf dieser Konferenz wurde eine selbständige Zentrale Leitung gewählt. Einer der Vorsitzenden wurde *DR. MARCEL FRENKEL* aus Düsseldorf. *FRENKEL*, der als Jude und Sozialist in der Emigration gelebt

hatte, wirkte in der VVN, wie schon erwähnt, besonders im Bereich der Wiedergutmachung. Auch als Bundesvorsitzender führte er im Lande Nordrhein-Westfalen Versammlungen durch, so z.B. am 30. August 1953 in **Moers**. (59) Denn dieses Thema war eben nicht nur ein „soziales“, sondern ein hochpolitisches, auch und gerade in Nordrhein-Westfalen.

Die *Kreisvereinigung Bocholt* wandte sich am 16. März 1952 an das Innenministerium, um ihre Empörung Ausdruck zu verleihen, dass bei Bildung des Anerkennungsausschusses für Wiedergutmachungsfragen durch den Hauptausschuss der Stadt die VVN ignoriert worden war. Außerdem sei ein Vertreter gewählt worden, der als Stadtverordneter des Zentrums „im Jahre 1933 in der ersten Sitzung des nationalsozialistisch gewählten Stadtparlaments auf Hitler und seiner Partei große Lobreden gehalten hat, die ihn unwürdig machen, als politisch Verfolgter zu gelten“. (60) Die Thematik war deswegen auch so wichtig, weil durch die anstehende Verabschiedung des Bundesentschädigungsgesetzes am 1. Oktober 1953 bundeseinheitliche Regelungen für die Tätigkeit der Interessen der Naziopfer zu erwarten waren und somit Einflussnahme wichtig war.

Einflussnahme und Protest waren auch vonnöten angesichts der weiteren politischen Entwicklung in der Bundesrepublik. Überall kam es zu großen Aktionen gegen die Remilitarisierung, und die Mitglieder der VVN waren vorn mit dabei. So entstand eine breite Bewegung gegen den Generalvertrag, gegen die allgemeine Wehrpflicht und schließlich gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen. Die Hintermänner und Nutznießer des Nationalsozialismus wagten sich immer mehr ans Tageslicht, und die Positionen, die sie innehatten, wurden zu einer immer ernsteren Gefahr für die im Grundgesetz verankerten Rechte und Freiheiten. Wie stark die Demokratie in der Bundesrepublik bedroht war, macht die Polizeiaktion gegen die Zentrale Leitung in Frankfurt/Main deutlich, wo am 23. Februar 1953 - auf Betreiben des Bundesinnenministers - die VVN-Leitung für verboten erklärt wurde und die Geschäftsräume versiegelt wurden.

Wenige Tage später, am 1. März 1953, traten in Bonn Mitglieder der Länderorganisationen der VVN zusammen. Die Funktionäre protestierten gegen das ausgesprochene Verbot der Zentralen Leitung und forderten die Aufhebung. Außerdem befasste sich die Konferenz mit Fragen der Wiedergutmachung und mit dem bedrohlichen Anwachsen nazistischer Provokationen. Es wurde beschlossen, im Mai 1953 eine Delegiertenkonferenz für die Bundesrepublik durchzuführen.

Diese fand auch in unserem Lande statt. Am *16. und 17. Mai 1953* wurde in **Dortmund** deutlich, dass die VVN weiter den Kampf gegen den General- und EVG-Vertrag, für die nationale Einheit Deutschlands und für die Sicherung des Friedens führen wird. Ebenfalls in unserem Lande, am *8. November 1953* in **Dortmund**, fand eine bundesweite *Sozialkonferenz* der VVN statt, auf der speziell Fragen der Wiedergutmachung behandelt wurde. Hier waren die in der Sozialpolitik tätigen Kameraden *RUDOLF LINDER* und *PAUL HECHT* sicher anwesend. Landessekretär war *JUPP PORTNER*, der im Büro auf der Corneliusstrasse 103 in Düsseldorf die Geschäfte des Landes führte und auch bei Versammlungen auftrat. Und über „Arbeit“ brauchten sich diese Funktionäre nicht beklagen.

Entsprechend der politischen Entwicklung war die „Arbeit“ zunehmend dem Kampf gegen die Refaschisierung - die sich parallel zur Remilitarisierung vollzog - gewidmet. Überall im Lande Nordrhein-Westfalen fanden „Kameradschaftstreffen“ von Soldatenverbänden statt. Und dagegen erhob sich Protest, waren doch vielfach diese Kameradschaftstreffen Zusammenkünfte unbelehrbarer Kommißköpfe. So hatte die HIAG jener Traditionsverband der SS-Leute - Ende Mai 1956 ein Treffen in Lüdenscheid geplant. Getreu der Losung der *Delegiertenkonferenz* der VVN in **Herne** (*15./16. Januar 1955*): „Vorwärts im Geiste unserer Helden - verhindert die Wiederbewaffnung der Totengräber der Nation!“ reagierte die VVN in **Altena-Lüdenscheid** sofort. In einer Protestresolution an Oberbürgermeister Schlingmann und die Stadtratsfraktion der SPD, CDU, FDP und des BHE erklärte die VVN u.a:

„Wir politisch, rassistisch und religiös Verfolgten der Nazi-Gewaltherrschaft, zusammengeschlossen in der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes VVN Kreisvereinigung Altena-Lüdenscheid protestieren mit allem Nachdruck gegen das für den 26. und 27. Mai 1956 in Lüdenscheid, Lokal Streppel, geplante SS-Treffen, auf dem der ‘SS-Panzer-General Meier sprechen soll’. Millionen und aber Millionen Menschen in der ganzen Welt und ganz besonders allen politisch, rassistisch und religiös Verfolgten läuft es kalt und warm über den Rücken, wenn sie auch nur das Wort ‘SS’ hören oder lesen.

Wir Widerstandskämpfer kenne diese Brut nicht nur vom Hörensagen, sondern haben diese in genügender Weise kennen gelernt. Diese Sadisten kannten nur eine Tagesordnung: ‘Willst du nicht mein Bruder sein, dann schlage ich dir den Schädel ein’. Hunderttausende ja Millionen Häftlinge wurden auf die scheußlichste Art gefoltert und zu Tode gequält. Mit vollem Recht hat der Internationale Militär-Gerichtshof Nürnberg die SS als verbrecherische Organisation gestempelt und mit der Gestapo gleichgestellt.

Die durch den Hitler-Krieg überfallenen europäischen Völker sind durch die Bekanntschaft mit der Waffen-SS voll und ganz bedient. Diese Völker werden die Scheußlichkeiten dieser 'Elite'-Einheiten Himmlers nie wieder vergessen können. Hierfür nur einige besondere Beispiele:

*‘Überfälle der SS auf das tschechische Dorf Lidice,
die französische Ortschaft Oradour,
das italienische Dorf Marcobotto,
die Ortschaft Putten in Holland und viele andere mehr’.*

Aus all diesen Tatsachen heraus und in der Erkenntnis, dass solche Treffen nur den Zweck verfolgen, unsere Jugend wie die gesamte Bevölkerung im Geiste des Militarismus und Faschismus zu beeinflussen, dürfte es der Stadtverwaltung von Lüdenscheid nicht schwerfallen, derartige in Ihrem schönen Sauerländischen Städtchen Lüdenscheid zu verhindern.

In Erinnerung und in dem Gedenken an die 50 Millionen Opfer des Krieges und des Faschismus „fordern“ wir, dass sie das vorgesehene ‘SS’-Treffen endgültig *verbieten*.“ (61)

Aufgrund der öffentlichen Aktionen - die auch von anderen antifaschistischen Kreisen ausgingen - zog der Wirt die Zusage an die HIAG zurück, und die Stadtverwaltung verbot das Treffen. Der DGB Kreis **Lüdenscheid-Altena** rief zu einer Gegenkundgebung am 26. Mai 1956 auf dem Marktplatz auf, die sehr stark besucht war. Der Bundestagsabgeordnete **Erwin Welke** hielt eine Rede, in der er auf die Gefahren der Remilitarisierung und Faschisierung hinwies und Anklang bei den Anwesenden fand. (61)

Ein halbes Jahr vorher hatte die VVN-Landesorganisation in unmittelbarer Nähe - in **Iserlohn** - die jährliche Gedenkkundgebung für die Opfer des Faschismus durchgeführt. Neben der VVN riefen auch die jüdische Gemeinde Iserlohn, der BVN Kreis Iserlohn sowie Betriebsräte und andere demokratische Organisationen zu dieser Gedenkkundgebung auf. (62) So wie hier bemühten sich überall die VVN-Mitglieder, alle antifaschistisch eingestellten Menschen zu gemeinsamen Aktionen zusammenzubringen. Leider gab es da aber Hindernisse - wie schon angedeutet. Die SPD hatte - wie geschildert - einen Beschluss gefasst, der die Mitgliedschaft in der SPD und in der VVN für unvereinbar erklärte. Dies stieß auf Kritik der sozialdemokratischen Mitglieder.

Am 20. September 1955 wandte sich **PAUL FALKE, Herne**, der jahrelang im Landesbüro der VVN u.a. verantwortlich in der Sozialarbeit tätig war, an die Bezirksleitung Westliches Westfalen der SPD. In dem Brief drückt er seine Verwunderung darüber aus, dass die Aufforderung zum Austritt aus der VVN zu einer Zeit käme, „wo alles auf eine allgemeine Entspannung, besonders zwischen Ost und West, hinschreitet und alle Kräfte vereinigt und aktiviert werden sollten“.

PAUL FALKE war aktiv sozialdemokratischer Funktionär, Ortsgruppenvorsitzender in **Herne-Ost** und einstimmig gewählt worden. Ausgehend von der konkreten Situation in Herne gibt **PAUL FALKE** in seinem Brief auch einen guten Überblick über die Geschichte des Unvereinbarkeitsbeschlusses und seiner Wirkungen.

So schreibt er u.a.:

„Zur Beurteilung der Sachlage ist vielleicht folgende Darstellung von Wert:

Als wir Politisch-Verfolgte 1945 aus den KZ-Lagern zurückkehrten, war überall der Wunsch vorhanden, sich überparteilich zusammenzuschließen, um den Kampf für eine gerechte Wiedergutmachung einzuleiten und politisch zu kämpfen, dass sich solche Dinge, wie der Hitler-Terror, nie wiederholten. Bei der Gründung der VVN standen damals bekanntlich führende Genossen unserer Partei und viele prominente Mitglieder anderer Parteien. Da die Zahl der kommunistischen Verfolgten bekanntlich am größten ist, stellten diese in der neugegründeten VVN den prozentual größten Mitglieder-Anteil. Nach jedem großen politischen Ereignis wie Revolution, Krieg usw. ist die Auseinandersetzung innerhalb der politischen Organisationen über die künftige politische Gestaltung sehr scharf. So auch damals innerhalb der VVN. Dass dabei einzelne Kameraden der KPD angesichts der fürchterlichen Erlebnisse in den KZs und in Anbetracht einer ungenügenden Entnazifizierung über das Ziel hinausgeschossen haben und versuchten, dem Verband eine bestimmte politische Tendenz zu geben, wird nicht bestritten. Dieses ist auch von den maßgebenden Funktionären dieser Richtung später bedauert worden. Nun war es Sache der SPD-Mitglieder, sich gegen diese Tendenz zu wehren, um die parteipolitische Neutralität zu halten. Das ist auch geschehen, aber nicht mit der erforderlichen Konsequenz und Ausdauer. In anderen Verbänden, z.B. denjenigen der Kriegsbeschädigten, den Gewerkschaften, haben unsere Genossen besser durchgehalten und ist da heute alles in bester Ordnung, ohne dass es zu einer Zersplitterung und damit bedingter Lähmung der Kräfte kam. Statt dessen ist der größte Teil unserer Genossen auf Grund des Parteitagsbeschlusses von 1948 in Düsseldorf ausgetreten, haben ein besonderes Organ gegründet und damit die Gesamtbewegung der Politisch-Verfolgten geschwächt, was sich u.a. in dem schlechten BEG (Bundesergänzungsgesetz) gezeigt hat. Auf dem erwähnten Parteitag ist übrigens die Frage

nicht genügend ausdiskutiert worden, die Debatte ist abgebrochen worden, die Anhänger der VVN sind nicht genügend zu Wort gekommen. Darum sind auch nach diesem Parteitagsbeschluss nicht *sofort* alle SPD-Leute aus der VVN ausgetreten. Viele haben diesen Beschluss für falsch angesehen, sahen darin eine Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit und sind geblieben. Erst als **Adenauer**, um in seiner Wiederaufrüstungspolitik nicht zu sehr gestört zu werden, in seinem bekannten Erlass die VVN neben zahlreichen anderen Organisationen als eine kommunistisch getarnte bezeichnete und den Mitgliedern, soweit sie Behörden-Angestellte oder Beamte waren, mit Entlassung drohte, sind die verfolgten Sozialdemokraten aus Gründen der Existenz-Erhaltung ausgetreten, da sie inzwischen fast alle Behördenangehörige geworden waren.

Dieses traf auch insbesondere für **Herne** zu, wo fast alle SPD-Leute bei der Behörde waren, darum austraten und dann bis heute nur einige wenige Sozialdemokraten Mitglieder der VVN blieben. Es dürfte bekannt sein, dass, als wirklich aufgrund des Adenauer-Erlasses irgendwo einige Entlassungen erfolgten, die Arbeitsgerichte diese Kündigungen wieder aufhoben, da der Nachweis der kommunistischen Einstellung der VVN nicht erbracht werden konnte und solche Maßnahmen auch gegen das Grundgesetz verstoße. Die im ganzen nicht kleine Zahl der sozialdemokratischen Widerstandskämpfer, welche bis heute in der VVN verblieben sind, achteten die in den KZs geübte Solidarität und Kampfgemeinschaft mit den anderen Nazi-Gegnern und die Begriffe Kameradschaft, Treu und Glauben mindestens genau so hoch wie das Bekenntnis zur politischen Partei. Alle Verleumdungen, Diffamierungen und sonstige Schädigungen haben nicht vermocht, dass diese Genossen ihren bei der KZ-Entlassung geleisteten Schwur auf weiteren gemeinsamen Kampf brachen. Die in der VVN verbliebenen Genossen haben dann in ihrer Tätigkeit erreicht, auch auf Grund der Einsicht der KPD-Kameraden, dass eine wirkliche parteipolitische Neutralität geübt wird. So zählen z.B. von dem Geschäftsführenden Landesvorstand Nordrhein-Westfalen 2 Mitglieder zur SPD, je einer zur CDU und Zentrum, einige zu anderen kleineren Parteien und der Rest zur KPD. Ähnlich sind alle anderen Gremien zusammengesetzt. Von den etwa 180 Delegierten des *Bundeskongresses* der VVN im *Januar 1955* in **Herne**, der vom Genossen Brauner als Oberbürgermeister im Namen des Rates der Stadt Herne in einer Ansprache begrüßt wurde und der am Bahnhof durch große Willkommensschilder der Stadt und des Bundes begrüßt wurde, waren mindestens 30 Mitglieder der SPD anwesend, welche im Rahmen der Konferenz besonders zusammentrafen.

Es muss noch auf das Zusammenarbeiten der VVN mit anderen Verfolgten-Organisationen, auch der 'Gemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten' hingewiesen werden bei besonderen Anlässen z. B.: **Romberg-Park-Gedenkfeier, Gedenkfeier** in der **Wenzelnbergschlucht** im Rhein-Wupper-Kreis, gemeinsamer Sozialausschuss Siegen usw.“ (63)

Dass diese Problematik, dieser „Unvereinbarkeitsbeschluss“, noch Jahre später eine Rolle spielte, wird sichtbar dadurch, dass der Essener Sozialdemokrat Michael L. im August 1977 ein Schreiben an den Landesverband absandte und in dem er sich für Informationen bedankt und feststellt, dass er wegen des Unvereinbarkeitserlasses leider kein Mitglied werden könne und ob es eventuell andere Möglichkeiten antifaschistischer Arbeit gäbe. (64) Der damalige Landessekretär **ERNST HINZ** beantwortete den Brief u.a. folgendermaßen:

„Nun auch noch zu der Frage Mitgliedschaft in der SPD und der „Unvereinbarkeitsbeschluss“. Erstens fragen wir als parteipolitisch neutrale Organisation unsere Mitglieder nicht nach ihrer Parteizugehörigkeit. Ganz sicher ist es aber, dass nicht wenige unserer Mitglieder auch der SPD angehören. Die meisten aber sind parteipolitisch nicht gebunden. Der genannte „Unvereinbarkeitsbeschluss“ ist erstens sehr alt und bezieht sich zweitens auf viele Organisationen. Wir sind zu der damaligen Zeit (was Wunder) ohne unser Dazutun von der SPD-Führung irgendwie eingruppiert worden. Wir jedenfalls widersprachen diesem Beschluss. Erfreulich ist es dennoch, dass uns kein Fall bekannt ist, dass er gegen Mitglieder in unserer Vereinigung angewandt wurde. Das ist auch nicht die Hauptfrage. Ob Mitglied bei uns oder nicht, auf antifaschistische Initiativen kommt es an.“ (65)

Und antifaschistische Initiativen waren dringend geboten - damals wie heute. Ebenso mussten Versuche bekämpft werden, die Arbeit der VVN zu behindern. **FRANZ KÖLLER**, *Vorsitzender* der **VVN Bocholt**, macht dem Landesbüro Mitteilung davon, dass in Bocholt die Saalschwierigkeiten, eine Weihnachtsfeier 1953 abzuhalten, groß seien. (66) Auch im **Ennepe-Ruhr-Kreis** gab es Schwierigkeiten. Die *Ortsvereinigung Wetter/Ruhr* hatte für den 10. Oktober 1954 eine Totengedenkfeier vorgesehen. Diese Zusammenkunft war aufgrund der Polizeiverordnung, die wegen der Volksbefragungsaktion erlassen worden war, verboten worden. (67) Gegen diese polizeiliche Willkür protestierte die VVN. Auch gegen andere Repressalien erhob die VVN ihre Stimme. Die führenden Mitarbeiter des Volksbefragungsausschusses, **OSKAR NEUMANN**, **KARL DICKEL** und **EMIL BECHTLE**, waren verhaftet und als Hochverräter angeklagt worden. Die VVN **Mülheim/Ruhr** nahm auf ihrer Mitgliederversammlung am 17. Juni 1954 folgende Entschließung an, die an das Bundesverfassungsgericht gesandt wurde:

„Die Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes in Mülheim/Ruhr, die am 17. Juni zu einer Versammlung zusammengekommen waren, erheben schärfsten Einspruch dagegen, dass ihre Kameraden *OSKAR NEUMANN*, *KARL DICKEL* und *EMIL BECHTLE* wegen ihres Eintretens für den Frieden und die Völkerversöhnung und Völkerverständigung als Hochverräter angeklagt werden und sich vor dem Bundesverfassungsgericht verantworten sollen. Die Versammlung fordert den Freispruch und die Entlassung ihrer Kameraden, die unter dem Hitler-Regime wegen ihrer demokratischen Gesinnung jahrelang in Zuchthäusern und Konzentrationslagern eingesperrt waren.“ (68)

Diese Aktivitäten bezeugen das Anliegen der Antifaschisten nach Frieden und Demokratie. Auch die alljährlichen Gedenkfeiern für die Opfer des Naziregimes und des Krieges wurden unter dieses Anliegen gestellt. Am 23. September 1956 fand die Landesfeierstunde in Recklinghausen statt. (69) Die Gedenkrede hielt *Dr. JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT*, damals Mitglied der VVN in Düsseldorf.

Doch nicht nur der Kampf gegen Remilitarisierung, für Frieden und Demokratie war eine Hauptaufgabe, ebenso wichtig war der Kampf gegen alle Versuche, die sozialen Rechte der Naziverfolgten zu beschneiden. In **Düsseldorf** fand am 2. Januar 1956 eine *Beratung sämtlicher Verfolgtenverbände der Bundesrepublik und West-Berlins* statt, auf der Fragen der Wiedergutmachungsgesetzgebung erörtert wurden. (70)

Die Auseinandersetzungen um das Bundesentschädigungsgesetz, welches ja eigentlich ein Positivum darstellte, mit der in der Präambel herausgestellten Hochachtung für die antifaschistischen Widerstandskämpfer, war zugleich aber auch eine Widerspiegelung der immer massiver werdenden Renazifizierung und der Begünstigung von Fachleuten des „Kreuzzugs gegen den Osten“ gegenüber den antifaschistischen Widerstandskämpfern. Besonders deutlich wird dies an dem berüchtigten Paragraphen 6 des am 29. Juni 1956 vom Bundestag verabschiedeten BEG, nach dem Wiedergutmachungsansprüche solchen Personen aberkannt werden können, die in der Nachkriegsperiode aktiv für die KPD - die im August 1956 durch Urteil des Bundesverfassungsgerichtes verboten wurde - tätig waren. „Die Erfinder des Paragraphen 6 im BEG erklärten damals“, so stellte *HERMANN MÜLLER*, jahrelanger Mitarbeiter in der Sozialabteilung des Präsidiums der VVN, fest, „es könne der Bundesrepublik nicht zugemutet werden, Verfolgte zu entschädigen, welche die politische Grundordnung bekämpften. Aber dieser Paragraph 6, Abs.1, Ziff. 2 verstößt bis heute gegen die demokratische Grundordnung, gegen Artikel 3, Abs. 3 des Grundgesetzes, wonach die Benachteiligung Andersdenkender verboten ist....“

Die Reform, des politischen Strafrechts vom 25. Juni 1969 hat eine Reihe der damals „strafwürdigen Delikte“ der Strafverfolgung entzogen. Die modifizierte Fassung des §6, Abs. 1, Ziff. 2 besagt auch, dass kein Verfolgter von der Entschädigung ausgeschlossen werden kann, dessen Tat nicht mit Strafe bedroht oder dessen Verurteilung nach rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht gerechtfertigt erscheint. Gleichwohl bleibt eine vollständige politische, moralische und materielle Rehabilitierung der damals verurteilten Kommunistinnen und Kommunisten der nach §6 gemaßregelten Widerstandskämpfer bis heute aus...“ (71)

Auf eine solche Rehabilitierung warten noch viele Mitglieder der VVN-BdA NRW, wie z.B. der langjährige Chefredakteur der antifaschistischen Wochenzeitung und langjähriges Landesvorstandsmitglied, *WERNER STERTZENBACH*. Die VVN führte von Anfang an und dann immer wieder einen Kampf für die Streichung dieses diskriminierenden Paragraphen. So hatten sich am 24. Juli 1961 die Landesvorsitzenden *ERNST HARTMANN* und *PAUL HECHT* an den NRW-Innenminister in einem Schreiben gewandt, weil „dem am 17. September 1961 neu zu wählenden IV. Bundestag...als eine seiner ersten gesetzgeberischen Aufgaben ein Änderungsgesetz bzw. die Novellierung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 29. Juni 1956 obliegt... In diese allseitig als notwendig und dringlich erkannte Novellierung des BEG nehmen die Landesregierungen durch den Bundesrat und über die Dezernenten der Obersten Entschädigungsbehörden der Länder in der Länderkonferenz einen beachtlichen Einfluss.“

So die Einstellung der beiden VVN-Funktionäre, die dann detailliert die Wirkung des §6 BEG und des Ministererlasses Akz. 5/123/B 1 untersuchen. Am Schluss des Briefes heißt es:

„Landesvorstand und Mitgliedschaft der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Nordrhein-Westfalen ersuchen Sie, Herr Minister, um unverzügliche Aufhebung Ihres Erlasses vom 8. September 1955 Aktenzeichen 5/123/B1 und die vordringliche Ausfertigung eines Erlasses zum Zwecke alsbaldiger Rehabilitierung aller aus Gründen des unhaltbar gewordenen Paragraphen 6/1 Ziffer 2 Betroffenen. Die Diffamierung und materielle Benachteiligung der mehr als hundert Anspruchsberechtigten im Lande Nordrhein-Westfalen muss so schnell und so großzügig wie möglich im Interesse der Regierung und der Verwaltung unseres Landes rückgängig gemacht werden.“ (72)

Und auf der *Landesdelegiertenkonferenz 1990* wurde folgender Beschluss gefasst, der dann an Landesregierung und Landtag NRW ging:

„Die VVN-Bund der Antifaschisten in Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung auf, Schritte zur Beseitigung des KPD-Verbotsurteils einzuleiten und in ihrem Wirkungsbereich die Opfer der politischen Strafjustiz der 50er und 60er Jahre zu rehabilitieren. Insbesondere fordern wir von unserer Landesregierung, jenen Antifaschisten endlich Wiedergutmachung für ihre doppelte Verfolgung - als Widerstandskämpfer unter Hitler und als Kommunisten unter **Adenauer, Erhard, Kiesinger** und **Brandt** - zu gewähren. Die Landesdelegiertenkonferenz unterstützt die Bemühungen der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges. Sie begrüßt ebenso die Aufforderung der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden **Herta Däubler-Gmelin** an die Bundesregierung, in der Frage von Amnestie und Rehabilitierung „zuvorderst an die politischen Opfer des Kalten Krieges“ zu denken. (Die Welt, 13. September 1990)

Frau **Däubler-Gmelin** hat dabei an das Unrecht erinnert, das ehemaligen Widerstandskämpfern und KZ-Häftlingen geschah, denen in der Bundesrepublik die Entschädigung verweigert wurde, weil sie sich weiterhin zum Kommunismus bekannt haben“.

Zu bekräftigen ist ihre in diesem Zusammenhang gemachte Feststellung, mit der die Forderung der Antifaschisten und aller Demokraten nach einem Ende der Berufsverbote und der Verurteilung von Friedensdemonstranten sowie Amnestie für diese Menschen und für Kriegsdienst- und Zivildienstverweigerer untertützt wird.

Die Bundesrepublik hat auf die Forderungen der Initiativgruppe, die diese seit 1988 an sie richtet, ebenso wenig reagiert wie auf die Aufforderungen der SPD-Politikerin Däubler-Gmelin. Statt dessen hat sie am 12. September in Moskau anlässlich des Abschlusses des Zwei-Plus-Vier-Vertrages über die „abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ das Schreiben de Maizières und Genschers an die vier Mächte überreichen lassen, mit dem die Regelungen des Grundgesetzes zum Verbot der KPD (Artikel 21) bekräftigt werden, bezeichnenderweise aber nicht die Rechtsvorschriften, die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus (Artikel 159) erlassen wurden. Es sind daher die SPD-regierten Länder aufgefordert, für die Aufhebung des KPD-Verbotsurteils und seine Wirkungen ebenso einzutreten wie für den antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes.“ (73)

Doch zurück in die „Fünziger Jahre“.

IM JAHRE 1957 BEGING DIE VVN IHR 10 JÄHRIGES BESTEHEN.

Die Kreisvereinigungen versandten oder übergaben an Persönlichkeiten die Festschrift „10 Jahre VVN“. *MARCEL FRENKEL*, der 1. Vorsitzende der VVN, schrieb in seinem Beitrag „Allen Freunden zum Gruß“:

„Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes darf, nein, sie *muss*, anlässlich des zehnten Jahrestages ihrer Gründung, mit dieser Schrift zu allen Hitler-Gegnern, zur gesamten Öffentlichkeit in Deutschland und in der Welt sprechen.

Wir neigen uns in Ehrfurcht vor allen Opfern des Naziregimes und des Nazikrieges.

Wir leben für ihr Vermächtnis.

Wir gedenken in Dankbarkeit all jener Kameraden, die den 10. Jahrestag ihrer VVN nicht mehr erleben konnten.

Wir grüßen herzlich alle Mitarbeiter und Mitglieder unserer stolzen Organisation und ihre Angehörigen und danken ihnen für ihre bewiesene Treue. Unsere Gemeinschaft, die sich am 17. Mai 1947 als VVN konstituierte, ist eigentlich viel älter. Sie entstand während der Naziherrschaft in den Zuchthäusern und KZs, im illegalen Kampf und in den Reihen der Patrioten der von Hitler überfallenen Länder; dort fanden die Vertreter des humanistischen und demokratischen Deutschland zusammen. Dort wuchs in vielen Diskussionen die gemeinsame Erkenntnis, dass die nazistische Machtergreifung nur möglich wurde, weil die demokratischen Kräfte im deutschen Volk uneinig und aufgesplittert waren, weil sie in der höchsten Gefahr sich nicht zu einem entschlossenen und einheitlichem Handeln zusammenfinden konnten. Jeder rang - ob Christ oder Marxist, ob Gewerkschafter oder Liberaler, ob Arbeiter oder Geistesschaffender - um das Erkennen der Ursachen der deutschen Tragödie, die zu diesem entsetzlichen Sturz in den Abgrund des Terrors und des Krieges führte. Miteinander suchten wir alle nach dem Weg, diese Schande zu beenden. Miteinander gelobten wir 1945, dass sich solches Grauen nicht wiederholen darf. Die furchtbaren eigenen Erlebnisse und der Tod so vieler Kampfgefährten ließen uns schwören:

Ihr seid unvergessen!

Euer Sterben darf nicht vergebens gewesen sein!

Als die Überlebenden der nazistischen Barbarei heimkehrten und sich mit all jenen verbanden, die willens waren, aus den Trümmern ein Haus des Friedens, der Freiheit und des Glücks zu bauen, geschah dies aus der

Verpflichtung: Faschismus und Militarismus müssen für immer unschädlich gemacht werden. Alles sprach dafür, dass die in den Kerkern und KZs gewachsene Gemeinschaft befruchtend und gestaltend auf die weitere Entwicklung Deutschlands wirken würde.

Diese Erkenntnisse wirkten bestimmend für die Gründung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)“, die alle ehemaligen Widerstandskämpfer, Opfer und Hinterbliebenen des Naziregimes umfasste.

Unbeschadet ihrer politischen, religiösen oder weltanschaulichen Einstellung stellten sie die während des 3. Reiches geschmiedete Kampfgemeinschaft in den Dienst eines neuen Deutschland. Wenn die deutschen Widerstandskämpfer bis 1945 die deutsche Ehre hochhielten, so zeichneten sie sich in den Nachkriegsjahren durch Selbstlosigkeit, Ausdauer und unermüdliche Arbeit aus. Und doch - das muss hier offen ausgesprochen werden - kam die der deutschen Widerstandsbewegung innewohnende Kraft nicht zur vollen Entfaltung. Nicht immer war sie während der Periode des „Kalten Krieges“ den Belastungsproben gewachsen, die der Parteienkampf mit seinen Leidenschaften und seinen gelegentlichen Schärfen verursachte.

Die Gefahren, die wir bezwungen glaubten, traten wieder auf und haben sich zu einer schweren Bedrohung zusammengeballt. Die bessere Zukunft unseres Vaterlandes, für die alle Demokraten gekämpft haben, ist in Gefahr. Wir sagen mit aller Eindringlichkeit: die Opfer des Nationalsozialismus müssen sich wieder zusammenfinden, um den Gefahren für Frieden und Freiheit wirksam entgegenzutreten zu können.

Mein Gruß als 1. Vorsitzender der VVN an alle Freunde ist darum zugleich ein Appell an Herz und Vernunft, eingedenk der vielfältigen Erfahrungen der Vergangenheit, das Gelöbnis gegenüber allen Opfern des Naziregimes zu erneuern. Es gilt, durch die Wiederherstellung der Einheit aller ehemaligen Nazigegner, zusammen mit allen guten Kräften unsers Volkes, den Weg in eine bessere und friedliche Zukunft unseres Volkes freizumachen.“ (74)

Und beschlossen wird die Broschüre - die auch einen Abriss der Geschichte der VVN enthält - mit folgendem Aufruf zur Einheit der Antifaschisten:

„Vorwärts Kameraden!

Zehn Jahre VVN - wir hielten in diesen Blättern kurz Rückschau und richten den Blick auf die Gegenwart und in die Zukunft.

Wir haben nie kapituliert, wir haben uns nie gebeugt, wir haben uns nie gleichschalten lassen. Unser Stolz ist, dass wir ungebrochen blieben, trotz alledem! Wir kämpfen unter schwierigen Bedingungen für Deutschland, für das Deutschland Goethes und Schillers, Kants, Hegels und Marx, Bachs, Beethovens, Einsteins, Thomas Manns und Bert Brechts.

Wir erhalten die in den Kerkern und Konzentrationslagern geschmiedete einheitliche Front aller Antifaschisten. Nur den Gesetzen der Menschlichkeit und der Moral gehorchend, fanden wir uns über politische, weltanschauliche und religiöse Unterschiede hinweg zum gemeinsamen Handeln.

Neue Gefahren mahnen alle Widerstandskämpfer an diese im illegalen Kampf geborene Kameradschaft. Noch ist das Vermächtnis der gefallenen Helden des deutschen Widerstandes nicht erfüllt. Freiheit und Demokratie sind in Gefahr. Jene, die Deutschland an den Abgrund des Ruins brachten und Millionen Tote und Ermordete auf dem Gewissen haben, drängen wieder nach vorn. Die teuflischen Methoden der Massenvernichtung, wie wir sie in den Konzentrationslagern erlebt haben, drohen durch die Anwendung der Atombomben ins Riesenhafte gesteigert zu werden. Diese gefährvolle Entwicklung kann nur gebannt werden, wenn jenen der Weg versperrt wird, die da glauben, ihre alten Pläne, die sie nie aufgegeben haben, jetzt wirklich zu können.

Die Kameraden der VVN schlagen allen Widerstandskämpfern, Opfern und Hinterbliebenen des Naziregimes vor, die Einheit aller Antifaschisten wiederherzustellen und ein gemeinsames Vorgehen auf folgender Grundlage zu beraten:

In Erinnerung an den Kampf gegen Nazismus und an die Erfahrungen beim Untergang der Weimarer Republik

⇒ verteidigen wir Grundgesetz und Länderverfassungen gegen alle Anschläge und fordern den Einsatz aller Machtmittel, um dem Treiben der Feinde der Demokratie Einhalt zu gebieten,

⇒ fordern wir die Auflösung aller faschistischen Organisationen und das Verbot jeglicher militaristischer und nazistischer Literatur und Propaganda,

⇒ treten wir ein für eine wahrheitsgetreue Geschichtsvermittlung an allen Schulen, Lehranstalten und in der Öffentlichkeit über den deutschen Widerstand und die Verbrechen des Dritten Reiches,

⇒ kämpfen wir für die sofortige Einstellung aller Kernwaffenversuche und das Verbot dieser Massenvernichtungsmittel,

⇒ verlangen wir die Beschleunigung der Wiedergutmachung und eine *sofortige* Erledigung der Ansprüche der über-60jährigen unter strikter Einhaltung des Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetz.

**ZUM 10. JAHRESTAG IHRES BESTEHENS RUFT DIE VVN ALLE EHEMALIGEN WIDERSTANDSKÄMPFER, OPFER UND HINTERBLIEBENEN DES NS-REGIMES AUF:
STEHT ZUSAMMEN! MACHT DIE WIDERSTANDSBEWEGUNG STARK!
DANN WERDEN WIR DAS VERMÄCHTNIS DER HELDEN DES DEUTSCHEN VOLKES ERFÜLLEN!“ (75)**



Wenzelnbergveranstaltung 1966 (UZ-Archiv)

Wie notwendig dieser Appell war, unterstrichen die immer häufiger stattfindenden SS-Treffen; sie stießen aber auch auf aktiven Widerstand, nicht nur der VVN. Und wie Versuche unternommen wurden, die Einheit zu realisieren, belegt u.a. jene Aktivität, die der Vorsitzende des **Rhein-Wupper-Kreises**, **WILLI WEINGARTEN** aus Langenfeld, unternahm, um mit der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten und dem DGB bei der Ehrung der Opfer am *Wenzelnberg* zusammenzuarbeiten. Dort waren noch am 13. April 1945 71 Menschen, u.a. politische Häftlinge aus Haftanstalten des bergischen Landes, von Nazibanditen erschossen worden. (76)

In einer Pressemitteilung wird am 8. Juni 1958 unter der Überschrift: „Ist das Mahnmal in der Wenzelnbergschlucht der Opfer würdig?“ mitgeteilt, dass ein Treffen der VVN, der AvS, der Naturfreunde und des DGB stattfand, auf dem Vorschläge „zur Errichtung einer würdigen Gedenkstätte für die Opfer des Naziterrors“ erörtert wurden. Ein Arbeitsausschuss, bestehend aus Vertretern der VVN, der AvS, dem DGB-Kreisvorsitzenden Rhein-Wupper, **Jakobs** und dem Landtagsabgeordneten **Mahlmann** aus Solingen, wurde beauftragt, in dieser Frage aktiv zu werden. (77)

Ergebnis dieser Aktivitäten war 1964 die Neugestaltung des Mahnmals in der *Wenzelnbergschlucht*, wo jedes Jahr (seit 1990 wieder gemeinsam: Städte und Verfolgtenorganisationen, (nachdem es wegen Äußerungen von **JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT** als Redner der Kundgebung 1965 - der sich gegen Verleumdungen der Antifaschisten zur Wehr setzte - zu einer Entzweigung gekommen war (78) im April jeden Jahres der Opfer gedacht wird.

Hier wie an anderen Orten des Landes NRW entwickelten die Antifaschisten - daran führend beteiligt die VVN - Formen des Gedenkens, die öffentlich wirksam wurden und eine große, breite Wirkung zeigten. Dabei wird bis heute dem Gedenken an die hingemordeten Opfer immer auch die Beziehung zur aktuellen Situation hergestellt.

Die größte Gedenkveranstaltung findet seit vielen Jahren in der Senne bei Bielefeld statt. Hier in *Stukenbrock* hatten die deutschen Faschisten ein „Stalag“ errichtet, ein Kriegsgefangenenlager, in dem zehntausende kriegsgefangener Sowjetbürger dahinvegetierten, viele von ihnen qualvoll zu Grunde gingen. Nach der

Befreiung setzten die Überlebenden ihren Kameraden ein Denkmal. Die Geschichte dieses Denkmals wirft ein beschämenden Blick auf die Verhältnisse in den fünfziger Jahren. Deutsche Antifaschisten bemühten sich unablässig, eine ehrenvolle Gedenk- und Mahnstätte dort zu errichten. Nach vielen Rückschlägen - bedingt durch die Ausdauer der Antifaschisten und das aktive Eingreifen auch junger Menschen - ist dadurch heute in jedem Jahr Anfang September

“Blumen für Stukenbrock”

eine der großen antifaschistischen Manifestationen in NRW. (79)

In der *Bittermark* und im *Rombergpark* in **Dortmund**, wo die Nazis rund 300 deutsche und ausländische Antifaschisten 1945 meuchelten, finden seit Jahrzehnten Gedenkveranstaltungen statt. Die Geschichte des Kampfes um ein Mahnmal in der Bittermark, um die Gedenkveranstaltungen, die Aktivitäten der VVN und des „*Internationalen Rombergpark-Komitees*“ würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen. Deshalb sei hier kurz resümiert - ohne den unermüdlichen Einsatz der Antifaschisten - wäre diese Karfreitag-Kundgebung nicht zu dem geworden, was sie heute ist: Veranstaltungen, die - auch durch Teilnahme internationaler Delegationen - im Ausland als wichtiger Beitrag von deutschen Antifaschisten gesehen werden, aus dem Vergangenen zu lernen und den Kampf für eine Welt ohne Krieg und Faschismus zu führen. Die Bedeutung dieser Bittermark-Kundgebungen wird auch dadurch sichtbar, dass auf ihnen viele Landesminister sprachen. (80)

Häufig kam es vor, dass die Gedenkveranstaltungen in die Zeit fielen, wo neofaschistische Organisationen in der Öffentlichkeit auftraten. Zwei Wochen vor der *Wenzelnberg-Gedenkkundgebung* (1958) trafen sich Angehörige der Waffen-SS zu einem „Suchdiensttreffen“ in der Stadt. (81) Doch was in dieser HIAG-Veranstaltung wirklich anstand, wurde deutlich aus der Ankündigung, dass dort über das Thema „Oradour und der Partisanenkrieg“ gesprochen werden sollte. (82)

In einem Brief an den Landesvorstand - der in einem Rundschreiben die Kreisvorstände über die Provokation unterrichtet hatte (83) - kommt Kamerad *WEINGARTEN* zu folgenden Feststellungen, die einen Blick freigeben auf die Probleme, mit denen die aktiven Antifaschisten zu tun hatten:

„In der SS-Angelegenheit war ich am Freitag und Sonntag nochmals bei allen Stellen, die irgendeinen Einfluss auf die Sache hätten nehmen können. SPD-Rhein-Wupper, AvS-Rhein-Wupper, Betriebsräte einiger großer Werke, den Vorstandsmitgliedern des Turnvereins, u.a.m. ‘Sie wollen wohl, sie wollen wohl....nicht.’ Kein Rückgrat, keine Verantwortung.

Am Samstag gegen 15 Uhr erhielt ich ‘hohen Besuch’, zwei Mann der Waffen-SS baten um eine Unterredung, die ich natürlich zugestand. Nach ihrem Begehren gefragt, erklärten sie sinngemäß: „dass nach ihrem Einvernehmen bei mir ein unnachgiebiger Widerstand gegen ihr „harmloses“ Treffen zu verzeichnen wäre. Alle Stellen hätten ihnen geraten, mit mir zu einem guten Abschluss zu kommen, damit der österliche Friede in Langenfeld erhalten bleibe und baten mich dringend, doch meinen Widerstand gegen das ‘Suchdienst’-Treffen aufzugeben. Ich könnte hinkommen und mich persönlich überzeugen, von ihrer Harmlosigkeit. Zu dem seien sehr viele von ihnen Gewerkschaftskollegen und alle hätten die Schnauze voll vom Barras, u.s.f. Was ich denen in einer sachlichen Form geantwortet habe, brauche ich Euch wohl nicht aufzuführen. Dabei konnte ich mich stützen auf viele Artikel in unserer „Die Tat“ und auf zwei gute Bücher, die die allgemeine SS und die Waffen-SS im besonderen behandeln. Anschließend habe ich mich dann noch zum Kollegen *JAKOBS* fahren lassen, den ich über die Unterredung aufklärte und ihm nahe legte, nunmehr, da die Sache schon wackelte, ihr am Montag durch eine persönliche Rücksprache mit dem Oberkreisdirektor, der P14 (politische Polizei), dem Bürgermeister u.a. den letzten Stoss zu geben. Diese Herren und Instanzen hätten nach meiner Meinung eine Drohung des DGB mit einem eventuellen Gegenmarsch, zum Anlass genommen, dieses Treffen zu verbieten, damit der österliche Friede nicht gestört werde. Jakobs hat nicht direkt abgelehnt, jedoch entnahm ich seinen Ausführungen, dass für ihn die Sache erledigt sei.

Der Kamerad *MAX JUNG* und ich waren dann am Montag 10 Uhr beim Oberkreisdirektor, den wir leider nicht antrafen und mussten uns mit dem Stellvertreter begnügen. Ergebnis: wir sollten Bescheid erhalten. Alleine war ich anschließend nochmals bei der SPD und dem DGB. Auch dort habe ich die Situation nochmals geschildert, dass es nur von unserer energischen Einspruchnahme abhängig sei. Wieder keine Entscheidung, oder doch nur in negativem Sinne. Zu Hause habe ich dann noch schnell an beide Organisationen einen schriftlichen Antrag formuliert und per Eilbrief übersandt. Bis jetzt kein Ergebnis. Und wir rechnen auch nicht mehr damit. Da ist eine schriftliche Bedingung des Turnvereins eingegangen, dass sie auf dem Gelände und in der Turnhalle, Eigentum des Turnvereins, keine politischen und militärischen Maßnahmen durchführen. Bei nicht Einhaltung dieser Bedingung macht der Turnverein von seinem Hausrecht Gebrauch. Mit dieser Vereinbarung sind die SS-Leute überall krebse gegangen und haben, falls der DGB und andere Organisationen nichts dagegen tun, gewonnenes Spiel.“ (84)

Hier wird deutlich, wie kompliziert es war und ist, im Bündnis erfolgreiche Aktionen durchzuführen. Trotzdem wird man an diesem Beispiel auch ablesen dürfen, wie Mitglieder und Funktionäre an der Basis bemüht waren, um antifaschistische Positionen zu kämpfen. Auch in einem anderen Kampf gab es 1958 vielfältige Aktivitäten:

„In einer Zeit, in der die Bevölkerung - durch den Beschluss des Bundestages vom 25. März 1958, in dem der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik zugestimmt wurde - beunruhigt und in Bewegung geraten ist, dürfen wir Widerstandskämpfer und Verfolgte des Nazi-Regimes diese gefährvolle Entwicklung nicht durch Abseitsstehen begünstigen.“

So heißt es in einer Einladung der VVN **Moers** zu einem Filmabend am 29. Juni 1958, bei dem *JUPP PORTNER* zum Thema „Unsere Organisation in der gegenwärtigen Situation“ referierte. (85)

Antifaschisten waren mit dabei, als sich am 9. März die „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr“ - wachgerüttelt durch den Appell der 18 Göttinger Professoren (12. April 1957) - gründete. (86) Und sie waren ebenso in der Bewegung „**Kampf dem Atomtod**“ aktiv. (87)

Diese großen Massenbewegungen - nach der gegen die Remilitarisierung Anfang der fünfziger Jahre - waren zu Beginn von SPD, DGB und Teilen der FDP mitgetragen worden. Seit Sommer 1959 zogen sich SPD und Gewerkschaftsführung davon zurück. In der sich immer mehr stabilisierenden außerparlamentarischen Opposition spielten VVN-Mitglieder eine wichtige Rolle. Auch gab es immer mehr Repressionen gegen kritische Menschen. Mit Antikommunismus wurde - wie schon bekannt - die VVN bekämpft, nun ging es gegen andere. Die VVN schaltete sich als Landesverband bei diesem Kampf gegen Diffamierung und Maßregelungen ein und übte "Solidarität" mit den Betroffenen. Im April 1958 richtete der Landesvorstand an den KV Münster die Bitte, ihm noch weitere Exemplare des „**Münsterisches Tageblatt**“ zu übersenden, um damit wahrscheinlich politische Aufklärungsarbeit zu leisten. (88)

Diese „unabhängige Heimatzeitung für Münster und das Münsterland“ hatte einen Sonderdruck herausgebracht, in dem der Münsteraner Universitätsprofessor **Walter Hagemann**, selbst Mitglied der CDU - ausgehend von den Entwicklungen in der Bundesrepublik - einen Artikel unter dem Titel „Der Irrweg der CDU“ veröffentlichte. In dem Artikel kommt der Autor zu der Erkenntnis, dass die Politik der CDU auf vielen Feldern „verhängnisvoll“ sei. Der Schlusssatz seines Artikels lautet: „Wir leben noch im Schatten des Dritten Reiches, mit dem unser Volk seelisch noch nicht fertig geworden ist. Auch nicht die CDU.“ (89) Diese Kritik führte zum Ausschluss aus der CDU, später gelang es auch, durch Diffamierungskampagnen ihn zum Rückzug von seinem Lehrstuhl zu zwingen.

Und auch die Maßnahmen gegen die VVN gingen weiter. Bundesinnenminister **Dr. Gerhard Schröder**, der als CDU-Abgeordneter aus NRW im Bundestag saß, hatte auf einer Veranstaltung die VVN als „verfassungswidrig“ erklärt. Dagegen stellte zwar die VVN Strafantrag, doch in der veröffentlichten Meinung, in den Medien bleibt dies hängen. Diese Ereignisse werden auf den Mitgliederversammlungen und den Landesdelegiertenkonferenzen sicherlich eine Rolle gespielt haben. Leider ist die Quellenlage für jene Zeit nicht besonders gut, doch gibt es Hinweise, die hiermit festgehalten werden sollen.

Die 9. *Landesdelegiertenkonferenz* (1954) befasste sich schwerpunktmäßig mit dem Thema: „Wie verhindern wir Faschismus und Militarismus?“

Ein Jahr später fand in **Köln** die 10. *Landesdelegiertenkonferenz* statt. (90)

Auf der 12. *Landesdelegiertenkonferenz* wurde u.a. beschlossen, die Arbeit der VVN in den ländlichen Gebieten zu intensivieren. Die 13. *Landesdelegiertenkonferenz* wurde am 22./23. November 1958 in **Gelsenkirchen** abgehalten, die des Jahres 1959 am 24./25. Oktober 1959 in **Düsseldorf**. So wie hier die Darstellung lückenhaft ist, so fehlen auch Hinweise auf die Inhalte und die Personalentscheidungen dieser Konferenzen. Zwei nordrhein-westfälische Kameraden, *JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT* und *PAUL FALKE*, wurden im Mai 1959 auf dem III. FIR-Kongress in Wien in den neuen Generalrat gewählt. (91)

Auf dem *Bundeskongress* der VVN im Juni 1959 in **Frankfurt** wurden *JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT* und *MARCEL FRENKEL* (beide aus Düsseldorf) ins Präsidium gewählt.

Der Kampf der VVN gegen den weiter sich entwickelnden Neofaschismus (der sich in jenen Jahren vor allem auch in antisemitischen Schmierereien und Äußerungen manifestierte) wurde immer stärker. So gab es landesweit Protest gegen das Bundes-Treffen der Waffen-SS am 5./6. September 1959 in Hameln. Neben dem Landesvorstand protestierten auch die Kreisvereinigungen. In ihrem Protest an den Innenminister von Niedersachsen erklärt die VVN-Kreisvereinigung **Bielefeld** u.a.:

„Sehr geehrter Herr Minister!

Es ist uns zur Kenntnis gelangt, dass am 5./6. September in Hameln/Weser ein Bundestreffen ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS durchgeführt werden soll.

Hiergegen legen wir schärfsten Protest ein.

Ein solches Treffen kann nur dazu dienen, die alte Rolle der Waffen-SS zu feiern und damit eine Belebung dieser Traditionen zu wecken und zu fördern.

Das ist aber eine Provokation aller Opfer des Faschismus sowie aller demokratisch und friedlich gesinnten Bürger der Bundesrepublik.

Darüber hinaus ist der gewählte Zeitpunkt eine freche Provokation der an die Bundesrepublik grenzenden Nationen und Völker.

Vor 20 Jahren leistete die Waffen-SS Beihilfe zur Auslösung des II. Weltkrieges durch den Angriff auf den Gleiwitzer Sender unter Mitwirkung und Liquidierung von KZ-Häftlingen. Die Waffen-SS war das grau-samste Liquidierungsorgan der Nazi-Machthaber und hat in allen Ländern Europas ihre blutigen Spuren hinterlassen.

Dieses Treffen der Waffen-SS mit der Pflege solcher Traditionen ist eine Beleidigung aller Nachbarländer der Bundesrepublik und schädigt das Ansehen Deutschlands.

Im Namen der Mitgliedschaft der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) Kreisverband Bielefeld fordern wir das Verbot dieser Veranstaltung.“ (92)

Diese Provokationen trafen noch zusammen mit der Tatsache, dass die Bundesregierung einen ehemaligen Naziführer, **Theodor Oberländer**, zum Minister für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen ernannt hatte. Die demokratische Öffentlichkeit - darunter besonders auch die VVN - verstand dies als Kampfansage; nach massivem Widerstand musste **Oberländer** als Minister gehen, blieb jedoch unangefochten Bundestagsabgeordneter.

Dieses Thema spielte natürlich in Versammlungen der VVN - z.B. am 14. November 1959 in **Lüdenscheid** (93) - eine Rolle. Bis in die aktuelle Gegenwart, wie die Teilnahme von **WERNER STERTZENBACH** an der Demonstration vor dem Bonner Wohnhaus **Oberländers** im Juli 1996 - anlässlich des Ermittlungsverfahrens gegen den Ex-Minister - belegt.

In diesem damaligen Klima wurde dann am 20. Oktober 1959 von der Bundesregierung der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der VVN gestellt. In einer Pressemeldung wird auch die Meinung des Landesverbandes NRW der VVN zitiert: „**Dr. Schröder** will VVN verbieten aber die SS darf wieder in Westdeutschland marschieren!“

In einer ersten Stellungnahme zum Verbotsantrag des Bundesinnenministers **Dr. Schröder** erinnert der Landesvorstand der VVN von Nordrhein-Westfalen daran, dass Herr **Schröder** diesen Verbotsantrag bereits vor einem Jahr in Stuttgart angekündigt habe. Die VVN habe damals eine gebührende Antwort darauf erteilt und gleichzeitig Strafantrag gegen **Schröder** wegen ‘Gruppenbeleidigung und Nötigung’ gestellt. Die VVN beharrt, dass dieser Strafantrag bisher noch zu keinem Ergebnis geführt hat.

‘Für die VVN ist also der jetzige Schritt Schröders weder neu noch überraschend’, heißt es in der Stellungnahme des Landesverbandes. ‘Dass dieser Schritt aber jetzt erfolgt, kann nur damit erklärt werden, dass die Forderung der VVN nach einer Neuorientierung der Politik in der Bundesrepublik und einem Beitrag durch die Bundesregierung zur internationalen Entspannung eine immer größere Unterstützung in der Öffentlichkeit findet....’

Während die Traditionsverbände der SS ungehindert Massentreffen veranstalten können, soll die stärkste Organisation der Opfer des Nationalsozialismus und der Widerstandskämpfer, die schon früh den Terror, das organisierte Verbrechen, den 2. Weltkrieg, die deutsche Katastrophe kommen sahen und das Volk warnten, verboten werden.

Der Versuch, die VVN zu verbieten, ist keineswegs dazu geeignet, das Ansehen des deutschen Volkes im Ausland zu steigern; denn er erfolgt genau in dem Augenblick, da die VVN die Öffentlichkeit auf die Vergangenheit des Bundesministers Oberländer hingewiesen hat.’ Die Erklärung des Landesverbandes schließt mit den Worten: ‘Wir halten es für unsere Pflicht, gegen diesen Versuch die gesamte Öffentlichkeit aufzurufen und die Rücknahme des Verbotsantrages durch die Bundesregierung zu verlangen.’“ (94)

Dass auch der SPD nicht ganz wohl war, belegt folgende Meldung:

„Der ‘Vorwärts’ gegen VVN-Verbot!

Der sozialdemokratische ‘Vorwärts’ vom 30. Oktober 1959 befasste sich in einem Kommentar mit dem Verbotsantrag des **Bundesinnenministers Schröder** gegen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und schrieb:

‘Dass sich Schröder erst in diesem Augenblick, in dem die VVN...als Kolporteur schwerwiegender Anschuldigungen gegen einen Bundesminister in Erscheinung getreten ist, sich ihrer Verfassungsfeindlichkeit bewusst wird, verleiht seinem Vorgehen einen üblen Beigeschmack. Ein Verbot der VVN wäre unzeitgemäß. Es würde absolut...den Eindruck erwecken, als handle es sich um einen Racheakt oder gar um einen Versuch zur Unterdrückung der Wahrheit.’“ (95)

Der Kommentator Hermann Eich schreibt dazu am 24. Januar 1962 in den „Düsseldorfer Nachrichten“:

„Schon die Zweckmäßigkeit des Verbotes der KPD war umstritten. Gegner, die man nicht sieht, können gefährlicher sein als eine Organisation, die halbwegs zu überblicken ist. In Karlsruhe geht es indessen um eine Rechtsfrage. Gelingt der Nachweis, dass die VVN eine Fortsetzung der KPD mit anderen Mitteln ist, verfällt sie dem Verbot. Im anderen Falle wird es nicht nur bei der VVN schadenfrohe Gesichter geben.“

Im November 1962 begann vor dem Bundesverwaltungsgericht der **Prozess** gegen die **VVN**. **HEINZ DÜX**, selbst Richter und damals Mitglied des Bundesvorstandes der VVN, schrieb über den Prozess in dem Buch: „Von Buchenwald bis Hasselbach“, Köln 1987:

„Es war vorprogrammiert, dass die VVN, als antifaschistische Vereinigung hervorgegangen aus dem Widerstand gegen die NS-Gewaltherrschaft, mit ihrem konsequent verfochtenen Anspruch auf Entnazifizierung, Demilitarisierung und Friedenssicherung im völkerrechtlichen Sinne in der Zeit des Kalten Krieges der fünfziger und sechziger Jahre, an dem die damalige konservative, mit hohen braunen Würdenträgern angereicherte Bundesregierung als Kombattant in vorderster Linie beteiligt war, in heftige Auseinandersetzungen mit eben dieser Bundesregierung geraten musste. So hatte sie die Ernennung des ehemaligen Bundesministers **Oberländer** wegen dessen nazistischer Vergangenheit und die Ernennung des Staatssekretärs **Globke** wegen dessen Kommentarentätigkeit für die Nürnberger Rassengesetze angeprangert.

Die bloßgestellte Bundesregierung bediente sich zur Ausschaltung dieser auch im Ausland stark beachteten Kritik eines Mittels, das seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 sich einer besonderen Beliebtheit erfreute, nämlich der politischen Justiz. Im Oktober 1959 brachte die Bundesregierung vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin den Antrag ein, festzustellen, dass die VVN eine verfassungswidrige Vereinigung sei.

Ein Sturm der Entrüstung erhob sich im In- und Ausland. Es erschien allen Demokraten unfassbar, dass eine Vereinigung von Menschen, die es unternommen hatten, unter Einsatz ihres Lebens die faschistische Gewaltherrschaft in Deutschland zu bekämpfen, 14 Jahre nach Beseitigung dieser Gewaltherrschaft erneut verfolgt werden sollte, und dass dabei maßgebliche Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wie die Ächtung des Faschismus nach Artikel 139 Grundgesetz unbeachtet bleiben sollten; ganz zu schweigen davon, dass der Antrag der Bundesregierung der Präambel des Bundesentschädigungsgesetzes vom 29. Juni 1956 hohnsprach, wo es heißt, dass Personen, die aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgt worden sind, Unrecht geschehen ist, und dass der aus Überzeugung oder um des Glaubens Willen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand ein Verdienst um das Wohl des deutschen Volkes und Staates war.

Diese Herausforderung für alle Antifaschisten wurde noch dadurch ins Unerträgliche gesteigert, dass der Vorsitzende des Senats des Bundesverwaltungsgerichts, der sich mit dem Antrag gegen die VVN zu befassen hatte, Prof. Fritz Werner, während der Herrschaft des Faschismus in juristischen Arbeiten eindeutig die NS-Ideologie vertreten hatte.

1942 führte er im Organ der Verwaltungsrechtsverwahrer des nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes, unter anderem herausgegeben von SS-Obergruppenführer Heydrich und SS-Gruppenführer Dr. Kaltenbrunner, zum Problem des Gnadenrechts aus, „die Abkehr unserer Zeit von der Verweichlichung des Strafrechts des Weimarer Zwischenstaates“ sei vollzogen, um sodann zu dem Ergebnis zu kommen: „Diese Auflösung des Strafrechts liegt hinter uns; der Vermengung von Gnade und Recht ist ein Ende bereitet. Im Urteil kommt wieder die Größe und Strenge von Recht und Gnade zum Ausdruck.“

Dass ein solcher Mann über die VVN in Berlin zu Gericht saß, musste zwangsläufig zu emotionalen Reaktionen NS-verfolgter Personen führen.

Der aus politischen Gründen langjährig inhaftierte **AUGUST BAUMGARTE**, damals *Landesekretär* der **VVN** in **Niedersachsen**, griff Ende November 1962 vom Zuhörerraum aus, unter Vorlage von Dokumenten gegen Werner, protestierend in das Verfahren ein. Zugleich wies er darauf hin, dass Werner Mitglied der NSDAP und der SA gewesen sei. Damit war der internationale Eklat eingetreten, der für diesen von der damaligen Bundesregierung angestrebten abenteuerlichen Prozess mit einem solchen politisch untragbaren Vorsitzenden für vernünftig Abwägende von Anfang an als vorgeprägt schien....“

Am 5. Dezember 1962 empfahl das Bundesverwaltungsgericht der Bundesregierung - wenn auch in gewundenen Worten -, nicht darauf zu bestehen, dass der Prozess fortgeführt wird. Dass im Gefolge des Prozesses versucht wurde, die VVN zu behindern, wird belegt durch einen Brief des Landesvorstandes NRW vom 18. Januar 1963 an den Innenminister von Nordrhein-Westfalen, in dem es heißt:

„Sehr geehrter Herr Minister!

Im Jahre 1962 wurde die Durchführung mehrerer Veranstaltungen unserer Organisation, u.a.

⇒ in **Düsseldorf** am 30. März 1962

⇒ in **Duisburg** am 7. April 1962

⇒ in **Langenfeld** am 8. April 1962

⇒ in **Gladbeck** am 14. April 1962

⇒ ein beabsichtigtes Freundschaftstreffen zwischen französischen und deutschen Widerstandskämpfern am 15. April 1962 in **Essen**

⇒ eine beabsichtigte Befreiungsfeier mit Kranzniederlegungen am Mahnmal in **Gelsenkirchen** am 6. Mai 1962

⇒ in **Düsseldorf** am 19. Mai 1962

⇒ in **Bonn** am 19. Mai 1962, Kranzniederlegung am Mahnmal im Hofgarten

⇒ in **Recklinghausen** am 3. Juni 1962, Gebietsbesprechung (nur für Mitglieder)

⇒ am 23. September 1962 Gedenkfeier mit Kranzniederlegung auf dem Sennefriedhof bei **Bielefeld**

⇒ am 29. September 1962 eine öffentliche Kundgebung mit Treffen französischer Widerstandskämpfer in **Velbert**

⇒ am 29. September 1962 zentraler Ausflug in **Priorei** (Hagen/Westfalen)

⇒ am 9. November 1962 Schweigemarsch zum Mahnmal mit Kranzniederlegung in **Düsseldorf**

⇒ am 5. und 6. Dezember 1962 Veranstaltungen in **Gelsenkirchen**,

durch polizeiliche Verbote verhindert.

Die Begründung der einzelnen Polizeibehörden für die oben erwähnten Verbote waren inhaltlich die gleichen, sodass wir der Auffassung waren und sind, dass die Verbote auf höhere Weisung erfolgten.

Die Bestätigung für unsere Auffassung erhielten wir durch das ausgesprochene Verbot des Oberkreisdirektors in Opladen vom 7. April 1962, in dem folgende Formulierung gebraucht wurde:

‘Auf Weisung der Landespolizeibehörde in Düsseldorf wird die für den 8. April 1962 in Langenfeld vorgesehene Veranstaltung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes aufgrund der §1, Abs.2 Nr.2 und 5 Abs.4 des Versammlungsgesetzes hiermit verboten.’

Es dürfte keiner Polizeibehörde des Landes Nordrhein-Westfalen möglich sein den Nachweis zu führen, dass unsere Organisation bei ihren Veranstaltungen irgendwie die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet hat. Wir bitten Sie deshalb, Herr Minister, sofern eine Weisung der Landespolizeibehörden in Bezug auf die Unterbindung der Durchführung von Veranstaltungen unserer Organisation noch bestehen sollte, dieselbe aufzuheben und die örtlichen Polizeiorgane im Lande Nordrhein-Westfalen entsprechend anzuweisen.

Wir dürfen auch darauf hinweisen auf den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichtes vom 5. Dezember 1962, mit dem der Termin am 7. Dezember 1962 aufgehoben wurde. Dieser Beschluss sagt u.a.:

‘Der Senat weist zur Klärung des Prozessstoffes die Antragstellerin auf folgenden rechtlichen Gesichtspunkt hin: Es fragt sich, ob eine etwaige Feststellung, dass die Antragstellerin eine Vereinigung ist, deren Tätigkeit sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet, im vorliegenden Fall ausreicht, um den Verbotsantrag zu rechtfertigen. Der derselben verfassungsmäßigen Ordnung zugrunde liegende Sühnegedanke, dessen Verwirklichungen zu den vornehmsten Aufgaben der Bundesrepublik gehört, verlangt eine Abwägung, ob gegen eine Organisation von Verfolgten ein Verbot mit der damit untrennbar verbundenen Strafsanktion erlassen werden darf. Da diese Erwägungen für die weiteren Entschließungen der Antragstellerin, insbesondere über die Fortführung des Prozesses, von Bedeutung sein können, hält der Senat die Terminaufhebung für geboten.....’

Wir würden es begrüßen, Herr Minister, wenn Sie uns zu einer Rücksprache empfangen würden, da wir von der Zweckmäßigkeit einer solchen überzeugt sind.

Wir wären Ihnen verbunden, wenn Sie den Termin für die Rücksprache in Kürze bestimmen und uns mitteilen würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
(HARTMANN) (HECHT)“ (96)

Der Innenminister von NRW, **Willi Weyer**, antwortete darauf unter dem Aktenzeichen IV A3 am 31. Januar 1963:

„An die
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Landesverband Nordrhein-Westfalen
in D ü s s e l d o r f
Kirchfeldstr. 149
Sehr geehrte Herren!

Ich bestätige dankend den Eingang Ihres Schreibens vom 18. Januar 1963. Soweit Sie sich gegen die von verschiedenen Polizeibehörden ausgesprochenen Versammlungsverbote wenden, darf ich darauf hinweisen, dass in allen Fällen, in denen Sie als Veranstalter gegen die Verbotsverfügungen Rechtsmittel eingelegt haben, unabhängige Verwaltungsgerichte die Entscheidungen der ‚Polizeibehörden als rechtmäßig bestätigt haben. Aus diesem Grunde und um dem Beim Bundesverwaltungsgericht schwebenden Verbotsfeststellungsverfahren gegen Ihre Organisation vorzugreifen, sehe ich mich nicht in der Lage, Sie zu einer Rücksprache zu empfangen.

Hochachtungsvoll
gez. **Weyer**“ (96)

Dieser Briefwechsel belegt, wie unter der Verbotsdrohung auch in NRW demokratische Rechte mit Füßen getreten wurden. Zugleich wird damit auch die Geschichtsdarstellung zurückzuweisen sein, die so tut, als ob die VVN-Initiativen „die sich vor allem gegen ehemalige Nationalsozialisten in einflussreichen politischen Positionen der Bundesrepublik richteten“ und damit, so wird immerhin anerkannt, „zu den wenigen Aktivposten in der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit“ gehörten, nur eine „begrenzte Reichweite“ hatten, weil bedingt durch den Antikommunismus, „ein Großteil ihrer Publikationen nicht geeignet war, den Vorwurf sowjetmarxistischer Orientierung zu entkräften“. (97)

Kein Wort in solchen Veröffentlichungen über die Repressalien und Schikanen gegen die VVN. Allerdings gab es auch Entscheidungen, die die unrechtmäßigen Maßnahmen gegen die VVN zurückwiesen oder zumindest relativierten. Da hatte das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen am 2. Februar 1963 einen Beschluss gefasst, der der *Kreisvereinigung Wuppertal* eine „aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen eine Verfügung“ des Polizeipräsidenten von Wuppertal attestierte. Die VVN wollte unter dem Motto „Freiheit für die VVN“ in einem Lichtspieltheater eine Kundgebung durchführen, für die auch öffentlich geworben war. Mit der Begründung, dass die KPD eine Vereinigung sei, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte und verboten sei und die Polizei den Auftrag habe, der Bildung von Ersatzorganisationen entgegenzuwirken, wurde die VVN-Versammlung verboten. Diese offenkundig haarsträubende Konstruktion war selbst dem Oberverwaltungsgericht zu viel, das diese „aufschiebende Wirkung“ beschloss. (98)

Doch die Behinderungen, die Schnüffeleien gingen weiter. So teilte der Innenminister von NRW am 28. April 1966 dem Einwohnermeldeamt der Stadt Düsseldorf folgende Erkenntnisse über *JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT* mit:

Seit der letzten hiesigen Stellungnahme zur Frage der Passversagung für Dr. R. vom 15. Dezember 1961 sind folgende bemerkenswerte und beweisbare einschlägige Erkenntnisse über Dr. R.. angefallen:

1.) Dr. R. ist weiterhin einer der vier gleichberechtigten Präsidenten der VVN. Er gehört ebenfalls weiterhin dem Landesvorstand der VVN an. Er nimmt laufend an Tagungen dieser Gremien und sonstigen Veranstaltungen teil.

Er ist seit 1959 ununterbrochen als Vertreter der VVN einer der Vizepräsidenten der kommunistisch gelenkten „Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)“. Er unternimmt in dieser Eigenschaft häufig Auslandsreisen zu Tagungen und sonstigen Veranstaltungen der FIR und der ihr angeschlossenen Organisationen.

Nachstehend werden hierzu folgende Einzelerkenntnisse aufgeführt:

a) Dr. R. nahm an der Tagung des Generalrates der FIR vom 1. bis 3. Dezember 1961 in Wien teil und hielt dabei eine Ansprache. Der Inhalt dieser Ansprache ist nicht bekannt, jedoch erscheint es geboten, auf den Text der vom Generalrat gefassten „Allgemeinen Resolution“ hinzuweisen, der im beigefügten Heft Nr. 12/61 der FIR-Zeitschrift „Der Widerstandskämpfer“ (Seite 12/13) abgedruckt ist. Insbesondere erscheinen die unterstrichenen Stellen bemerkenswert. Es muss unterstellt werden, dass Dr. R. als Vizepräsident der FIR und damit Mitglied des Generalrates die Resolution dieser Tagung, an der er teilgenommen hat, gebilligt hat. In diesem Zusammenhang erscheinen auch die Ausführungen des VVN-Vertreters aus Westberlin auf der Tagung des Generalrates bemerkenswert, der u.a. die Einrichtung der Berliner Mauer durch die SBZ-Behör-

den mit folgenden Worten kommentiert hat: „Die Widerstandskämpfer in Westberlin und viele unserer Mitbürger haben es deshalb aufrichtig begrüßt, als die Regierung der DDR am 13. August an den Grenzen von Westberlin eine wirksame Kontrolle einführte - und die „Frontstadt“ des Revanchismus zernierte.“ (Abgedruckt in „Der Widerstandskämpfer“ Nr. 1/1962, Seite 5, als Anlage beigefügt).

Auch diese Erklärung hat Dr. R. auf der Tagung hingenommen, ebenso wie die übrigen, die Bundesrepublik Deutschland diffamierenden Äußerungen der anderen Redner, die in den Heften Nr. 12/1961 und 1/1962 enthalten sind.

b) Dr. R. sprach am 18. März 1962 auf einer öffentlichen Kundgebung der VVN in Frankfurt/Main anlässlich des 15. Jahrestages der Gründung der VVN.

Das Mitteilungsblatt des Präsidiums der VVN „Stimme des Widerstandes“ brachte in seiner - als Anlage beigefügten - Ausgabe Nr. 4 vom April 1962 (S. 6/7) Auszüge aus der Rede Dr. Rossaints. Auch hier wird auf die unterstrichenen Stellen hingewiesen.

c) Dr. R. nahm an der Bürotagung des FIR vom 22.-24. Juni 1962 in Wien teil (laut „Der Widerstandskämpfer“ Nr. 6/7/1962).

d) Er nahm als Delegierter der FIR an dem kommunistisch gelenkten „Weltkongress für Abrüstung und Frieden“ vom 9.-14. Juli 1962 in Moskau teil (laut „Der Widerstandskämpfer“ Nr. 8/9/1962).

e) Dr. R. nahm an dem IV Kongress der FIR vom 13.-16. Dezember 1962 in Warschau teil. Ein Bericht über diese Tagung findet sich in der Ausgabe Nr. 1/1963 der Zeitschrift „Der Widerstandskämpfer“, die als Anlage beigefügt ist. Auch hier wird sowohl auf die Ausführungen des Generalsekretärs der FIR, des französischen Kommunisten Jean Toujas (S. 9) hingewiesen, deren die Bundesrepublik diffamierende Passagen Dr. R. hinnahm bzw. im Rahmen der Resolution billigte.

f) Auf einer Präsidiumstagung am 26./27. Januar 1963 in Heidelberg betonte Dr. R., „dass die politische Situation in der Bundesrepublik erschreckende Parallelen zum Jahr 1933 aufweise“ (laut „Stimme des Widerstands“ Nr. 3/1963, Seite 2, als Anlage beigefügt).

g) Dr. R. nahm an der Bürotagung der FIR vom 26.-28. September 1963 in Prag teil (laut „Der Widerstandskämpfer“ Nr. 10/1963).

h) Dr. R. war Teilnehmer an dem auf Initiative der FIR durchgeführten „Internationalen Treffen gegen das Wiedererstehen von Nazismus und Faschismus“ vom 11.-13. Oktober 1963 in Florenz und hielt dort eine Ansprache, die auszugsweise in der beigefügten Nr. 11/1963 (S. 6/7) der Zeitschrift „Der Widerstandskämpfer“ wiedergegeben ist.

i) Dr. R. nahm an einer Bürotagung der FIR vom 21.-23. März 1964 in Wien teil (laut „Der Widerstandskämpfer“ Nr. 3/1964).

j) Dr. R. berichtete auf der Präsidiumstagung der VVN am 30./31. Mai 1964 in Frankfurt/Main über das unter h) erwähnte Treffen in Florenz sowie über eine Reise, die er zusammen mit dem Geschäftsführer der VVN auf Einladung des jugoslawischen „Verbandes der Kämpfer des internationalen Befreiungskampfes“ durch Jugoslawien gemacht hatte (laut Zeitschrift der VVN „Die Tat“ Nr. 23 vom 6. Juni 1964).

k) Dr. R. nahm als Vertreter der VVN an einer Konferenz des von der SED kontrollierten „Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR“ am 14. Juni 1964 in Ostberlin teil (laut „Stimme des Widerstandes“ Nr. 7/1964).

l) Auf einer Kundgebung gegen Krieg und Faschismus am 26. September 1964 in Frankfurt/Main, die unter maßgeblicher Beteiligung der VVN stattfand, sprach Dr. R. und „unterstützte die Thesen der sowjetischen Deutschlandpolitik und forderte einen Nichtangriffspakt zwischen den Mitgliedsstaaten der NATO und des Warschauer Paktes“. (laut „Neue Züricher Zeitung“ vom 28. September 1964).

m) Dr. R. war Leiter einer Delegation des Präsidiums der VVN, die vom 28. Oktober bis 10. November 1964 auf Einladung des sowjetischen „Verbandes der Kriegsveteranen“ in der Sowjetunion weilte. Am Ende des Besuches wurde eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, die in der beigefügten Ausgabe Nr. 12 der Zeitschrift „Stimme des Widerstandes“ vom Dezember 1964 (S. 12/13) wiedergegeben ist.

n) Dr. R. nahm an der Tagung des Generalrates der FIR vom 11.-13. Dezember 1964 in Wien teil. Laut „Deutscher Informationsdienst (did)“ 16. Jahrgang Nr. 1120 unterstellte er bei einer Ansprache auf dieser Tagung der Bundesregierung „Revanchepolitik zu betreiben und pries den Friedenswillen der SED-Macht-haber“.

o) Dr. R. nahm am 9. März 1965 in London an einer Zusammenkunft von „Vertretern der europäischen Widerstandsbewegung“ (in Wirklichkeit überwiegend Vertreter von Verfolgtenorganisationen, die der FIR

angeschlossen sind) teil, die in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Verjährung von Kriegsverbrechern protestierten (s. beigefügten VVN-Informationendienst Nr. 6 vom 16. März 1965).

p) Dr. R. sprach auf einer vom DGB-Kreisausschuss Rhein-Wupper-Leverkusen veranstalteten Feier am 2. Mai 1965 zum Gedenken an die NS-Opfer von Wenzelnberg bei Leichlingen.

Seine Ausführungen waren derart, dass der Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen Dopatka (damals noch SPD-MdB) und andere Gäste unter Protest die Feierstunde verließen, weil sie Dr. Rossaints Worte als Beleidigung der Bundesrepublik empfanden (s. beigefügten Ausschnitt-Ablichtung aus „Rheinische Post“, Solingen, vom 3. Mai 1965).

q) Dr. R. nahm am V. Kongress der FIR vom 9.-12. Dezember 1965 in Budapest teil. Er hielt dort eine Ansprache, deren Text in der beigefügten Ausgabe Nr. 1/2/1966 der Zeitschrift „Der Widerstandskämpfer“ (S. 23 und 26) abgedruckt wurde.

Auch hier wird wiederum auf die unterstrichenen Stellen der Rede hingewiesen. Die Charakterisierung der VVN und der FIR im hiesigen Erlass an den Oberstadtdirektor in Düsseldorf vom 14. April 1960 wird aufrecht erhalten. Ergänzend ist jedoch festzustellen, dass das auf Antrag der Bundesregierung beim Bundesverwaltungsgericht eingeleitete Verbotsverfahren gegen die VVN durch das am 12. April 1964 in Kraft getretene Vereinsgesetz seine Erledigung gefunden hat.

2.) Über die Tätigkeit Dr. Rossaints in der kommunistisch beeinflussten „Deutschen Friedens-Union“ (DFU) liegen folgende Erkenntnisse vor:

a) Bei der Bundestagswahl 1961 kandidierte Dr. R. sowohl im Wahlkreis 115 (Dortmund) als auch auf der Landesreserveliste der DFU.

b) Am 29. April 1962 nahm er in Dortmund an einer Landesdelegiertenkonferenz der DFU von Nordrhein-Westfalen teil.

c) Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 8. Juli 1962 kandidierte Dr. R. als Vertreter der DFU im Wahlkreis 108 (Dortmund III) und auf der Landesreserveliste der DFU.

d) Bei der Bundestagswahl 1965 kandidierte er für die DFU im Wahlkreis 85 (Oberhausen) und auf der Landesreserveliste der DFU.

Im übrigen hat Dr. Rossaint - insbesondere im Zusammenhang mit seinen Kandidaturen - bei den verschiedenen Wahlen auf zahlreichen Veranstaltungen der DFU gesprochen“. (99)

Der hier vom Innenminister beobachtete Widerstandskämpfer *ROSSAINT* - trotz der Tatsache, dass das Verbotsverfahren „seine Erledigung gefunden“ hatte - war auch Redner einer Antikriegskundgebung der VVN, die aus Anlass des 20. Jahrestages des Beginns des 2. Weltkrieges in **Mülheim/Ruhr** stattfand. Am 6. September 1959 sprachen auf dieser Manifestation u.a. *JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT* und *CHRIS SMIT* aus Amsterdam. (100)

Hier wollen wir die Gelegenheit nutzen, unseren Blick auf die in jenen Jahren beginnenden Verbindungen zu ausländischen Antifaschisten zu richten. Dabei spielte die Solidarität eine beherrschende Rolle. Am 8. Juli 1959 erhob *Paul Hecht* namens des Landesvorstands Protest beim griechischen Botschafter in Bonn, weil der *griechische Antifaschist Manolis Glocos* durch ein Militärtribunal verurteilt werden sollte. (101)

In dem Bericht wird dann die Solidarität „mit den um Demokratie und Frieden kämpfenden Antifaschisten aller Länder“ angesprochen und die Initiative erwähnt, die die VVN gegen das faschistische Regime in Griechenland ergriff und die sich u.a. in Protestschreiben an die „Unterdrücker dieses Volkes“ richteten. Von der Bundesregierung wurde die Einstellung der Unterstützung des Regimes, vor allem die Lieferung von Waffen, gefordert. Geld- und Sachspenden wurden gesammelt.

Dem vietnamesischen Volk, das sich heldenhaft gegen den amerikanischen Angreifer wehrt, galt die ganze Sympathie und Hilfe. Auch wurden von Kreisvereinigungen Protestaktionen gegen den US-Krieg in Vietnam unterstützt und Geldbeträge der Vietnam Hilfsaktion zur Verfügung gestellt.

Große Anstrengungen unternahmen VVN-Kameradinnen und -kameraden, den unterdrückten spanischen Demokraten zu helfen. Über lange Zeit hinweg wurden Sach- und Geldspenden dem spanischen Hilfskomitee zugeleitet. Während des Basken-Prozesses wurden auf Initiative ehemaliger republikanischer Spanienkämpfer von VVNlern rund DM 8.000.-- gesammelt und weitergeleitet. Über 100 Familien verfolgter spanischer Demokraten bekamen von uns unmittelbare Hilfe. Viele Kreisvereinigungen stellten Flugblätter her, auf denen zu Protestdemonstration gegen das Diktaturregime aufgerufen und die Freilassung der 16 Angeklagten gefordert wurde. Am 2. Januar 1971 demonstrierten einige hundert deutsche und spanische Demokraten in Düsseldorf gegen das geplante Terrorurteil im Basken-Prozess.

In jenen Jahren kam es auch zur Aufnahme von Kontakten zwischen den ausländischen Verfolgtenorganisationen und der VVN auf Kreisebene. In **Essen, Mülheim/Ruhr** und **Mettmann** gab es Patenschaften mit der französischen Verfolgtenorganisation FNDIRP. Aber nicht nur Kameradschaften standen auf dem Programm. Auf Landesebene hatte Mitte der fünfziger Jahre die Idee Fuß gefasst, eine Kinderferien-Aktion zu starten. Mit Spendenschecks in Höhe von 1,- und 5,- DM wurden die Kosten erstritten. Unter dem Motto

„Kinder und Enkel ausländischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus verbringen ihre Ferien in Deutschland

Kinder und Enkel deutscher Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus fahren in den Ferien ins Ausland“ (102)

kam es zu gegenseitigen Besuchen. So konnten 1956 zwölf Kinder aus NRW nach Bulgarien und acht in die Sowjetunion reisen. Im Jahre 1957 fuhren 13 Kinder von Rhein und Ruhr, von Wupper, Lippe und Sieg nach Frankreich. Auf die Krim konnten 1958 acht Kinder fahren; nach Dänemark 1958 elf Mädchen und Jungen. 16 Kinder besuchten 1959 Ungarn, 15 Kinder fuhren 1960 in die Hohe Tatra in der CSSR. (103) Über den Besuch französischer Kinder gibt es ein Dokument aus dem Jahre 1962. In der Zeit vom 1. bis 31. Juli 1962 waren im **Naturfreundehaus in Solingen-Wald** 13 französische Kinder untergebracht, die dort schöne und erholsame Ferien verlebten. (104)

Diese Kinderferien-Aktion kann auch als ein Versuch verstanden werden, die Kinder von Angehörigen des Widerstandes gegen den Faschismus für die VVN zu interessieren, sie für die Idee des Widerstandskampfes zu begeistern. In jenen Jahren wurde auch der Versuch unternommen, „**Jugend-Kommissionen**“ der VVN zu bilden.

Auf ein Rundschreiben des Landesverbandes, in dem Vorschläge für die „Erfassung“ der Kinder von VVN-Mitgliedern gemacht werden, teilt der Vorsitzende der **KV Münster**, *August Dieckmann*, mit, dass unter den Angehörigen der VVN sieben Jugendliche über 14 Jahren sind. „Alle übrigen Söhne und Töchter unserer Kameradinnen und Kameraden sind durch Heirat nicht mehr am Ort. Eine Anzahl Jugendlicher sind noch unter 14 Jahren. Mehrere Veranstaltungen der Kreisvereinigung Münster, die im Jahr stattfinden, haben stets eine gute Beteiligung der jugendlichen Angehörigen - auch Schulpflichtiger - gebracht, u.a. Ausflüge, Gedenkfeiern, Kameradschaftsabende, Weihnachtsfeier“. Außerdem informiert er den Landesvorstand darüber, dass im Kreisvorstand seit 1957 ein „Jugendlicher“ als Schriftführer tätig ist und dass die Bildung einer Kreisjugendkommission vorgesehen ist. (105)

Die Versuche, mit Jugendkommissionen zu arbeiten, waren als Vorstufen zu sehen, die VVN zum Bund der Antifaschisten zu erweitern.

Auch auf einem weiteren Gebiet, war die Landesvereinigung zu jener Zeit aktiv. Die Vermittlung der Geschichte spielte in der Arbeit der VVN eine bedeutende Rolle, galt es doch, mittels der Darstellung mit dazu beizutragen, die Menschen über den Faschismus aufzuklären und zugleich junge Menschen für das Anliegen der VVN zu interessieren. Schon in den ersten Jahren der VVN gab es eine Abteilung beim Landesvorstand, die sich mit der Erforschung des Widerstands befasste. (106) Bereits am *18. Juni 1948* fand im Hotel Dreesen in **Bad Godesberg** eine Arbeitstagung statt. Dazu hatte z.B. die *Kreisvereinigung Meschede* der VVN eine detaillierte Totenliste mit 20 Namen erstellt, die der Abteilung Widerstandsforschung zugesandt worden war. (107) Hier wurde der Grundstock für viele spätere Veröffentlichungen gelegt.

Mitte der fünfziger Jahre - wohl auch angesichts der Notwendigkeit, den zunehmenden neofaschistischen Tendenzen qualifiziert entgegenzutreten - scheint man sich dann doch wieder verstärkt um Geschichtsforschung und -aufarbeitung bemüht zu haben. Anfang der sechziger Jahre war *Hans von Dahlen* aus Rheydt Vorsitzender der Geschichtskommission des Landesverbandes. (108) Archivarin der Geschichtskommission war in jener Zeit *Selma Hahn* aus Remscheid.

Am 30. Oktober 1958 versandte die „Vorbereitende Kommission für die Erforschung der Geschichte des Widerstandskampfes gegen die NS-Gewaltherrschaft“ an alle Kreisvereinigungen folgenden Brief:

„Werte Kameradinnen und Kameraden!

25 Jahre nach dem Machtantritt des Nationalsozialismus und 13 Jahre nach der Zerschlagung der NS-Gewaltherrschaft gibt es noch keine umfassende Darstellung der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung. Die Gründe dafür sind mannigfaltig und liegen nicht zuletzt in zeit- und zweckgebundenen Erwägungen derjenigen Kreise, die *kein* Interesse an einer der historischen Wahrheit gerecht werdenden Darstellung der jüngsten deutschen Geschichte haben. Für uns aber ist die Erforschung des Widerstandskampfes, seine Darstellung in Übereinstimmung mit der geschichtlichen Wahrheit und die Vermittlung seiner Lehren an die Jugend und kommende Generationen Aufgabe und Verpflichtung, der wir als die lebenden Zeugen uns nicht entziehen dürfen und wollen.

Zwar gibt es schon eine Reihe von anerkanntswerten Beiträgen auf diesem Gebiet, Dokumentensammlungen, Veröffentlichungen, wissenschaftliche Untersuchungen usw. Andererseits aber stehen diesen wenigen Beispielen zahlreiche Veröffentlichungen und Darstellungen gegenüber, die mit Geschichtsfälschung und Geschichtsklitterungen verhindern wollen, dass Inhalt und Ziel der deutschen Widerstandsbewegung gegen die NS-Gewaltherrschaft zum geschichtsbildenden Faktor unserer Entwicklung werden.

Wenn wir als Organisation der Widerstandskämpfer und Opfer der Nazibarbarei ernsthaft an die Erfüllung eines geschichtlichen Auftrages gehen, dann muss diese Arbeit über gute Vor- und Ansätze hinaus vor allem *systematisch* betrieben werden. Es muss auch erreicht werden, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Gewerkschaften, des Kulturschaffens und der Kirche, der Jugendarbeit, Professoren und Studenten, Redakteure usw. zur Mitarbeit über den Rahmen unserer Organisation hinaus zu gewinnen.

Die Quellen zur Forschung sind neben Dokumenten, die sich in Archiven, Wiedergutmachungsakten, Bibliotheken oder in Privatbesitz befinden, die lebenden Zeugen des Widerstandskampfes selbst. Ihre Erinnerungen, Erlebnisse und Kenntnisse sind von unschätzbarem Wert, wenn sie in Berichten und Aufzeichnungen gesammelt und ausgewertet werden können. Dabei darf der Kreis dieser Zeugen nicht beschränkt bleiben auf den Kreis der „Anspruchsberechtigten“ nach den Wiedergutmachungsgesetzen. Eine solche Einengung würde dem Charakter des Widerstandskampfes, seinen vielfältigen Formen, seinen Besonderheiten im geschichtlichen Ablauf und seinen Problemen widersprechen.

Diese Berichte und Aufzeichnungen zu veranlassen, niederzuschreiben, oder nach Erzählungen schreiben zu lassen, Dokumente, Veröffentlichungen usw. zu sammeln, sollte *sofort* begonnen werden. Weiter halten wir es für einen ersten und notwendigen Schritt, eine *umfassende* Erhebung über den Umfang des Widerstandskampfes, den Anteil der verschiedenen Volks- und Berufsschichten, der Altersstufen, seinen Charakter als Volkskampf, die Opfer, die er erforderte, usw. durchzuführen. Dazu übersendet Euch der Landesverband beiliegende Fragebogen als Blatt 1.

Damit eine solche Erhebung Anspruch auf Vollständigkeit machen kann, müssen auch diejenigen erfasst werden, die nicht oder nicht mehr bei uns organisiert sind, anderen Verfolgtenorganisationen angehören, überhaupt nicht organisiert sind, nicht unter die Bestimmungen der Wiedergutmachungsgesetze fallen, verstorben, hingerichtet oder ermordet worden sind, überhaupt alle, die sich in irgendeiner Form der Nazibarbarei widersetzt haben.

Zur praktischen Durchführung ist es erforderlich, dass in jedem Kreis zumindest ein Kamerad sofort für diese Aufgabe verantwortlich gemacht und seine Anschrift dem Landesverband umgehend mitgeteilt wird. Wir schlagen vor, zur Ausfüllung der Fragebogen schreibgewandte Kameradinnen und Kameraden heranzuziehen und sie zu bitten, sich an bestimmten Tagen und zu bestimmten Stunden zur Verfügung zu stellen.“
(109)

Unterzeichnet hatte *Willi Herzog* aus Dortmund, der auch in seiner Stadt Geschichtsforschung betrieb.

Eine bestimmte Persönlichkeit in der Geschichtsarbeit - und nicht nur dort - war zweifelsohne *KARL SCHABROD* aus Düsseldorf.

KARL SCHABROD war, wegen seines Widerstandes gegen das Naziregime, im Jahre 1934 zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden. Im Mai 1945 wurde Karl befreit. Lange Jahre war er im Zuchthaus Münster inhaftiert. Anstaltsleiter war ein Herr Dr. Fuchs, der nach 1945 wieder Anstaltsleiter desselben Zuchthauses war. Nach 1945 wurde Karl Mitglied des ersten provisorischen Landtages von NRW. Er arbeitete maßgeblich mit an der Landesverfassung. Später war er Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Landtagsfraktion der KPD bis 1954.

Am 9. Juni 1959 wurde Karl Schabrod zu neun Monaten Gefängnis verurteilt mit der Begründung, er hätte durch seine Kandidatur als Einzelkandidat (Wahlkreiskandidat) zum Landtag 1958 dem KPD-Verbot zuwidergehandelt. Im Jahre 1962 wurde Karl zu weiteren 20 Monaten Gefängnis verurteilt. Begründung: Er habe durch eine Kandidatur als unabhängiger Bewerber und durch die Herausgabe eines von ihm persönlich verantwortetem Publikationsorgans gegen das Verbot der KPD verstoßen. Der Freiheitsstrafe wurde hinzugefügt: Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte auf drei Jahre und ein Berufsverbot als Journalist und als Verleger für fünf Jahre.

Übrigens: 1962 wurde auch verfügt, dass Karl Schabrod seine bereits erhaltenen Wiedergutmachung für im Nazireich erlittenes Unrecht zurückzahlen müsse. Bei Nazigrößen verlief dies anders. Der NS-Ministerpräsident des damaligen Landes Braunschweig, Klagges, hatte wegen Massenmordes, begangen an Angehörigen des republikanischen „Reichsbanners“, 15 Jahre Zuchthaus bekommen und dadurch, nach dem Beamtenrecht, seinen Anspruch auf Pension verwirkt. Daraufhin zahlte nach seiner Haftentlassung die Regierung

nachträglich eine sechsstellige Summe in die Angestelltenversicherung ein, damit Klagges eine „angemessene“ Rente erhalten konnte.

(„Die Glocke von Ettersberg“, I/1990)

Besonders der Aktivität *KARL SCHABRODS* ist zuzuschreiben, dass der Landesverband NRW der VVN über ein mehrere tausend Dokumente umfassendes Archiv verfügt, das wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht wird. Trotz vielfältiger Behinderungen - so wurde ihm u.a. Akteneinsicht im Hauptstaatsarchiv erst nach jahrelangem Kampf ermöglicht - trieb er das Projekt einer Darstellung des Widerstandes an Rhein und Ruhr voran. Im Dezember 1967 wandte er sich - gemeinsam mit dem Landesekretär *Emil Sander* - in dieser Angelegenheit an die Öffentlichkeit:

Das Ergebnis war im März 1969 fertig. Das Buch

**“WIDERSTAND AN RHEIN UND RUHR
1933-1945”**

war der erste qualifizierte Versuch, die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes im Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen darzustellen. Am 20. März 1969 nimmt *KARL SCHABROD* für die Landesgeschichtskommission in einem Brief an den NRW-Ministerpräsidenten **Heinz Kühn** Stellung zur Geschichte dieses Buches:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Beiliegend übereichen wir ihnen 1 Exemplar unseres Buches „Widerstand an Rhein und Ruhr 1933-1945“ zur Kenntnisnahme.

Dieses Buch hat eine lange Entstehungsgeschichte, die nicht immer erfreulich war. Der Versuch, eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten bei der Erforschung des Widerstandes zu erreichen, scheiterte leider, trotzdem Sie, Herr Ministerpräsident, sich dafür beim Kameraden *HEIN HAMACHER* in Köln eingesetzt hatten.

Eine Förderung der Drucklegung dieses Buches durch den Herrn Kultusminister NRW kam nicht zustande. Eine Ablichtung des ablehnenden Bescheids des Herrn **Prof. Dr. Lübke** fügen wir diesem Schreiben bei.

Selbstverständlich haben wir beim Institut für Zeitgeschichte in München, an das wir vom Kultusminister verwiesen worden sind, um einen Förderungszuschuss nachgefragt, erhielten noch keine Antwort.

Das Buch „Widerstand an Rhein und Ruhr 1933-1945“ schließt den Textteil mit einigen Anregungen, die sich auch an Landtag und Landesregierung wenden. Eine finanzielle Möglichkeit, das Buch etwa kostenlos den Abgeordneten und den zuständigen Behörden und Ministerien zuzustellen, gibt es leider nicht, da der Landesvorstand erhebliche Schulden machen musste, um die Dokumentation zu finanzieren.....“ (109)

Parallel zur Arbeit an dem Buch war in den Diskussionen der Landesgeschichtskommission die Idee geboren worden, die Forderung nach einem Landesmuseum für die neuere deutsche Geschichte zu erheben. Auf der *21. Landesdelegiertenkonferenz* am 16./17. April 1967 in **Essen** wurde diese Idee zum Beschluss erhoben. Da bis heute die dort angestellten Überlegungen aktuell sind, wird der Beschluss hier dokumentiert:

Betr.: Schritte für die Errichtung eines Landesmuseums für die neuere deutsche Geschichte.

Da die Ursachen, Untaten und Folgen der Hitlerdiktatur und des Hitlerkrieges sowie der Widerstand, den das deutsche Volk gegen das NS-Regime an Rhein und Ruhr geleistet hat, viel zu wenig bekannt sind und in den Schulen und in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik völlig unzureichend und oft irreführend dargestellt werden, wird der Landesvorstand beauftragt, die Errichtung eines Landesmuseums für die neuere deutsche Geschichte in jeder Weise zu fördern und ausbauen zu helfen. Gemeinsam mit allen geschichtsinteressierten Kreisen sind geeignete Schritte vom Landesvorstand einzuleiten, damit aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Essen - vielleicht im Gebäude der alten Essener Synagoge oder an anderer günstig gelegener und geeigneter Stelle - eine Bildungs- und Gedenkstätte geschaffen wird, die eindrucksvoll die Geschehnisse der Jahre 1933-1945 den Besuchern, insbesondere der heranwachsenden neuen Generation aufzeigt. Möglichst umfassend und objektiv sind die jeweiligen Geschichtsabschnitte darzustellen:

⇒ Wie es zum Hitlerfaschismus gekommen ist, was und wer ihn förderte und in welchem Umfang Hitler vor 1933 von den Wahlberechtigten an Rhein und Ruhr abgelehnt und intensiv bekämpft wurde.

⇒ Von der Machtergreifung der NSDAP am 30. Januar 1933 und dem Ausschalten jeglicher Opposition durch Notverordnung, Presse- und Parteiverbote, erste Schutzhaftlager und Judenverfolgungen, Erschießungen am 30. Juni 1934, und in welchem Umfang und mit welchen Mitteln Gruppen der Bevölkerung den Maßnahmen der NSDAP entgegenwirkten.

⇒ Die Komplettierung des hitlerischen Unrechtsstaats, Legalisierung der Mörder und Mordtaten nach dem 30. Juni 1934, Großfotos der Hitler-Clique und ihrer Opfer, insbesondere der katholischen **Oppositionsfüh-**

rer Erich Klausener und Adalbert Probst, Anwendung der verschärften politischen Justiz in den Massenprozessen gegen Widerstandsgruppen, Liste der geheimen und der offiziellen Hinrichtungen im Gebiet des heutigen NRW, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und Rolle der Führung der Reichswehr.

⇒ Einmarsch der Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland im März 1936, passives Verhalten der Westmächte, Militärhilfe Hitlers für die Feinde der spanischen Republik - Neuformierung des Widerstands in Westdeutschland und Verteidigung der spanischen Republik durch Westdeutsche. Liste der Todesopfer des Widerstands dieser Zeit im In- und Ausland, Vorgeschichte und Ergebnis des Münchener Abkommens.

⇒ Jugend im Kampf gegen Hitler. Illegale Materialien der Jugendgruppen „Junge Garde“, „Kameradschaft“, Flugblätter mit Goethe- und Schiller-Zitaten, Prozesse gegen Jungkatholiken und Jungkommunisten. Tätigkeit der Jungnationalen und der Landfahrer **Theo Hespers** - Mönchengladbach. Fortsetzung der Kriegsvorbereitungen, Besetzung Österreichs und Teilen der Tschechoslowakei. Übersicht über die 300.000 innerdeutschen Gefängnis- und KZ-Insassen.

⇒ Judenverfolgungen 1938-1945, Anweisungen der SS für die Kristallnacht. Arisierung jüdischen Eigentums, Emigration und Liquidation. Bilder der Transportzüge mit Zahlen- und Terminangaben. Wie der Polenfeldzug eingeleitet wurde. Gleiwitzer Sender. Befehle zur Ausrottung der jüdischen Bevölkerung und der polnischen Intelligenz.

⇒ Europa unter dem Hakenkreuz. Die Besetzung Hollands und der Widerstand gegen die Deportation der holländischen Juden. Die Besetzung Frankreichs und die französische Résistance. Die Abwehr der Hitlertruppen durch die Sowjetarmee und die Partisanen. Bilder von Kriegsgefangenenlagern mit Zahlen und der Veränderungen durch Tod.

⇒ Zahlen der Kriegsproduktion und der Lebensmittelversorgung. Darstellung der Hungerrationen der Gefangenen. Elend der Ausgebombten, Evakuierten und Fremdarbeiter. Wiedergabe der illegalen Zeitungen und Flugblätter. Opfer der „Friedenskämpfer“-Aktion. Arbeit und Tod der „Zielasko“-Gruppen im Ruhrgebiet. Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in Moskau und Paris (erg. 1944 in Köln-Klettenberg 250 Personen stark). Listen und Großfotos der ermordeten Kriegsgegner in NRW.

⇒ Stalingrad - Die 2. Front entsteht. Hitler verliert das Vertrauen führender Militärs. 20. Juli 1944 - neue Verhaftungswelle. Verbrechen und Widerstand bis zur letzten Minute. Abwehr der Zerstörung deutscher Städte. Die Bilanz der 12 Jahre Hitlerherrschaft.

⇒ Charta der Vereinten Nationen - Potsdamer Abkommen. Zulassung demokratischer Parteien. Wiederherstellung der Pressefreiheit, NRW-Gründung, erste Wahlen zum Landtag Nordrhein-Westfalen.

Als ein Bildungs- und Geschichtszentrum sollte das Landesmuseum für die neuere Geschichte eine entsprechend gut ausgestattete Bücherei, eine Sammlung von Liedern des Widerstandes, von Schallplatten und Filmen, aber auch von Gemälden und anderen Werken antifaschistischer Künstler enthalten.

Ein Kino- und Vortragssaal darf nicht fehlen...“ (110)

Hier soll noch etwas zur Organisationsgeschichte eingefügt werden.

Das *Landesbüro* befand sich rund *40 Jahre* in **Düsseldorf**. Seit 1993 ist das Landesbüro in **Wuppertal**. Wie schon erwähnt, haben in diesen Jahren Funktionäre der VVN auf Landesebene gewirkt, um die Interessen der Opfer des Nazi-Regimes in allen Belangen zu vertreten und an einer antifaschistischen Gestaltung des Landes NRW mitzuwirken. Als *Landesvorsitzende* wirkten nach *ERNST SAALWÄCHTER* und *HANS HOFFMANN* als ihre Nachfolger daran mit:

PAUL HECHT, PAUL FALKE, ERNST HARTMANN, HARRY WEISBERG, HEINRICH WEINGÄRTNER, FRANZ STASCHEK, GERHARD SCHOLL und *JUPP ANGENFORT*.

Unterstützt wurden sie durch die *Landesekretäre*:

RUDOLF LINDNER (der auch in sozialpolitischen Fragen aktiv war), *JUPP PORTNER, JUPP WIEGEL, EMIL SANDER, ERNST HINZ, HEINZ WOHLERT* und *ULRICH SANDER*. Von den jahrelangen *Landesvorstandsmitgliedern* seien hier genannt:

LOTTE FRENKEL, die Frau von Marcel Frenkel, die in den siebziger Jahren stellvertretende Präsidentin und stellvertretende Landesvorsitzende war; *ERNST BUSCHMANN*, der im Januar 1996 verstarb und als Zeitzeuge des aktiven Kampfes antifaschistischer Deutscher gegen den vom deutschen Faschismus unterstützten Franco-Faschismus über den spanischen Bürgerkrieg berichtete; *WILLI RATTAI*, der beim Gründungskongress den Wahlausschuss leitete; *MARIANNE HECHT-WIEBER*, die auch lange Jahre stellvertretende Vorsitzende war und unsere heutige stellvertretende Vorsitzende *MARIA WACHTER*.

Von den vielen Aktiven in der Sozialkommission seien hier stellvertretend *WILLI BÖLLING, LENI MAY, HEINRICH SCHMITZ, ALICE STERTZENBACH* genannt - die auch jahrelang in der Abteilung Sozialpolitik und Wiedergutmachung beim Präsidium arbeitete, - die sich in der Sozialpolitik engagierten. Auch der Arzt

KARL HAGEDORN aus Düsseldorf ist zu nennen, der auch auf internationaler Ebene für die sozialen Belange der Verfolgten eintrat, wie auf dem FIR-Mediziner-Kongress vom 21. bis 24. September 1970 in Paris.

In der Geschichtskommission wirkten neben *KARL SCHABROD* besonders *ERNST SCHMIDT* (Essen), *WALTER KUCHTA* (Köln), *DETLEF PEUKERT* (Essen), *WINFRIED LIERENFELD* (Hilden), *AUREL BILLSTEIN* (Krefeld), *KLAUS HIMMELSTEIN* (Wuppertal) und *WOLFGANG RIEDEMANN* (Düsseldorf), *HEINZ JUNGE* (Dortmund) aktiv mit und traten mit eigenen Publikationen an die Öffentlichkeit. Weitere aktive Mitarbeiter der Geschichtskommission waren *KARL POLIXA* (Gevensberg), *WILLI GOTTFRIED* (Solling), *MAX MIKLOWEIT* (Duisburg) u.v.a.

AUREL BILLSTEIN hat für die Geschichtsarbeit unserer Organisation eine besondere Rolle gespielt. Aurel war ein Mann des Widerstandes, ein Verfolgter des Naziregimes. Schon im März 1933 wurde er verhaftet und in das KZ Sonnenburg eingeliefert. Nach seiner Entlassung im September 1933 organisierte er erneut den Widerstand, wurde im Januar 1934 erneut verhaftet und zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. 1944 kam er in das berüchtigte Strafbataillon 999. Aurel hat in der Landesgeschichtskommission wichtige Anregungen gegeben. In besonderem Maße hat er gedrängt, sich mit der örtlichen Geschichte von Verfolgung und Widerstand zu beschäftigen und hat selbst in Publikationen Beispiele für diese Arbeit gegeben. Aurel leistete unermüdliche Forschungsarbeit. Er schrieb über Widerstand und Verfolgung in Krefeld, über die Fremdarbeiter in der Stadt, über Gewerkschaften Krefelds im Widerstand, über die Judendeportationen aus dem Kreis Moers. 11 Broschüren und ein Buch von Aurel sind erschienen. Drei weitere Manuskripte ließ er, als er im Februar 1996 im Alter von 94 Jahren starb, zurück.

Aurel Billstein war eine herausragende Persönlichkeit in Krefeld. Er wurde Ehrenbürger der Stadt und erhielt das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. In seinen letzten Lebensjahren hat er sich in besonderem Maße für die Einrichtung einer Mahn- und Gedenkstätte in Krefeld engagiert. Sie wurde als zehnte Gedenkstätte in Nordrhein-Westfalen eröffnet und leistete großartige Arbeit, vor allem unter der Jugend.

Schon im Oktober 1994 war diese Mahn- und Gedenkstätte in einem Material der örtlichen CDU zur Kommunalwahl als „rot-grüner Sündenfall“ bezeichnet worden. 1995 wurde sie durch einen Beschluss der Einstimmen-Mehrheit der CDU im Stadtrat von Krefeld - trotz breiten Protests in der Öffentlichkeit, darunter der VVN-BdA - so amputiert und eingeschränkt, dass man von einer wirklichen Gedenkstätte nicht mehr reden kann.

Veröffentlichungen, die Aurel Billstein erarbeitet hat:

- ⇒ Der eine fällt....Dokumente des Widerstandes und der Verfolgung in Krefeld
 - ⇒ Fremdarbeiter in unserer Stadt
 - ⇒ Die Tätigkeit der Gestapoaußendienststelle in Krefeld
 - ⇒ Der große Pogrom - Die „Kristallnacht in Krefeld“
 - Christliche Gegnerschaft am Niederrhein 1933-1945
 - ⇒ Richtlinien für Scharfrichter und Henker
 - ⇒ Judendeportationen aus Moers
 - ⇒ Jugend contra Nationalsozialismus
 - ⇒ Gewerkschaften im Widerstand als Gegner, als Verfolgte, als Opfer
 - ⇒ Alltägliche Wirklichkeit im Nationalsozialismus
 - Jugend gegen Faschismus und Krieg
 - ⇒ Widerstand und Gegnerschaft der Sozialdemokraten (SPD)
 - ⇒ Euthanasie im 3. Reich. - Der „Gnadentod“ am linken Niederrhein
 - ⇒ Jugenddeportationen aus Mönchengladbach
- Außerdem, als Übersetzung aus dem Englischen: Die Nazis und das Monopolkapitel
(von Allan Mersen).

Die Forderung nach Gedenkstätten, Gedenktafeln und der gleichen wurde von der VVN vehement über Jahre z.T. über Jahrzehnte vertreten.

Am 10. November 1966 demonstrierte *WALTER KUCHTA*, der damalige Vorsitzende der VVN, so heißt es in einem Aufsatz über „Versteckte Vergangenheit“ in Köln, „in der Hüttenstraße in Ehrenfeld mit einem Schild, auf dem zu lesen war: ‘Heute vor 22 Jahren wurden hier an dieser Stelle 11 Deutsche durch die Nazis ermordet! Frage an den Staatsanwalt: Ist das vergessen und erledigt?’ Dieses Thema wurde seitdem in Variationen wiederholt, wie etwa am 1. März 1969 bei einer Demonstration am Clodwigplatz gegen die Pläne zur Einführung einer Vorbeugehaft und die anstehende Verjährung von NS-Verbrechen. Von der Stadtverwaltung forderte die VVN eine Gedenktafel in Ehrenfeld, veranstaltete zu den Jahrestagen der Hinrichtungen am

25. Oktober und am 10. November Kranzniederlegungen und Mahnwachen, immer in Verbindung mit aktuellen politischen Forderungen aus dem Umfeld von DKP und SDAJ wie etwa 1970

“Sofortige Ratifizierung des Deutsch-Sowjetischen Vertrages”.

Als sich von Seiten der Stadt nichts tat, brachte die VVN 1970 selber eine provisorische Tafel in Ehrenfeld an, die 1972 durch eine Gedenktafel des Stadtjugendringes ersetzt wurde.

Inzwischen war aus der Erinnerung an die Opfer der Gestapo das Thema „Edelweißpiraten“ geworden. Jedenfalls war dies im Jahre 1970 die erste Gedenktafel in Köln, die zwar gegenüber Rat und Verwaltung gefordert, aber dann in Eigeninitiative durchgesetzt worden war. Der Text, eher als Information angelegt, in der auch die Täter genannt werden, lautete:

‘HIER WURDEN AM 25. OKTOBER 1944 11 BÜRGER DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN UND DER REPUBLIK POLEN, AM 10. NOVEMBER 13 KÖLNER JUNGEN AUS EHRENFELD DURCH GESTAPO UND SS OHNE GERICHTSURTEIL ÖFFENTLICH ERHÄNGT.’

Später machte sich auch die Stadt Köln diese Gedenkstätte zu eigen....“

So wie hier vollzog sich in vielen Gemeinden die Gedenkstättenarbeit. Es bedürfe sicherlich einer intensiveren Untersuchung dessen, was z.B. im Gedenkstättenhandbuch der Bundeszentrale für Politische Bildung über die Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen vermittelt wird. Dies kann in diesem Rahmen nicht geleistet werden. Doch soll hier kurz auf die Tatsache verwiesen werden, dass z.B. auch hier viele Lücken über Gedenkstätten bzw. ihre Geschichte bestehen.

Die Verfolgten, die Antifaschisten, die Mitglieder der VVN haben in dem Bereich in vielfältiger Weise dafür gestritten, dass Mahnmale entstanden. Nur dies ist bis heute in den meisten Fällen unbekannt.

Neben der Arbeit, durch eigene Beiträge die antifaschistische Geschichte sichtbar zu machen, wurde mehr und mehr auch die Auseinandersetzung mit Publikationen, Ausstellungen und Veranstaltungen anderer Träger notwendig. Denn Mitte der sechziger Jahre wurde - auch als Reaktion auf die Aktivitäten der VVN - von verschiedenen Seiten die bis dahin geübte Praxis des Verschweigens des Themas fallen gelassen, stattdessen kamen nach und nach Veröffentlichungen auf den Markt, die zum größten Teil den Arbeiterwiderstand unberücksichtigt ließen. (111)

Besonders lag der Landesgeschichtskommission eine Korrektur der NRW-Schulbücher am Herzen. So wandte sich **KARL SCHABROD** namens der Landeskommision an den NRW-Kultusminister **Jürgen Girensohn** und an die Öffentlichkeit:

„Sehr geehrter Herr Kultusminister!

In der NRZ las ich am 30. Dezember Ihr Interview, das dort unter der Überschrift „Staat muss Geschichtsbild kontrollieren“ auf der Seite 2 erschien. Ihrer Meinung, wonach der Widerstand gegen den Nationalsozialismus künftig „in mindestens 50 Zeilen“ statt der jetzigen 5 bis 10 Zeilen dargestellt werden sollte, stimme ich zu und unterstreiche „mindestens“. Ich wende mich aber auch entschieden gegen die total geschichtswidrige Verleugnung des Arbeiterwiderstandes. Lediglich 2 von 10 Schulgeschichtsbücher, die hauptsächlich in NRW benutzt werden, erwähnen ihn knapp. Acht verschweigen ihn gänzlich.

Sehr genau könnte die Sozialstruktur des Widerstands beim Hauptstaatsarchiv festgestellt werden, wo 74.000 oder mehr Personen aus den Kreisen der Hitlergegner in NRW aktenkundig festliegen. Die Zahl von 60.000 Arbeitern, Angestellten und deren Angehörigen dürfte nicht übertrieben sein. Dieser Widerstand von unten (Weisenborn), der von 1933-1945 fast ununterbrochen vorhanden war, sollte ehrend und lobend in allen Schulgeschichtsbüchern Erwähnung finden. Pausenlos, in rund 1.000 Prozessen, sind diese aktiven Hitlergegner von der damaligen Justiz verfolgt und oft sehr hart bestraft worden. Doch die Schulgeschichtsbücher in NRW verleugnen den Arbeiterwiderstand und begnügen sich mit den gewiss auch tapferen Geschwistern Scholl in München, den Männern des 20. Juli, die sehr lange dem NS-Regime Vorschub geleistet haben, einschließlich des Kriegshelden Rommel....so kümmerlich wird den Schülern der Widerstand gegen ein Unrechtsregime gezeigt.

Soll das so bleiben?

Am Schluss Ihres Interviews machen Sie, Herr Kultusminister, selbst deutlich, warum das grob verfälschte Bild über den antifaschistischen Widerstand in den Schulgeschichtsbüchern erhalten bleiben soll. Ihre wahrheitswidrige Behauptung, dass „sich schon einmal die Rechte mit der Linken gegen die Demokratie erhoben hat, dass Faschismus und Kommunismus gemeinsame Sache gemacht haben“, führt ja geradewegs dahin, den Schülern den Arbeiterwiderstand, zu dem Zehntausende Kommunisten zählten, fortgesetzt zu verheimlichen. Die Weichen zum Untergang der Weimarer Republik waren längst gestellt, als 1930 die SPD-, die KPD und die NSDAP-Fraktionen im Reichstag gemeinsam gegen die Brüningssche Notverordnung stimmten.

Auf der *Landesdelegiertenkonferenz* der VVN NRW am 27. März 1971 in **Gelsenkirchen** hielt **KARL SCHABROD** das Referat „Situation in den Schulgeschichtsbüchern von Nordrhein-Westfalen“. (113)

Die Aktivitäten in der Schulbuchfrage führten 1972 zur Bildung einer „Initiative zur Korrektur der Schulbücher in NRW“, die von Mitgliedern der VVN-Landesgeschichtskommission, der demokratischen Pädagogenvereinigung „**Schwelmer Kreis**“, Mitgliedern der DFU-Schulbuchinitiative und Einzelpersonlichkeiten getragen wurde. Ausgehend vom Artikel 7, Abs. 2 der Landesverfassung von NRW wurde eine Korrektur vieler Geschichtsbücher gefordert, da in der Mehrzahl der „gegenwärtig benutzten Schulgeschichtsbücher“ ein Geschichtsbild vermittelt würde, „das der historischen Wahrheit nicht entspricht“.

Besonders die Darstellung des deutschen Faschismus bzw. des Arbeiterwiderstandes dagegen war im Mittelpunkt der Kritik. 475 Persönlichkeiten, die zum großen Teil im Bildungsbereich tätig waren, unterstützten einen Aufruf zur Korrektur der Schulbücher. Auch über den Bereich NRW hinaus wirkte die Aktion. Im Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main, erschien eine Veröffentlichung, die nach dem Prinzip „zitiert - korrigiert“ „endlich einmal bestimmte Aussagen in Schulgeschichtsbüchern nicht nur zitiert und beanstandet, sondern auf der Grundlage historischer Fakten und Zusammenhänge kritisierend und - vor allem - mit korrekten Alternativen beantwortet“. (114)

In den folgenden Jahren flossen etliche Anregungen in die Schulbücher ein, auch wenn das NRW-Kultusministerium 1973 meinte, dass einige der Bücher für den Politikunterricht an den Berufsbildenden Schulen „voll und ganz“ geeignet sein würden. Das Kultusministerium hatte eine Kommission eingesetzt, die eine Prüfung vornehmen sollte. Die Schülermitverwaltungen vieler Schulen wurden auf die Thematik aufmerksam und auch in den Gewerkschaften kam es zur Diskussion über das Thema. Zweifelsohne trug hier die Arbeit der VVN-Mitglieder Früchte.

Hier zeigte sich allerdings auch, dass die jahrelangen Diffamierungen der VVN bei vielen Menschen eben nicht wirkten. Wie schon geschildert, gab es alle erdenklichen Schikanen, mit Lügen und Verdrehungen wurde versucht, die Arbeit der größten antifaschistischen Organisation zu behindern.

Bevor noch mal einige Beispiele dazu genannt werden - um dann die weitere Geschichte der VVN im Lande Nordrhein-Westfalen NRW zu verfolgen - soll ein kurzer Blick auf die Organisation geworfen werden.

1965 bestand die Landesvereinigung NRW aus 62 *Kreisvereinigungen*. Geographisch gab es 93, wovon 57 Landkreise und 36 kreisfreie Städte waren. In diesen 62 Kreisvereinigungen waren 5.351 *Mitglieder* organisiert, wovon bis Dezember 1965 4.800 Mitglieder kassiert waren. Gegenüber dem Stand von 1960 (5.700) hatte der Landesverband also Mitglieder verloren. Allerdings waren 275 Mitglieder neu hinzugewonnen worden. Von den 62 Kreisvereinigungen hatten 44 selbstständig arbeitende Vorstände, 18 einen 1-Mann-Vorstand oder nur einen Kassierer.

Die meisten Mitglieder hatte die Kreisorganisation in **Dortmund** mit 415, gefolgt von **Düsseldorf** mit 382 und **Wuppertal** 381. Die kleinsten Gruppen waren **Höxter** (4), **Lemgo**, **Detmold**, **Erkelenz** und **Lüdinghausen** mit je 6 Mitgliedern.

Der *Landesvorstand* umfasste 49 *Mitglieder*, der *Geschäftsführende Landesvorstand* hatte 15 *Mitglieder*. Beide Gremien tagten zweimal jährlich. Für das Winterhalbjahr 1965/66 waren „Arbeitshinweise“ erstellt worden. Regelmäßige Verbindungen zu anderen Organisationen gab es nicht. Aus einem weiteren Berichtsbogen geht hervor, dass in vielen Kreisen aktive Öffentlichkeitsarbeit geleistet wurde, die weit über den Rahmen der Mitglieder hinaus Menschen erreichte.

So wurden z.B. bei 21 Film- und Dia-Abenden, bei denen Dias über Vietnam und die DEFA-Filme „Die Mörder sind unter uns“ und „Nackt unter Wölfen“ gezeigt wurden, 4.731 Besucher gezählt.

Bei einem *Internationalen Jugendforum* in **Essen** waren 200 *Besucher*, in **Oberhausen** 230, in **Dortmund** 120. 72 Kreisversammlungen wurden durchgeführt. Bei der 8. *Mai-Befreiungsfeier* in **Düsseldorf** mit Schweigemarsch beteiligten sich 800 *Personen*, ebenso aus dem gleichen Anlass in **Gelsenkirchen**. 600 *Besucher* waren bei der *Gedächtnisfeier* in **Solingen**.

Insgesamt nahmen 26.000 Personen an Veranstaltungen der VVN teil. Gemessen an den Mitgliedern also fast das Fünffache. Jedoch sagt dies nichts darüber aus, wie und wo diese Erfolge konkret wirkten und wie damit umgegangen wurde. Abschließend wird vom Landesvorstand erklärt: „Diese Berichterstattung gibt nicht das ganze Bild der Tätigkeit der VVN wieder, da trotz einer Verbesserung in der Berichterstattung aus den Kreisen, dennoch der Mangel nicht behoben ist.“ (115)

Hier soll auch daran erinnert werden, dass durch die Aktivitäten von NRW-Landesvorstandsmitgliedern auch die Arbeit in anderen antifaschistischen Zusammenschlüssen befruchtet und unterstützt wurde.

Es sei an die Arbeit von **HEINZ JUNGE** im Internationalen Sachsenhausenkomitee erinnert, an die Aktivitäten, die **ERNST BUSCHMANN**, **EMIL SANDER** oder **FRITZ FRÄNKEN** in der Gemeinschaft der republika-

nischen Spanienfreiwilligen, an den Einsatz von *JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT* und *ERNST MÖNKE-MÖLLER* im Komitee der ehemaligen Lüttringhausener. Und an den Einsatz von *GÜNTHER DAUS*, *KARL SCHABROD*, *ALBERT NOHL* und anderen ehemaligen „Moorsoldaten“, deren Aktivitäten wesentlich dazu beitrugen, die Nazilager im Moor der Vergessenheit zu entreißen, andere antifaschistische Kreise für die Thematik zu interessieren. Es sei an die Jugend der IG Bergbau erinnert (116), die mit einer Kranzniederlegung den Friedensnobelpreisträger *CARL VON OSSIETZKY* ehrten (117), der im KZ Esterwegen - einem „Moorlager“ - gefangen war, und damit das antifaschistische Bewusstsein anderer Bevölkerungskreise stärkte und gegen große Widerstände mit durchsetzen half, dass schließlich auch die jahrelange Weigerung der nieder sächsischen Landesregierung, die Universität Oldenburg nach dem Friedensnobelpreisträger zu benennen, zusammenbrach. (118)

Wie bisher - auch wenn die Quellenlage dünn ist - festzustellen war, hat die VVN sich in den vielfältigsten Feldern des gesellschaftlichen Lebens eingemischt.

Im **25. Jahr des Bestehens** der VVN NRW, und im Jahr, wo sich durch den *Oberhausener Bundeskongress* die **VVN zur VVN-Bund der Antifaschisten** entwickelte, soll etwas ausführlicher die Arbeit im Land dargestellt werden. Doch zuvor sollen noch einige Streiflichter die vorangegangenen Jahre erhellen. Wie schon geschildert, hatte es auch in den sechziger Jahren in NRW Versuche gegeben, massiv die Arbeit der VVN zu behindern.

Das eklatanteste und zugleich bezeichnendste Beispiel mit welchen Mitteln gegen die VVN gearbeitet wurde, ist der „Skandal von Köln“. In der Domstadt sollte der Bundeskongress durchgeführt werden. In einem Flugblatt wurde vom Präsidium der VVN der „**Skandal von Köln**“ publik gemacht. Darin heißt es u.a.: „In den Sartory-Sälen sollte vom 10. bis 12. Mai 1963 der Kongress der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) stattfinden. Die VVN wählten Köln zu ihrem Tagungsort, weil gerade hier der Widerstand gegen die Hitler-Gewaltherrschaft besonders stark war, weil hier viele Widerstandskämpfer ermordet oder in Konzentrationslager und Zuchthäuser gesperrt wurden, die gegen Krieg und Diktatur, für Frieden und ein demokratisches Deutschland kämpften. Sie wählten Köln aber auch deshalb, weil die freiheitlichen Traditionen dieser Stadt so recht geeignet schienen, die demokratischen Ziele der VVN zu beraten und zum Ausdruck zu bringen. 250 Delegierte aus der Bundesrepublik und über 100 Gäste aus ganz Europa schickten sich an, nach Köln zu reisen.“

Da kam es zum Skandal!

Dem Geschäftsführer der Sartory KG wurde vom Polizeipräsidenten eröffnet, dass die anlässlich des Kongresses der VVN geplante Öffentliche Kulturveranstaltung verboten und gegebenenfalls mit Polizeigewalt verhindert werde. Das veranlasste die Sartory KG, von den mit der VVN rechtskräftig geschlossenen Mietverträgen der Säle zurückzutreten. Dadurch wurde die Durchführung des Bundeskongresses in Köln zu dem vorgesehenen Termin unmöglich gemacht.

Wir fragen:

Wer steckt hinter diesem undemokratischen und hinterhältigen Vorgehen?

Wer hat ein Interesse daran, eine demokratische Organisation an der Ausübung ihrer Rechte zu hindern?

Wo sitzen die Inspiratoren dieser Methoden?

Schon lange wird die VVN im Lande Nordrhein-Westfalen mit Versammlungsverboten schikaniert. Selbst die Ehrungen der Opfer des Faschismus und des Krieges mit Kranzniederlegungen an Mahnmalen wurden verboten.

Es ist offensichtlich: Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes sind den vielen wieder in Amt und Würden befindlichen belasteten Repräsentanten der NS-Zeit sehr unbequem. Die Enthüllungen über die Tätigkeit dieser Personen bis hinauf in die höchsten Stellen der Bundesregierung gehen manchen Leuten auf die Nerven. Das ist die Ursache für die Absicht, die Mahner und Warner vor neuem Unheil mundtot zu machen. Das ist auch die Hauptursache für dieses, jedem demokratischen Empfinden hohnsprechende Vorgehen gegen den Bundeskongress der VVN in Köln.

Ist es nicht skandalös, dass im September in Hameln unter der Protektion hoher Stellen ein sogenanntes europäisches Treffen der längst wieder organisierten SS stattfinden soll, während die Organisationen der Opfer des Nationalsozialismus, die VVN, diffamiert und erneut verfolgt werden?

Das darf nicht sein!

Kölner! Erhebt mit uns Protest gegen die Behinderung der VVN!

Verlangt, dass diese undemokratischen und unfairen Maßnahmen gegen die Opfer des Nationalsozialismus rückgängig gemacht werden!

Verlangt von der Stadtverwaltung Auskunft!

Fordert volle Betätigungsfreiheit der VVN und keinerlei Behinderungen bei der Durchführung des Kongresses!

Wir erklären, dass wir uns trotz aller Schikanen nicht abhalten lassen, unermüdlich für die Bewältigung der schrecklichen Vergangenheit, für Demokratie, Verständigung und Frieden einzutreten.“ (119)

In diesem Sinne wirkte die VVN weiter. Der evangelische Superintendent **Werner Sanss** aus Selm/Westfalen - der in der antifaschistischen, demokratischen Bewegung in NRW eine bedeutende Rolle spielt - sprach auf dem nun in **Frankfurt/Main** stattfindenden *Bundeskongress (5.-6. Oktober 1963)* und verwies auf Parallelen, die zu den letzten Jahren der Weimarer Republik gezogen werden könnten. Auch heute, so meinte er, steht die Bundesrepublik an einem Kreuzweg, wo entweder die Gefahr für ein neues 1933 droht oder eine demokratische Alternative erkämpft werden muss. **Sanss** wandte sich entschieden gegen die leichtfertige Art der Negierung der verfassungsmäßig garantierten Grundrechte, wie sie in der Bemerkung des damaligen Innenministers **Hermann Höcherl** ihren Ausdruck fand, als er öffentlich erklärte, dass ja der Verfassungsschutz „nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen könne“. (120)

In jenen Tagen fanden in vielen Städten in NRW auch Aktionen statt, Nazi-Mordtaten entsprechend dem Völkerrecht als unverjährbar zu erklären. Diese Auffassung entsprach im Inhalt einem Beschluss der UNO sowie der Gesetzgebung in fast allen europäischen Ländern. Unter dem Druck der Faschisten und Reaktiönäre in der Bundesrepublik fand sich im Bundestag hierfür keine Mehrheit. So kam mit der Verlängerung der Verjährungsfrist von 20 auf 30 Jahre ein fauler Kompromiss zustande, der de facto eine weitere Verfolgung der NS-Täter auf den Kreis der sogenannten Haupttäter beschränkte.

Vom 28. bis 30. Mai 1965 traten die Delegierten der VVN in **Duisburg** wiederum zu einem *Bundeskongress* zusammen. Bürgermeister Dr. Storm begrüßte die Gäste aus dem In- und Ausland.

Unter der Losung

“IM GEISTE DES WIDERSTANDES DIE VERGANGENHEIT BEWÄLTIGEN,
DIE GEGENWART MEISTERN UND DIE ZUKUNFT GESTALTEN”

standen das Referat des Präsidenten **DR. J.C. ROSSAINT** sowie die Vorträge von Rechtsanwalt **Heinrich Hannover**, Bremen, zum Thema „Verfassungswirklichkeit und Notstandsgesetzgebung“, von **ALFRED HAUSSER** zu den Problemen der Wiedergutmachung und Sozialpolitik, von **Professor Dr. Wolfgang Abendroth**, Marburg, zur „Erforschung der Geschichte des Widerstandes als politischen Auftrag“ und von **Georg Herde**, Frankfurt, über „Landmannschaften, Ostkunde und Revanchismus“. (121)

Die Delegierten wandten sich entschieden gegen die Notstandsgesetze. Diese Gesetze, „mit denen schon in Friedenszeiten das Kriegsrecht gegen die eigene Bevölkerung eingeführt werden soll“, so in einer Entschliebung des Kongresses, führten zu einer Vielzahl von Aktionen in den Städten des Landes, wo besonders auch die VVN-Mitglieder aktiv waren, die zugleich die Parallelen der Notstandsgesetze mit den Sondergesetzen des Dritten Reiches herausarbeiteten. Höhepunkt der Bewegung war die Demonstration der 100.000 in Bonn am 11. Mai 1969. Ehemalige politische Häftlinge marschierten in der Demonstration in ihren KZ-Uniformen mit. Seite an Seite mit Professoren und Gewerkschafter, mit der Jugend. Konnte diese große Demonstration letztendlich nicht die Verabschiedung verhindern, so wurde doch deutlich, dass ein großes demokratisches Potential in der Bevölkerung und der Jugend vorhanden war.

Dies wurde auch bei den zeitgleichen Aktivitäten gegen das Anwachsen der neonazistischen NPD - die bei den Wahlen in einigen Bundesländern 1966 in die Parlamente einziehen konnte - sichtbar.

Von der *Landesdelegiertenkonferenz* am 20. April 1969 in **Dortmund** ging ein Aufruf aus unter der Überschrift:

“HALTET NORDRHEIN-WESTFALEN FREI VOM NAZISMUS”

an die Öffentlichkeit, den Wahlkongress der NPD zu einer Protestkundgebung aller demokratischen Kräfte zu machen. Die Landesregierung von NRW wurde aufgefordert, diesen NPD-Kongress zu verbieten. „Wir Widerstandskämpfer lassen uns diese Provokation nicht gefallen!..... Gebt den Neofaschisten die richtige Antwort - verteidigt das Grundgesetz und die Demokratie!“ (122)

Auch diese Aktion - an der der Kreisausschuss des DGB, Studentenverbände, die SPD Beuel u.a. beteiligt waren - machte das demokratische Potential sichtbar und machten zugleich auch viele Jugendliche auf die VVN-Arbeit aufmerksam.

Und damit sind wir beim Jahr 1971 angekommen, dem Jahr des 25jährigen Bestehens der VVN. Wie sah sich die Organisation in jenen Tagen? Ein ausführliches Dokument gibt darüber Auskunft. In einem Schriftlichen Bericht an die Delegierten der *23. Landeskonferenz*, die am *27./28. März 1971 in Gelsenkirchen* stattfand, erstattete der Landesvorstand Bericht. Nach einem Rückblick auf die vorangegangene Landesdelegiertenkonferenz wird festgestellt:

„Große Bedeutung bekam der Ausschuss der **„Demokratischen Aktion“**, der sich in **Bonn**, unter Teilnahme der VVN gebildet hatte. Der Landesvorstand und die Kreisvereinigung der VVN in Bonn schlugen dem Ausschuss vor, zur Aufklärung der Bevölkerung über diese Thadden-Kundgebung Plakate anzufertigen Aufklärungsschriften herauszugeben und Informationsstände in der Stadt aufzustellen. Die VVN übernahm es, auf dem Münsterplatz einen vierflächigen Informationsstand zu errichten, auf dem alle Aufrufe der Vereinigungen und Verbände, die sich an dieser Aktion beteiligten, angebracht wurden. Sechs Tage haben Kameraden des Landesvorstandes und der Kreisvereinigung der VVN auf dem Münsterplatz etwa 30.000 Sonderexemplare „Die Tat“ verteilt; 20.000 Exemplare wurden in den angrenzenden Kreisen bei Plakatmärschen verteilt. Die Kundgebungen der „Demokratischen Aktion“ am 9. und 10. Mai vor der Beethoven-Halle waren ein großer Erfolg der antifaschistischen Einheit. Bei dieser Aktion waren besonders die Studenten und jungen Gewerkschafter aktiv. Erfreulich war, dass die Informationsstände stark besucht, ja umlagert wurden. Es kam dabei zu sehr angeregten Diskussionen. Zeitweilig umringten die Informationsstände etwa 100 Personen. Als Erfolg dieser Aktionen in Bonn und in NRW ist es zu werten, dass der Wahlkongress der neonazistischen NPD verboten wurde.“ (123)

Dann wird darüber informiert, dass auch in anderen Städten wie in **Köln, Oberhausen, Recklinghausen** und **Duisburg** ebenfalls demokratische Aktionen durchgeführt wurden. Besonders die Aktion vom *9. August 1969* in der *Kongresshalle* in **Düsseldorf** wird erwähnt:

„Die Antifaschisten besetzten 6 Stunden die Kongresshalle und verhinderten, dass die NPD-Kundgebung durchgeführt wurde. Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung vom 3. August 1969 eine Delegation beauftragt, beim Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf und dem Polizeipräsidenten gegen diese Kundgebung zu protestieren und ihr Verbot zu fordern. Dieser Delegation schlossen sich andere Vertreter der demokratischen Aktion an.

Aufgrund des Druckes der Dortmunder Demokraten konnte eine für den 2. August 1969 geplante Thadden-Kundgebung in der kleinen Westfalen-Halle nicht durchgeführt werden.“

Der Landesvorstand stellt dann fest, dass durch die „mobilisierende Wirkung dieser Ausschüsse“ mit dazu beigetragen wurde, „dass die NPD zurückgedrängt wurde und weder in den Bundestag noch in den Landtag von Nordrhein-Westfalen kam“. Die Lehre wäre:

“DASS EINHEITLICHES HANDELN GEGEN DEN FASCHISMUS IST DIE VORAUSSETZUNG DES
ERFOLGES.”

Große Aufmerksamkeit widmete unsere Vereinigung den Anstrengungen der jungen Menschen, den Neonazismus zurückzudrängen. In dem Bericht heißt es dann weiter:

„Am 14. Juni 1969 beabsichtigte die NPD in **Soest/Westfalen** einen Landes-Jugend-Kongress durchzuführen. In einem Aufruf des Landesvorstandes hieß es:

„Wir wenden uns an die Arbeiterjugend, an die jungen Gewerkschafter, an die Schüler der Gymnasien, an die Studenten, an alle Jugendorganisationen!

Frech erhebt eine neue faschistische Partei ihr Haupt, deren Grundgesetzfeindlichkeit von mehreren Gerichten bestätigt wurde.

Soll die Jugend wieder missbraucht werden? Die Jugend hat schon einmal im Kampf gegen den Faschismus, oder verführt durch nationale und soziale Demagogie der Nazis, ungeheure Opfer bringen müssen. Nun wollen die Neonazis die Jugend wieder mit derselben Methode vor ihren Karren spannen. Das kann verhindert werden!

Durch das gemeinsame Handeln aller Demokraten ist die NPD in Bonn mit der beabsichtigten Durchführung ihres Bundes-Wahlkongresses nicht zum Zuge gekommen!

Fallt nicht der jugendfeindlichen N P D in die Arme!

Haltet Nordrhein-Westfalen frei vom Neonazismus!

Jetzt gilt es, eine breite demokratische Aktion zu bilden!

W e n d e t e u c h a n die Persönlichkeiten Eurer Stadt und fordert sie auf zu gemeinsamem Handeln, gegen den Neonazismus, gegen die N P D !

Fordert vom Rat der Stadt Soest, vom Regierungspräsidenten in Arnsberg, von der Landesregierung NRW in Düsseldorf das Verbot der neonazistischen Tagung in Soest!

“VERHINDERT EIN NEUES 1933!”

“DARUM HANDELT JETZT!”

In **Soest** bildete sich daraufhin ein „*Ausschuss der demokratischen Aktion*“. Besonders die Jugend nahm an der Aufklärung der Bevölkerung teil. Am Kundgebungstag besetzte die Jugend den von der NPD vorgesehenen Kundgebungs-Saal und führte eine Gegenkundgebung durch. Dank der Initiative unserer Kameraden der Kreisvereinigung Soest wurde hier der Jugend geholfen und der NPD eine Niederlage bereitet.“

Auch im Kampf gegen das „Gesetz zur Vorbeugehaft“ - welches von der VVN als „Vorstufe zum KZ“ betrachtet wurde - gab es in vielen Kreisen Aktivitäten mit dem Ziel, die Bevölkerung aufzuklären. In **Wuppertal** wurden an 400 Persönlichkeiten Briefe gesandt, um auf die Gefahr, „die mit der Annahme des Gesetzes“ bestehe, hinzuweisen. In anderen Städten habe es Plakatdemonstrationen gegeben.

„Mehrere tausend Unterschriften gegen die Verjährung von NS-Verbrechen wurden gesammelt. Allein in **Duisburg** wurden über 2.000 Unterschriften eingeholt. Diese Unterschriften wurden notariell bestätigt und der Bundesregierung zugestellt.

An den Ministerpräsidenten unseres Landes, sowie an den Bundesjustizminister schrieben wir im Auftrag des Landesvorstandes. In dem Schreiben heißt es:

„Wie Ihnen bekannt sein wird, haben die zuständigen Kommissionen der UNO und des Europarates u.a. vor der Weltöffentlichkeit eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass es eine Verjährung dieser scheußlichen Verbrechen aus politischen und moralischen Gründen nicht geben kann. Wir, die in der VVN zusammengeschlossenen Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg und Verfolgte des Naziregimes wissen, dass die ganze Welt dieserhalb voller Spannung auf die Haltung der Bevölkerung und der Regierungsorgane in der Bundesrepublik schaut. Man erwartet die konsequente Verneinung einer Verjährung der Naziverbrechen, keine „Winkelzüge“ und verdrehte „Rechtsstandpunkte“, die auf eine Rechtfertigung und Amnestierung hinauslaufen würden.

Die Teilnehmer der Landesvorstandssitzung, die gestern in Essen tagten, hoffen und erwarten, dass eine Verjährung der Naziverbrechen nicht eintreten wird.“

Der Bundesjustizminister bestätigte den Eingang des Schreibens und der Anlagen, d.h. der Unterschriftlisten.

In vielen Städten unseres Landes haben unsere Kameraden die Bundestagsabgeordneten aufgesucht und sie aufgefordert, gegen dieses Gesetz zu stimmen. In mehreren Zeitungen wurden Artikel unserer Kameraden gedruckt, die sich mit diesem Gesetz auseinander setzten.

An der Organisierung der Gedenkstunde des Komitees der Moorsoldaten in Papenburg am 14. Juni 1969 war der Landesvorstand beteiligt.

Das am 30. August 1969 durchgeführte 5-Länder-Treffen, organisiert mit den Kameraden des *Arbeitsgebietes Aachen*, war ein schöner Erfolg. Durch Aufklärungsmaterial, Informationsstände und Demonstration, sowie anschließender Kundgebung am Elisenbrunnen in Aachen wurde die Bevölkerung eindringlich darauf hingewiesen, dass die Verständigung der Völker eine Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens sei; dass der deutsche Militarismus von hier - aus dem Gebiet Aachens - zweimal die angrenzenden Nationen überfallen hat.

Im September 1969 kam es anlässlich der 30. Wiederkehr des Kriegsausbruchs in vielen Städten unseres Landes durch unsere Initiative zu Antikriegs-Kundgebungen.

Am 25. Oktober 1969 führten die ehemaligen republikanischen Spanienkämpfer in **Remscheid** mit der VVN und der Bevölkerung eine große Solidaritäts-Kundgebung durch. Diese Kundgebung hat wesentlich zur Steigerung der Solidarität mit dem um seine Freiheit kämpfenden spanischen Volk beigetragen.

Durch Initiative unseres verstorbenen Landesvorsitzenden, Kamerad **HARRY WEISBERG**, wurde in Gelsenkirchen eine „Woche der Begegnung und Gespräche mit Bürgern der DDR“ in der Zeit vom 19. bis 24. Oktober 1969 durchgeführt, an denen Geistliche aus der DDR teilnahmen. In mehreren Veranstaltungen sei diskutiert worden, zeitweise seien 120 Teilnehmer anwesend gewesen. Die Abschlussveranstaltung mit **Vera Oelschläger** und einer Gruppe vom „Deutschen Theater“ hätten 200 Personen besucht.

„Im Herbst beschloss der Landesvorstand, zum 25. Jahrestag der Machtergreifung des Faschismus, am Freitag, dem 30. Januar 1970, in größeren Städten Kundgebungen gegen den Neonazismus durchzuführen.

Des weiteren wurde beschlossen, eine antifaschistische Wanderausstellung zu erstellen. Die Eröffnung dieser Wanderausstellung, die von ihren **Oberhausener** Organisatoren den Namen bekam

“FASCHISMUS UND NEOFASCHISMUS -
WIDERSTAND DAMALS UND HEUTE!”

fand am 30. Januar 1970 im *Stadtjugendzentrum Oberhausen* statt und wurde bis zum 5. Februar gezeigt. Diese Ausstellung wurde von 12 Jugendverbänden und der VVN getragen. Einstimmig wurde von den Trägern dieser Ausstellung beschlossen, auf Einladungen die Losung

*“Einig handeln! Lehre der Vergangenheit!”
zu setzen.*

Tagsüber wurden vor den Schulklassen Filme gezeigt, während an jedem Abend nach erfolgter Filmvorführung Diskussionen durchgeführt wurden. Interessant war, dass je 2 Jugendverbände für einen Abend die gesamte Verantwortung übernahmen. Die Ausstellung wurde von 42 Schulklassen und rund 3.000 Personen besucht. Alle Tageszeitungen brachten wiederholt Berichte und Aufnahmen von dieser Ausstellung und den Filmabenden mit den Jugendlichen. Die Lehrerinnen und Lehrer, die ihre Schulklassen begleiteten, erklärten:

Solche Ausstellungen müssten jedes Jahr durchgeführt werden; sie vermittelten den Schülern den Geschichtsunterricht, der ihnen in den Schulbüchern vorenthalten würde.

Diese Ausstellung wurde vom 17. bis 22. April im *Ludwig-Steil-Haus* in **Herne** gezeigt. Hier hielt der Oberbürgermeister die Eröffnungsrede. Auch hier war die Ausstellung von der VVN, von Jugendorganisationen und der Stadtverwaltung getragen. Grosse Anerkennung gebührt den Kameraden der Kreisvereinigung in Herne. Sie haben nicht nur die Ausstellung vorbildlich organisiert, sondern auch durch Informationsstände im Zentrum der Stadt und mit eigenem Material auf diese Ausstellung aufmerksam gemacht. Die Tageszeitungen brachten jeden Tag Berichte über diese Ausstellung, die - wie in Oberhausen - mit einem Podiumsgespräch, an dem Vertreter der politischen Parteien der jeweiligen Stadt teilnahmen, endete.

Diese Ausstellung wurde im April 1970 auch in **Siegburg** gezeigt. Die Kameraden der Kölner Kreisvereinigung, die diese Aufgabe übernommen hatten, schreiben in ihrem Bericht hierüber:

„Wir beschlossen Anfang des Jahres 1970 eine Friedens-Kundgebung in Siegburg durchzuführen. Vor 25 Jahren waren im damaligen Zuchthaus in Siegburg die politischen Gefangenen befreit worden. Schon im Januar 1970 begannen wir mit den Vorbereitungsarbeiten, die sehr umfangreich waren. Der Erfolg unserer Arbeit lag nicht nur darin, dass wir die Stadthalle in Siegburg mit mehr als 600 Personen füllen konnten, darunter viele Jugendliche, Stadt- und Kreisverwaltung sandten ihre Vertreter, dazu auch Vertreter des diplomatischen Korps, die gesamte regionale Presse der verschiedensten politischen Richtungen, berichteten nicht nur ausführlich über unsere Kundgebung, sondern begrüßten auch unsere Initiative. Wir verbanden diese Kundgebung mit der Ausstellung des Landesvorstandes

“FASCHISMUS UND NEOFASCHISMUS-
WIDERSTAND DAMALS UND HEUTE.”

Außerdem gaben wir im Zusammenhang mit der Ausstellung noch eine kleine mehrseitige Schrift heraus, die sich mit den Ereignissen im Zuchthaus Siegburg um die Zeit von 1933-1945 beschäftigte. Diese kleine Schrift fand großen Anklang, u.a. von der Schuldirektorin, die diese Schrift als eine *vorbildliche Unterlage für den Schulunterricht* bezeichnete.“

Wir möchten auf die Ausstellung, die vom *Sachsenhausen-Komitee* in **Oberhausen** gezeigt wurde, aufmerksam machen. In der Zeit von Ende Januar bis zum 20. März 1971 haben ca. 8.000 Personen - darunter eine große Anzahl junger Menschen - diese Ausstellung besucht.

In diesem Zusammenhang sei noch einmal darauf hingewiesen, dass diese Ausstellungen von sehr großer Bedeutung sind für die Entwicklung des demokratischen Bewusstseins - vor allem bei jungen Menschen. Immer wieder stellten wir fest, dass durch solche Ausstellungen die Jugend veranlasst wird, über die Vergangenheit ernster nachzudenken; ja, dass die Erschütterung, die solch eine Ausstellung bei jungen Menschen hervorruft, sie häufig zu demokratischer Aktivität veranlasst. Vom 22. bis 28. März 1971 wird die Ausstellung des Landesvorstandes im *Fritz-Henseler-Haus* in **Dortmund** gezeigt. Die Straßenausstellungen, wie sie von den Kameraden in **Münster** und **Essen** durchgeführt wurden, sind wertvoll und sollten Nachahmung finden.

Anlässlich der 25. Wiederkehr des blutigen Tages im Rombergpark zu Dortmund, stand die *Romberg-Park-Kundgebung* am 27. März 1970 im Mittelpunkt unserer Tätigkeit. Der Landesvorstand schloss sich dem Aufruf des Internationalen Rombergpark-Komitee an, diesen Tag zum antifaschistischen Kampftag unseres Landes zu machen. Die Kreisvereinigungen der VVN nahmen mit starken Kranz- und Fahnen-Delegationen an dieser Kundgebung teil. In Aufrufen und Erklärungen wurde auf die Bedeutung dieses Tages hingewiesen. Vor allem die Jugend trug mit ihren Plakaten und Transparenten dazu bei, auf die aktuelle Gefahr des Neonazismus aufmerksam zu machen. Durch das gemeinsame Auftreten der VVN, der Gewerkschafter und der Jugend wurde diese Kundgebung, an der rund 10.000 Personen teilnahmen, eine Kampfansage gegen den Faschismus und Revanchismus. Mit einer Großveranstaltung in **Barop** wurde dieser Tag beendet.

Zum 8. Mai 1970.

Der Landesvorstand und die Kreisvereinigungen versuchten die Bevölkerung über die Bedeutung dieses Tages aufzuklären. Während die CDU und CSU und andere Parteien aus diesem Tag einen Volkstrauertag machen wollten und als einen Tag der Niederlage des deutschen Volkes darstellten, erklären wir, dass am 8. Mai 1945 der Faschismus seine Niederlage erlitt; dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung des deutschen Volkes von den Grauen des Krieges und der KZ-Lager war. In einem Aufruf an die Bevölkerung unseres Landes sagten wir:

“Die Auseinandersetzung über die politische Bedeutung des 8. Mai 1945 erweist sich heute in der Bundesrepublik als eine Notwendigkeit.”

Diese Kundgebung, die am 9. Mai 1970 im Robert Schumann-Saal in **Düsseldorf** stattfand, und auf der **Prof. Dr. H.J. Heydorn, Prof. Dr. Tulpanow/UdSSR** und **Erich Markowitz/DDR** sprachen und Künstler der Volksbühne Berlin auftraten, war ein großer Erfolg. Hierzu hat die Düsseldorfer Kreisvereinigung beigetragen. 31 Organisationen und Vereine wurden angeschrieben; 400 Persönlichkeiten zwecks Teilnahme angeschrieben oder aufgesucht. An dieser Kundgebung nahmen Vertreter des Landesjugendringes, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und ein Landtagsabgeordneter der FDP teil.

Nach dieser Kundgebung, die im ausverkauften Robert-Schumann-Saal durchgeführt wurde, zog ein starker Demonstrationszug durch die Stadt.

14 Kreisvereinigungen der VVN gaben anlässlich dieses Tages Material heraus oder nahmen an der zentralen Veranstaltung in Düsseldorf teil.

Die *Kreisvereinigung Essen* führte einen Tag vorher eine eigene Veranstaltung durch, verbunden mit einem Forumgespräch, an dem Vertreter der politischen Parteien sowie französische Gäste teilnahmen.

Am 9. Mai führte die Essener Kreisvereinigung auf dem Kennedy-Platz einen Informationsstand durch, wobei ein Teil der Ausstellung des Landesvorstandes gezeigt und eigens Material verbreitet wurde. Da diese Ausstellung im Zentrum der Stadt durchgeführt wurde, konnten Tausende Essener Bürger auf den 8. Mai 1945, den Tag der bedingungslosen Kapitulation des Faschismus, aufmerksam gemacht werden.

Gedenk-Kundgebung in Stukenbrock.

Auf der Sitzung des Landesvorstandes vom 12. Juli 1970 wurde der Beschluss gefasst, die Gedenkfeier am 5. September 1970 an den Gräbern sowjetischer Kriegsgefangener in Stukenbrock bei Bielefeld zur zentralen Kundgebung zu machen. Der Landesvorstand hatte mit anderen Vereinigungen und Persönlichkeiten hierzu aufgerufen. Die Gedenk-Kundgebung wurde unter dem Wort:

“BLUMEN FÜR STUKENBROCK
EIN ZEICHEN DER VERSÖHNUNG MIT DEN VÖLKERN EUROPAS”

vorbereitet.

Unsere Kreisvereinigungen unternahmen große Anstrengungen, um diese Gedenk-Kundgebung mit zu gestalten. Unter starker Beteiligung mit Kranz-Niederlegungen, Delegationen und Mitführung der VVN-Fahne, nahmen unsere Vereinigungen und Freunde an dieser würdigen Gedenkfeier teil. In der Nacht vom 5./6. September wurden von Neonazis Kränze und Schleifen von den Gräbern der sowjetischen Kriegsgefangenen entwendet und stark beschädigt. Der Landesvorstand erhob am folgenden Tag Protest bei der Landesregierung, forderte eine strenge Untersuchung und Bestrafung der Neonazis.

In den Monaten September, Oktober und November wurden von unseren Kreisvereinigungen 19 Gedenkfeiern durchgeführt.

Am 2. November 1969 nahm der Landesvorstand zum Regierungswechsel Stellung. Er begrüßte die Bildung der SPD/FDP Koalition, forderte die neue Regierung auf, den Weg der Verständigung, der Abrüstung und des Friedens zu beschreiten. Mit einer Entschliebung wandte sich der Landesvorstand an die Regierung und alle Bundestagsabgeordnete und machte diese folgenden Vorschläge:

- ⇒ die NPD aufzulösen,
- ⇒ die völkerverhetzenden Publikationen, wie die Deutsche-Nationale- und Soldatenzeitung zu verbieten,
- ⇒ den Atomwaffensperrvertrag sofort zu unterzeichnen,
- ⇒ jede Lagerung von Massenvernichtungswaffen in der BRD strikt abzulehnen,
- ⇒ die DDR völkerrechtlich, einschließlich der durch den Hitlerkrieg entstandenen Grenzen, anzuerkennen,
- ⇒ sich für eine europäische Sicherheitskonferenz einzusetzen,
- ⇒ ein Geschichtsbild für die Jugend in den Schulbüchern zu entwickeln, das auf den Grundgedanken des Kampfes gegen die Hitlerherrschaft beruht.

Mehrere Kreisvereinigungen wandten sich mit ähnlichen Schreiben an die neue Regierung. So schrieb z.B. die *Kreisvereinigung Wuppertal* u.a.:

„Die Besetzung hoher Führungsstellen in der Bundeswehr durch ehemalige Hitlergenerale ist u.E. für die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie und dem Friedenswillen der Bundesrepublik Deutschland unerträglich. Wenn wir zu einer Entspannung und einer friedlichen Lösung der politischen Probleme, insbesondere mit den Ostblockstaaten kommen wollen, müsste die Bundeswehr von solchen Naziaktivisten befreit werden. In diese Stellen sollten verdiente Demokraten eingesetzt werden.“

Vertrag mit der Sowjetunion und Polen.

Grosse Bedeutung messen die Vereinigungen dem am 12. August 1970 in Moskau unterzeichneten Vertrag zwischen der SU und der BRD und dem darauffolgenden Vertrag zwischen Polen und der BRD bei.

In der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes vom 19. August 1970 wurde der Moskauer-Vertrag als ein großes politisches Ereignis gewertet, als eine echte Chance, den Kalten Krieg zu beenden und die Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern zu verbessern. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass dieser Vertrag nur im Kampf gegen das Rechtskartell, gegen die CDU/CSU ratifiziert werden könne. Um dieses zu ermöglichen, müssten alle demokratischen Kräfte vereint werden. Die Kreisvereinigungen wurden aufgefordert, mit anderen demokratischen Vereinigungen und Ausschüssen Veranstaltungen mit dem Thema: „*Ratifizierung der Verträge, sichert den Frieden*“ durchzuführen. Den Kreisvereinigungen wurden Unterschriftslisten mit dem Titel: „*Sieg der Vernunft*“ zugesandt.

Große Aktivität entfaltete die *Kreisvereinigung Wuppertal*. Sie sammelte in kurzer Zeit ca. 800 Unterschriften, versandte einen Brief an Persönlichkeiten der Stadt und führte Aussprachen durch.

Nach dem Appell von Belgrad wurden von Vertretern der Kreisvereinigung Wuppertal Aussprachen mit dem VDK durchgeführt. Der Appell wurde vervielfältigt und den Ortsgruppen des VDK übergeben. Diesem Beispiel folgten andere Kreisvereinigungen.

Das 5-Ländertreffen antifaschistischer Widerstandskämpfer am 27. September 1970 in **Aachen** hatte die baldige Ratifizierung der Verträge zum Hauptinhalt. Für diese Kundgebung bildete sich ein vorbereitender Ausschuss, der einen Aufruf an die Bevölkerung verfasste, der von Persönlichkeiten dieses Gebietes unterzeichnet wurde.

Arbeitskreis junger Antifaschisten.

Obwohl, - wie alle Ausstellungen, Foren, sowie Filmbesuche beweisen - die jungen Menschen sich für die Zeit des Naziregimes stark interessierten und viele junge Menschen mutig den Kampf gegen den Neonazismus aufgenommen haben, ist es uns bis heute noch nicht gelungen, unser Vorhaben, in einigen Kreisen unseres Landes Arbeitskreise „Junger Widerstand“ zu bilden, in die Tat umzusetzen. Nur beim Landesvorstand haben wir einen Ansatz eines solchen Arbeitskreises. Die Arbeitskreise „Junger Widerstand“ haben für die Zukunft große Bedeutung. Wir werden die Bildung solcher Arbeitskreise nach dieser LDK stärker unterstützen müssen.“

Kritisch wird eingeschätzt, dass das „Otto-Roth-Aufgebot“ nicht das Ziel erreicht hätte, was man sich gesteckt hatte. 300 neue Mitglieder seien landesweit gewonnen worden, davon 126 allein in Köln. Auch die „Tat“-Werbung wurde kritisch eingeschätzt, weil mit 91 neuen Lesern das Ziel „auch nicht erreicht“ worden sei. „Wir müssen“, so stellt der Landesvorstand fest, „auch in Zukunft zur ständigen Werbung bereit sein. Das gilt vor allem für die Werbung von jungen Menschen.“ Im Lande habe es 22 Filmvorstellungen gegeben. Dann wird festgestellt: Es gibt große Möglichkeiten. Es gab in unseren Kreisvereinigungen eine Vielfalt von Initiativen. Selbst in den kleinsten Vereinigungen.

So wandten sich in **Hattingen/Ruhr** die Kameraden mit einem Rundbrief an die Pädagogen und forderten diese auf, ihren Schülern ein Geschichtsbild im Sinne des antifaschistischen Kampfes zu vermitteln.

In **Iserlohn** wandten sich unsere Kameraden an die Stadtverwaltung, an die politischen Parteien und an die Jugendverbände mit einem Aufruf an die Bevölkerung, an den Gräbern der sowjetischen Gefallenen in **Schwelm** eine Gedenkfeier zu veranstalten.

Unsere kleinste Kreisvereinigung in **Münster** führte mit Studenten u.a. eine antifaschistische Ausstellung auf der Hauptstrasse der Stadt durch.

Die Kreisvereinigung **Wuppertal** mobilisierte die Bevölkerung gegen die geplante Errichtung eines SS-Museums.

Die Kreisvereinigung **Essen** errichtete zum Volkstrauertag 1970 im Zentrum der Stadt ein Ehrenmal für die Opfer des Krieges und des Faschismus und verteilte mehrere tausend Flugblätter, die ausgehend vom Volkstrauertag 1970 zu den aktuellen politischen Fragen Stellung nahmen.

Andere Kreisvereinigungen wandten sich zu aktuellen Anlässen an die Bundes- und Landesregierung. Sie forderten das Verbot der Aktion Widerstand, die Auflösung der NPD und die schnelle Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau.

Viele Kreisvereinigungen wandten sich an die Botschaft der USA und forderten die Beendigung der Aggression in Vietnam oder an die spanische Botschaft in Bad Godesberg und forderten die Freilassung der 16 Angeklagten im Basken-Prozess.

Andere Kreisvereinigungen wandten sich mit einem Appell an die Abgeordneten des Bundestages der SPD und forderten diese auf, gegen die sich neubildende Harzburger-Front alle demokratischen Kräfte zu vereinen und sich rückhaltlos für die Ratifizierung der Verträge einzusetzen.

Die Kreisvereinigung **Köln**, die große Aktivität entfaltete, gab zu den Landtagswahlen ein Plakat DIN A2 heraus, womit auf die Ereignisse in Kassel und Herford hingewiesen wurde. Sie wiesen mit diesem Plakat auf die grässlichen Verbrechen des Faschismus hin und forderten die Auflösung der NPD als Nachfolgeorganisation der NSDAP. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, dieser Partei keine Stimme zu geben. Dieses Plakat wurde den anderen Kreisvereinigungen zugestellt. Große Beachtung fanden die Gedenkkundgebungen, organisiert von den Kölner Kameraden und Jugendverbänden im Oktober und November 1970 an der Hinrichtungsstätte am *Ehrenfelder Bahndamm*, wo 1944 polnische und russische Arbeiter und junge deutsche Antifaschisten von der Gestapo ohne Urteil erhängt wurden. Vor diesen Kundgebungen verteilten die Kölner Kameraden rund 10.000 Aufklärungsschriften.

In dem Abschnitt über die Geschichtsarbeit wird über die schon dargestellte Schulbuchinitiative berichtet. Es wird von der Eingabe des Landesvorstandes und der Landesgeschichtskommission berichtet, in der eine „objektive Darstellung unsers Widerstandes“ gefordert wurde und die vom Landtag abschlägig beschieden wurde. Das Kultusministerium berief sich auf die Beschlüsse der Konferenz der Kultusminister vom Juli 1962, die den Kampf gegen den Totalitarismus allen Geschichtsbüchern und Lehrern zur Pflicht machen. Der Landtag schlussfolgerte ganz im Sinne der Fortsetzung der damaligen CDU-Politik des Kalten Krieges, es bestehe keine Veranlassung, der Regierung Kühn oder dem Kultusminister Maßnahmen zur Verbesserung der Geschichtsbücher zu empfehlen. Nach der Darstellung der Aktivitäten der Schulbuchinitiative heißt es im Bericht:

„Ein offener Brief an den jetzigen Kultusminister **Girgensohn** fand eine Antwort, die bereits einen anderen Stil im Umgang des Kultusministers mit unserer Organisation erkennen lässt. Es soll endlich dem Arbeiterwiderstand ein breiterer Platz in den Schulgeschichtsbüchern eingeräumt werden. Von der Landesgeschichtskommission sind alle Vorbereitungen getroffen, um eine volle moralische und politische Rehabilitation aller zu erreichen, die im Kampf gegen Faschismus und Krieg ihre Arbeit geleistet haben.“

Abschließend zu der Thematik wird noch darüber informiert, dass sich die Bewegung zur Bereinigung von Schulbüchern erweitert habe.

Beim letzten Punkt der Berichterstattung über die Sozialarbeit, wird u.a. mitgeteilt, dass 1970 „wiederum ein Vorstoß“ unternommen wurde, die Landesverfolgtenrenten zu „dynamisieren“, was vom Petitionsausschuss des Landtages aber abgelehnt worden sei. (124) Dem Bericht war weiter zu entnehmen, dass im Jahr 1970 ca. 400 Besucher die Sozialabteilung aufsuchten und beraten wurden und dass ca. 1.000 Schriftsätze zu Behörden und Gerichte verfasst wurden. 40 Kinder wurden für die Kinder-Ferien-Aktion betreut. In den Kreisen fanden 592 Beratungsstunden statt. Seit der letzten Konferenz tagte der Landesvorstand sieben mal. Der Geschäftsführende Vorstand traf sich monatlich.

Dieser ausführliche Bericht gibt einen Eindruck vom Zustand der VVN vor der Weiterentwicklung zum „Bund der Antifaschisten.“ In den ersten 25 Jahren hatte die Organisation entschieden gegen die Restaurierung alter Ideen, Besitz- und Machtverhältnisse gestritten, wurde mit allerlei Methoden behindert und diffamiert. In zäher Kleinarbeit hatten die antifaschistischen Frauen und Männer sich gegen Verbotsdrohungen und materielle Schlechterstellung gewehrt - hatten in solidarischem Handeln aktiv für die politischen und sozialen Rechte der Nazi-Opfer und des Volkes, für Demokratie und Völkerverständigung gestritten. Nun war es Zeit sich auch darüber Gedanken zu machen, wie ihr immer noch notwendiger Kampf von jüngeren Menschen fortgesetzt werden könnte.

Der *Bundeskongress* der VVN, der vom 20. bis 22. Mai 1971 in **Oberhausen** tagte, war in dieser Beziehung ein Neubeginn. Hier wurde die Orientierung darauf beschlossen ein „**Bund der Antifaschisten**“ zu werden. *JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT*, aus unserem Landesverband, dort zum Präsidenten gewählt, unterstrich in seinem Schlusswort die Bedeutung, die die Namensänderung in **VVN-Bund der Antifaschisten** für die weitere Tätigkeit der Vereinigung bei der Erfüllung des Vermächnisses des Widerstandskampfes hat. Er stellt hierzu fest.

„Bereits bis heute konnten Antifaschisten, die schon damals gegen den Nazismus kämpften, aber nicht zu den Verfolgten zählen, Mitglied unserer Organisation werden. Das Reservoir dieser Frauen und Männer ist allerdings von uns noch nicht ausgeschöpft. Es gibt unter uns auch Vereinigungen, die in letzter Zeit bereits Personen in ihre Reihen eingliederten, die sich heute am antifaschistischen Kampf beteiligten; - aber das blieben doch im ganzen vereinzelte Erscheinungen. In Zukunft jedoch muss es selbstverständlich werden, dass wir jüngere Frauen und Männer, die eine antifaschistische Gesinnung besitzen und ihren Möglichkeiten entsprechend eine antifaschistische praktische Stellungnahme beziehen, in unseren Reihen als gleichberechtigte Mitglieder aufnehmen.“ (125)

Einer der wichtigen Aktivitäten, bei denen auch gerade das moralische Ansehen und die politischen Erfahrungen der Antifaschisten in die Waagschale geworfen werden mussten, war in diesen Jahren die Auseinandersetzung um die Ratifizierung der Ostverträge. Überall im Lande bildeten sich Bürgerinitiativen die die Verträge von Moskau und Warschau (August 1970) mit Leben erfüllen helfen wollten. Die Verträge wurden von der VVN als ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Verständigung in Europa begrüßt. Reaktionäre aller Schattierungen machten in militanten Aktionen ihren Unmut über diese positiven Entwicklungen deutlich. Büros von Organisationen, die sich für die Ratifizierung der Verträge einsetzten, wurden, wie in Düsseldorf die DKP, überfallen. Parolen wie „Schlagt die Linken tot“ und „Fegt ihn weg den roten Dreck - Brandt und Wehner“ wurden mehrfach ausgestoßen. Trotz Protesten gab es jedoch keine öffentlich erkennbaren Aktivitäten dem Einhalt zu gebieten. Im Dezember 1970 schritten dann VVN, andere antifaschistische Gruppen, Gewerkschaften und Jugendverbände zur Tat. Sie riefen in Bonn zu einer Gegendemonstration auf um dem Treiben der reaktionären und faschistischen Kräfte zu begegnen. Mehrere Tausend Menschen machten dort deutlich, dass sie gegen die Ewig-Gestrigen waren und die Ratifizierung der Verträge wünschten. Auf Einladung der VVN waren Repräsentanten des „Komitee der Sowjetischen Kriegsteilnehmer“ im Lande NRW unterwegs. In **Köln, Duisburg** und **Gelsenkirchen** sprachen sie zum Thema „Die Verträge von Moskau und Warschau aus sowjetischer und deutscher Sicht“, wobei von deutscher Seite u.a.

WALTER JARREK (Gelsenkirchen),
PFARRER SIMON-PETER GERLACH (Gelsenkirchen),
JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT

u.a. mitdiskutierten. In Köln wurden die Gäste vom Oberbürgermeister **Theo Burauen**, in Duisburg vom Oberbürgermeister **Masselter** empfangen. In Köln legten die Gäste am Mahnmahl am Hansaring einen Kranz nieder. (126)

Dieser positiven Entwicklung standen aber immer weitere Versuche von rechten und rechtsten Kreisen entgegen, das sich auflockende Klima wieder in die Adenauer-Ära zurück zu drängen. Auch hier war diesen Kreisen jedes Mittel recht. Unter dem Beifall der Ewig-Gestrigen wurde vom Bundesinnenministerium ein Bericht veröffentlicht, in dem der „Linksradikalismus“ als Hauptgefahr für die Bundesrepublik dargestellt wurde. Der Verfasser war der ehemalige Nazi-Staatsanwalt Hubert Schrübbers, der nun Chef des Kölner Bundesamtes für den Verfassungsschutz war. Gegen ihn demonstrierten in Köln VVN-Mitglieder. Schrübbers musste dann seinen Hut nehmen. Doch die in hektischer Eile von der Landesinnenministerkonferenz gezogenen Schlussfolgerungen, die eine Entfernung von „Radikalen“ aus dem öffentlichen Dienst vorsah, bleiben. Eine der ersten Betroffenen, war die Hamburger Lehrerin Ilse Jacob, Tochter des von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfers *FRANZ JACOB*. Sie sollte nicht an Schulen unterrichten dürfen, musste aber Dank einer breiten Solidaritätsbewegung eingestellt werden. (127)

Dass das Thema Berufsverbote auch in Nordrhein-Westfalen eine Rolle spielte, sei durch den Brief des Landesvorstandes vom 20. August 1973 dokumentiert, der an den Ministerpräsidenten, **Heinz Kühn**, und die Fraktionen des Landtages von NRW ging. In dem Brief heißt es: „Es ist kein Zufall, dass wir uns als antifaschistische Vereinigung veranlasst sehen, zu der Frage des Berufsverbots anlässlich der Sondersitzung des Landtages Stellung zu nehmen.“

Selten wurde bei Maßnahmen der verschiedenen Regierungsstellen die Bedrohung der Grundrechte der Verfassung so deutlich sichtbar, wie gerade hier und jetzt in der Verweigerung der Ernennung des Assessors Volker Götz zum Richter.

Die Älteren in unseren Reihen wissen, wie der Herr Ministerpräsident **Heinz Kühn** und viele Abgeordnete, was es mit den Berufsverboten auf sich hat. Sie erinnern sich des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im Jahre 1933, das von den nazistischen Machthabern zum Anlass genommen wurde, um gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, überzeugte Christen, wie liberal gesinnte Bürger und Juden vorzugehen und sie aus allen Verwaltungsstellen, der Justiz, den Schulen und Universitäten zu entfernen.

In der Sache Volker Götz hat selbst noch im Jahre 1973 ein ehemaliger SA-Mann, wie der heutige Präsident des OLG, Dr. Thunsche, die Hand im Spiel. Leute, die Hitler willig folgten und seiner Staatsidee die Treue

geschworen hatten, wurden bekanntlich durch das 131er Gesetz massenhaft in Beamtenpositionen geschleust. Stets, so lehrt die Erfahrung, dienten solche Ausnahmebestimmungen der Einschränkung der Demokratie. Deshalb gilt es erneut und entschieden allen Anfängen zu wehren. Wir erwarten, dass die Ernennung des Assessors Volker Götz zum Richter entsprechend der Entscheidung des Ministers für Justiz ohne Verzögerung erfolgt - und dass der Ministerpräsidenten-Erlass aufgehoben wird“. (128)

Und auch noch später waren die Berufsverbote Anlass für die VVN-BdA aktiv zu werden. In einem Schreiben vom 15. Oktober 1975 teilten der Landesvorsitzende *FRANZ STASCHEK* und der Landessekretär *ERNST HINZ* mit, dass am Donnerstag, den 23. Oktober 1975 anlässlich der 2. und 3. Lesung der „Gesetze zu den Berufsverboten“ sich in Bonn auf dem Münsterplatz „Antifaschisten zu einer bedeutsamen Aktion“ treffen werden. Träger dieser Aktion ist das Präsidium und der Landesvorstand. (129)

Unter der Losung

FÜR EIN EUROPA OHNE FASCHISMUS!
FÜR EIN EUROPA OHNE BERUFSVERBOTE!

fanden am 18. Juni in **Bochum** und 20. Juni 1976 in **Köln** Kundgebungen statt, auf der Redner aus Spanien, Luxemburg, Polen und der Bundesrepublik gegen die Berufsverbote Stellung bezogen. Im Kulturprogramm trat u.a. die bekannte Sängerin Fasia Jansen - die auf vielen antifaschistischen friedens- und frauenbewegten Aktionen mitwirkte - auf. (130)

Am 11. Oktober 1976 führte die **VVN-BdA Dortmund** gemeinsam mit der „Scharnhorster Bürgerinitiative gegen Berufsverbote“ eine Veranstaltung durch, auf der der Film „Vera Romeyke ist nicht tragbar“ von Max Willutzki, der u.a. an der Gesamtschule gedreht wurde, gezeigt. Dieser erste Spielfilm gegen die Berufsverbote hatte noch ein Nachspiel. Ein Referendar hatte in einer Dortmunder Schule Einladungen zum Film ans Schwarze Brett gehängt. Vom Direktor zur Rede gestellt, der behauptete die VVN sei eine Organisation, die verfassungsfeindliche Ziele verfolge, verlangte er die Bestimmung, die das aussagen würde, gezeigt zu bekommen. In einem zweiten Gespräch wurde ihm diese präsentiert. Es war der berühmt-berüchtigte „Adenauer-Erlass“ vom 19. September 1950. Gleichzeitig wurde ihm gedroht - bei Nichtdistanzierung - dass Meldung „nach Arnsberg“ - zur Bezirksregierung gemacht würde. Auf die Einlassung, dass er es recht seltsam fände, dass Leute belangt würden die für demokratische Rechte eintreten würden, entgegnete der Direktor: „.....Sie werden doch hier nicht belangt, sondern ich genüge nur meiner Informationspflicht“ und abschließend: „Außerdem wissen Sie nun, was durch eine Mitgliedschaft in der VVN auf einen zu kommen kann und dass natürlich eine Einstellung dadurch gefährdet ist.....“(131)

Diese Praktiken erinnern an die fünfziger Jahre. Erst in den letzten Jahren wurde auf dem Gebiet die Praxis geändert. 1996 stellte der Europäische Gerichtshof die Unrechtmäßigkeit der Berufsverbote fest.

Ein Jahr nach der Erweiterung der VVN zum Bund der Antifaschisten wurde vom Landesvorstand festgestellt, dass die Aufgabe noch nicht erfüllt sei. So jedenfalls wurden die Delegierten der *Landeskonzferenz* am 7. April 1973 in **Essen** informiert. Höhepunkt der Landesarbeit waren - neben den Aktivitäten zur Ratifizierung der Ostverträge - die beiden Großveranstaltungen anlässlich des 25 jährigen Jubiläums der Gründung der VVN. In **Wuppertal** gastierte auf Einladung der VVN-BdA das Leipziger Theater mit Bertold Brechts „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ vor ausverkauftem Opernhaus. 750 Teilnehmer waren in **Köln** anwesend, wo auch Widerstandskämpfer aus Belgien und Holland als Gäste teilnahmen. Die Teilnahme vieler Jugendlicher wurde besonders bemerkt. „Diese Großveranstaltungen entsprachen nicht nur ihrer Bedeutung, sondern wiesen auch die Breite der Teilnehmer auf, die der Bündnispolitik entsprechen.“ (132)

Im Bericht wird dann weiter berichtet, dass zahlreiche Veranstaltungen mit der Forderung „**Freiheit für Angela Davis**“, die als Kommunistin und Bürgerrechtskämpferin in den USA von der Todesstrafe bedroht war, durchgeführt wurden. Die Kreisvereinigungen waren Mitträger oder selbst Veranstalter. Der Landesvorstand erhob die Forderung nach Freiheit für Angela Davis in Telegrammen der *außerordentlichen Landes-Delegierten-Konferenz* in **Essen**. „Die vielfältigen Aktionen für die Beendigung des US-Krieges in Vietnam“, so heißt es, „waren Anlass, gemeinsam mit anderen antifaschistischen, demokratischen Kräften aufzutreten. Es würde zu weiträumig sein, die Vielzahl der Aktionen zu nennen. Die Solidarität, die durch Kameraden unserer Vereinigung organisiert wurde, war beachtlich. Es gibt keinen Kreis im Lande, der nicht an Spenden beteiligt war.“

So wurden z.B. allein durch Spenden der Mitglieder in **Köln** in verhältnismäßig kurzer Zeit 3.000,-DM gesammelt und in Straßensammlungen in Gemeinschaft mit anderen Demokraten mehr als 500,-DM. Ein Rollstuhl im Werte von 800,-DM wurde ebenfalls auf die Reise nach Vietnam geschickt. In **Wuppertal** wandte sich der Kreisvorstand gegen die Ablehnung einer Sammlung durch die Behörden. Durch Presseveröffentlichungen wurde auf die Notwendigkeit der Solidarität nicht nur hingewiesen, sie wurde auch organisiert.“

Anlässlich der Bundestagswahl schalteten sich die Antifaschisten ein, um eine „richtige antifaschistische Aussage zu den Problemen“ zu geben. Ein Extrablatt der „Tat“ in Höhe von 160.000 Exemplaren wurde in vielen Kreisen verteilt.

„Vorträge zu antifaschistischen Themen gab und gibt es seit Januar dieses Jahres unter dem Aspekt, 40 Jahre danach - 1933-1973. Angefordert wurden Referenten zu den Themen „Was ist Faschismus“ oder „Wor ging Weimar zugrunde?“ Vor allem von Jugendgruppen, so in **Bochum, Mettmann, Düsseldorf und Werne**. In **Oberhausen** wurden zwei Filmabende und ein Forum durchgeführt, wobei insgesamt etwa 600 vorwiegend Jugendliche angesprochen wurden.

In **Dortmund** wurde ein Forum mit Jugendvertretern zum Thema „Weiße Rose“, dem Widerstand der Geschwister Scholl, mit Erfolg durchgeführt.

Natürlich gibt es auch eine Reihe von Kreisen, die in dieser Richtung noch keine konkreten Planungen vorgelegt haben, obwohl das wachsende Informationsbedürfnis vor allem der jungen Generation nicht zu übersehen ist.“

Abschließend wird in dem Bericht - der auch Aussagen zur Geschichts- und Sozialarbeit enthält - auf „eine der wichtigsten Aufgaben“ - der Heranziehung junger Mitglieder - verwiesen.

Es zeigt sich, die VVN entwickelte eine beachtliche Aktivität - trotz mancher Schikanen und mangelnder öffentlicher Unterstützung. Dies belegt auch die Berichterstattung des Landesverbandes an das Präsidium, wo viele der im vorgenannten Bericht Aktivitäten auftauchen. Aus diesem Brief sei noch ein Beispiel zitiert, dass deutlich macht, wie die Mitglieder bemüht waren mit ihren Aktionen auch andere Kräfte anzusprechen. Im Brief heißt es:

„Die **VVN Krefeld** führte in Arbeitsgemeinschaft mit dem BVN (der dort noch besteht) und der jüdischen Gemeinde am 25. August 1972 eine öffentliche Versammlung durch. Anlass war eine erste Ausstellung von Materialien über den örtlichen Widerstand.

Diese Veranstaltung fand große Beachtung. Unter den über 100 Teilnehmern befanden sich: Eine offizielle Betriebsdelegation: 4 Betriebsräte und 2 Jugendvertreter; der Betriebsratsvorsitzende des größten Krefelder Werkes (Edelstahl), Kollege **Hemmers**, der zugleich stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion in Krefeld ist; der ÖTV-Sekretär, Kollege **Manila**, ebenfalls Sozialdemokrat und früherer Vorsitzender des BVN in Krefeld; zwei Vertreter des Geschäftsführenden Landesvorstandes der VVN-Bund der Antifaschisten; der Vorsitzende der DKP in Krefeld; eine größere Gruppe der SDAJ Krefeld; der Sohn eines Angehörigen der „Bündischen Jugend“ Mönchengladbach/Krefeld., der von den Nazis ermordet wurde. Der Sohn konnte aus dem Nachlass seines Vaters illegale Materialien für die Ausstellung zur Verfügung stellen. Die örtliche Presse hat gut und ausführlich über diese gelungene Veranstaltung berichtet.“ (133)

Für die Menschen, die an der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion interessiert waren, war der Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, ein wichtiger Beitrag. 50.000 Bürger demonstrierten in Bonn für die Freundschaft mit der Sowjetunion. Am 10. Mai 1973 hatte der Landesverband NRW der VVN-Bund der Antifaschisten an alle Kreisvorstände die Bedeutung dieses Besuches betont und auf die Kundgebung am 19. Mai hingewiesen, wo mit anderen demokratischen Organisationen gemeinsam demonstriert werden soll. (134)

Als am 11. September 1973 faschistische Militäreinheiten unter dem General Pinochet in Chile gegen die vom Volk gewählte Regierung Allende putschten, den Präsidenten, zahlreiche Anhänger der Arbeiterparteien und Gewerkschaften ermordeten, Zehntausende fortschrittliche Bürger inhaftierten, waren die VVN-Mitglieder aktiv an Protest- und Solidaritätsveranstaltungen beteiligt. Die VVN-Bund der Antifaschisten **Hilden** übernahm z.B. die Patenschaft für den aus Valparaiso geflüchteten Funktionär der sozialistischen Jugend Chile, **Max Welch-Guerra**, der als Schüler in einem Internat der Stadt unterkam. Als vom 24. bis 26. November die „Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile“ durchgeführt wurden, waren auch Mitglieder der VVN an diesem Tribunal beteiligt. Mehrere Kommissionen, die in Nürnberg und Bonn tagten, untersuchten die Terrorherrschaft des chilenischen Militärs. In der Kommission I sprach **KARL SCHABROD** in Bonn zum Thema: *DINA und Gestapo - ein Vergleich*. (135)

An den Verhandlungen nahmen Vertreter demokratischer Organisationen der Bundesrepublik und Repräsentanten der „Unidad Popular“ - des Volksbündnisses in Chile, u.a. die Gattin des ermordeten Staatspräsidenten Allende - teil. Auch die Solidarität mit den Demokraten des Irans, die vom Geheimdienst ihres Landes - der ungehindert in der Bundesrepublik wirkte - bedroht waren, ebenso wie die Solidarität mit den türkischen Menschen, die in unserem Lande von der türkischen Terrorgruppe „Graue Wölfe“ terrorisiert wurden, waren Herzensangelegenheiten der Mitglieder der VVN-BdA. Im Jahre 1975 wurden von vielen Kreisvereinigun-

gen Anstrengungen gemacht - neben eigenen Aktivitäten - die bundesweite Kundgebung zum 30. Jahrestag der Befreiung zu einem Erfolg werden zu lassen.

In dem Aufruf zur Demonstration, die von einem Bündnis vorbereitet wurde, und der von vielen Tausenden Bürgern verschiedener politischer Richtungen und weltanschaulicher Bekenntnisse unterzeichnet war, wurde festgestellt:

„Eingedenk der bitteren Erfahrungen, die unser Volk mit der faschistischen Diktatur machen musste, rufen wir alle Antifaschisten und Demokraten dazu auf, ungeachtet der Unterschiedlichkeit ihrer weltanschaulichen oder politischen Bindungen, gemeinsam einzutreten und am 10. Mai 1975 unter der Losung zu demonstrieren:

- ⇒ 30 Jahre Befreiung vom Hitler-Faschismus - 30 Jahre Kampf um ein Europa des Friedens.
- ⇒ Für die Fortführung der Politik der Entspannung und Friedenssicherung!
- ⇒ Für die Zusammenarbeit *aller* europäischen Staaten auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz!
- ⇒ Für den sofortigen Rüstungsstopp und die Einleitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen!
- ⇒ Gegen jede weitere Einschränkung staatsbürgerlicher Rechte!
- ⇒ Gegen verfassungswidrige Berufsverbotsgesetze!
- ⇒ Für die demokratische Kontrolle der Macht der nationalen und multinationalen Konzerne!
- ⇒ Für die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche und für sozialen Fortschritt!“

Die Beteiligung an der Frankfurter Kundgebung am 10. Mai 1975 überstieg alle Erwartungen. 40.000 Antifaschisten demonstrierten durch die Strassen der Stadt und trafen sich zur Abschlusskundgebung auf dem Römerberg. „Die größte Kundgebung seit 1945“, hieß es in der Presse.

Dort sprach u.a. neben dem Schriftsteller **Bernt Engelmann** unser Kamerad *KURT BACHMANN* aus Köln. (136)

Aus einer Aufstellung des Präsidiums geht hervor, dass im Jahr 1975 „vielfältige Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit“ bestanden, wie z.B. das Auftreten einzelner Kameraden in „verschiedenen Organisationen und Vereinen, in Schulen, Zeltlagern usw. Hier zeigt sich die Möglichkeit, mit relativ wenig Aufwand an einen großen Menschenkreis heranzukommen.“ (137)

Durch das breite antifaschistische Bündnis sei es gelungen „eine tiefgreifende Diskussion über das Problem ‘8. Mai 1945 - Befreiung oder Niederlage unseres Volkes’ besonders unter der jungen Generation auszulösen.“ In der Aufstellung einiger Aktivitäten in NRW wird betont, dass bei den Gedenkfeiern anlässlich der 30. Wiederkehr des Massakers im Rombergpark in Dortmund die Landesorganisation nicht nur als „Mitträger“, sondern „auch selbstständig bei den verschiedenen Gelegenheiten auftrat.“ Ostern fand ein Seminar mit der Naturfreundejugend statt, bei dem 80 Teilnehmer waren.

Am 5. April waren in **Essen** mehrere hundert Teilnehmer - darunter aus der französischen Partnerstadt Ivry - die der Befreiung vor 30 Jahren, gedachten. Redner war *WILLI RATTAI*. 2.000 Teilnehmer zählte die Gedenkkundgebung am 13. April in der Wenzelnbergschlucht, wo der Präsident der VVN-BdA, *JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT*, sprach. In **Münster** fand ein Seminar statt: „Faschismus - Damals und Heute“, veranstaltet vom ASTA, der DFG/VK u.a., wo Referenten der Organisation auftraten. Am 29. April wurde in **Solingen** das Buch über den Widerstand von *KARL SCHABROD* und *INGE SBOSNY* der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Zahl der Teilnehmer aus NRW - durch Aufschlüsselung der Busse aus den Kreisvereinigungen - an der Frankfurter Großkundgebung wird mit 4.000 angegeben. In vielen Städten war es zu Bündnissen gekommen, die sich an dieser Manifestation orientierten. Informiert wird auch darüber, dass in 26 Schulen zur Vorbereitung der Kundgebungen Vorträge gehalten wurden. In **Düsseldorf** fanden ein Monat des antifaschistischen Filmes und eine Veranstaltung „Tag des verbrannten Buches“ statt. In **Wuppertal** wurden im März und April 10 Vorträge vor Jugendorganisationen und Gewerkschaftsjugendgruppen gehalten. In **Hürth** bei Köln nahmen 350 Menschen, in **Bielefeld** 250 und in **Gevelsberg** 150 - hauptsächlich junge Menschen - teil. Auch noch nach der Frankfurter Veranstaltung fanden Veranstaltungen statt, wie am 1. Juni in **Köln** und in **Mülheim/Ruhr**, wo anlässlich des „Volkstrauertages“ ein Schweigemarsch zum Mahnmal der Opfer des Faschismus stattfand. Auf dem Flugblatt, welches am Samstag dem 15. November in der Stadt verteilt wurde, war auch die Einladung zu einer Veranstaltung der VVN-Bund der Antifaschisten angekündigt. Am 22. November 1975 sprach „der Mülheimer Antifaschist und Widerstandskämpfer, Bundessekretär des Moorkomitees **Günter Daus**“ zum Thema „Faschismus 1933 bis 1945 - 30 Jahre danach!“ (138)

1975 war auch der Beginn einer intensiveren Bildungsarbeit im Land. In 5 Wochenend-Lehrgängern bot der Landesvorstand Mitgliedern an, sich weiter zu bilden. „Wir gehen“, so heißt es, „in der Vorbereitung von folgenden Gesichtspunkten aus: Die Teilnehmer sollen bereits in die Leitungsarbeit einbezogen oder aber da-

für vorgesehen sein. Sie können und sollen aus den mittleren und den jüngeren Jahrgängen kommen, um in der Perspektive die wertvolle Tätigkeit unserer älteren Kameraden fortzuführen". (139) Tagungsort war das *Naturfreundehaus* in *Leichlingen*. (140)

In einer ersten Einschätzung wurde festgestellt: „Die beiden bisher durchgeführten Seminare fanden seitens der Teilnehmer gute Zustimmung. Der Plan, solche Lehrgänge durchzuführen, hat sich vollauf als richtig bestätigt“. (141)

Als Mangel wurde jedoch beklagt, dass einige Teilnehmer nicht anwesend waren, dass somit „die gebotene Kapazität nicht ausgenutzt“ wurde. Eine Liste des Seminars vom 3. und 4. April 1976 nennt 24 Teilnehmer. In einem Bericht wird eine Einschätzung gegeben. Es wurde festgestellt, dass die sechs Themen richtig gewählt waren, auch wenn sie nicht immer sehr ausführlich behandelt werden konnten. Das wichtige Thema „Zum Wesen des Faschismus“ hätte, so heißt es wörtlich, „vom Material her besser aufgearbeitet sein müssen.“ Durch eine Orientierung auf anderes „verfügbares Lesematerial und die grundsätzliche Behandlung der Dimitroffschen Faschismus-Definition“ sei dies korrigiert worden. Die Leitung des Lehrgangs hatten *ERNST HINZ* und *INGE SBOSNY*, die auch die beiden Arbeitsgruppen leiteten. Einführende Vorträge hielten: *WILLI KUTZ*, *DETLEV PEUKERT*, *WERNER STERTZENBACH*, auch der Landesvorsitzende, *FRANZ STASCHEK* und *WILLI SPICHER* waren mit dabei. Äußerungen von Teilnehmern belegten die positive Wirkung dieser Wochenend-Lehrgänge ebenso wie die Tatsache, dass angeregt durch diese Seminararbeit, in *Mülheim* und *Duisburg* eigene Schulungsabende durchgeführt wurden. In dem Bericht werden auch die „Schwächen des Lehrgangs“ eingeschätzt. Sie wurden darin gesehen, „dass es nicht gelang alle Teilnehmer für alle Wochenende zu verpflichten“. Besonders kritisiert wurden Kameraden, „die ganz offensichtlich (obschon nicht eingestanden) die theoretische Arbeit unterschätzen. Beide sind zweite Vorsitzende in ihren Kreisen und Betriebsleiter. Der eine nahm nie teil, trotz wiederholter Versprechung, der andere nahm dreimal teil. Fehlen wurde mit Arbeitsüberlastung begründet. Die zwar formal auch zutraf. Hier wurde irgendwelcher Aktionstätigkeit der Vorrang eingeräumt, obschon das nicht zwingend war.“

Die hier gemachten Erfahrungen flossen in die Bildungsveranstaltungen des Landesverbandes ein - die an unterschiedlichen Orten und mit den vielfältigsten Themen - in den folgenden Jahren durchgeführt wurden, u.a. auch mit der Gewerkschaft IG Druck und Papier in *Lage/Hörde* zusammen.

Im November 1975 wurde in *Dortmund* eine von Bochumer Geschichtsstudenten erarbeitete Ausstellung über den **Widerstand im Ruhrgebiet** gezeigt, zu der ein Trägerkreis von Volkshochschule, Humanistischer Union, der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten und die VVN-BdA als Einlader wirkten. (142)

Diese Aktivitäten waren zugleich auch ein wichtiger Beitrag die Auffassung zum antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes darzulegen. Die VVN-Bund der Antifaschisten hatte 1974 - anlässlich des 25. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes - ein Kolloquium in Frankfurt/Main durchgeführt, wo der ehemalige Bundestagsabgeordnete **Arno Behnisch**, der Mitglied der VVN-BdA in NRW war, ein Hauptreferat hielt. Im Mittelpunkt eines Materials - welche die Ergebnisse der Veranstaltung berücksichtigte - stand das Deutlichmachen des Widerspruchs von Verfassungstext- und Wirklichkeit. (143)

Der Widerspruch wurde sichtbar u.a. in dem immer ungehinderten Auftreten neofaschistischer Kräfte - wobei auch eine Grauzone sichtbar wurde, die von Neonazis über andere Reaktionäre bis zur „Deutschland-Stiftung“ und in die CDU/CSU reichten. Der Widerspruch wurde sichtbar im Anheizen der Stimmung gegen linke und radikal-demokratische Kräfte, bei gleichzeitiger Duldung von reaktionären, faschistischen Kräften. Er wurde deutlich in der Duldung von Gesprächen zwischen Bundeswehroffizieren und Funktionsträgern des HIAG, die - unter dem Deckmantel von Erinnerungsfeiern - Vorträge über die Hitler-Wehrmacht und den Zweiten Weltkrieg abhielt Im Juni 1976 schrieb das Organ der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit „Der Freiwillige“:

„Wir haben immer Zurückhaltung geübt und die Teilnahme von Bundeswehrangehörigen an unseren Treffen und Veranstaltungen unterschlagen, eben weil wir wissen, dass dies ein Politikum ist. Aber auf Dauer geht dies nicht.“ (144) So wurde z.B. beim Herbstfest der HIAG Unna/Hamm der Bundeswehr-Oberstleutnant Bode und Hauptfeldwebel Frühauf vom Panzerspähzug in Ahlen besucht. Die beiden Offiziere wurden wie Ehrengäste begrüßt. (145) Die 25-Jahr-Feier des HIAG-Landesverbandes NRW, gleichzeitig Geburtstagsfeier für NS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Heinz Harmel, findet in Mülheim/Ruhr im Sommer 1976 statt. Den musikalischen Teil gestaltet die Bundeswehr-Musikkapelle „Combo“ vom Heeresmusikkorps 7 aus Düsseldorf. (146)

Auch die skandalöse Nachsicht gegenüber den faschistischen Massenmördern machte deutlich, dass zwischen dem antifaschistischem Geist - der trotz mancher Grundgesetzänderung - noch vorhanden war und der realen Wirklichkeit riesige Lücken klaffen. Der Fall Lischka - der noch jahrelang die Antifaschisten beschäftigen sollte - machte dies besonders deutlich. Trotz seiner Tätigkeit als ehemaliger SS- und Gestapo-

Chef in Frankreich und seiner Verantwortung für die Deportation von mindestens 100.000 Juden, sowie für die Folterung und Ermordung französischer Widerstandskämpfer, konnte er in der Bundesrepublik als freier Mann mit gutem Einkommen leben. Beate Klarsfeld und ihr Mann, die gegen diesen Skandal protestierten, wurden dafür zu einer Haftstrafe von zwei Monaten verurteilt. (147)

Auf der *Landesvorstandssitzung* der VVN-BdA am 13. Juli 1974 in **Essen** wurde über das skandalöse Urteil des Landgerichts Köln gegen **Beate Klarsfeld** diskutiert und in einer Entschließung dagegen Stellung bezogen. Zugleich wandte sich der Landesvorstand „gegen die Absicht, jetzt eine Generalamnestie für Nazi- und Kriegsverbrecher überhaupt zu erwägen“. An den Bundestag wurde die Forderung erhoben, „die bisher verschleppte Ratifizierung des Zusatzabkommens zum deutsch-französischen Überleitungsvertrag in kürzester Frist vorzunehmen, um die Justiz der BRD zu verpflichten, schnellstens jene Verfahren wegen Massenmord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufzugreifen, die bereits früher in Frankreich abgeurteilt worden sind.“ Abschließend erklärte der Landesvorstand „im Interesse unseres eigenen Volkes, aber auch hinsichtlich guter Beziehungen mit unseren Nachbarvölkern“, es für erforderlich, „dass die blutigen Untaten der Nazis auch heute noch ihre Sühne finden. Wir fordern vor allem, dass eine Liste der des Massenmordes Beschuldigten ohne Ansehen der Person veröffentlicht wird.“ (148)

Alle diese Erscheinungen veranlassten immer mehr Menschen sich mit der Nazivergangenheit auseinanderzusetzen. Dem Informationsbedürfnis kam die VVN-BdA mit der Durchführung von Ausstellungen, der Herausgabe von Broschüren und Büchern - über den regionalen oder lokalen Widerstand - entgegen. Der Röderberg-Verlag in Frankfurt/Main der 1968 begonnen hatte eine „Bibliothek des Widerstandes“ herauszugeben, konnte bis 1976 25 Bände dieser Reihe erstellen - darunter auch Bücher die den Widerstand an Rhein und Ruhr zum Inhalt hatten - die damit einen wichtigen Beitrag zur Information über den Faschismus leisteten. 1973 wurde eine vom Verlag erstellte

“Antifaschistische Buchwoche”

in **Oberhausen** durchgeführt. Von besonderer Bedeutung war die Neuauflage des Buches

“DER LAUTLOSE AUFSTAND”
von Günther Weisenborn,

das 1953 erschien und einen umfassenden Überblick über die Geschichte des deutschen Widerstandes gibt. Weisenborn - eingebürtiger Rheinländer (149) - war als Antifaschist auch Mitarbeiter des Verteidigungskomitees für die VVN, das im November 1962 als Reaktion auf den Verbotsantrag der Bundesregierung gegen die VVN entstanden war. (150)

Im Rahmen umfangreicher Aktivitäten der VVN-Bund der Antifaschisten war im Jahre 1972 in Erinnerung an diesen Antifaschisten ein Literaturpreis für historische und literarische Beiträge zum Thema Widerstand ausgeschrieben worden. Am 16. September 1973 wurde der erste **GÜNTHER WEISENBORN-PREIS** u.a. an **DR. ASTRID DELMHORST-JACOBSEN** verliehen (151), die später als Kandidatin der FDP zu den Bundestagswahlen in NRW kandidierte.

Unter den vielfältigen Aktivitäten von anderen demokratischen Kräften, sich mit den Wirkungen des Faschismus, mit der konkreten Situation von Antifaschisten im Lande auseinanderzusetzen, soll an die „Mitarbeit Bölls an einem Portrait einer Kölner Hausfrau für die ARD“ (152) erinnert werden. 1974 hatte der Fernsehsender diese Sendung ausgestrahlt, wo der bekannte Schriftsteller **Heinrich Böll** ein Gespräch mit **GERTRUD HAMACHER** - VVN-Mitglied - aus Köln führte. Auf der *Sitzung des Landesvorstandes* am 13. Juli 1974 nimmt **WILLI BÖLLING** zur Sendung Stellung. Er attestiert der Kölner Kameradin und der Sendung einen guten Eindruck. Selbst in der Presse sei festgestellt worden, dass es ein Verdienst der Arbeit der VVN sei „dass die Sendung zustande kam.“ Und **WERNER STERTZENBACH** gab in seinem Beitrag zu verstehen, dass die VVN nicht abgeschrieben sei, dass sie an Bedeutung und Ansehen gewinne. Mehr Sympathiewerbung sollte beachtet werden. In dem Zusammenhang würdigte er auch die Sendung. (153)

Die *Kreisvereinigung Köln* nutzte das Mittel Film um den Menschen den Kampf der Antifaschisten näher zu bringen. 1976 entstand der Film „*Berichte vom Widerstand*“, der über Widerstand und Verfolgung in Köln informierte. Zweifelsohne wirkte hier das Verlangen noch besser und moderner besonders junge Menschen zu informieren. In einem Bericht wird von 60 Veranstaltungen mit dem Film gesprochen. (154).

Zu der Manifestation gegen die immer noch angewendeten Berufsverbote - die von der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) gemeinsam mit der VVN-BdA in Strasbourg, der Stadt des Europäischen Parlaments, organisiert wurde, kamen 10.000 Menschen. An diesem 13. März 1976 waren auch Menschen aus NRW dabei. 25.000 Exemplare der „Tat“ - die zu diesem Thema ein Extrablatt heraus gab - wurden in NRW verteilt. (155) Die Demonstration wurde als erfolgreich eingeschätzt. Die Teilnehmer aus NRW waren z.T. mit PKW's, aber auch Bussen angeeignet. (156) In einem Brief an das Präsidium übt der Landesvorstand

Kritik an der Berichterstattung der „Tat“ über die Veranstaltung. Angefangen von der Teilnehmerzahl über das fehlende Foto und die Darstellung der Reden werden kritische Anmerkungen gemacht.

Am 13. November wurde in **Duisburg** eine weitere internationale Kundgebung durchgeführt - die von dem Landesvorstand unterstützt wurde. Wie schon geschildert, war also der sogenannte „Radikalenerlass“ ein Grund für weitere Aktivitäten der Antifaschisten. (157)

Mit Flugblättern wurde zur Veranstaltung zum 40. Jahrestag der Gründung der Internationalen Brigaden eingeladen. Auf der Kundgebung in **Köln** am 24. Oktober 1976 wurde für eine „verstärkte Solidarität mit dem spanischen Volk“ geworben. Zur damals aktuellen Situation wurde erklärt:

„Noch immer gelten und wüten in Spanien die Gesetze des Franco-Regimes, noch immer schlägt eine brutale Polizei demonstrierende Bürger zusammen. Kaum ein Viertel der politischen Häftlinge ist bis heute freigekommen; täglich kommen neue in die Kerker. Partei- oder Gewerkschaftszulassungen werden abhängig gemacht von dem Wohlverhalten gegenüber einem Regime, das statt eines Caudillo Franco nunmehr einen Monarchen Juan an der Spitze hat. Die in der „Coordination Democratica“ vereinte Opposition Spaniens zeigt den einzig möglichen Weg für eine echte Demokratie. Sie verlangt den demokratischen Bruch mit der Vergangenheit und volle demokratische Freiheiten und Rechte für alle spanischen Bürger und Gruppierungen ohne Diskriminierungen.“ (158)

Dann heißt es:

„Das Programm mit dem Chor der Gewerkschaft, der Songgruppe „Rüttelmaschine“ und Hermann Hähnel, war seit Jahren wieder ein gelungener Versuch, mit Kräften aus der BRD ein solches antifaschistisches Programm zu gestalten. Die meist jungen Gewerkschafter hätten gern mehr über ihr Auftreten gelesen, zumal es nicht alltäglich ist, als Gewerkschaftschor in einer solchen Veranstaltung mitzuwirken. Sicherlich kann man davon ausgehen, dass schon mit dem einräumen der Anzahl der Zeilen diese wahrhaft mickerige Berichterstattung vorgegeben wurde, was zugleich nach unserer Meinung eine Unterschätzung des Themas überhaupt ausdrückt.“

Zu den Bundestagswahlen im Oktober 1976 wurden die vom Präsidium aufgestellten „Prüfsteine“ auch an Kandidaten in NRW herangebracht. In ihnen wurden aktuelle Forderungen der Friedensbewegung - in der die VVN-BdA eine aktive Rolle spielte - in den Vordergrund gestellt. Der Ausgang der Bundestagswahlen offenbarte sich durch einen deutlichen Zugewinn der CDU/CSU-Stimmen einen „Rechtstrend“, den die „SPD und FDP.....selbst vorbereitet“ hätten, wie es in der „Tat“ vom 8. Oktober 1976 hieß. In der Folge war „demokratische Selbsttätigkeit“ gefordert, wie die VVN nach der Regierungserklärung Helmut Schmidts feststellte. In den sich entwickelten Bürgerinitiativen - die in der Auseinandersetzung um die Errichtung von Kernkraftwerken und der Reaktion staatlicher Stellen mit brutalen Polizeieinsätzen, darunter auch den Einsatz sogenannter „chemischer Keulen“, darauf - auch in NRW entstanden, engagierten sich mehr und mehr Mitglieder der antifaschistischen Organisation. Die Position der VVN-BdA bestand im entschiedenen Protest gegen die staatlichen Terrormethoden und der Forderung nach Antworten der Fragen nach Sicherheit der Bevölkerung vor dem Bau von Kernkraftwerken. (159)

In den folgenden Jahren - besonders nach dem Kernkraftwerkunfall von Tschernobyl/UdSSR im Mai 1986 - kam es auch in der VVN-BdA zu Auseinandersetzungen über die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Im Jahre 1977 ging der Kampf gegen die Berufsverbote weiter. In **Düsseldorf** demonstrierten am 11. Februar annähernd 18.000 Menschen. Mitorganisator war die VVN-BdA. In der Stadthalle in **Wattenscheid** fand am 19. März 1977 die *Landesdelegiertenkonferenz* statt. Auf ihr wurden nach der Diskussion über die vergangene Arbeit der Landesorganisation Beschlüsse gefasst, die sich mit den aktuellen Problemen wie Friedenspolitik, der Kampf gegen das Wettrüsten und gegen Berufsverbote und Gesinnungsjustiz befassten. (160)

In Ausführung der Beschlüsse wurde die Organisation im August auf die Protestaktion gegen Neutronenbomben vor der amerikanischen Botschaft orientiert. Am 6. August demonstrierten Friedensfreunde gegen die Absicht des US-Präsidenten Carter dieses Waffensystem - von dem der SPD-Politiker Bahr „als Perversion des menschlichen Denkens“ sprach, weil zwar Menschen getötet, jedoch Sachwerte wie Gebäude, Industrieanlagen unbeschädigt würden - zu installieren. Auf der Abschlusskundgebung sprach ein Vertreter des Landesverbandes der VVN-BdA. (161)

In einem Grußschreiben an den 12. Gewerkschaftstag der IG Metall, der im September 1977 in Düsseldorf stattfand, wünscht der Landesverband „gute Erfolge in der Erfüllung des gewerkschaftlichen Auftrages in der heutigen Zeit.“ (162) In den nachfolgenden Zeilen wird an die Bedeutung der Gewerkschaften im Kampf gegen den Nazismus verwiesen. Es heißt dort u.a.:

„Maßgebliche Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung, wie der Vorsitzende der IG Metall, haben jüngst auf Gefahren durch das Wiederaufleben des Nazismus aufmerksam gemacht.

Im In- und Ausland wächst in diesen Wochen die Besorgnis über die Häufung provokatorischer Aufmärsche, Versammlungen und anderer Aktivitäten von rechtsextremistischen, nazistischen und neonazistischen Gruppierungen, darunter sogar von Traditionsverbänden der kriegsverbrecherischen SS. Wenn nicht im Frühstadium alle Ansätze des Wiederauflebens des Nazismus wachsam registriert und effektiv bekämpft werden, kann sich der Nazismus erneut zu einer bedrohlichen Gefahr für die Demokratie auswachsen. Mit den gegenwärtigen Nazi-Aktivitäten soll der Versuch gemacht werden, den Faschismus zu rehabilitieren und der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, als denkbaren und erfolgsversprechenden Versuch der Krisenbewältigung anzudienen. oder der Anzettelung des völkermörderischen Weltkrieges zerschlugen die Nationalsozialisten die Arbeiterbewegung, unterdrückten sie blutig die freien Gewerkschaften. Das war kein Zufall, das war der Ausdruck des Wesens des Nazismus. Er ist prinzipiell gewerkschaftsfeindlich.

Niemand hat größere Veranlassung, größere Berechtigung, größere Verpflichtung, gegen das Wiederaufleben des Nazismus in Deutschland aktiv zu werden, wie die Gewerkschaftsbewegung. Friedliche Arbeit, Verständigung mit allen Nachbarn, Sicherheit für unser Land; darin liegen die nationalen Interessen unseres Volkes.“

Das die Feststellung am Schluss des Briefes sowohl ihre Notwendigkeit wie Berechtigung hatte, belegt die Schilderung der Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit“ vom 19. April 1979 wo unter der Überschrift „Der alltägliche Faschismus“ über eine Hitler-Geburtstags-Feier in Hubbelrath bei Düsseldorf berichtet wird:

„Ich schlag dich in die Fresse. Von wegen fotografieren. Eine in die Fresse kriegst du!“ Dieter Sturm (33) brüllt über den Flur des Düsseldorfer Amtsgerichts. Dabei geht er auf den Fotografen los und macht Anstalten, ihn zu verprügeln. Dieter Sturm ist gefährlich: Er ist ein Neonazi.

Mit ihm saßen noch acht weitere Neonazis auf der Anklagebank des Schöffengerichts. Der jüngste von ihnen ist 24, der älteste 66 Jahre alt. Ein weiterer Angeklagter fehlt. Niemand weiß so recht, wo der steckt. Erst während des Prozesses stellt sich heraus, dass er sich im Keller desselben Gebäudes aufhält. Unfreiwillig. Er ist dort in Haft.

„Wir kotzen und scheißen euch den Saal voll“, hatten sie angedroht. 15 Polizeibeamte in Zivil und Uniform sichern den Gerichtssaal. Mit 40 Zuschauern ist der Saal voll. Die meisten von ihnen sind älter. Die neun Angeklagten stehen vor Gericht, weil sie in der Nacht vom 19. auf den 20. April 1977 in der Hubbelrather Gaststätte „Zur Post“ bei Düsseldorf in NSDAP-Manier „Führers Geburtstag“ gefeiert haben. Zusammen mit 20 weiteren Gästen. Diese stehen nicht vor Gericht Sie feierten stilrecht: ausgestattet mit NS-Uniform, Schulterklappen, Koppel, Sturmriemen, roter Armbinde und Hakenkreuz. Umgeben von SS-Runen, Hakenkreuzfahne und Hitler-Bildern. Bis auf einen sind sie Mitglieder der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands / Partei der Arbeit (VSB / PdA)“. Ziel der am 26. August 1976 vom Bundeswahlausschuss anerkannten Jung- und Altnazibewegung: Verherrlichung des Nationalsozialismus.

Im Parteilokal „Zur Post“ ist man am 19. April 1977 ganz unter sich. „Was nach zwölf war, weiß ich nicht mehr. Heino-Lieder und so. Wir machen das jedes Jahr“, beschönigt der 42jährige Haakon Dietrich Fölbach aus Köln die „harmlose Geburtstagsfeier“. Und mit naivem Augenaufschlag meint er: „Ich bekenne mich zur NSDAP.“ Was nach zwölf war, zeigt aber ein Propagandafilm der Neonazis, den sie selbst von „ihrer Feier“ drehten. Vorspann: „VSB-Film zeigt Feier des 88. Geburtstages des Führers Adolf Hitler in Hubbelrath, Gau Düsseldorf.“

Hintergrundmusik: Der „Badenweiler Marsch“, der im sogenannten Dritten Reich gespielt wurde, wenn „Der Führer“ nahte. Kameranähe. Großaufnahme: Adolf Hitler. Hakenkreuzfahne.

Dann stellt sich der Angeklagte Altnazi Hermann Niemann (66) im Film vor: „Alter Kämpfer, Gaufilmstellenleiter des Gaus Berlin“. Schließlich Lobhudeleien über Göbbels, Himmler, Hitler und Konsorten. Das Gesicht des strammen Nazis strahlt:

„Über die ganzen führenden Persönlichkeiten, die wir gehabt haben, kann ich mir ein Bild machen. Und ich habe sie alle miterlebt, und deswegen sage ich: Kameraden. Respekt vor allen. Heil Hitler!“

An den hinteren Tischen des Nazilokals erhebt man sich. 30 Gäste hat der sogenannte „Führer“ in dieser Nacht, die ihm zu Ehren gekommen sind. Alle auf dem Film erkennbaren Gäste reißen die rechte Hand hoch. In vertrauter Manier. „Heil Hitler!“ grölt die Runde aus dem Lautsprecher des Filmprojektors. Den Arm immer noch gestreckt, singen sie erhaltengebliebenes deutsches Liedgut: Deutschland-Lied, erste Strophe, „Wenn alle untreu werden“, das Horst-Wessel-Lied und „Die Fahne hoch, SA marschiert....“ In der Prozesspause zeigen die meisten Zuschauer erstaunlich viel Verständnis für die Angeklagten. „Faschisten? Ach hör'n Sie, das war ein Dummejungenstreich.“

„Der Sturm“, seit eineinhalb Jahren in Hamburg anonym verteilt, bietet das geistige Rüstzeug: „Freiheit für die NSDAP“, heißt es da. „Mehr als 30 Jahre Umerziehung haben es nicht vermocht, die gewaltige geistige

Revolution des Nationalsozialismus in unserem Volk endgültig zu zerstören! Freiheit für alle NS-Kämpfer! 33 Jahre Verbot und dennoch: Trotz Verbot nicht tot! Wir Nazis üben fleißig für ein neues '33!'
Zufällig heißt auch ein Angeklagter Sturm. Dieter Sturm. Er ist 33 Jahre alt. Er sitzt zusammen mit seinem Bruder Hans-Günter (38) auf der Anklagebank. Lächelnd und stolz. „Ich hatte mal in politischer Hinsicht was. 1971 als NPD-Mitglied. Im Wahlkampf hab ich da ein Kommunistenbüro demoliert.“ Jetzt ist er Landesvorsitzender der VSBD / PdA in Nordrhein-Westfalen. Im Gegensatz zu den Zuschauern hält ihn der Staatsanwalt nicht für einen „dummen Jungen“. Sondern als Beispiel dafür, dass „in Deutschland immer noch der alltägliche primitive Faschismus herrscht“. Konsequenter fordert er für alle Angeklagten Freiheitsstrafen zwischen sechs Monaten und einem Jahr. Ohne Bewährung. Doch Richter Lietz zeigt sich verständnisvoller für die Neonazis. Er verhängt Geldstrafen und eine Freiheitsstrafe: vier Monate. Mit Bewährung, versteht sich.“

In **Krefeld** wandte sich ein Antifaschist an die Staatsanwaltschaft, weil ihm zu Ohren gekommen war, dass ein Studiendirektor aus der Seidenstadt im Unterricht „bei verschiedenen Gelegenheiten“ - wie selbst die Staatsanwaltschaft feststellte - das Horst Wessel-Lied angestimmt hatte. Unter dem 20. Juni 1977 teilte die Staatsanwaltschaft mit, dass dieser dies nicht in Abrede stelle, er habe dies aber nur „scherzhaft“ aus „pädagogischen Gründen“ getan, „so z.B. beim Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1974 durch die deutsche Nationalmannschaft, um auf „die Gefahren ‘nationalen Hochmuts’ aufmerksam zu machen.“ Nach den „getroffenen Feststellungen“ so die Justiz, „liegen hinreichende Anhaltspunkte für das dem Beschuldigten zur Last gelegte Vergehen (Strafanzeige wegen Verwendens verfassungswidriger Organisationen - § 86 a StGB) nicht vor“.(164)

Auch vom Kultusminister und Ministerpräsidenten - der angeschrieben worden waren - kam die Antwort, dass man „leider nichts machen könne.“ Dieses Thema spielte auch in den kommenden Jahren - wo ähnliche Vorkommnisse bekannt wurden - eine Rolle in der Arbeit auch der VVN-BdA. Diese versuchte durch verstärkte Anstrengungen in der Aufklärung über den Faschismus diesen Tendenzen entgegen zu wirken.

So hatte der Landesvorstand dem *Kulturamt der Stadt Oberhausen* nach der Aufführung des Kölner Films „Berichte vom Widerstand“ eine Ausstellung des „Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945 e. V.“ angeboten. Die WAZ vom 9. Mai 1977 berichtete über die Eröffnung dieser „bedeutenden historischen Ausstellung - die 1 Monat im Schloss Oberhausen zu sehen war.

Bei der Festveranstaltung anlässlich des *30jährigen Bestehens* der Vereinigung am **12. Mai** in der *Frankfurter Paulskirche*, waren Redner aus NRW, der Präsident der Organisation *DR. JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT* und als Gast **Prof. Uta Ranke-Heinemann**. (165) Hier wurde den noch lebenden Gründungsmitglieder die Ehrenmedaille des deutschen Widerstandes überreicht. Auf Gedenkveranstaltungen auf Kreisebene zum gleichen Anlass wurden im Lande viele Mitglieder ausgezeichnet. Allerdings gab es auch manchen Antifaschisten, der sich „für Selbstverständlichkeiten“, wie den Kampf gegen den Faschismus, für Demokratie und Völkerverständigung nicht auszeichnen lassen wollten.

Beim *Bundeskongress*, der vom **20. bis 22. Mai 1977** in **Mannheim** stattfand, waren die beiden aus der nordrhein-westfälischen Organisation kommenden *JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT* und *HANS JENNES*, als Geschäftsführer, die Hauptredner des Kongresses. Als Gast nahm das Mitglied des Landesvorstandes, *Arno Behnisch*, in seiner Eigenschaft als DFU-Direktoriums-Mitglied teil. (166)

Den Beschluss des Kongresses, die Bundesregierung aufzufordern, die Arbeit von faschistischen Geheimdiensten zu unterbinden und die Agenten auszuweisen, wobei besonders der chilenische Militärattaché Ackerknecht, der an Verbrechen gegen chilenische Demokraten beteiligt war, genannt wurde, (167) wurde im Land aufgenommen.

Am **28. August** wandte sich die *Kreisvereinigung Herne* an den Bundesaußenminister Genscher. Anlass war der Hungerstreik von 28 chilenischen Frauen und Männer in Santiago, die gegen Verschleppung ihrer Ehegatten, Geschwister und Kinder durch die Junta protestierten und Auskunft über das Schicksal der „Verschwundenen“ forderten. Dann heißt es wörtlich:

„Wir als ehemalige Widerstandskämpfer gegen das Naziregime und Opfer des Faschismus schließen uns diesem Protest an und fordern die Freilassung der rund 2.500 aus politischen Gründen in Chile Eingekerkerten, die ohne Gerichtsurteil, ja ohne Anklage, verhaftet und verschleppt wurden, sowie die Bildung einer internationalen Untersuchungskommission.

Wir fordern die Bundesregierung auf, jegliche wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung der Junta zu beenden, vor allem die gewährten Kredite zu kündigen, kein Moratorium der alten Schulden zu gewähren und die Ausbildung chilenischer Offiziere, wie einst Kraushaar und Ackerknecht in der Bundeswehrakademie, einzustellen.“ (168)

Auf diese konkreten Forderungen antwortete das Außenministerium am 5. Juli 1977:

„Das Auswärtige Amt bestätigt Ihnen den Empfang Ihres vorgenannten Schreibens und erlaubt sich mitzuteilen, dass der von Ihnen erwähnte Hungerstreik inzwischen beendet worden ist.

Zum weiteren Inhalt Ihres Schreibens wird bemerkt, dass die humanitären Bemühungen der Bundesregierung um politisch Verfolgte in Chile fortgesetzt werden. Die Bundesregierung vergisst hierbei nicht, dass auch in anderen Teilen der Welt der Schutz der Menschenrechte immer wieder gefährdet ist. Sie hat der chilenischen Regierung seit dem Machtwechsel vom September 1973 keine wirtschaftliche und sonstige Unterstützung gewährt. Chilenische Offiziere werden derzeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht ausgebildet. Eine Umschuldung ihrer Verbindlichkeiten hat die chilenische Regierung nicht erbeten.“ (169)

Bevor über die antifaschistische Arbeit im **Jahre 1978** berichtet werden soll, sei ein kurzer Blick auf die Organisationsstruktur gegeben. Im *Landesverband* wirkten noch *40 Kreisverbände* mit rund *3.000 Mitglieder*. (170)

Mit einer Festveranstaltung

“30 JAHRE VVN

30 JAHRE RINGEN UM ANTIFASCHISTISCHE DEMOKRATIE UND FRIEDEN”

begangen am *6. Januar 1978* in **Wuppertal** die Aktivitäten des Jahres. Veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft „Bergisch Land“, der die Kreisorganisationen **Ennepe/Ruhr, Mettmann, Remscheid, Solingen** und **Wuppertal** angehörten, wurde hier die Ehrung verdienter Widerstandskämpfer durch die Medaillenverleihung vollzogen. *WILLY SPICHER* und *WILLI HÖHN* vom Präsidium sprachen, der Chor der Kölner Gewerkschafter und Vera Albrecht vom Wuppertaler Schauspielhaus umrahmten die Veranstaltung.

Auf der Tagesordnung der ersten *Landesvorstandssitzung* am *27. Januar* stand als Schwerpunkt die „*Orientierung auf die internationale antifaschistische Manifestation im April 1978 in Köln*“. (171)

Die Aktivitäten im Land - anlässlich des 45. Jahrestages des Machtantritts der deutschen Faschisten - standen auch unter dem Gesichtspunkt, diese Aktion zu einem großen Erfolg werden zu lassen. Neben dem internationalen Einberuferkreis wurde ein nationales Vorbereitungskomitee, das von vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Gewerkschaften, Jugendorganisationen - auch aus unserem Land, - unterstützt wurde. An dem Marsch durch die Kölner Innenstadt am *22. April* nahmen *30.000* Menschen teil, darunter ca. *3.000* Widerstandskämpfer aus fast allen Ländern Europas. Nach Angaben der Presse war es die größte Kundgebung, die in Köln seit Kriegsende stattfand. *DR. J.C. ROSSAINT*, Präsident der VVN-Bund der Antifaschisten, eröffnete die Kundgebung und betonte ihre politische Bedeutung. Die Redner:

DANTE CRUICCHI, BÜRGERMEISTER VON MARZABOTTO,
CAMILLE SENON, ÜBERLEBENDE VON ORADOUR,
ANNA ROHLOVA, MITGLIED DES NATIONALRATES VON LIDICE UND
M. GOLDSTEIN, PRÄSIDENT DES INTERNATIONALEN AUSCHWITZ-KOMITEES

erinnerten an die Verbrechen der Waffen-SS in ihren Heimatländern und forderten im Namen der Toten und im Interesse der Völkerverständigung und des Friedens die Auflösung der SS-Verbände, das Ende nazistischer Aktivitäten und Maßnahmen der Regierung gegen das Treiben neonazistischer Gruppen. (172)

Eine weitere Aktion wurde von der VVN-BdA mitgetragen. Das „Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit“ hatte für den *20. Mai* nach Bonn zu einer Demonstration aufgerufen. Im Büro dieses Zusammenschlusses verschiedener Persönlichkeiten, die in der Friedensbewegung wirkten, war auch der Präsident der VVN-BdA. Die Demonstration sollte - so der Landesvorstand - „durch die Hilfe der Kreisvereinigungen für die örtlichen Komitees“ zu einem Erfolg gebracht werden. Auch auf eine Organisationskonferenz in Köln im Februar wurde orientiert - die aber verschoben wurde und am *14. Oktober 1978* in **Dortmund** stattfand. In punkto Mitgliederwerbung wurde mitgeteilt, dass im 1. Halbjahr 1977 *164* neue Mitglieder der VVN-BdA beitraten. (173)

An dem „*Festival der Jugend*“ - welches von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend und dem Marxistischen Studentenbund „Spartakus“ am *13./14. Mai* in **Dortmund** organisiert wurde - nahm auch der VVN-BdA-Landesverband - wie auch an den folgenden Festivals und UZ-Pressfesten - teil.

Auf der Tagung des *Geschäftsführenden Landesvorstandes* am *15. Juni 1978* in **Düsseldorf** hatte *WILLI SPICHER* eine schriftliche Einschätzung vorgelegt, die trotz des anerkannten Erfolges des Festivals, einige kritische Anmerkungen zur Präsentation der VVN-BdA dort enthielt. (174)

Auch bei der *Landesvorstandstagung* am *9. Dezember 1978* hatte ein **Wuppertaler Antifaschist** in die Debatte eingegriffen, dabei die Kampfmaßnahmen der Metaller erwähnt, die sich seit einiger Zeit im Streik befanden. Aus der Diskussion heraus wurde dann die Solidaritätserklärung verabschiedet, die dann an die

Streikleitung gesendet wurde. Die Solidaritätserklärung begrüßt „dass sich die Metaller gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken wenden und für soziale Sicherheit kämpfen.“ Es wurde auf die historischen Erfahrungen verwiesen. „Alle unsere Mitglieder unterstützen“, so schließt die Erklärung, „aus Erfahrung und vom Grundsatz her die Forderungen der Gewerkschaften.“ (175)

Den Notizen der Landesvorstandssitzung ist auch zu entnehmen, dass es eine Debatte über die seit dem **Oberhausener-Kongress** stattgefundene Verbreiten der Organisation zum „**Bund der Antifaschisten**“ gab. **KARL SCHABROD** sprach die Thematik - die er übrigens schon zwei Jahre vorher im *Geschäftsführenden Landesvorstand am 8. Oktober 1976* ähnlich behandelt hatte (176) an. „Wir haben“, so heißt es in den Notizen, „uns zum Bund der Antifaschisten entwickelt - warum quälen wir uns noch mit dem alten VVN? Sollten wir es nicht weglassen? Man müsste fragen, ob das schon gestrichen werden kann.“ Mit dieser Meinung stand er ziemlich alleine, doch ist ja immerhin interessant, dass eine antifaschistische Persönlichkeit wie **KARL SCHABROD**, dem die Vermittlung der Erfahrungen des antifaschistischen Erbes Herzensangelegenheit war und der 1946 Mitbegründer der VVN war, solche Gedanken aussprach.

Die *Landesdelegiertenkonferenz 1979* wurde am 3. und 4. März in **Köln** durchgeführt. 185 Delegierte waren in den Kreisen gewählt worden. Anwesend waren 171 (55 Kameradinnen und 116 Kameraden), alle 14 fehlenden hatten sich entschuldigt. Dem Bericht der Mandatsprüfungskommission war zu entnehmen, „dass die Anzahl der jüngeren Delegierten gegenüber der Anzahl der älteren Delegierten eindeutig zugenommen hat.“ So waren 61 Delegierte (35,7%) bis zu 30 Jahre alt, was einer Verbesserung von 12,4% gegenüber der letzten Landesdelegiertenkonferenz von 1977 entsprach. 26 waren bis zu 50 Jahre alt (15,2%), was eine Zunahme von 2,4% war.

Die größte Gruppe machten die Delegierten über 60 Jahre aus 38,6% (11,4% weniger als 1977). Das waren 66 Delegierte. Das Durchschnittsalter betrug etwas über 47 Jahre. Beim Beitragaufkommen wurde festgestellt, dass es „eindeutig gestiegen“ sei. (177)

Auf der Konferenz wurden eine Entschliebung gegen neonazistische Terrorgruppen, ein Appell an die Bundestagsabgeordneten aus NRW gegen die Verjährung von Naziverbrechen, eine Entschliebung zu den Berufsverboten und eine Stellungnahme zum **Majdanek-Prozess** beschlossen. Positiv wurde auf die Ankündigung des Kultusministers von NRW reagiert, der in einem Erlass die Teilnahme von antifaschistischen Zeitungen im Schulunterricht in Aussicht stellte. In der Folgezeit nutzten viele Antifaschisten diese Möglichkeit.

Anlässlich des *Bundeskongresses im Mai 1979* fand am 25. Mai eine *Internationale Kundgebung in Dortmund* statt. Auf ihr sprach u.a. der SPD/MdB **Klaus Thüsing** aus Paderborn. Antifaschismus in Texten und Liedern bot u.a. **Dieter Süverküp** aus Düsseldorf. Die Kundgebung stand unter dem Motto

**“30 Jahre Grundgesetz - Antifaschismus:
Grundlage für Demokratie, Freiheit, Völkerverständigung,
keine Verjährung der Nazi-Morde”.**

Dass das Eintreten für demokratische Verhältnisse leider noch immer, auch im sozialdemokratisch-regierten Nordrhein-Westfalen, nötig war, belegt u.a. ein Schreiben, das der *Landesverband am 8. März 1979* an Ministerpräsident **Johannes Rau** absandte. Es ging um das leidige Thema „Berufsverbot“, von dem ein Münsteraner Lehrer - der in der antifaschistischen Bewegung aktiv war - betroffen wurde.

„Uns erfüllt“ - so beginnt der Brief - „es mit großer Sorge, dass ein Lehrer, der seine demokratische Grundhaltung durch sein Engagement gegen den Nazismus unter Beweis gestellt hat, nicht in den Schuldienst übernommen werden soll. Wir fragen Sie, welcher Beweis für die demokratische Grundhaltung wird von Ihnen, Ihrem Kultusminister und dem Schulkollegium eigentlich noch gefordert? Ein Lehrer, der - wie es öffentlich bekannt ist - von den Nazis bedroht wird, wird zudem von der Übernahme in den Schuldienst ausgeschlossen. Das kann kein Verfolgter und kein Widerstandskämpfer gegen den Nazismus hinnehmen. Es kann auch nicht übersehen werden, dass die Behörden im Lande Naziumtriebe dulden und belastete Nazis hohe Ämter bekleiden können, ohne dass jemals deren Verfassungstreue in Frage gestellt worden wäre.

Wir sind nicht bereit, es einfach hinzunehmen, dass in unserem Lande erneut Antifaschisten diskriminiert werden.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn im Lande Nordrhein-Westfalen der Beginn einer Abkehr von dieser Praxis zu verzeichnen wäre.

Nehmen Sie Einfluss darauf, dass im Falle von Christoph Sann und bei anderen Bewerbern für das Lehramt in Nordrhein-Westfalen positive Entscheidungen gefällt werden, die demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Wir werden alles tun, um die nationale und internationale Öffentlichkeit, besonders die Antifaschisten und ihre Organisationen im Ausland, über die leider immer noch vorhandene Praxis der Berufsverbote zu informieren.“ (178)

Etwa zur gleichen Zeit wurde in der Organisation darüber diskutiert, noch vorhandene „Ehrenbürgerschaften“ faschistischer Machthaber anzuprangern und zu tilgen. „Die in der VVN organisierten Widerstandskämpfer gegen die faschistische Diktatur und Opfer der NS-Gewaltverbrechen, sowie jugendliche Antifaschisten, nehmen mit Empörung davon Kenntnis, dass Adolf Hitler, der Schuld am Tod von Millionen Menschen trägt, immer noch Herner Ehrenbürger ist“ so wird in einem Zeitungsbericht über den Beginn eines „offenen Briefes“ informiert, den die **VVN-BdA Herne** an die Herner Parteien und Gewerkschaften verschickte. (179) Zugleich wurden die Stadtverordneten aufgefordert, „diese Schande möglichst rasch von Herne zu nehmen und die Ehrenbürgerschaft Hitlers zu löschen“.

Dem Bericht der Zeitung ist zu entnehmen, dass in der Stadt Kamen, am 22. Februar 1979, die Ehrenbürgerschaft Hermann Görings einstimmig aberkannt wurde. In Herne machte sich der Oberbürgermeister Urbanski die Auffassung des nordrhein-westfälischen Innenministeriums zu eigen, wo nach Ehrenbürgerrechte automatisch mit dem Tode erlöschen. „Deshalb“, so die Zeitung, „sei eine Aberkennung per Ratsbeschluss überflüssig. Freilich wirkt diese Begründung eher peinlich. Sie stützt sich auf einen Erlass der Nationalsozialisten vom 12. Januar 1936, der den braunen Machthabern nicht genehme Ehrenbürger mit einem Federstrich vom Halse schaffte. Die Aussage des Innenministers würde darüber hinaus bedeuten, dass Johann Wolfgang von Goethe nicht mehr Ehrenbürger von Frankfurt ist, Heinrich Heine nichts mehr mit Düsseldorf zu tun hat und Kennedy kein Berliner mehr wäre.“ (180)

Erwähnt werden muss noch, dass in einer arroganten Art der Pressereferent der Stadt Herne darauf antwortet (181), was den Vorsitzenden der **VVN-Herne**, *FRITZ GÜNZBURGER* veranlasste darauf zu reagieren. In seiner Zuschrift verwahrt er sich gegen den Ton der „als Beleidigung der fast vergessenen 300 vergasteten oder an den ermordeten Mitbürger....ansehen.“ Nach dem er sich mit dem „schmückenden“ Beiwerk der vertretenen Rechtsauffassung auseinander gesetzt hatte, stellt er fest: „Im Gesetz, das einzig und allein verbindlich ist, nämlich der Gemeindeordnung, ist im §26 genau geregelt, wer die Ehrenbürgerschaft verleihen und wem sie verliehen werden kann und wann sie erlischt. Nämlich dann, wenn sie dem also Geehrten „wegen unwürdigen Verhaltens“ wieder aberkannt wird. Kein Wort, dass sie mit dem Tode erlischt.“ (182)

Nicht uninteressant ist auch die Anmerkung die die Redaktion diesem Leserbrief nachschiebt:

„In einem Gespräch mit der Westfälischen Rundschau hat sich der Kultusminister des Landes NRW, **Jürgen Girsensohn**, zu dem Thema geäußert. Die eigentliche Gefahr für die Demokratie sieht der Politiker nicht im Auftreten rechtsextremistischer Splittergruppen, sondern „In der Gleichgültigkeit und Passivität von jung und alt gegenüber politischen Anforderungen und Herausforderungen“. **Girsensohn** ist allerdings auch sicher, „dass wir die Auseinandersetzung mit dem Faschismus erfolgreich führen werden, wenn alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen mit dazu beitragen, die antifaschistische Basis zu stärken. Genau auf dieser Linie liegt der Beschluss des Kamener Rats, Göring die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen. Alten wie jungen Faschisten soll an der Breite des Bündnisses deutlich werden, dass sie bei uns keine zweite Chance bekommen. Und die SPD wird in der vordersten Abwehrfront stehen!“

Zweifelsohne wirkten solche Auseinandersetzungen an der Basis auch dazu mit, dass das Thema bei anderen demokratischen Organisationen intensiver behandelt wurde. Antifaschisten sprachen als Zeitzeugen in anderen Organisationen; auch in Schulen wurden immer mehr Zeitzeugen eingeladen. Das ging allerdings nicht immer reibungslos. In der Zeitschrift der „Deutschen Jungdemokraten“ wird folgendes berichtet: Ein Lehrstück in Sachen Antikommunismus machten die Jungdemokraten NRW aus. Schulbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen verhinderten, dass die antifaschistische Widerstandskämpferin *LUISE PAUL* zu der Berufsbildenden Schule in **Wermelskirchen** über die Verbrechen des Hitler-Regimes berichten konnte.“ (183)

Der Hintergrund war, dass die bekannte Antifaschistin - die allerdings später doch in Schulen und anderen Veranstaltungen sprach - politisch in der DKP organisiert war. Für die Behörden spielte damals die Tatsache, dass sie die Frau des ersten Wiederaufbauministers, Mitschöpfer der nordrhein-westfälischen Landesverfassung und Mitbegründer der VVN, *HUGO PAUL*, war. Das bis heute der Antikommunismus, die Voreingenommenheit, noch wirken, wird deutlich in der Diskussion in **Wermelskirchen**, eine Straße nach *HUGO PAUL* zu benennen und an seinem ehemaligen Wohnhaus eine Gedenktafel anzubringen. Im Juni 1996 wird in der Lokalzeitung folgendes berichtet:

Aus der Gedenktafel für *HUGO PAUL* am Haus Schwanen 28 wird nichts - die Eigentümerin weigert sich, diese Tafel anbringen zulassen. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden verwies den Bürgerantrag in den Kulturausschuss, legte den Antragstellerinnen aber nahe, sich etwas anders einfallen zu lassen als

eben diese Gedenktafel. Vorsitzender **Bernd Schumacher** (UWG) sprach von einem Platz oder einer Straße....

Während der Stadtverordneter **Werner Allendorf** (CDU) grundsätzlich gegen eine Ehrung stimmte, wies **Bernd Peters** (SPD) darauf hin, dass es in dem Antrag darum gehe, Paul für den Widerstand während des nationalsozialistischen Regimes, zu ehren. Der Wermelskirchener war jahrelang - auch in Konzentrationslagern - Gefangener.“

Diese Debatte wurde in der Zeitung unter der Überschrift „Mut“ folgendermaßen kommentiert:

„In einigen Ratsfraktionen ist Unwohlsein spürbar. Nicht, weil die Stadt 51 Jahre lang nicht auf die Idee kam, den bekanntesten Widerstandskämpfer aus der NS-Diktatur, *HUGO PAUL*, in irgendeiner Form zu würdigen. Sondern, weil er Kommunist war. Die Besonderheit des Kommunismus in der Nachkriegszeit bescherte Paul - berechtigt oder nicht - das Erlebnis, auch im „neuen Deutschland“ verfolgt zu werden. Wer mit eingeschränktem Gesichtsfeld darauf lauert, dass Paul kurz vor seinem Tod die Kelle in der Hand hatte, um die Mauer mitzubauen, dem entgeht in der breiteren historischen Gesamtschau unter anderem, dass die Schar der Widerständler in Wermelskirchen nicht groß war. Widerstand kam vornehmlich aus Reihen der Sozialisten und Kommunisten, welche übrigens in diesem Jahrhundert in unserer Stadt mehrere Wahlsiege gefeiert haben und lange die stärkste Fraktion im Rat stellten. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes beeilten sich angesehene Bürger der Stadt um den „Persilschein“. Sie hatten sich arrangiert und - vielleicht hätte ich das auch nicht - keinen Widerstand geleistet.

Nun geht die Nachfolge-Generation derselben Bürger aber heute her und nimmt für sich in Anspruch, die Verdienste des Widerständlers Paul schmälern zu können. Im Beschwerdeausschuss klang das jedenfalls so durch. Diesen Mut hätte ich sicher nicht.“ (184)

Die Zeitung informierte auch darüber, dass in der Nachbarstadt **Remscheid** eine Straße nach ihm benannt werden soll. Die VVN hat auch hier aktiv eingegriffen.

Das Jahr 1979 brachte auch eine erneute Debatte über die Verjährung von Naziverbrechen. In einem Aufruf zu einer internationalen Kundgebung

“Für die Nichtverjährbarkeit der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für die Auflösung der SS-Verbände; für die Unterbindung jeglicher Nazipropaganda”

hieß es:

Wenn der Deutsche Bundestag vorher keine andere Entscheidung trifft, wird der 31. Dezember 1979 ein schwarzer Tag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sein. Nach einem Beschluss des Deutschen Bundestages von 1969 sollen dann die Verbrechen des Naziregimes verjähren.

Diese Aussicht ist unerträglich. Die millionenfachen Opfer der Nazityrannei würden nachträglich noch einmal beleidigt und diffamiert. Die Massenmörder von einst aber könnten sich aus ihren Verstecken herauswagen und sich ihrer Verbrechen öffentlich rühmen. Ihre Straffreiheit wäre geradezu ein Anreiz für sie, sich provokatorisch zur Nazi-Vergangenheit zu bekennen. der heute schon gefährlich angewachsene Neonazismus würde erheblichen Auftrieb erhalten: er würde die letzten Hemmungen fallen lassen. Die Verbände der ehemaligen SS und Waffen-SS müssten sich bestätigt fühlen.

Um der Zukunft willen dürfen Nazimordtaten nicht verjähren!“ (185)

Zur Vorbereitung der Kundgebung hatte sich in der Bundesrepublik - im Januar in Bonn - das „Nationale Komitee für die Auflösung der SS-Verbände - gegen die Rehabilitierung der SS-Verbände“ gebildet, welches die Organisation und Publizierung diese Manifestation übernahm. Dem Sprecherkreis gehörten aus NRW **Prof. Dr. Walter Fabian** und **Dr. Werner Koch** an.

Professor Walter Fabian, langjähriger Chefredakteur der vom DGB-Bundesvorstand herausgegebenen „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, antwortete der „tat“ auf die Frage, was das Eintreten dafür, die Verjährung von NS-Verbrechern zu verhindern, für die Demokratie in der Bundesrepublik bedeute:

„Ich glaube, zu einem vertieften Verständnis der Demokratie in der Bundesrepublik gehört eine richtige Einstellung zur Vergangenheit. Wir können sie natürlich nicht nur juristisch bewältigen. Aber wir müssen sie auch juristisch bewältigen. An den Diskussionen, die es in letzter Zeit in der Öffentlichkeit um eine Reihe von fragwürdigen Publikationen gegeben hat, sehen wir, dass da noch eine Menge zu tun ist - auch bei der Jugend und bei vielen anderen Menschen. Und dazu, so meine ich, gehört auch ein aktiver Einsatz aller Demokraten dafür, dass es für solche Verbrechen, wie sie zwischen 1933 und 1945 begangen wurden, keine Verjährung geben darf.“ *DR. JOSEPH C. ROSSAINT* nahm in einer Stellungnahme zu der Kundgebung auch zu der in jenen Wochen im Fernsehen ausgestrahlten US-Serie „Holocaust“ - die große Diskussionen auslöste - Stellung.

Mit 'Holocaust', so der Präsident der VVN-BdA im Hinblick auf die Forderung der Internationalen Kundgebung, „darf die Aufklärung über das Naziregime nicht beendet sein. Jetzt muss Ernst gemacht werden mit der Bewältigung unserer Vergangenheit.“ Die Kundgebung am 21. April 1979 wurde ein großer Erfolg. Viele hundert Menschen aus NRW demonstrierten in der elsässischen Metropole. Antifaschisten aus vielen Städten des Landes waren mit Bussen und PKW gekommen, um vom Bundestag und der Bundesregierung Maßnahmen für die Unverjährbarkeit von Naziverbrechen zu fordern.

Wie notwendig solche Aktivitäten waren, wird an einem Beispiel aus dem **Rhein-Sieg-Kreis** deutlich, wo die NPD mehrfach in Erscheinung trat, wo Hakenkreuzschmiereein und Hitler-Geburtstagsfeiern stattfanden. Die Antifaschisten reagierten darauf. Unter dem Titel „Zahlreiche Aktivitäten von Neonazisten unter Beschuss“ informierte die Lokalzeitung über eine Veranstaltung, wo der Hamburger Filmemacher Karl-Heinz Walloch seinen Film „Zwei Tage im Mai“ vorführte und wo der Antifaschist **JAN KACHEL** - der 1939 vom Generalstaatsanwalt Schrübbers, dem späteren Präsidenten des Amtes für Verfassungsschutz, „wegen Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt - anwesend war. Im Bericht über die Veranstaltung in **Sankt Augustin** - an der 100 Personen teilnahmen - heißt es.

„Ein von der Polizei abgesicherter Fackelzug durch die Hamburger Innenstadt erweckte bei vielen älteren Besuchern Schreckensvisionen: „Genauso fing das alles 1932 an“, bemerkte eine Sankt Augustiner Zuhörerin. „Kaum zu glauben, dass gegen diese Gruppen kein Verbot ausgesprochen wird. Stattdessen erhalten sie Polizeischutz.“ Das Verbot aller rechtsradikaler Organisationen, vor allem der Nationaldemokratischen Partei (NPD) und deren Jugendorganisationen, der Wiking- und der Kyffhäuserjugend stand im Mittelpunkt der Diskussion. „Ein totales Verbot ist zum Schutz der Jugendlichen, die diesen nach außen hin jugendfreundlichen Organisationen kritiklos gegenüberstehen, unbedingt notwendig“, forderte **JAN KACHEL**.

KACHEL wird weiter zitiert, dass er versucht habe, einen Krieg zu verhindern. Deswegen sei er als Sozialdemokrat und Antifaschist von den Nazijuristen verurteilt worden. Nach der Aufdeckung der Nazivergangenheit habe **KACHEL** eine Entschädigung von 9.000,-DM für sechs unschuldige Jahre in Haft erhalten.

“Nazimorde dürfen nicht verjähren”

so wird der Antifaschist zitiert.

“Es gibt noch viele unentdeckte Nazis unter uns.” (186)



Diese Meinung vertraten auch jene Antifaschisten, die am 3. Juli 1979 bei der *Debatte* um die *Verjährung* von Naziverbrechen von der Zuschauertribüne des Bundeshauses ihre Meinung kund taten. Das Bild, welches in vielen Presseorganen zu sehen war, zeigt u.a. die NRW-Kameraden **KARL SCHABROD** und **WILLI WAGENER** aus Dortmund in ihre Häftlingskleidung. Daneben ist **EMIL CARLEBACH** - ebenfalls in seiner Häftlingskleidung zu sehen - der unter der Überschrift: „Warum wir im Bundestag aufgetreten sind“ ein Artikel schrieb, der die Intentionen der Antifaschisten und den Ablauf der Aktion deutlich macht:

Seit mehr als eineinhalb Jahren, seit der großartigen internationalen Manifestation des 21. April 1978 in Köln, liegt der Antrag der Internationalen Initiative der Widerstandsorganisationen aus ganz Europa bei der Bundesregierung und bei den Fraktionen des Bundestags vor, zu einer Aussprache empfangen zu werden. Keiner der Herrschaften hielt es für nötig, seine wertvolle Zeit einem solchen Gespräch zu „opfern“. Einzelne Abgeordnete der SPD und der FDP waren bereit dazu, ihnen sei Dank dafür gesagt.

Aber die offiziellen Instanzen lehnten ab. Und die Bundestagsverwaltung, geprägt von ihrem bisherigen Chef, dem SA-Mann **Carstens**, ließ uns mit Brachialgewalt durch Hauspolizei und Kriminalpolizei aus dem Saal schaffen. Störenfriede waren wir für diese Leute während drinnen im Saal die ungeheuerlichsten Reden gehalten wurden, um Henker und Mörder zu schützen.

Ich wiederholte, was ich vor der Kameras des israelischen Fernsehens gesagt habe. Wir hätten den Saal ebenso still verlassen, wie wir ihn betreten haben, wenn dort offen und ehrlich gesprochen worden wäre. Aber da bestätigten einander stundenlang die Damen und Herren der verschiedenen Fraktionen gegenseitig ihre „hochmoralischen“, von „tiefstem Gerechtigkeitsgefühl“ getragenen Anliegen - während unter ihnen jener antisemitische Hetzer **Hans Edgar Jahn** saß, den seine eigene Partei wohlweislich aus dem Westeuropäischen Parlament zurückgezogen hat, weil man ihn anderen Völkern nicht zumuten kann. Aber unserem Volk und dem Bonner Bundestag kann man solch einen Mann offenbar zumuten.

Da sollten wir still bleiben, wenn ein FDP-Mann aufsteht und scheinheilig erzählt, ihm tue der Begriff „Bewältigung der Vergangenheit“ weh, denn das Wort Bewältigung habe denselben Sprachstamm wie Gewalt und Vergewaltigung.

Da saß, während Reden gehalten wurden, die die „Süddeutsche Zeitung“ als „Reden zur Rechtfertigung“ bezeichnet, der SS-Sturmführer **Wissebach** aus der Leibstandarte Adolf Hitler dazwischen und mag höhnisch in sich hineingegrinst haben.

Da saß jener Mann, der in den Kriegsjahren die nazistische Rundfunkpropaganda fürs Ausland koordinierte, und der laut Gerichtsbeschluss als Altnazi zu bezeichnen ist, Herr **Kurt Georg Kiesinger** - auch er ein „Demokrat mit ehrenwertem Anliegen“.

So kam es zu unserem Protest, zu der „Störung“. Und als uns die Polizisten hinausgeschleppt hatten, wobei sie dem 78jährigen Kameraden **KARL SCHABROD** noch Verletzungen zufügten, meldet sich einer dieser Leute bei seinem Chef mit den Worten: „Da drin sitzen noch mehr von ‘Denen’.“ Er meinte unsere Kameradinnen, die bei dem ersten Polizeiüberfall auf uns noch unbehelligt geblieben waren. Erst als ich dazwischen ging mit der Frage: „Was heißt das bei Ihnen: ‘von denen’? Wer soll das sein? Juden, Zigeuner, Kommunisten?“ Erst dann nahm die Polizei von weiteren Brutalitäten Abstand.

In der Nachmittags Sitzung des Bundestags fanden dann einige Abgeordnete gute und richtige Worte. Auch der **Justizminister Vogel**. Aber leider ist der Kommentar einer liberalen Zeitung nur zu berechtigt, der da sagt, auch nach der Rede des Ministers durften „Staatsanwälte und Richter nun keineswegs mit Schwung zur Vergangenheitsbewältigung antreten“, denn es gebe bekanntlich Fälle, „bei denen der Verdacht besteht, dass mit Absicht der Richterspruch hinausgezögert würde“.

In diesem Lande, das hat auch der 3. Juli wieder bewiesen müssen wir uns selbst helfen, uns selbst zu Wort melden, unüberhörbar und unübersehbar, wenn der Faschismus mit seinen Wurzeln vernichtet werden soll, wie wir es auf dem Appellplatz von Buchenwald geschworen haben.

Und wir werden und melden.

Auch in Zukunft.

Gemeinsam mit Jugendverbänden rief die VVN-BdA anlässlich des 35. Jahrestages der Befreiung von Krieg und Faschismus zu Aktivitäten auf für antifaschistische, demokratische Einrichtungen in unserem Land. Unter den Unterzeichnern waren u.a. die Landesverbände der Naturfreunde-Jugend, der SJD, die Falken, der SDAJ, der Christlichen Pfadfinder, der Sozialistische Hochschulbund, Unterbezirke der Jungsozialisten in der SPD, Deutsche Jungdemokraten, die Landes-Asten-Konferenz, die Landesschülervertretung. In vielen Kreisen wurde entsprechend der Orientierung des Aufrufs für eine Politik des konsequenten Antifaschismus und des Friedens demonstriert.

Im **Essener Kolpinghaus** fand am **9. Februar 1980** eine Landes.....-Konferenz der VVN-BdA statt. In einem Papier „Zu Problemen unserer Organisationsarbeit“ wird festgestellt, „dass das antifaschistische Potential in unserem Land gewachsen ist und auch das Ansehen unserer Organisation nahm und nimmt zu“. Im Land wurden 176 neue Mitglieder gewonnen (seit Mai 1979). Kritisch wurde gemeldet, dass dieses Ergebnis aber nur von 20 Kreisen erreicht wurde. Die Aktivitäten auch in kleinen Kreisen wurden angeführt. Für **Iserlohn/Schwerte** wurden 90% Steigerung angegeben, was in absoluter Zahl eine Steigerung von 10 auf 17 Mitglieder bedeutete. Nach der Darstellung der konkreten Situation wurden vom Landesbüro dann Überlegungen angestellt, wie vorhandene Schwächen in der Arbeit überwunden werden können. Dieses Papier war Grundlage des Referats das der Landessekretär vortrug. Die Gedanken, die viele Funktionäre auf dieser Kon-

ferenz erhielten, wurden in die aktive Arbeit umgesetzt. So hatte sich der Kreisvorstand der VVN-BdA **Ennepe** an den Verband der Kriegsoffer (VdK) des Kreises gewandt. Den Antifaschisten ging es um Aktivitäten, die die Kriegs- und Naziopfer ergreifen könnten, angesichts der bedrohlichen Situation von Hochrüstung und Friedensgefährdung. Dabei hatte die Vereinigung auf das Treffen von Antifaschisten- und Kriegsofferverbänden aus vielen Ländern Europas hingewiesen, was vorher in Rom stattgefunden hatte. Obwohl der VdK auch das „Welttreffen“ positiv einschätzte, teilte er jedoch am 14. März 1980 mit, der Kreisvorstand sei zu dem Ergebnis gekommen, „dass bei der angespannten Lage in der Welt Treffen und Gespräche auf VVN-Kreisebene gar keine Wirkung haben“. (187)

Bei den **Oberhausener Kurzfilmtagen** - das bedeutendste Festival für Kurzspiel- und Dokumentarfilmen - wurde, wie die Bielefelder Zeitungen am 8. März 1980 meldeten, ein Film über „Eine Frau im Widerstand“ gezeigt. In dem Film - von Bielefelder Filmemacher produziert - berichtete das VVN-Mitglied **MARIE LUISE HARTMANN**, über ihre antifaschistische Arbeit. Der Film zeigt - wie es in der Presse hieß - „dass es sich lohnt, sich als Frau ohne Bitternis für hohe politische Ziele einzusetzen.“

In **Münster** hatte am 18. Januar 1980 eine Veranstaltung des „Rings freiheitlicher Studenten“ (RFS) stattgefunden. Dort hatte ein Professor die Behauptung aufgestellt, Hitler sei ein asketischer Vegetarier gewesen, der sich ganz dem Ideal des deutschen Volkes verschrieben habe. Es wurde auch die Behauptung aufgestellt, der Film „Holocaust“ über den Massenmord an den Juden sei eine „Diffamierung des deutschen Volkes und das KZ Dachau eine ‘Attrappe’ der Amerikaner“. Die Aussagen des Professors untermauerte er mit einem Buch des **Historikers Diwald**, in dem die Massenvernichtung im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau bestritten wird. Außerdem war der RFS durch andere Aktivitäten aufgefallen, die die VVN veranlasste, diesen „Ring“ im Dunstkreis der Neonazis angesiedelt zu sehen. Mit vielerlei juristischen Schritten wurde die VVN-BdA von dieser Vereinigung bedroht. (188)

Die intensive Arbeit an Fällen, die 45 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, noch immer ungesühnt waren, führten zu der Veröffentlichung „Ungesühnte Nazi-Morde in Düsseldorf“, die die „Rheinische Post“ als eine „dringend nötige, wenn auch um Jahrzehnte verspätete Bilanz des Terrors, dem in Düsseldorf auf Grund der Nachforschungen speziell der VVN 455 Bürger zum Opfer fielen“ bezeichnete. Als Beispiel wird der Fall **Erich Klausener** angegeben, wo die Frau des Ministerialdirektors und Präsidenten der Katholischen Aktion, ergebnislos versuchte eine Untersuchung in Gang zu setzen. Der Artikel schließt: „Die Frage, wie es kam, dass nach dem Krieg in kaum einem der Fälle versucht worden ist, den oder die Mörder zu finden oder wenigstens namhaft zu machen, wird vielleicht von einer späteren Generation mit größerem Unverständnis gestellt werden als heute. Aber dann wird es keine lebenden Zeugen mehr geben.“ (189)

Als in jener Zeit sichtbar wurde, dass die neue Generation von Faschisten - die sich in Wehnsportgruppen militärisch ausbildeten - auch Morde durchführten und die Justiz mehr als zurückhaltend bei der Suche der Täter war, wurde in vielen Kreisen über die Hintergründe dieser Entwicklung nachgefragt. Besonders die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Münchener Oktoberfest-Attentat - wo im Juli 1980 13 Menschen getötet und über 200 verletzt wurde - erregte die demokratische Öffentlichkeit. Ein Bundesanwalt stellte ständig seine These von „einzelnen Wahnsinnigen“ heraus. Und der CSU-Politiker **Tandler** bemühte sich die Neonazi als von der DDR bezahlte Agenten darzustellen.

Die Methode wurde übrigens auch 1959 angewendet, als es zu vielfältigen antisemitischen Aktivitäten kam und dabei am Jahresende die Kölner Synagoge in Mitleidenschaft gezogen wurde. Obwohl bekannt wurde, dass die beiden Brandstifter Mitglieder der neonazistischen „Deutschen Reichs Partei“ waren, wurde in den Medien die Version verbreitet, dass die „Ostzone“ dahinter stehen würde. In einer Ansprache hatte Bundeskanzler **Adenauer** auch Andeutungen in der Richtung losgelassen und zugleich den jüdischen Bürgern versprochen, dass alles zur Aufklärung unternommen würde, um solches nicht wieder geschehen zu lassen. (190) Und im Zusammenhang damit wurde wieder ermittelt, gegen den jungen Kommunisten **HELMUT KLIER** aus Düsseldorf. Wie nun die Haltung der Justiz und der Polizei 1980 war, wird in einer Pressemeldung deutlich:

„In einer Düsseldorfer Wohnung wurde ein umfangreiches Munitionslager entdeckt, dessen Besitzer nach Angaben der Staatsanwaltschaft Verbindungen zur verbotenen Wehnsportgruppe Hoffmann unterhalten haben soll. Sicherergestellt wurden: 1.650 Stück Pistolenmunition, 1.120 Stück Gewehr- und 100 Stück Maschinengewehrmunition, Eierhandgranaten, 7 Stück Granatwerfermunition sowie Literatur aus der Zeit des Nationalsozialismus. Weiterhin fanden die Beamten eine angeblich von Hoffmann selbst unterzeichnete Einladung zum Quartier der Wehnsportgruppe, Schloss Ermenreuth sowie Hoffmanns Telefonnummer im Notizbuch des 26jährigen Wohnungsinhabers, der nach einer Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt werden musste.“ (191)

HANS JENNES nahm auf der Präsidiumssitzung am 18./19. Oktober 1980 diese Meldung zum Anlass festzustellen.

„Alle Welt fragt sich nun, warum „musste“ dieser Mann wieder auf freien Fuß gesetzt werden? Ist es nicht offensichtlich, dass diese Waffen nur zu terroristischen Zwecken verwandt werden sollten? Oder will man die Welt Glauben machen, dass Waffen und Munition für einen Wohltätigkeitsbasar bereitgehalten wurden?“ (192)

Es war klar, dass die alarmierenden Nachrichten über eine Vielzahl von existierenden Neonazi-Gruppen, über Waffenfreunde, faschistische Propaganda und über Wehrsportübungen, von der VVN-BdA aufmerksam beobachtet wurden und Möglichkeiten des Kampfes gegen diese Entwicklung diskutiert wurden. So auf der Bundes-Funktionär-Konferenz, welche am 2. und 3. Mai 1981 in Frankfurt/Main durchgeführt wurde und wo 108 Teilnehmer aus NRW teilnahmen, die von den Kreisen benannt worden waren. Das Präsidiumsmitglied *WILLI KUTZ* aus **Duisburg** hielt das Einleitungsreferat zum Arbeitskreis, der sich mit der organisatorischen Stärkung der Organisation befasste. In der Diskussion der verschiedenen Arbeitskreise diskutierten auch die NRW'ler. *INGE SBOSNY* aus **Solingen**, die im Präsidium für die Kasse verantwortlich war, machte in ihrem Beitrag deutlich, „dass die Kassierung eine wichtige politische Aufgabe und Teil der gesamten Organisationsstätigkeit ist.“ In den weiteren Ausführungen betonte sie, dass das Bankeinzugsverfahren „keine glückliche Lösung“ sei. „Durch Bankeinzug tritt an die Stelle des nützlichen persönlichen Kontaktes und der nützlichen persönlichen Gespräche zwischen Mitglied und Kassierer eine kalte, nüchterne, geschäftliche Abwicklung der Beitragseinzahlung“.

Kritische Anmerkungen zur Arbeit im Bereich Wiedergutmachung und Sozialpolitik die „seit einigen Jahren sowohl im Präsidium als auch im Geschäftsführenden Präsidium stiefmütterlich behandelt wurden bzw. behindert wurden, machte *ALICE STERZENBACH* aus **Düsseldorf**. Sie warnte, auf „Verschleierungsversuche“ - die von Behörden kommen würden“ einzugehen, als ob alle Wiedergutmachungsansprüche oder überhaupt nur erledigt werden konnten.

Weiter stellt dazu *ALICE STERZENBACH* fest:

„Solche Beschwichtigungsversuche, die mehr nach außen oder für einen kleinen Personenkreis gedacht sind, ist etwa die Ankündigung, die auch vielleicht Jüngere zur Kenntnis genommen haben, dass eine Stiftung für Wiedergutmachung ausbügeln soll, was in den vergangenen Jahren nicht erledigt, nicht geschaffen, vielleicht sogar nicht beabsichtigt war. Es war ein unverantwortlicher Fehler, die Kreisorganisationen mit diesen Problemen, die unter den Stichworten Sozialpolitik und Wiedergutmachung immer noch auf uns zukommen, allein zu lassen. Im Einzelfall sind die Kameraden trotz mehr oder weniger umfangreichen Rechtskenntnissen nicht in der Lage, ohne Unterstützung, ohne Erfahrungsaustausch helfen zu können.

Die Konsequenz aus den gestern vorgelegten Berichten ist: sowohl in den Landesorganisationen, als auch beim Präsidium muss eine Arbeitsgruppe „Sozialpolitik und Wiedergutmachung“ neu belebt werden. Denn mit den allmählich sichtbaren Veränderungen in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft kann und muss die Entwicklung der sozialpolitischen Weichenstellung in der BRD, in der Auswirkung auf das individuelle Schicksal eines jeden beachtet werden. Es muss z.B. beachtet werden, dass Militarisierung und selbst Tendenzen von Neofaschismus auch in der Vielfalt der Sozialgesetzgebung 'ihren Niederschlag' findet: Arbeitslosigkeit durch wirtschaftliche Krisen oder Berufsverbote, die gesetzliche Krankenversicherung, Krankenhaussicherungsgesetz oder Einschränkung von Kurzbewilligungen, nicht nur für die, die aufgrund der Wiedergutmachungsgesetzgebung dazu berechtigt wären, der Versuch, vom Netz der sozialen Sicherung zurückzuschalten auf die individuelle Absicherung der Lebensrisiken auf den einzelnen. Die Absicherung der Lebenssicherung war vor über 100 Jahren das Schlagwort, unter dem soziale Gesetzgebung überhaupt verabschiedet und geschaffen wurde - die teilweise Rücknahme und Einschränkung der Sozialgesetzgebung, das sind Tendenzen, die auch für unsere Mitglieder, aber noch mehr für unser Verständnis in der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, die wir gewinnen wollen für unsere spezielle Aufgabe, wichtig sind. In unserer Arbeitsgruppe wurde unterstrichen, dass ein Wiederbelebungsversuch der ehemaligen Abteilung Wiedergutmachung und Sozialpolitik sehr notwendig geworden ist. Der Erfahrungsaustausch und Informationsfluss muss wieder in Gang gesetzt werden.“ (193) Unter den Beschlüssen ragte ein „Offener Brief“ an die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder heraus. In ihm wurde sich mit den am 12. Februar 1981 beschlossenen „Grundsätzen für die Darstellung Deutschlands in den Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht“ befasst. Hier wurde - wenn man so will - die Arbeit der „Schulbuchinitiative“ des NRW-Landesverbandes unter anderen Bedingungen und auf einer anderen Stufe fortgesetzt. Im Brief heißt es: „Diese Grundsätze stehen im Gegensatz zu den von der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR, der Volksrepublik Polen und der UdSSR abgeschlossenen Verträge sowie zum dem Viermächteabkommen, die auf der Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa basieren. Auf Grund ihres Beschlusses soll in allen Landkarten für den Schulunterricht „Deutschland“ in den „Grenzen des Deutschen Reiches vom 31.

Dezember 1937“ eingezeichnet, die Grenzen zur DDR als „besondere Grenze“ dargestellt und Westberlin im Gegensatz zum vierseitigen Abkommen als Bestandteil der Bundesrepublik herausgestellt werden.

Die Bundeskonferenz der VVN-Bund der Antifaschisten stellt sich mit Nachdruck hinter die Erklärung des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten vom 17. Februar 1981, in der der Beschluss der KMK als „Rückfall in den kalten Krieg“ bewertet wird. Mit großem Ernst wurde in der Präsidiumserklärung gewarnt: „Werden Schülern beständig vor Augen führt ‘wie groß’ Deutschland einmal war, ohne ausreichend zu vermitteln, wer die Verantwortung für diese Entwicklung zu tragen hat, fördert revanchistisches Denken und trägt dazu bei, sie rechtsradikalen Gruppen in die Arme zu treiben.

Wir, in Frankfurt am Main versammelten ehemaligen Widerstandskämpfer gegen das Naziregime und demokratisch engagierten Antifaschisten der jüngeren Generation, wollen nicht annehmen, dass Sie, die Kultusminister der Bundesländer mit der Auffassung jener übereinstimmen, die Ihre Beschlüsse vom 12. Februar 1981 begeistert begrüßen, weil sie nach wie vor die Revision der Ergebnisse des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Zweiten Weltkrieges anstreben. Wir wollen nicht annehmen. Dass Sie der gleichen Meinung sind wie z.B. der Sprecher der Landsmannschaft Schlesien und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, **Dr. Herbert Hupka** (MdB/CDU), der im „Deutschland-Union-Dienst“ vom 24. März 1981 unter der Überschrift „Unzulässige Kritik Warschaws und Moskaus am Kultusministerbeschluss“ schrieb: „Wir sind den in der Volksrepublik Polen und in der Sowjetunion Herrschenden keine Rechenschaft darüber schuldig, wie wir ganz Deutschland darstellen....Deutschland soll und muss so dargestellt werden, wie es unserem Selbstverständnis entspricht.“

Werte Damen und Herren, die Bundeskonferenz der VVN-Bund der Antifaschisten appelliert an Sie und Ihre hohe Verantwortung für die Erziehung der Jugend unseres Landes in Schule und Unterricht:

– Annullieren Sie auf Ihrer Konferenz am 7. Mai 1981 den Beschluss vom 12. Februar 1981.

– Beweisen Sie, dass Sie bestrebt sind, die Jugend unseres Landes zu Demokraten und Antifaschisten, im Geiste des friedlichen Nebeneinanders der Staaten und Völker Europas zu erziehen.“ (194)

Die in dem Brief angesprochene Thematik, wie die Vertriebenenverbände auf die politischen Entscheidungsträger Einfluss zunehmen versuchten und versuchen, war auch in der Arbeit der Landes-VVN, ein ständiges, jahrelanges Thema. Besonders nach Pfingsttreffen der verschiedenen Vertriebenenorganisation (und dabei nicht nur an die großen wie die Ostpreußentreffen in Essen) konnten vielfältige, revanchistische Äußerungen belegt werden, die die Verfolgtenorganisation veranlasste, dagegen Stellung zu beziehen.

Auf der **Landesdelegiertenkonferenz**, die am 21. und 22. März 1981 in **Essen** durchgeführt wurde, standen diese und andere aktuelle Fragen ebenfalls auf die Tagesordnung. In einer Erklärung dieser Konferenz wird die „Geschlossenheit des Landesverbandes“ betont und herausgestellt, „das in der Jahrehauptversammlung der Kreisvereinigungen überzeugend zu den wichtigen Fragen unserer Politik Stellung genommen“ worden sei und das „volle Übereinstimmung“ bestehe. Der Landeskonferenz wurden 7 Grußschreiben zugesandt und 7 Begrüßungsansprachen gehalten, was als „Solidarität mit unseren antifaschistischen Anliegen und der Bündnispolitik“ bezeichnet wurde. In der Diskussion sprachen „27 Kameradinnen und Kameraden, 10 Wortmeldungen konnten nicht mehr berücksichtigt werden“. Hier zeigte sich, dass die Arbeit der VVN-BdA doch intensiv diskutiert wurde. Der Landesvorstand stellte am Schluss der Einschätzung fest, dass diese „Beiträge schriftlich nachzureichen“ von Delegierten dem Tagungspräsidium vorgetragen wären. „Es wäre gut, wenn es gelänge, das zu erreichen.“ (196)

Gemeinsam mit Jugendverbänden fand am 21. November - anlässlich des seit fünf Jahren dauernden Majdanek-Prozess - in **Düsseldorf** eine Podiumsdiskussion und eine Protestversammlung (26. November) statt, auf der u.a. das Präsidiumsmitglied **MAX OPPENHEIMER** sprach. Bei der Podiumsdiskussion - unter einem Transparent, welches 18 Jugendorganisationen erstellt hatten und das die Losung

„Wer SS-Mörder schont, fördert den Neonazismus“

hatte - wurden auch Bezüge zu den Anschlägen von „Rechtsextremisten“ - wie es in der Presse hieß - in Bologna und München hergestellt. Der Bochumer Lehrer **REINHARD JUNGE**, der Superintendent **DIETER LINZ**, **PROF. ULRICH KLUG** und der Kölner Rechtsanwalt **MICHAEL RATZ** nahmen zum „Skandal ohne Ende“ - so der Flugblattartikel - Stellung.

Zum „Skandal“ wird im Flugblatt u.a. ausgeführt:

„Der Majdanek-Prozess unterscheidet sich von anderen NS-Prozessen nicht nur sein zeitliches Ausmaß. Er wurde zu einem Prozess der Skandale. Der erste ist die Tatsache, dass er erst 35 Jahre nach der Befreiung vom Naziregime stattfindet. Das ist nicht zuletzt das Ergebnis einer mangelhaften Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit in der Bundesrepublik, wo ehemalige hohe Naziführer in wichtige Staatsämter gelangen

konnten. Eine Flut von Verzögerungsanträgen der Rechtsanwälte und rechtsextremistische Aktivitäten brachten den Prozess in die Schlagzeilen und riefen großen Protest im In- und Ausland hervor.....

Die Skandale um den Majdanek-Prozess müssen im Zusammenhang mit dem aufkommenden Neonazismus und der Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik gesehen werden. Sie schafften ein politisches Klima, in dem neonazistische Propaganda auch im Gerichtssaal möglich wird und Anwälte die Massenmorde an Juden und politischen Gegnern des Hitlerstaates bagatellisieren.

Wir, Jugend und Verfolgtenverbände aus Nordrhein-Westfalen, nehmen den 5. Jahrestag des Beginns des Majdanek-Prozesses zum Anlass, um erneut auf diese Skandalaffären aufmerksam zu machen.

Wenn schon der **Staatsanwalt Wolfgang Weber** von der Kölner Zentralstelle zu Ermittlung von NS-Verbrechen erklärt: "Wir werden zusehends ein Opfer der deutschen Strafprozessordnung", und wenn der Vorsitzende **Richter Günter Bogen** - nach einer fast fünfjährigen Prozessführung - sehr vorsichtig argwöhnt, ob die Flut von Anträgen der Verteidiger "nicht als eine möglicherweise bestehende Verschleppungstaktik" gewertet werden musste, dann darf wohl die Frage erlaubt sein, was in diesem Majdanek-Verfahren falsch gelaufen ist. Es muss aber auch die Frage gestellt werden, ob die bundesdeutsche Justiz überhaupt in der Lage und gewillt ist, eine konsequente Durchführung von Prozessen gegen NS-Verbrechen zu ermöglichen." Abschließend werden folgende Forderungen beschlossen:

- 1. Parlament und Regierung der Bundesrepublik Deutschland müssen unmissverständlich für die Verfolgung und Verurteilung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit eintreten und jede Form der Begünstigung der Mörder - sei es Generalamnestie oder Teilamnestie - nachdrücklich ablehnen.**
- 2. Der Gesetzgeber darf die Verantwortung für diese schwere Aufgabe nicht der Justiz allein überlassen, sondern sollte dem Völkerrecht entsprechende Gesetze beschließen, um eine zügige Durchführung von NS-Verbrecher-Prozessen zu ermöglichen.**
- 3. Die deutsch-polnischen Schulbuechempfehlungen müssen in den Lehrbüchern aller Länder der Bundesrepublik ihren Niederschlag finden.**
- 4. Wir fordern Unterbindung jeglicher Nazipropaganda und die Auflösung der nazistischen und neonazistischen Organisationen, insbesondere der SS-Nachfolgerverbände, wie z.B. der HIAG!**

In dem Zusammenhang verdient die Mitteilung des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen - Aktenzeichen IV A3-157 - vom 12. Mia 1981 an die VVN-Bund der Antifaschisten des Landes Beachtung. Am 24. April hatte diese gegen NPD-Veranstaltungen protestiert und ein Verbot gefordert.

„Nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, die vor kurzem auch in der Presse behandelt wurde“, so beginnt das amtliche Schreiben, „verfolgt die NPD verfassungswidrige Ziele. Gleichwohl darf sie nach dieser Entscheidung als nicht verbotene bzw. verfassungswidrig erklärte Partei Versammlungen, Parteitage, Delegiertentage o.ä. abhalten. Dies ist die Rechtslage, zu die auch ich gebunden bin. Ein Verbot der NPD-Veranstaltungen vom 1. und 2. Mai 1981 in **Ibbenbüren** und **Rheine** - wie von Ihnen gefordert - kam daher nicht in Betracht.“

Auch im Jahre 1982 stand die Arbeit der VVN-BdA verstärkt darin, im Land die Initiativen zu unterstützen oder zu bilden, die sich gegen das verstärkte Auftreten von Neonazis wandten. Ein weiterer Schwerpunkt war die Unterstützung der Friedensbewegung. Im Juli 1982 hieß es in einem Papier: "die Hauptaufgabe der Gegenwart ist die Sicherung des Friedens. Der Kampf für Frieden und Abrüstung, gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen in unserem Land ist mit dem Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus verbunden. Sichtbar zu machen ist auch, dass Kriege, Hochrüstung, steigende Arbeitslosigkeit und Sozialabbau Voraussetzungen für neofaschistische Aktivitäten schaffen." (199) In dem Papier sind auch Termine genannt, „auf die wir uns schon in den nächsten Wochen orientieren wollen“. Es waren u.a.: 4. September Gedenk Kundgebung in **Stukenbrock**, die Teilnahme an der Demonstration anlässlich des Katholikentages in **Düsseldorf**, die von der Initiative „Kirche von unten“ getragen wurde und zu der Großveranstaltung im **Bochumer Stadion** „Künstler für den Frieden“ zur Unterstützung des **Krefelder Appells**. (200)

Diese Orientierung war auch schon in der Einladung zur Veranstaltung aus Anlass des

35JÄHRIGEN BESTEHENS DER VVN

enthalten, die im Januar 1982 an die Mitglieder ging. (201) Am Samstag, den 20. März 1982 fand diese Großveranstaltung statt, auf der u.a. *DR. JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT* sprach. Künstler wie **Eva Matthes**, **Konstantin Wecker**, **Esther Bejarano**, **Helmut Ruge** u.a. gestalteten diese eindrucksvolle Kundgebung.

Auch auf der Landesdelegiertenkonferenz am 21. Mai 1981 hatte ein Kulturbeitrag tiefen Eindruck hinterlassen. Bei der Abendveranstaltung in der ehemaligen Synagoge in Essen hatte ein Ensemble der Volkshoch-

schule unter der Leitung von Dr. Ilka Boll unter dem Titel *“Sie sagten N E I N”* über *“Essener Frauen und Männer im Kampf gegen das Hakenkreuz”* berichtet.

Essen war auch der Tagungsort der „Organisations- und Arbeitskonferenz“ am 24. April 1982. Nach einem Referat des Generalsekretärs *KURT Erlebach* zum Thema *“Stärkung der Organisation im Kampf für Frieden und Abrüstung, gegen jegliche Erscheinung von Neonazismus”* wurde in Arbeitsgruppen die Problematik abgehandelt. (202)

Die große Kundgebung

“AUFSTEHEN! - FÜR DEN FRIEDEN”

am 10. Juni 1982 wurde in vielen Städten von den Kreisorganisationen der VVN-BdA mitvorbereitet (203) und Tausende Mitglieder der Organisation demonstrierten in **Bonn**.

Die Aktivitäten des Landesverbandes im „Jahre 1982 begannen mit einer Landesbildungs-Tagung am 23. Januar in **Duisburg**. Der Landessekretär *ERNST HINZ* und die Leiterin der Landesbildungskommission, *MARIA WACHTER*, schrieben in ihrer Einladung, dass „das Jahr 1983 - 50 Jahre nach der faschistischen Machtübernahme - auch an unsere Bildungsarbeit große Anforderungen“ stelle. (204)

Eine Woche später fand in Köln eine Kundgebung aus Anlass des 50. Jahrestages des Machtantritts der Nazis statt. Der „Kölner-Stadt-Anzeiger“ berichtete zwei Tage später über die Kundgebung und Demonstration. „Wie Frau **Ranke-Heinemann** verknüpften auch die übrigen Redner - der Vorsitzende der Kölner IG Metall **Walter Malzkorn**, der Widerstandskämpfer **Kurt Bachmann**, ein türkischer Arbeitnehmer und (in Uniform) ein Stabsarzt der Bundeswehr - die Erinnerung an den Widerstand und die Opfer des Nazi-Terrors mit Warnungen vor Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus sowie Protesten gegen „Rüstungswahn“ und Atomwaffen-Stationierung. Die Kundgebung war Höhepunkt und Abschluss der Demonstration, zu der neben der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregime-Bund der Antifaschisten, Gewerkschaften und Verbände aufgerufen hatten.....Auf Spruchbändern und Tafeln wurde an die Gräueltaten der Nazis erinnert - Soldaten in Uniform protestierten gegen ‘Neonazis in der Bundeswehr’“. (205)

Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission von der **Landesdelegiertenkonferenz** (12./13. März 1983) in **Dortmund**, lässt sich ersehen, dass 224 Delegierte in den Kreisen gewählt wurden, wovon aber nur 197 anwesend waren. Aus anderen Unterlagen ist bekannt, dass in den 38 Kreisen des Landes am 1. Januar 1983 ca. 3.500 Mitglieder gemeldet waren, die allerdings nur zu ca. 85% kassiert wurden. Dieses Problem schlug sich auch im Bericht wieder. 17 Delegierte hatten ihren letzten Beitrag im Dezember 1982 bezahlt. Bei 6 anderen fehlt die Angabe auf dem Delegiertenbogen ganz. Von den Teilnehmern der Landeskonferenz waren 76 Frauen und 121 Männer. 30% waren bis 30 Jahre alt, 40% bis 60 und darüber weitere 30%. (206)

Die Konferenz - welche ein Grußwort des Dortmunder Oberbürgermeisters **Samtlebe** erhalten hatte - nahm eine Stellungnahme gegen die Volkszählung an, protestierte gegen die Bestrafung des Stabsarztes **Walter Popp**, der an antifaschistischen Manifestation teilgenommen hatte und rief zur Unterstützung des Ostermarsches auf. In Briefen an den Oberbürgermeister von **Bad Salzuflen** und Landeskulturminister Girgensohn wurde die fristlose Entlassung von **Christian Börger** verurteilt und „im Interesse unserer Verfassung“ die Rücknahme der Kündigung gefordert. Beim Oberbürgermeister der Stadt **Mönchengladbach** wurde - wie schon zuvor die Kreisvereinigung - gegen die beabsichtigte Verleihung des „Benediktpreises für Heimat - und Brauchtumpflege“ an Otto von Habsburg protestiert.

Die Landesdelegiertenkonferenz solidarisiert sich mit allen Persönlichkeiten und gesellschaftlichen Gruppen - wie etwa gewerkschaftlichen Organisationen und der Friedensbewegung, den Jungsozialisten und Jungdemokraten in Mönchengladbach, die die Preisverleihung an Otto von Habsburg verurteilen und z.B. feststellen:

„In mehr als 20 Büchern und zahlreichen Artikeln äußerte sich v. Habsburg zu politisch brisanten Themen, u.a. auch zur Rassendiskriminierung in Südafrika. Habsburgs Sprüche führten zu einem erbitterten offenen Brief des damals aus Rhodesien ausgewiesenen **Bischofs Lamont**, der Habsburg vorwarf, weder Ehre noch Respekt vor der Wahrheit zu haben. Der damalige **Bundeskanzler Schmidt** bezeichnete 1979 den Monarchensohn als eine „schlechte Visitenkarte für die Bundesrepublik Deutschland“, für die Gewerkschaft ist er ein Repräsentant der äußersten Rechten.“

Auch die VVN-Bund der Antifaschisten unterstützt Förderung und Bereicherung heimatlichen Brauchtums, jedoch in der Besinnung auf demokratische und antifaschistische Traditionen im Interesse einer friedlichen Entwicklung der Bundesrepublik.

Im 50. Jahr nach der Machtübertragung an den Faschismus besteht in **Mönchengladbach** immer noch die bis heute nicht aberkannte Ehrenbürgerschaft eines Goebbels. Auch dieses Jahr ist wieder von einer erschreckenden Zunahme neonazistischer Umtriebe gezeichnet. Wir fordern Sie auf:

Wehren Sie allen Anfängen zur Wiederbelebung der Ewiggestrigen!“ (207)

Von der Konferenz aus wurde auch eine Erklärung „Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit“ verabschiedet. Diese Resolution wirkte auch orientierend, als Antifaschisten gegen die “Aktion Ausländerstopp” kämpften, die von der NPD-Zentrale in **Bochum-Wattenscheid** aus gesteuert wurde. Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

„Ausländerfeindliche Wandschmierereien und Hetzschriften gehören mittlerweile zum Alltag unserer Städte. “Ausländer Raus!”-Rufe und “Deutschland den Deutschen”-Parolen sind schlimmer Ausdruck der besonders von den Neonazis geschürten Ausländerfeindlichkeit.

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Bildungsnotstand und Perspektivlosigkeit besonders für die junge Generation bedrohen viele Bundesbürger. Um von den eigentlichen Ursachen dieser krisenhaften Entwicklung abzulenken, werden die Ausländer als Sündenböcke vorgeschoben. Sie sollen Schuld sein an all den Problemen. Ihre Vertreibung - so die Argumentation der Nazis - würde die Beseitigung der Krise bedeuten. Sie knüpfen dabei offen an die rassistische Naziideologie an.

Die Initiatoren des sogenannten “Heidelberger Manifestes” zum Beispiel warnen vor einer angeblichen “Überfremdung” und fordern die “genetische Reinhaltung” des deutschen Volkes. Diese Argumente werden aber auch von konservativen und reaktionären Kreisen aufgegriffen und so salonfähig gemacht.

Auch die staatliche Ausländerpolitik trägt z.B. durch die Verhinderung der Zusammenführung ausländischer Familien in großem Maße zu ausländerfeindlichen Tendenzen in der Bevölkerung bei. So müssen beispielsweise seit ca. einem halben Jahr Ausländer bei Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung genaue, bis ins Peinliche gehende Angaben über ihre Wohnverhältnisse machen, dies vom Vermieter bestätigen lassen und darüber hinaus sein Einverständnis für den Zuzug weiterer Familienangehöriger einholen. Ebenso skandalös ist die systematische Aushöhlung des politischen Asylrechts in der Bundesrepublik und das Verbot fortschrittlicher Ausländerorganisationen. Nach wie vor können jedoch die faschistischen “Grauen Wölfe” ungehindert ihre Landsleute in der BRD terrorisieren.

Die VVN-Bund der Antifaschisten Nordrhein-Westfalen wendet sich von ihrer diesjährigen Landesdelegiertenkonferenz eindeutig gegen jegliche Wiederbelebung von Rassismus in unserem Volke.

Wir wenden und entschieden gegen die Bedrohung und Diffamierung von ausländischen Arbeitern und ihren Familien durch neonazistische Gruppen.

Wir fordern die sofortige Demokratisierung der Ausländergesetzgebung und setzen uns für die uneingeschränkte Anwendung des Asylrechts für politisch Verfolgte faschistischer und reaktionärer Militärdiktaturen ein.“

Im November kam es in **Bonn** zu einer Aktion, die Aufsehen erregte. Anlässlich der Debatte um die Stationierung hatten Überlebende der faschistischen Konzentrationslager und Widerstandskämpfer die Aussicht kundgetan, vor dem Abgeordnetenhochhaus, “dem langen Eugen” einen Schweigemarsch und Kundgebung durchzuführen. Sie wollten dort an der Gedenktafel für die Reichstagsabgeordneten, die Opfer des Faschismus wurden, ihre tiefe Besorgnis zum Ausdruck bringen, dass durch eine Zustimmung zur Stationierung neuer Atomraketen auf deutschem Boden eine akute Gefahr heraufbeschworen wird, wieder Krieg von deutschem Boden ausführbar zumachen. An diesem 21. November hatte die Polizei diese Kranzniederlegung behindert. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ diskreditierte damals diese Aktion. In scharfmacherfrischer Weise forderte das großbürgerliche Blatt den Bundestagspräsidenten auf, den Kranz in “Ausübung des Hausrechts” zu entfernen:

Seite 12 / Freitag, 25. November 1983

Frankfurter Allgemeine

Zeitung für Deutschland

Ein Kranz

Rm. Die Bundestagsdebatte über die Nachrüstung ist längst vorbei, die unfriedlichen Fanatiker im Parlament haben für kurzer Zeit nichts mehr zu fuchteln, ihre ambulanten Hilfstruppen sind aus Bonn abgezogen. Die Polizei baut ihre ihr Zeltlager in der Nähe des Bundestages ab. Das deutsche Parlament sieht wieder aus wie sonst. Aber nicht ganz. Vor dem Bundestagshochhaus, am Gedenkstein für die „Mitglieder des Deutschen Reichstages, die für Freiheit und Recht in Deutschland einstanden und Opfer der Tyrannei wurden“,

liegt ein Kranz. Auf der Schleife steht: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Keine neuen Atomraketen. Die Opfer des Faschismus mahnen.“ Die von den Nationalsozialisten ermordeten Reichstagsabgeordneten können sich nicht dagegen wehren, das ihr Angedenken für politische Agitation missbraucht wird. Aber es gibt einen Bundestagspräsidenten (mit vier Stellvertreter), der das Hausrecht über den Bundestag hat. Ein Anruf von ihm bei der Bundestagsverwaltung, und der Kranz wäre fort gewesen. Aber Nichts. Am Mittwoch lag er noch da, am Donnerstag immer noch. Offenbar ist auch kein Abgeordneter auf die Idee gekommen, das Machwerk zu entfernen. Bleibt der Kranz nun liegen, bis ein Wolkenbruch oder Hochwasser in verspült?

„Dieser skandalösen Geisteshaltung“, so stellt am 8. Dezember der Pressedienst der VVN-BdA fest, „die von der Missachtung entscheidender Lehren aus Faschismus und Krieg bestimmt ist, erteilten heute vor dem Gedenkstein mehrere Sprecher eine deutliche Absage. Im Auftrag seiner Fraktion sprach das Mitglied des Bundestages, **Hajo Hoffmann (SPD)** und dankte der VVN-Bund der Antifaschisten, dass sie in einer Situation, die durch die akute Bedrohung des Friedens gekennzeichnet ist, das Vermächtnis des Widerstands wach hält und derer gedenkt, die im Kampf gegen Faschismus und Krieg gefallen sind. **Walter Sauermilch, (MdB, Die Grünen)** leitete ebenfalls aktuelle Schlussfolgerungen für den heutigen Kampf gegen die Raketenstationierung ab.“ (208)

Das Mitglied des Präsidiums, der Duisburger *WILLI HEINSKILL*, erinnerte daran, dass der Tod der Reichstagsabgeordneten und vieler Volksvertreter aus den Landtagen, „der heutigen Generation die Verpflichtung auferlegt, alles zu tun, damit niemals wieder von deutschen Boden ein Krieg ausgeht.“ (209)

An dieser Manifestation wohnten neben VVNlern, Vertreter der Bundestagsfraktionen der SPD und der Grünen, des DGB Kreises Bonn, örtliche Friedeninitiativen und Jugendorganisationen bei. *WILLI HEINSKILL*, der auch Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes war, gehörte mit zu der Delegation, die am Freitag, den 4. Mai 1984 im Bonner Bundeskanzleramt den von zahlreichen Persönlichkeiten und Vertretern von Organisationen, Parteien und Initiativen unterzeichneten Appell „Die SS-Traditionsverbände sind zu verbieten“ übergaben. Auf einer anschließenden Pressekonferenz wurde eine Liste mit 30 Treffen übergeben, die von der HIAG und ihren Verbänden angekündigt wurden. Diese Treffen, so wird der Generalsekretär, *KURT ERLEBACH* zitiert, „sind mit Geist und Inhalt des Grundgesetzes unvereinbar“. Er erinnert daran, dass im Juli 1970 die damalige Bundesregierung in einem Schreiben an die UNO ausdrücklich versichert habe, dass alles getan werde, um einer Ausbreitung des Neofaschismus entgegenzuwirken. (210)

Eine Woche später ließ der Bundeswahlausschuss die Kandidatur der neonazistischen NPD zur Europa-Wahl zu. Die VVN-BdA protestierte dagegen.

„Erst im Mai 1983“ so wird in einer Erklärung festgestellt, „hat das Bundesverwaltungsgericht in einer Entscheidung die neofaschistische Propaganda der NPD mit den Worten charakterisiert, sie fordere eine „Volks-gemeinschaft, ausgerichtet an nationalsozialistischen Vorbildern, eine rassistisch bestimmte, auf Menschen deutschen Blutes beschränkte Gemeinschaft...bestätigt durch einen kaum verhüllt zum Ausdruck kommenden Antisemitismus“. Diese Zielsetzung, so schlussfolgerte der Senat, sei mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren“.....

Der Bundeswahlausschuss hat einer Partei die Teilnahme am Wahlkampf ermöglicht, die mit Parolen wie „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik“ oder „Breslau, Königsberg, Stettin sind deutsche Städte wie Berlin“ auf Stimmenfang geht. Diese Parolen sind, ebenso wie die „Ausländer raus“-Politik der NPD geeignet, das friedliche Zusammenleben der Völker in Europa und in der Bundesrepublik zu stören. Sie sind ein grober Verstoß gegen die Verfassung unseres Landes, insbesondere gegen Artikel 3, der die Rassendiskriminierung verbietet, gegen Artikel 26, der die Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker unter Strafe stellt und gegen Artikel 139, der jegliche Nazipropaganda verbietet.....“ (211)

In dieser Presseerklärung war auch auf den engen Kontakt führender Funktionäre der terroristischen Kühnen-Organisation ANS/NA mit NPD verwiesen worden, die belegen würden wohin die Politik der NPD führt.

Wohin dies führte, schilderte das Ruhrgebiets-Magazin „MARABO“:

Das Foto ging Anfang Mai durch die Presse. Springers Bild-Zeitung druckte es und die kommunistische UZ. Die sozialdemokratische Westfälische Rundschau schrieb darunter : „Bei den brutalen Angriffen der rechtsradikalen Skinheads während des NPD-Parteitages wurde auch eine unbeteiligte ältere Frau zu Boden gerissen.“

MARABO sprach mit der ‘unbeteiligten älteren Frau’.

Es ist die 67jährige Rosa Eck aus Gelsenkirchen. Beim Gespräch dabei war ihr Freund, der 76jährige Rentner Heinrich Schmitz aus Duisburg. Auf dem Foto versucht er gerade, Rosa Eck zu Hilfe zu kommen.

MARABO: Rosa, wie kommt eine Rentnerin aus Gelsenkirchen dazu, sich im Bergischen Land von Skinheads verprügeln zu lassen?

Rosa: Ich bin mit Hein und acht anderen Gelsenkirchener Nazi-Gegnern mit dem Auto nach Wiehl gefahren, um gegen den NPD-Parteitag zu protestieren, darum.

MARABO: Das ist nicht gerade typisch für alte Menschen hier bei uns.

Rosa: Weißt Du, 33 als die Nazis drankamen war ich siebzehn. Da war es mit meiner Jugend vorbei. Ich komm aus einem linken Elternhaus. Wir haben Geld gesammelt für Verhaftete Freunde, Flugblätter gegen die Nazis verteilt. Die machten Haussuchungen bei uns, riegelten die ganze Straße ab. Mein späterer Mann, hat 20 Monate im Zuchthaus gesessen, danach Schutzhaft und Strafbataillon. Das kann ich nicht einfach vergessen.

MARABO: Wie kam es denn zu der Szene auf dem Foto?

Heinrich: Wir waren ziemlich früh da, haben geparkt, sind ausgestiegen und wollten den Platz suchen, auf dem die Gegenkundgebung stattfinden sollte. Einer von uns hatte eine VVN-Fahne (VVN: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die Red.) dabei. Die müssen die Nazis entdeckt haben. Jedenfalls stürmten plötzlich dreißig Glatzköpfe auf uns zu, rannten uns um, rissen die Fahne ab, schlugen auf uns ein und zogen sich auf Kommando zurück.

Rosa: Die Befehle gab einer mit Haaren. Das war ein Ordner von der NPD.

MARABO: Konntet Ihr Euch nicht wehren?

Es waren doch sicher auch Jüngere bei Euch?

Heinrich: Das ging alles blitzschnell. Die kamen die Straße runtergelaufen und rannten uns direkt um.

Außerdem, möchtest Du Dich gern mit denen prügeln?

MARABO: Nein, danke. Aber es war doch sicher Polizei da?

Rosa: Keine zwanzig Meter weg standen drei Verkehrspolizisten. Die Glatzköpfe mussten an denen vorbei. Die haben ruhig zugesehen. Als wir sie darauf ansprachen, hatten sie angeblich nichts mitgekriegt.

Heinrich: Und die anderen Polizisten hatten genug damit zu tun, Flugblätter zu verteilen. Hier, Hör mal. 'Helfen Sie der Polizei. Bringen Sie ihren Protest in friedlicher Weise zum Ausdruck. Aus demokratischer Erfahrung wissen wir alle, dass Terror, Steine und Fäuste niemals Argumente ersetzen können. Ich rechne mit Ihrem Verständnis und vertraue ihrer Besonnenheit.'

MARABO: Seid Ihr eigentlich ernstlich verletzt worden?

Rosa: Ich habe einen Bluterguss am Knie und Hein ist mit einer Rippenprellung im Krankenhaus gewesen.

MARABO: Heinrich, in einem Flugblatt habe ich gelesen, dass Du 1934 von den Nazis verhaftet worden bist. Zuchthaus, KZ und Strafbataillon hinter Dir hast. Wie fühlt man sich, wenn einem 50 Jahre danach so was passiert?

Heinrich: 84 ist nicht 34!

Rosa: Trotzdem fühlst Du Dich zurückversetzt. Als wir 33 im Volkshaus Karneval feierten, hatte die SA alles umstellt. Da sind wir nur in großen Gruppen, nach Stadtteilen geordnet, rausgekommen.

Heinrich: Siehst Du, und genau so müssen wir das heute machen. Wir können es uns nicht mehr erlauben, bei solchen Gelegenheiten in kleinen Grüppchen anzukommen. Wir müssen uns schon vorher treffen. Denn die Nazis sind in die Offensive gegangen. In Wattenscheid mussten sie noch unter Polizeischutz über die Absperrung klettern, um ihren Parteitag abzuhalten, heute verdreschen sie Gegendemonstranten. In Wiehl hat ein NPD-Mann mir gesagt: „Das habt Ihr zehn Jahre mit uns gemacht. Damit ist jetzt Schluss!“

MARABO: In Konkret haben Autonome dazu aufgerufen, den Nazis was auf die Fresse zu hauen. In Hamburg sind schon Autos, mit denen Neo-Naziführer Kühnen reiste, in Flammen aufgegangen.

Rosa: sicher, verprügeln lassen darf man sich von denen nicht.

Heinrich: Aber erstens sind wir keine Schlägertypen. Guck Dir mal unsere Jungen an. Die waren fassungslos, als das passiert ist. Und außerdem, wir sollten die anderen nicht alle über einen Kamm scheren. Nicht jeder Skinhead ist ein Nazi. Wenn wir einfach draufschlagen, dann schweißt die das zusammen. Dabei müssen wir die Nazis unter denen isolieren.

Rosa: Rauskriegen, wo die wohnen, wo sie arbeiten. Damit sie nicht anonym bleiben.

MARABO: Ob das reicht? Du möchtest Dich zum Beispiel nicht fotografieren lassen. Soweit sind wir schon gekommen.

Rosa: Im letzten Jahr habe ich nach einem Leserbrief anonyme Anrufe bekommen. Andere Drohbriefe. Seitdem das Bild in den Zeitungen war, geht ständig das Telefon. Wenn ich mich melde, wird aufgelegt.

Heinrich: Das wichtigste sind nicht Schlägertypen, sondern ein breites Bündnis gegen die Nazis, damit sie wieder in die Defensive gedrängt werden. Die fühlen sich doch von der Bonner Wende ermuntert. Wenn Zimmermann die Traditionsverbände der SS aus dem Verfassungsschutzbericht nimmt, dann ist das Wasser auf deren Mühlen.

MARABO: Letzte Frage. Bei der nächsten Anti-NPD-Demo, macht Ihr da mit?

Rosa: Das schon. Nur sind wir beim nächsten Mal schlauer
Für MARABO führte das Gespräch Werner Schmitz. (212)

Als vom 25. bis 27. Mai im **Duisburger Wedau-Stadion** das **Presse- und Volksfest der UZ** - Zeitung der DKP - stattfand, war bei diesem Festival der Information und der Lebensfreude auch die VVN-BdA vertreten.

Das die Lehren des antifaschistischen Kampfes in einem breiten Bündnis vermittelt werden konnten, belegt eine Veranstaltung aus **Düsseldorf**. Dort fand am 13. Mai im Stadtmuseum eine Veranstaltung zum „Tag des verbrannten Buches“ statt. Der Untertitel „Verfemte Journalisten, Entartete Maler, Verbrannte Schriftsteller, Stummgemachte Musiker“ umriss den Rahmen dieser Veranstaltung, die auch vom Verband der Schriftsteller in NRW, vom Werkkreis Literatur der Musikwelt, vom Literaturbüro NRW, vom Bund demokratischer Wissenschaftler, der IG Druck und Papier, der Deutschen Journalisten Union, der Jüdischen Gemeinde - neben der VVN-BdA - und anderen Verbänden unterstützt wurde. Mitwirkende waren: **Prof. Dr. Walter Fasian, Stella Avni, Peter Baumöller, Aletta Esser, Rolf-Rafael Schroer, Hermann Spix, Dieter Süverküp, Bernd Wiesemann, Ulrich Wiggers**. (213)

Das neben diesen Aktivitäten auch Veranstaltungen stattfanden die sich mit den Problemen der Vereinigung befassten, belegt ein Schreiben an alle Kreisvorsitzende und Kreiskassiere vom 18. Januar. Dort wird von einem „Umlauf des Geldes“ bei der Abrechnung des Kreises an den Landesvorstand geredet. „Das will alles gut durchgedacht sein, deshalb ist kollektive Beratung im Kreisvorstand wichtig.“ Die Kassierer wurden alle zur ‘Arbeitskonferenz für unser Land’, welche am 18. Februar 1984 in **Duisburg** stattfand, eingeladen. (214)

Aber auch mit anderen Problemen hatten sich die Antifaschisten rumzuschlagen. Am 12. September 1984 war der Kreisvorsitzende der Bonner VVN-BdA im Alter von 71 Jahren verstorben. Die Kreisvereinigung wollte aus diesem Anlass eine Todesanzeige im „Generalanzeiger“ aufgeben.

Im Entwurf dieser Anzeige war ein Text des chilenischen Dichters **Pablo Neruda** vorgesehen. Es wurde auch auf den Kampf von **Antonius Ciud** verwiesen, der im Widerstand gegen den deutschen Faschismus stand, „noch in den letzten Kriegstagen mit dem Standgericht bedroht“ war, aktiv im Widerstand gegen Aufrüstung und Atomkriegsplanung 1945-1984 stand und „für diesen Kampf nicht mit einem Verdienstorden der Bundesrepublik geehrt“ worden sei. (215) Die Anzeigenverwaltung verweigerte die Annahme der Todesanzeige in dieser Form.

An der großen Friedensdemonstration am 20. Oktober 1984 in Bonn nahm neben einzelnen VVN-Kameradinnen und Kameraden, die mit ihren örtliche Friedensinitiativen nach Bonn kamen, auch eine große Gruppe teil, die „einen Block mit unseren Fahnen“ bildeten. (216)

„**Gegen Faschismus und Ausländerhass**“ unter diesem Motto sammelten sich Menschen unterschiedlichster Anschauungen im Januar 1985 in **Velbert-Langenberg**. Die NPD hatten ihren Landespartei nach Langenberg einberufen. In einem Flugblatt einer Initiative, die die Gegenaktionen organisierte und wo die VVN-BdA mitarbeitete, wird festgestellt:

„Darin sehen wir eine Gefährdung des Friedens für alle Menschen unserer Stadt, besonders vor dem Hintergrund der in Langenberg tätigen fanatischen rechtsextremen Wiking-Jugend, deren Gründer zur verbotenen Kühnen-Gruppe übergetreten ist. Seit längerer Zeit tritt diese Gruppe in Langenberg durch Plakatieren und Schmierereien, die den Faschismus verherrlichen und Völker- und Rassenhass propagieren, in Erscheinung. Sie schrecken selbst nicht vor brutalen Tätigkeiten auf andersdenkende friedliche Bürger zurück.“ (217)

Bei der Demonstration zeigte die Polizei Präsenz - besonders gegen die Antifaschisten. Auf der Kundgebung sprach für die VVN **WILLI RATTEI** aus Essen und der stellvertretende **DGB-Landesvorsitzende Walter Haas**, Hilden.

Das Jahr **1985** stand für die antifaschistisch-demokratische Bewegung im Lande ganz im Zeichen des 40. Jahrestages der Befreiung von Krieg und Faschismus. Höhepunkt war die Großveranstaltung am **4. Mai** in **Köln**. Organisiert von einem Bündniskreis, dessen Organisationsbüro im Kölner VVN-Büro war, hatte sich - wie es in der Presse hieß - „dieses Bündnis von Parteien, Gewerkschaften, Jugendverbänden und Friedensinitiativen zusammengefunden. Das politische Spektrum der Teilnehmer reichte von Sozialdemokraten, Christen und Liberalen bis zu Kommunisten.“ (218)

„Vier Kilometer lang war“ - nach der Pressedarstellung - „der Demonstrationzug, der mit Fahnen, Transparenten und Plakaten durch die Kölner Innenstadt zog. Ehemalige KZ-Häftlinge in Sträflingskleidung erinnerten an die zahlreichen Nazi-Opfer in den Konzentrationslagern. Friedensinitiativen forderten die Weltmächte zur Abrüstung auf. Der Stopp der Raketen-Stationierung, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und die Senkung des Rüstungshaushaltes gehörten ebenso zu den Forderungen wie das Verbot aller neofaschistischen Verbände und der SS-Nachfolgeorganisation HIAG....Auf dem Neumarkt endete die Demonstration mit einer mehrstündigen Kundgebung und einem Kulturprogramm, bei dem unter anderem der Polit-Sänger **Franz-Josef Degenhardt** auftrat. In ihren Ansprachen betonten die Redner vor allem, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung von der Nazierrschaft gewesen sei. Einhellig sprachen sie sich auch

gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Soldatenfriedhof in **Bittburg** aus. So bekannte sich **Pastor Dr. Werner Koch**, Mitglied des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, ausdrücklich zur Solidarität mit allen Opfern des Nationalsozialismus, gleichgültig ob Juden oder Kommunisten. Eine Ehrung von deren Peinigern lehnte er ab. Koch, dessen Rede mehrmals von demonstrativem Beifall unterbrochen wurde, war, wie er betonte, in bewusst herausfordernder Aufmachung erschienen. Der Theologe, der von den Nationalsozialisten im KZ Sachsenhausen eingekerkert gewesen war, hatte den schwarzen Talar eines protestantischen Pfarrers angelegt. Auf dem Talar waren der bekannte rote Winkel der politischen KZ-Häftlinge und eine Häftlingsnummer aufgenäht.“ (219) Weitere Redner aus NRW waren u.a. **Prof. Walter Kreck**, Theologe aus Bonn; der Kölner Naturwissenschaftler **Prof. Kueser**; das VVN-Mitglied und SPD-Stadtverordnete in Aachen **Hildegard Lisse**; der DKP-Vorsitzende **Herbert Mies** (Düsseldorf). Auf einem Zeitungsfoto sind die VVN-Mitglieder **Bruno Bachler** (Duisburg) und **Anton Igel** (Köln) zu sehen, die in Häftlingskleidung in der Demonstration mitmarschierten.

Im Bundestag in Bonn hielt dann der **Bundespräsident Richard von Weizsäcker** anlässlich des Jahrestages eine Rede, die im In- und Ausland Beachtung fand. In einer bis dahin nicht gekannten Deutlichkeit hatte der oberste Repräsentant der Bundesrepublik einige Aspekte der Geschichtsbetrachtung anders gesehen, wofür er auch postwendend von Reaktionären aller Schattierungen bis in die Reihen seiner Partei, der CDU, angegriffen wurde. Besonders die Passagen über den Zusammenhang von 1945 mit 1933 und über die Rolle der Kommunisten im Widerstand, standen im Kreuzfeuer dieser Kritik. (220)

Das die Sichtweite des Bundespräsidenten von vielen noch nicht geteilt wurde, dass Angriffe auf Antifaschisten und ihre Mitarbeiter „auf Bildzeitungs-Niveau“ - wie eine Zeitung schrieb - stattfanden, machte sichtbar, dass noch viel geleistet werden musste (und muss) bis entsprechend der historischen Wahrheit auch ein „normaler“ Umgang mit Kommunisten stattfindet.

In den achtziger Jahren erschienen in vielen Städten des Landes von der VVN-Bund der Antifaschisten herausgegeben oder von ihr mitinitiiert Veröffentlichungen, die die lokale oder regionale Geschichte in der Zeit von 1933-1945 behandelte. Im September 1987 z.B. erschien in **Mülheim/Ruhr** eine Dokumentation, die die **Oberbürgermeisterin Eleonore Güllenstern** als „überfällig“ bezeichnete und von der Presse als „Heimatkundebuch der besonderen Art“ bezeichnet wurde. (221)

Neben dieser Arbeit rückte immer mehr auch die Beschäftigung mit den verschiedensten neofaschistischen Gruppen in den Vordergrund. Die „Neofaschismuskommission“ leistete und leistet hier beachtliche Arbeit. Eine bedeutende Rolle in ihr spielte **HARTMUT MEYER**, der als brillanter Kenner des Neofaschismus und dessen Ideologie, im Landesvorstand, als Leiter von Seminaren, Konferenzen, als Referent und Autor zu dieser Thematik wirkte. Er legte ein umfangreiches Archiv dazu an, dass nach seinem frühen Tod 1992, seinen Namen erhielt und heute von der Landeskommission Neofaschismus weiter geführt wird. In dieser Landeskommission wirken Kurt Heiler (Aachen)

Das „**Hartmut Meyer-Archiv der VVN-Bund der Antifaschisten Nordrhein-Westfalen**“ ist seit Ende 1994 Mitglied des Herausgeberkreises der in **Köln** verlegten „*Antifaschistischen Nachrichten*“. **HARTMUT MEYER** gehörte auch mit zu den Initiatoren der „*Antifaschistischen Landeskonferenzen*“, die seit vielen Jahren - in unterschiedlichen Orte tagend - Organisationen und Persönlichkeiten aus dem Lande Nordrhein-Westfalen zusammenführt um eine Bestandsaufnahme des Neofaschismus im Lande vorzunehmen und Gegenstrategien zu entwickeln. Dabei ist die Breite immer wieder beachtlich. So fand unter dem Motto „**KEIN NEUER MORGEN FÜR DIE VON GESTERN**“ am **1. Februar 1986** in **Gelsenkirchen** eine Konferenz statt, wo die Forderung nach einem Verbot der FAP unterstrichen wurde. In einem Pressebericht wird dazu auch ausgeführt, warum man Gelsenkirchen ausgewählt hatte. „Man wollte Solidarität mit dem **Schulleiter Wilhelm Funcke** bekunden, der im vergangenen Jahr von rechtsextremen Parteigängern terrorisiert worden war.“ (222)

Die Forderung nach Verbot der FAP - welches dann erst 1995 erfolgte - war immer gekoppelt mit der ‚Aufforderung ‚jegliche Nazi Propaganda und jede Naziaktivität‘ zu unterbinden. Unter der Losung „**Aus der Geschichte lernen, FAP verbieten, den Terror stoppen**“ rief eine landesweite Initiative zu einer Demonstration für diese Forderungen auf. Bundestagsabgeordnete, Mitglieder des Europa-Parlaments, Landtags- und Gemeindeabgeordnete, Pfarrer und andere Persönlichkeiten, darunter über 300 Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, hatten sich dem Aufruf angeschlossen. Im Aufruf wurde festgestellt, dass faschistische Organisationen und Parteien - entsprechend den Rechtsvorschriften der Alliierten nach dem 2. Weltkrieg, die in Artikel 139 des Grundgesetzes bestätigt wurden - illegal seien. „Trotzdem ist die FAP - auch in Nordrhein-Westfalen - sogar zu verschiedenen Wahlen zugelassen und kann, staatlich gedeckt durch Polizei und Gerichtsurteile, ihre Tätigkeit mit dem Anschein der Legalität entfalten“. So heißt es in dem Aufruf, der dann fortfährt: „Die FAP muss stattdessen vom Landesinnenminister und vom Bundesinnenminister sofort aufge-

löst und verboten werden. Dies wäre ein Schritt, den Spielraum faschistischer Organisationen und faschistischer Propaganda einzuengen. Wehret den Anfängen!“ (223)

Das diese demokratischen Aktivitäten nötig waren, hatte sich einige Wochen vorher gezeigt. Die Angehörigen der SS-Division ‘Totenkopf’ hatten für Ende Juni nach **Detmold** zu einem Treffen eingeladen. Das Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten hatte in einem Schreiben an den Innenminister von NRW, **Herbert Schnorr**, das Verbot des Treffens gefordert. Die SS-Division ‘Totenkopf’ sei „an furchterlichen Verbrechen“ beteiligt gewesen. „Der Traditionsverband“, so weiter, „der SS-Division ‘Totenkopf’ stellt tatsächlich unrechtlich eindeutig eine Nachfolgeorganisation dieser SS-Division dar. Der Traditionsverband wird damit von der Verbotswirkung, die gemäß Artikel 139 des GG fortwirkt, genauso umfasst. Das geplante Treffen in Detmold soll zweifellos dazu dienen, den von der HIAG-SS immer wieder beschworenen ‘Geist’ der Waffen-SS in der Bundesrepublik zu rehabilitieren und die politische Tradition der SS als achtenswert und legal zu glorifizieren.“ In dem Pressebericht des Präsidiums wird die Missbilligung des Kreistags von Lippe und die Kündigung des Vertrages der Pächter der Stadthalle Detmold mit dem Traditionsverband begrüßt. Gegen das geplante Treffen wurde zur Demonstration aufgerufen, die vom DGB und den Jungsozialisten in der SPD unterstützt wurde. (224)

Am 25. September 1986 demonstrierten VVN-Mitglieder vor dem Bundeskanzleramt in Bonn gegen jede Änderung des Grundgesetzartikels 16 (Asylrecht). Zugleich wurde ein Appell zur Erhaltung des Asylrechts übergeben.

Zum gleichen Thema wurde in **Wuppertal** ein internationales Symposium durchgeführt, welches der „historischen Bedeutung des Kampfes gegen den faschistischen Putsch in Spanien und seine Lehren für die Gegenwart“ gewidmet war. Unter den Teilnehmern dieser wissenschaftlichen Tagung, die von der **Marx-Engels-Stiftung** ausgerichtet wurde, waren viele VVN-Mitglieder und ehemalige Interbrigadisten, die in Spanien für die Rechte des spanischen Volkes, gegen Franco, Mussolini und Hitler gekämpft hatten. Wie z.B. **WALTER BLOCH**, der al Mitglied des Landesvorstandes der VVN-Bund der Antifaschisten NRW dort ein Referat hielt, in welchem über die internationale Solidarität mit den demokratischen Kräften des spanischen Volkes informiert wurde. Oder **ERNST BUSCHMANN**, Präsidiumsmitglied und ebenfalls im Landesvorstand, der in seinem Referat über den „heldenhaften Kampf der internationalen Brigaden, ihr Beitrag zur Verteidigung der spanischen Demokratie und gegen den internationalen Faschismus“ informierte. (226) Ernst Buschmann war auch der Hauptredner auf der Kundgebung am 21. September 1986 in Frankfurt/Main, wo der 50. Jahrestag der Gründung der Internationalen Brigaden begangen wurde. Als ehemaliger Kommandeur des Bataillons ‘Etkar Andre’ und Sprecher der Gemeinschaft der ehemaligen republikanischen Spanienkämpfer der Bundesrepublik würdigte er die Bedeutung des Kampfes zur Verteidigung der spanischen Demokratie gegen den Faschismus und benannte die Gründe für die Niederlage der Republik. (227) In einem Grußwort für die DKP, in der viele ehemalige Spanienkämpfer organisiert waren, betonte **JOSEF ANGENFORT**, die Bedeutung die sich aus der Tradition des antifaschistischen Widerstandes und der internationalen Solidarität für die heutige Zeit erbe.

Aktiv beteiligten sich auch die Mitglieder der Verfolgtenorganisationen in den vielen Friedensinitiativen, wo es zu der Zeit besonders darum ging, Protest gegen das US-Weltraumrüstungsprogramm SDI zu erheben. Zum Antikriegstag 1986 wurde die Bundesregierung aufgefordert, sich in keiner Weise daran zu beteiligen. In dem VVN-BdA-Aufruf wird zugleich gefordert, dass Bonn sich für einen Abzug aller Pershing II- und Cruise-Missiles-Raketen einsetzt, den Rüstungshaushalt senkt und jegliche Rüstungsexporte unterbindet. (228).

Im November 1986 wurde auch die Tatsache öffentlich diskutiert, dass seit 1958 die SS-HIAG ‘kooperatives Mitglied’ im Bundesverband des ‘Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge’ war. Bei Kranzniederlegungen anlässlich des Volkstrauertages im November wurde dies deutlich. So im niederrheinischen **Kamp-Lintfort**, wo rund 100 Antifaschisten, aktiviert von VVN-Kameraden, dagegen protestierten. (229) Auch in anderen Städten - wie in **Aachen** - kam es zu Aktionen. Nach heftigen Protesten wurde dann vom “Volksbund” die Mitgliedschaft im Bundesverband für “gegenstandslos” deklariert, gleichzeitig hatte jedoch der “Volksbund” Präsident **Eduard Haßkamp** sich im HIAG-Organ “Der Freiwillige” offen “schützend” vor die Kameraden der Waffen-SS gestellt und in vielen Kreis- und Ortsverbänden blieben ehemalige SSler Mitglied im “Volksbund”.

Am 6. Dezember 1986 kam es in Hagen zu einer der größten Antifa-Aktionen der Stadt in der damaligen Zeit. Rund 4.000 Menschen demonstrierten gegen das Treffen neofaschistischer Skinheads. Organisiert wurde die antifaschistische Aktion von einem „Antifa-Forum“, in dem auch die VVN-BdA vertreten war. Auf der Abschlusskundgebung sprachen **Alf Hammelrath**, Landesvorsitzende der GEW und **REINHARD**

JUNGE, VVN-Mitglied. In vielen Städten kam es in der Folge zu antifaschistischen Manifestationen gegen die Zusammenrottung von neofaschistisch beeinflussten Skinheads.

Anfang des Jahres 1987 wurde *DR. JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT* von der Stadt Oberhausen durch die Verleihung des Ehrenrings der Stadt Oberhausen geehrt. Insbesondere sein Kampf gegen den Faschismus und sein stetes Eintreten für Frieden, Toleranz und Menschlichkeit sollte damit gewürdigt werden. Auch der am 12. April vom WDR gesendete Film stellte eine Würdigung der unermüdlichen Arbeit dieses Antifaschisten dar, der seit 1961 Präsident der VVN-Bund der Antifaschisten war.

Dieses war sicherlich auch eine Unterstützung für die Aktivitäten anlässlich des 40. "Geburstages" der VVN-BdA. In einem Artikel zu "40 Jahre VVN" stellt *JUPP ANGENFORT* u.a. fest: „Ehemalige Widerstandskämpfer, NS-Opfer und junge Menschen, die heute in der VVN-Bund der Antifaschisten gemeinsam tätig sind, haben bei ihrer Mitarbeit in der Friedensbewegung unseres Landes die große Lehre des Kampfes gegen Faschismus und Krieg vermittelt: + Gemeinsam handeln, auch wenn unterschiedliche Weltanschauungen bestehen, denn gemeinsames Handeln ist Grundlage des Erfolges. + Den Antikommunismus zurückweisen, denn die mit ihm betriebene Zersplitterung demokratischer Bewegungen ist das Rezept der Reaktion von gestern und heute.“ (230)

In der **Stadthalle Wuppertal** fand am 4. April dann die Festveranstaltung des Landesverbandes statt. Zum Thema "**40 Jahre Kampf für Frieden und Demokratie, gegen Neofaschismus und Rassismus**" sprach *KURT BACHMANN*. Lutz Görner (Köln) die Songgruppe "Friedrich Enkel" (Wuppertal) u.a. Künstler wirkten mit. Auch in Kreisvereinigungen wurde der Gründung gedacht, wie z.B. in **Gelsenkirchen**, wo auch der **Oberbürgermeister Werner Kuhlmann** sprach und wo der Kabarettist Hans Dieter Hüsche das Kulturprogramm gestaltete. (231)

Auch die **Landeskonzferenz**, welche im März in **Duisburg** stattfand, befasste sich mit dem Thema "40 Jahre VVN", hatte doch der Oberbürgermeister die antifaschistischen Widerstandskämpfer zu ihrem Jubiläum in einem Grußschreiben beglückwünscht. Von der Konferenz - die sich mit einer insgesamt erfolgreichen Bilanz befassen konnte - wurde ein Appell an die Städte und Gemeinden des Landes verabschiedet, die verfassungswidrige Tätigkeit der neofaschistischen Gruppen dadurch zu unterbinden, dass ihnen keine gemeindeeigenen Straßen, Plätze, Hallen usw. zur Verfügung gestellt würden. In einem Brief wandte sich die Konferenz an den Kultusminister. Darin wurde eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, insbesondere in den Schulen gegen Versuche aufzutreten, die Geschichte zu verfälschen und 'die unheilvolle Zeit der Herrschaft des NS-Regimes von 1933-1945 neu zu interpretieren und umzuschreiben'.

GERHARD SCHOLL (Mülheim/Ruhr) wurde erneut zum Landesvorsitzenden, ebenso *MARIANNE HECHT-WIEBER* zur Stellvertreterin und *HEINZ WOHLERT* zum Landessekretär. (232)

Im Mai machte die Kreisvereinigung **Münster** bekannt, dass NPD-Mitglieder als "Volkszähler" - gegen die von den Behörden durchgeführte Volkszählung hatten sich viele bundesweite Initiativen gegründet - an denen auch VVN-Mitglieder mitwirkten - gewandt - tätig wurden. Am 15. Mai hatte dies die NPD öffentlich bekannt gemacht. Sie würden so die Münsteraner Neonazis, ähnlich wie in Hamburg - "als Volkszähler fungieren...um illegal in Münster lebende Nicht-EG-Ausländer ausfindig zu machen". (233) Durch diese Bekanntmachung gab es landesweit Aktivitäten auch anderswo nach solchen Erscheinungen zu suchen und Protest zu erheben

Mitglieder der VVN-BdA beteiligten sich auch bei den Aktionen, die 1987 beim Berufungsprozess gegen **Ernst Thälmanns** Mörder, Wolfgang Otto, der vor dem Landegericht Düsseldorf stattfand. Schon beim ersten Prozess in Krefeld hatte die VVN-BdA entscheidenden Anteil an den Mahnwachen, die vor dem Gericht abgehalten wurden. Von der Präsidiumstagung der VVN-BdA wurde in einem Schreiben an den NRW-Justizminister nochmals die Position der Antifaschisten deutlich gemacht.

Im Brief heißt es u.a.:

Sehr geehrter Herr Minister,

der 3. Senat des BGH hat das Urteil aufgehoben, das von dem LG Krefeld gegen den SS-Stabschef Wolfgang Otto aus dem ehemaligen KZ Buchenwald wegen Mittäterschaft gefällt worden war.

Vier Jahrzehnte lang haben Richter und Staatsanwälte der BRD jeden Prozess gegen die Mörder des weltbekannten antifaschistischen Widerstandskämpfers Ernst Thälmann verhindert. Der Skandal ging so weit, dass mit der Untersuchung dieses faschistischen Meuchelmordes zeitweise derselbe Mann betraut war, der 1933 als Angehöriger der Nazi-Justiz den Haftbefehl gegen Ernst Thälmann ausstellte.

Nur der Tatsache, dass Ernst Thälmanns Tochter das KZ Ravensbrück überlebt hat, ist es zuzuschreiben, dass - Jahrzehnte nach dem Verbrechen - endlich das Verfahren in Krefeld erzwungen werden konnte, wider gegen den Willen der Staatsanwaltschaft.

Das Landgericht hat nach gründlicher Prüfung und Vernehmung zahlreicher Zeugen - Richter, Staatsanwälte, SS-Männer und ehemaliger KZ-Insassen, sowie einer Tatortbesichtigung - gegen den letzten überlebenden Mittäter Wolfgang Otto eine Freiheitsstrafe von vier Jahren verhängt. Aber selbst dies ist dem BGH zuviel: Er hob das Urteil auf und verwies den Fall an das LG Düsseldorf.

Die "Süddeutsche Zeitung" nennt diesen Entscheid mit Recht unerträglich und erinnert daran, dass derselbe BGH-Senat den Angehörigen der sogenannten RAF, Peter Jürgen Boock, als Mittäter an dem Schleyer-Mord verurteilte, obwohl Boock zur Tatzeit krank in Bagdad war.

Und der nachweislich anwesende Schreibtischtäter Otto wäre wie die meisten Nazi-Verbrecher nicht einmal Mittäter gewesen, fragt die SZ.

Wir weisen darauf hin, dass die Staatsanwaltschaft keine unabhängige, sondern eine weisungsgebundene Behörde ist - gebunden an Ihre Weisungen, Herr Minister. Wir fordern daher von Ihnen, dass für das Verfahren in Düsseldorf Staatsanwälte benannt werden, die sich als Ankläger und nicht als Verteidiger des Verbrechers betätigen.

Auf den Mordprozess Thälmann schaut die Welt. Bitte vergessen Sie das nicht, Herr Minister. Die Justiz hat genug Schande über unser Volk gebracht - zuerst durch tausende Justizmorde, dann durch Schonung der Mörder.

Es liegt an Ihnen, Herr Minister, dazu beizutragen, dieser schändlichen Praxis wenigstens in einem Fall entgegenzutreten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten
Kurt Erlebach (Generalsekretär)

In **Düsseldorf** fand am 11. Juli 1987 - anlässlich des 50. Jahrestages des "**Katholikenprozesses**" vor dem Volksgerichtshof - eine Konferenz der VVN-BdA über Christentum und Antifaschismus statt. Eine Anzahl Sachkundiger - darunter *J.C. ROSSAINT* und der **Dominikanerpater Anatol Feid** - gestalteten diese Konferenz vor einer größeren Zuhörerschaft zu einem beachtenswerten Ereignis, welches Aufschluss gab über das Verhältnis von entschiedenen Christen beider Konfessionen und ihrer Kirchen zum faschistischen Gewaltregime, aber auch zu aktuelle Fragen des gemeinsamen Kampfes für Abrüstung und Völkerverständigung, gegen Faschismus und Krieg. (234)

Gegen das "Braune Haus" in der Bleichstrasse in **Bielefeld** demonstrierten immer wieder Antifaschisten. Dieses Haus war Anlaufstelle für viele Neofaschisten, die dreist auftraten und zu Aktionen der Antifaschisten führten. Am 8. Mai 1987 hatten 6.000 Menschen gegen den "braunen Spuk" demonstriert und für den 17. Oktober wurde zu einer landesweiten Demonstration in Bielefeld aufgerufen. (234)

Im Sommer wurde auch ein Appell bekannt, den NS-Verfolgte an den Bundeskanzler richteten und in dem gegen **Bundesinnenminister Zimmermann** protestiert wurde, der "15 vom Tod bedrohte Chilenen das grundgesetzlich garantierte Recht auf Asyl" verweigerte. U.a. hatten Zimmermann und andere Vokabeln wie "Terrorismus", "Kommunistische Gewalttäter" und "Mörder" in Bezug auf den chilenischen Widerstand gebraucht. In dem Appell, welcher von den nordrhein-westfälischen Antifaschisten *ELISABETH* und *WALTER BLOCH*, *GERDA GÜNZBURGER*, *ALICE* und *WERNER STERTZENBACH* und *MARIA WACHTER* mitunterzeichnet war, die alle zeitweise im Exil dem faschistischen Terror 1933-1945 entgehen konnten, wird die Bundesregierung aufgefordert, sich unverzüglich zur Aufnahme der 15 chilenischen Antifaschisten bereit zu finden. Des weiteren wird die Erwartung ausgesprochen, dass sich das Kabinett für die deutsche **Lehrerin Beatrix Brinkmann** - die Chile von der Pinochet-Diktatur wegen ihres Einsatzes für verfolgte Chilenen inhaftiert wurde - und alle politischen Gefangenen einsetzt. (235)

Als in **Voerde** am Niederrhein - anlässlich einer Einweihung eines Gedenksteins für über 90 Kleinkinder, die während des Faschismus auf einem Gelände eines Zwangsarbeiterlagers wegen Unterernährung starben - die beliebte WDR-Hörfunksendung "Hallo Ü-Wagen" mit Carmen Thomas gastierte, war auch die VVN-BdA dabei. In der Diskussion über das Thema "Können Steine reden? Brauchen wir Mahnmale?" nahm für den Landesvorstand *DAG STÖRMER* das Wort und bejaht die Fragen und machte dabei Ausführungen zur Gedenkstättenarbeit. (236)

Auch mit den Mitteln der Kunst versuchte die VVN-BdA immer wieder ihr Wirken sichtbar werden zu lassen. Der Wuppertaler Künstler **Enric Rabaaseda** gestaltete eine Grafikmappe mit zwölf großformatige Zeichnungen. In einem Begleittext machte er deutlich, dass es ihm darum ging, "die tieferen Ursachen des Faschismus, seine verantwortlichen Urheber sichtbar zu machen, die in der Bundesrepublik nach 1945 nie ernsthaft zur Verantwortung gezogen wurden....." (237)

Unter den Aktivitäten des Jahres 1988 ragte die Kundgebung anlässlich des 55. Jahrestages der Machtübergabe an die Nazis in **Düsseldorf** heraus. 8.000 Menschen demonstrierten dort unter der Losung:

**AUS DER GESCHICHTE LERNEN!
DEN TERROR STOPPEN!
NAZI-ORGANISATIONEN AUFLÖSEN UND VERBIETEN“.**

Auch in Bochum-Wattenscheid fand an diesem 30. Januar eine Demonstration statt - gegen die NPD-Landeszentrale.

Einige Tage vorher hatte VVN-Mitglieder u.a. *BRUNO BACHLER* aus Duisburg eine Solidaritätsspende für die von der Stilllegung betroffenen Stahlarbeiter von Rheinhausen überbracht. Der **Betriebsratsvorsitzende Manfred Bruckschen** kündigte dort die Teilnahme von Stahlarbeitern an der Düsseldorfer Demonstration am 30. Januar 1988 an. Die VVN-Vertreter übergaben gleichzeitig ein Schreiben in welchen geschichtliche Erfahrungen mit den "Herren von Kohle und Stahl", die den "Braunen Totengräbern die Tür zur Macht öffneten" angesprochen werden. Dann heißt es: "Wie Euere Väter und Großväter in den 20er Jahren, leistet Ihr heute stellvertretend für uns alle Widerstand gegen solche Entwicklungen, um ein weiteres Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Aus bitteren Erfahrungen wissen wir, dass soziales Elend einen gefährlichen Nährboden für den Neonazismus abgibt. Wir, die wir die unauslöschliche Verbindung von Recht auf Arbeit und Recht auf Demokratie erfahren haben, wissen, dass über alle Parteien und über alle Berufe hinweg die Solidarität mit Euch und Euerem Kampf das Anliegen unseres ganzen Volkes sein muss". (238)

Über 90 Männer und Frauen des Widerstandes gegen das Naziregime appellierten im April an das demokratische Israel, den Terror in den von Israel besetzten Gebieten unverzüglich zu beenden und forderten von der Regierung Israels "das konstruktive Eingehen auf den Vorschlag, eine internationale Konferenz zur Lösung des Palästina-Problems einzuberufen." Unter den Unterzeichnern befanden sich Antifaschisten aus Nordrhein-Westfalen.

Als ausgerechnet in Rheinhausen der militante Neofaschist Michael Kühnen am 1. Mai 1988 eine "Gewerkschaft" gründen wollte, kam es am Stahlwerk zu einer großen antifaschistischen Manifestation.

Auch in **Aachen**, als Menschen aus vielen Gruppen und Initiativen, einen Verein "**Aachener Friedenspreis**" gründeten, der jedes Jahr diesen Preis an Personen verleiht, die sich um Frieden und Völkerverständigung verdient gemacht haben, waren im Mai 1988 auch VVN-BdA Mitglieder dabei. Vorsitzende des Vereins wurde *BIANCA BUDDENBERG*, die als Sozialdemokratin in der VVN-BdA aktiv war.

Im Rahmen einer Antikriegsveranstaltung des DGB's wurde der "Aachener Friedenspreis" 1989 an *DR. JOSEPH CORNELIUS ROSSAINT* und *DR. DANUTA BRZOSKO-MEDRYK* aus Warschau verliehen. Sie, die in mehreren KZ's der Nazis inhaftiert war, wurde stellvertretend für die polnischen Bürger ausgezeichnet, die viel Leid durch den deutschen Überfall und die Besetzung erleiden mussten. Der **Journalist Heiner Lichtenstein** würdigte in seiner Laudatio beide Antifaschisten. Es sei eine "Parodie der Geschichte" sagte er, dass J.C. Rossaint 1937 im sogenannten Katholikenprozess vor dem "Volksgerichtshof" stand und "wegen versuchter Bildung einer Einheitsfront zwischen den Katholiken und Kommunisten" zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. 1962, knapp 30 Jahre später, stand er wider in Berlin vor Gericht. Diesmal als Präsident der VVN, die auf Antrag der Bundesregierung durch das Bundesverwaltungsgericht verboten werden sollte. Der VVN sei es jedoch damals gelungen, nachzuweisen, dass der **Präsident** dieses **Bundesverwaltungsgerichts**, **Professor Dr. Fritz Werner**, Mitglied der NSDAP und der SA gewesen war. Der 87jährige VVN-Präsident plädierte in seiner Rede nachdrücklich für die Notwendigkeit, "Lehren aus dem Kampf gegen den Faschismus zu vertreten, wie sie vor allem in den Organisationen der vom Nazismus Verfolgten gezogen wurden". (240)

Das sie diese Lehren gezogen hatte, machte Anfang des Jahres eine Aktion in **Schwelm** deutlich. Hier hatte die "Deutsche Volks-Union" geplant einen nordrhein-westfälischen Landesverband zu gründen. 4.000 Demonstranten, die an diesem 22. Januar 1989 gewaltfrei gegen die "Ewiggestrigen" auftraten, kamen aus den verschiedensten politischen und religiösen Bekenntnissen. In einem Pressekommentar heißt es u.a.: "In einer beispielhaften gewaltfreien Aktion haben dies (*die Gründung, Manfred Demmer*) gestern Antifaschisten verhindert. Wenn Schwelms Bürgermeister davon sprach, dass die Demonstration aus Weimar gelernt haben, war das angesichts der Schwelmer Demonstration keine Floskel. Vor der Protestkundgebung ist völlig unbürokratisch ein gemeinsamer Aufruf aller im Stadtrat vertretenden Parteien an die Bevölkerung verfasst worden. Dann standen am Sonntag zum Beispiel Christdemokraten gemeinsam mit Grünen in einer Menschenkette, daneben Gewerkschafter, wie auch Vertreter der oft als militant bezeichneten 'Autonomen'. Dass es gelungen ist, die Tagung der Rechtsextremisten zu 'kippen', ist ein Verdienst dieser breiten Solidarität, die sicherlich auch jenen älteren Menschen unter den Demonstranten gutgetan hat, die den Terrorismus des verbrecherischen Naziregimes noch am eigenen Leibe zu spüren bekommen hat." (241)

Ähnlich hätte die Berichterstattung aussehen können, als drei Wochen später in **Rahden bei Minden** die NPD ihren Bundesparteitag durchführte. Antifaschisten aus ganz Nordrhein-Westfalen, einige Tausend, demonstrierten an diesem 11. Februar 1989 gegen diese Provokation. Bei der Organisation der antifaschistischen Aktivitäten waren das Landesbüro sowie die Kreisvereinigungen der VVN-BdA wichtige Helfer.

Hiermit soll die Darstellung der Aktivitäten der Landesorganisation der VVN-Bund der Antifaschisten Nordrhein-Westfalen - die zudem auch nur ein kleiner Ausschnitt aus der fünfzigjährigen Geschichte darstellen konnte - beendet werden. Die folgenden Jahre brachten Erfahrungen und Herausforderungen, die die Organisation vor die Lösung schwieriger Aufgaben stellte. Durch die Veränderungen der welthistorischen Situation mit dem Zusammenbrechen der ehemals sozialistischen Staaten und der UdSSR an der Spitze, mit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik und den damit verbundenen vielfältigen Veränderungen in allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens - deren Darstellung Bände füllen würde, weswegen hier darauf verzichtet werden muss - kam es auch in der VVN-BdA zu vielen Problemen, die die Arbeit der Organisation behinderten. Da gab es Mitglieder, die die Organisation verließen, weil sie sich 'betrogen' fühlten, andere stellten ihre Mitarbeit ein, waren der Verarbeitung der vielen Probleme - die ja über dies zum größten Teil von Medien dargestellt wurden, die schon in der Vergangenheit wenig Neigung erkennen ließen, Positionen von Antifaschisten aktiv zu fördern - nicht gewachsen. Zu dem wurden auch die Organisationsstrukturen wie das Finanzwesen brüchig, die VVN-BdA schien am Ende. Das dies dann doch nicht geschah, ist dem Einsatz der verbliebenen Mitglieder (ca. ein Drittel derer vor der "Wende") zu verdanken, ist jenen Funktionären hoch an zurechnen, die weitermachten. Und das dies nötig war, belegt der Tätigkeitsbericht zur Landesdelegiertenkonferenz 1992, wo über die vergangen 18 Monate berichtet wurde:

Neben den Themen, die die direkte Geschäftsführung des Geschäftsführenden Landesausschusses und die Arbeit des Landesausschusses sowie die Auswertung seiner Sitzungen betrafen, wurden vom Geschäftsführenden Landesausschusses eine Reihe von Initiativen entwickelt.

⇒Tätig wurden wir erneut in der Frage der Entschädigung der NS-Opfer. Es wurden Gespräche mit der Landtagsfraktion der Grünen geführt. In Briefen an die Bundes- und Landesregierung, sowie die Landtagsabgeordneten, wurden entsprechende Forderungen erhoben.

⇒Der GLA war bemüht, Solidarität mit den von Abschiebung bedrohten Roma zu üben. Neben Besuchen im Lager protestierten wir in Stellungnahmen an **Ministerpräsident Rau** und **Innenminister Schnoor**.

Weitere Initiativen erfolgten für die Forderungen, die öffentliche Förderung der Vertriebenenverbände einzustellen, die antifaschistischen Gedenkstätten in den neuen Bundesländern zu erhalten. Wir protestierten gegen die Beschlagnahme des Vermögens der antifaschistischen Organisationen durch die Treuhand und gegen die Kürzung der Renten antifaschistischer Widerstandskämpfer der DDR.

⇒Von besonderer Bedeutung in der Berichtsperiode waren die antifaschistischen Gedenktage. Anlässlich des 50. Jahrestages des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion wandten sich Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer in einem von uns unterstützten Aufruf an die Öffentlichkeit. Wir unterstützten den europäischen Friedensmarsch, der vom sowjetischen Veteranenverband organisiert wurde.

⇒Anlässlich des 53. Jahrestages der Reichspogromnacht (der zum Zeitpunkt des Höhepunktes des neofaschistischen Terrors gegen Ausländer stattfand) beteiligten wir uns an zahlreichen Bündnisaktionen und Demonstrationen, bei denen viele Kameradinnen und Kameraden mit Redebeiträgen auftraten.

⇒Mit eindrucksvollen Beiträgen beteiligten wir uns am evangelischen Kirchentag, so die der Kundgebung in der Bittermark, bei der unser Mitwirken im Fernsehen starke Beachtung fand. Mit einem über drei Tage stattfindenden Infostand und der Teilnahme von Kameradinnen und Kameraden an den Diskussionsforen konnten wir unsere Organisation breiteren christlichen Kreisen bekannt machen.

⇒Die Organisation unterstützte gewerkschaftliche antifaschistische Aktivitäten - wie bei den Ruhrfestspielen und beim antirassistischen Treffen der Gewerkschaftsjugend in Dortmund.

⇒Des weiteren wurden örtliche und regionale Gedenkveranstaltungen mit den Kreisorganisationen durchgeführt. Die seit zwei Jahren wieder gemeinsam von VVN-BdA und kommunalen Trägern der Städte Solingen, Remscheid, Langenfeld und Leverkusen gestaltete Gedenkveranstaltung am Wenzelnberg konnte erfolgreich durchgeführt werden. Wir unterstützten das Rombergparkkomitee und die Karfreitagsveranstaltung der Stadt Dortmund in der Bittermark.

⇒Aktiv beteiligt war unsere Organisation an den Friedensaktivitäten anlässlich des Golfkrieges. In mehreren Flugblättern, die in hoher Auflage verbreitet wurden, wandten wir uns aus der Sicht von Antifaschisten an die Öffentlichkeit.

⇒Stark gefordert war unsere Organisation in der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus. Wir wurden gegen die ausländerfeindlichen Ausschreitungen aktiv, entwickelten selbst Initiativen bzw. beteiligten uns an Demonstrationen. Dabei konnten Bündniskontakte ausgebaut werden.

⇒ Wie in den vergangenen Jahren beteiligten wir uns an den landesweiten Konferenzen antifaschistischer Initiativen und Organisationen, bei denen insbesondere von der VVN-BdA-Neofakkommission des Landes eine wirkungsvolle Arbeit geleistet wird.

⇒ Die Landesorganisation der VVN-BdA NRW, vertreten durch *JUPP ANGENFORT* und *ROSEL VA-DEHRA-JONAS*, sind für den Erhalt der **Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte** eingetreten und hat in ihr mitgearbeitet. Das geschah in Zusammenarbeit mit folgenden Organisationen bzw. Gruppierungen:

Bund der Euthanasie-Geschädigten,
 Claims Conference,
 Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit,
 Die Grünen im Landtag,
 Schwulenverband in Deutschland e.V.,
 BVN,
 pax christi,
 Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime,
 Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz,
 Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer,
 Verein EL-DE-Haus e.V.,
 Hamburger Stiftung für NS-Verfolgte,
 Die Grünen in der Landschaftsversammlung,
 Bündnis90/Die Grünen,
 Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten,
 Projekt für die vergessenen Opfer des Nationalsozialismus,
 Zentralrat der Juden in Deutschland,
 Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

⇒ Dem Auftrag der letzten LDK folgend, war die GLA bemüht, verstärkt Materialien und Publikationen herauszugeben. Mit der Zeitung "Antifaschistische Informationen" wurde - ergänzend zu der nun wieder erscheinenden zentralen "Antifaschistische Rundschau" - ein Landesorgan geschaffen, das im Jahr 1991 fünfmal erscheint. In hoher Auflage wurde ein Werbematerial gedruckt. Zu verschiedenen Anlässen wurden Textvorlagen zur Verwendung für Flugblätter für die Kreise erarbeitet.

⇒ In der Berichtsperiode wurden große Anstrengungen unternommen, um die Landesorganisation politisch-organisatorisch zu stabilisieren um die finanzielle Grundlage der Arbeit zu sichern.

Wenngleich unsere Landesorganisation insgesamt gesehen eine umfangreiche Arbeit geleistet hat, muss jedoch auch eingeschätzt werden, dass die dramatischen Veränderungen und Umwälzungen in der Welt und in unserem Land nicht ohne Beeinträchtigungen der Tätigkeit unserer Organisation und vieler ihrer Mitglieder geblieben sind. In der Zeit nach der letzten LDK ist in der Landesorganisation die Zahl der Mitglieder von rund 2.800 auf rund 2.200 zurückgegangen. Neben politisch motivierten Austritten bzw. Austritten infolge von Frust und Resignation über die politische Entwicklung, ferner altersbedingten Verlusten, kam es vor allem zu zahlreichen Streichungen von den Mitgliederlisten, die zum Teil auf mangelnde Betreuung durch die Kreise insbesondere in der Kassierung und auf die Beendigung der Arbeit einiger Kreisorganisationen zurückzuführen sind. Infolge dieser Entwicklung kam es zu Einbrüchen in der Beitragskassierung und zu einem enormen Absinken der durchschnittlichen Finanzeinnahmen des Landesverbandes.

Bedingt dadurch wurde die Arbeit des Landesbüros weitgehend auf ehrenamtliche Tätigkeit umgestellt. Um die Weiterarbeit des Landesbüros auf dem gegenwärtigen Standard zu sichern und die weitere Mitarbeit der VVN-BdA NRW in der Bundes-VVN-BdA und damit ihren Bestand zu gewährleisten, wurden umfangreiche organisationspolitische Maßnahmen durchgeführt. Im Zusammenhang mit der Erstellung einer computergestützten Versandliste für die "Antifaschistische Rundschau", die ab März 1992 wieder direkt an die Mitglieder versandt wird, wurde mit den Kreisen eine Mitgliederbestandsaufnahme durchgeführt. Im GLA wurde beschlossen, für die nicht von Kreisorganisationen erreichbaren Mitglieder die Beitragskassierung per Abrufverfahren durch das Landesbüro einzuführen. Zu diesem Zweck wurden vom Landesbüro rund 700 persönliche Briefe an zum Teil schon seit Jahren nicht mehr erreichbare Mitglieder versendet. Die bisherigen Rückläufe lassen hoffen, dass ein nicht geringer Teil dieser Mitglieder wieder mit der Organisation Verbindung aufnehmen wird.

Insgesamt gesehen kann nach Einschätzung des Geschäftsführenden Landesausschusses für die Berichtsperiode auf eine - an den vorhandenen Kräften gemessene - umfangreiche Tätigkeit zurück geblickt werden. Wir diese Tätigkeit zusammen mit den zahlreichen Aktivitäten der Kreisorganisationen gesehen, so kann festgestellt werden:

Die Landesorganisation NRW der VVN-BdA hat sich als eine Organisation erwiesen, die in der Lage ist, trotz erschwerter objektiver Bedingungen Krisen- und Stagnationserscheinungen weitgehend zu überwinden und einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der VVN-BdA auch auf Bundesebene zu leisten. (242)

Als Pfingsten 1993 in Solingen bei einem Brandanschlag 5 Angehörige einer türkischen Familie ihr Leben ließen, war die VVN-BdA auch sofort zur Stelle, um gegen diesen sofort als ausländerfeindliches Verbrechen erkennbare Tat zu handeln. Gemeinsam mit anderen Antifaschisten und humanistisch gesinnten Menschen solidarisierte man sich mit der Familie der soviel Leid zugefügt worden war und organisierte eine Demonstration. Der Bundestagsabgeordnete aus Solingen, **Bernd Wilz (CDU)**, nannte den Protest später "Krawalle Zehntausender von Chaoten und Randalierer". Und einen "Alptraum" nannte er nicht die Tatsache, dass junge Menschen durch ein von ihm gepriesenes gesellschaftliches Umfeld zu solchen Taten kamen, sondern das Begehren von Reportern, die die **Bundestagspräsidentin Süßmuth** - die nach Solingen gekommen war - um Interviews angingen. (243) Der Tat von Solingen - die Täter wurden mittlerweile verurteilt - löste eine Welle weiterer neofaschistischer Brandanschläge auf Ausländer- und Asylbewerberheime aus. Zugleich machte die Reaktion der demokratischen Öffentlichkeit deutlich, dass das antifaschistische Potential größer war und ist, als das der organisierten Antifaschisten. Allerdings wurde auch sichtbar, ohne die Aktivitäten der VVN-BdA, ohne die Erfahrungen der Männer und Frauen des antifaschistischen Widerstandes, wäre es reaktionären und neonazistischen Gruppen in der Geschichte seit der Befreiung von Krieg und Faschismus leichter gewesen ihre Vorstellungen an die Menschen heranzubringen, wären neofaschistische Terroraktionen noch mehr geschehen und von offiziellen Stellen noch weniger zur Kenntnis genommen worden. Dies alles beweist nicht nur die Berechtigung einer Organisation wie die VVN-Bund der Antifaschisten, sondern die Notwendigkeit - auch heute noch.

***50 JAHRE VVN BELEGEN EINDEUTIG DASS HIER - WIE ES JA AUF DER GRÜNDUNG DER VVN 1946 VOM REGIERUNGSPRÄSIDENTEN NECKER ERKLÄRT WURDE -
DIE VVN EIN ORDEN DER NEUEN DEMOKRATIE WAR UND IST.***

Quellenhinweis

1⇒ So nannte sich z.B. die Vereinigung in Düsseldorf. Die Namen der Vereinigungen waren unterschiedlich. Eine Aufstellung aus dem Jahre 1946 (Adressen der deutschen Komitees ehemaliger politischer Gefangener, herausgegeben vom Komitee ehemaliger politischer Gefangener, Sekretariat, Hamburg 39 (22301), Maria-Louisen-Str. 132) nennt für die Rhein-Provinz 65 Gruppen mit unterschiedlicher Bezeichnung.

2⇒ Die Sprecher der Kölner Buchenwald-Häftlinge fordern von Oberbürgermeister Adenauer „leitende Posten bei Stadtverwaltung und Polizei“ (31. Mai 1945) in Billstein, Reinhold: Neubeginn oder Neuordnung - Dokumente und Materialien zur politischen Weichenstellung in den Westzonen nach 1945, Köln 1984, S.48 ff.

3⇒ Archiv Manfred Demmer

4⇒ Neue Rheinische Zeitung 17. Oktober 1945; Bernt Engelmann - der spätere Vorsitzende des Schriftstellerverbandes - war 1944/45 im Gestapo-Gefängnis in Ratingen inhaftiert gewesen.

5⇒ VVN NRW G1-2

6⇒ Rhein-Echo 30. Oktober 1946

7⇒ Mitteilungen für ehemalige politische Gefangene des Landes Nordrhein-Westfalen (nachfolgend: Mitteilungen) vom 15. November 1946. Auf der Delegiertenversammlung wurden auch zwei Landessekretäre, Josef Giboni (Bochum) und Heinz Hamacher (Köln) gewählt.

8⇒ Mitteilungen Nr. 5/6, 1. Oktober 1946

9⇒ Gründungsprotokoll VVN Köln, Archiv Kurt Bachmann, Köln

10⇒ VVN-Nachrichten Nr. 13, 10. Mai 1947

11⇒ Freiheit, Düsseldorf, 4. Februar 1947

12⇒ Freiheit, Düsseldorf 25. März 1947

13⇒ ebenda

14⇒ VVN-Nachrichten Nr. 13, 10. Mai 1947

15⇒ VVN-Nachrichten Nr. 17, 14. Juni 1947

16⇒ ebenda

17⇒ Mitteilungen Nr. 3/4, 15. September 1946

18⇒ Mitteilungen Nr. 16, 7. Juni 1947

19⇒ VVN-NRW G-3-14

20⇒ VVN-NRW G-3-44

21⇒ zusammengestellt nach Presseberichten

22⇒ Hamburger Freie Presse, 12. Mai 1948

23⇒ VVN-NRW G-2-68

24⇒ VVN-NRW GK-1-100

25⇒ VVN-NRW G-3-43

26⇒ VVN-NRW G-2-13

27⇒ VVN-Informationen, Hamburg, 10. Juli 1949, S. 7

28⇒ VVN-Informationen, Hamburg, 10. Juli 1949, S. 22

29⇒ VVN-Informationen, Hamburg, 10. Juli 1949, S. 22

30⇒ VVN-NRW G-3-8

31⇒ VVN-NRW G-3-8

32⇒ VVN-NRW G-3-12

33⇒ VVN-NRW G-3-16

34⇒ ebenda.

Hier soll kurz angemerkt werden, dass einige der Unterzeichner Lütsches-Erklärung, später in der VVN weiterarbeiteten, z.B. Pfarrer Augustin Floßdorf.

35⇒ VVN-NRW G-3-33

36⇒ VVN-NRW G-3-34

37⇒ VVN-NRW G-2-12

38⇒ VVN-NRW G-3-45

39⇒ VVN-NRW G-3-39

40⇒ Freie Presse, Bielefeld, 11. Juni 1949

41⇒ So der Titel eines Buches von Christian Pross: Wiedergutmachung - Der Kleinkrieg gegen die Opfer, Frankfurt/Main., 1988

42⇒ ebenda S. 37

43⇒ VVN-Nachrichten Nr. 18, 21. Juli 1947

44⇒ Peter Hüttenberger: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Würzburg 1973, S. 184

Hüttenberger nennt Dr. Philip Auerbach eine „zweilichtige Persönlichkeit“, der ein Kommando gebildet habe, welches auf Plünderungen von Villen und Festnahmen von Nationalsozialisten spezialisiert gewesen sei. Die Militärregierung sei dagegen gewesen. 1951 sei Auerbach nach Bayern gegangen, wo er in eine Korruptionsaffäre verwickelt gewesen sei und Selbstmord verübt habe.

Christian Pross (s. Anm. 41) beschreibt auf den Seiten 73 bis 77 die Affäre Auerbach. Auf S. 77 wird berichtet, dass Auerbach in der britischen Besatzungszone die NS-Vergangenheit von Robert Lehr (späterer Innenminister Adenauers, früherer OB von Düsseldorf) ans Tageslicht gebracht habe, was dann zu seiner Entlassung führte. Was die bayerische Affäre angeht, so sei diese auf Veranlassung des Justizministers ausgelöst worden. Begleitet von der Pressekampagne der rechtslastigen Presse gegen die Wiedergutmachung sei von den Anschuldigungen nichts übrig geblieben, persönliche Bereicherung sei Auerbach nicht nachweisbar gewesen, trotzdem sei er zu 2 1/2 Jahren Haft verurteilt worden. In seinem Abschiedsbrief vom 14. August 1952 heißt es: „Man hat mir Unrecht getan. Ich habe mich niemals persönlich bereichert und kann das entehrende Urteil nicht weiterhin ertragen.“ Justizminister Müller musste übrigens noch während des Verfahrens zurücktreten.

In Max Oppenheimer (Hrsg.): Antifaschismus - Tradition-Politik-Perspektive - Geschichte und Ziele der VVN-Bund der Antifaschisten, Frankfurt 1978, schreibt Alfred Hausser über das Ringen für gerechte Wiedergutmachung und soziale Sicherheit. Dabei wird auf Seite 137 der maßgebliche Anteil der Arbeit von VVN-Kameraden, darunter auch Dr. Philip Auerbachs, bei der Ausarbeitung entsprechender Gesetze erwähnt.

45⇒ Hüttenberger (s. Anm. 44), S. 183

46⇒ VVN-NRW G-3-37

47⇒ Hüttenberger, S. 403.

So waren in den Regierungsbezirks-Hauptausschüssen Düsseldorf und Münster 1949 mehrere VVN-Mitglieder vertreten, 1951 gab es im Ausschuss des Regierungsbezirks Arnsberg noch ein VVN-Mitglied.

48⇒ Hüttenberger, S. 399. Hier heißt es, dass der Nachfolger von Eduard Kremer im Amt des Sonderbeauftragten Robert Saalwächter wurde, der „Mitglied des Landesvorstandes der VVN“ und Vorsitzender des Entnazifizierungsausschusses im Regierungsbezirk Düsseldorf gewesen sei, allerdings 1950 von seinem Amt suspendiert werden musste. Die Darstellung ist insofern falsch, als es einen Robert Saalwächter im Landesvorstand der VVN nicht gegeben hat - Hüttenberger hat ihn offenbar mit Ernst Saalwächter verwechselt.

49⇒ Hüttenberger, S. 409

50⇒ VVN-NRW K-MH-5

51⇒ Bei Hüttenberger S.487....bis.... gez. Lütches. Das Schreiben befindet sich als Kopie im Besitz der VVN-BdA

Bei Hüttenberger, S. 487, wo über Korruptionsfälle berichtet wird, findet sich folgende Darstellung: Der Bund der Verfolgten (BVN) verlangte in einer Resolution vom Juni 1950 die Abberufung Frenkels, da der Etat des Landesamtes für Wiedergutmachung „zu 70% für Glaubensjuden, Kommunisten, Sozialisten ausgegeben worden ist“. Überdies seien die Wiedergutmachungsämter Brutstätten der KPD. In der Tat sei Frenkel dann im Laufe des Sommers 1950 entlassen worden.

In dem Zusammenhang sei auf die BVN-Zeitung „Das freie Wort“ verwiesen. Diese hatte in der Nr. 27 vom 18. August 1950 auf Seite 1 einen Artikel veröffentlicht, in dem die VVN als Bürgerkriegsarmee bezeichnet und in dem berichtet wurde, dass Marcel Frenkel an einer „staatsfeindlichen Kundgebung“ in Berlin/Ost teilgenommen habe. Dort hatte ein Treffen von deutschen und französischen Widerstandskämpfern stattgefunden. In der Nr. 32 vom 22. September 1950 wird in zwei Artikeln der Adenauer-Erlass als Beispiel „kämpferischer Demokratie“ gelobt und erklärt, er sei eine „Selbsthilfe gegen westdeutschen Stalinismus“.

Bereits am 23. Juni 1950 wurde „Die Tat“ vom „freien Wort“ als „Organ der VVN-Stalinisten“ bezeichnet. Auf der Beiratstagung des BVN (10. Dezember 1950 in Düsseldorf) forderte Lütches - laut „Freies Wort“ Nr. 44/50, Seite 9 - die energische Durchführung des Bundesregierungsbeschlusses vom 19. September 1950.

Dr. Frenkel beziehe, so heißt es in dem Bericht, immer noch sein Gehalt und im Innenministerium seien noch immer zwei Regierungsräte und mehrere Angestellte beschäftigt, die der KPD angehörten.

Dass dem BVN nicht nur die VVN bzw. die KPD ein Dorn im Auge waren, wurde in der Nr. 22 vom 14. Juli 1950 deutlich, in der die Düsseldorfer Künstler Herbert Eulenberg und Otto Pankok - wegen ihres antifaschistisch-humanistischen Auftretens - vom „Freien Wort“ als „Kulturbolschewisten“ bezeichnet wurden. In diesem Zusammenhang interessant ist sicher ein Brief, den Lütches am 11. April 1950 unter dem Az. L/V an den Regierungspräsidenten von Köln gerichtet hat und der im Wortlaut zitiert zu werden wert ist:

Herrn Regierungspräsidenten
 Dr. W a r s c h
 Köln am Rhein Streng persönlich
 Regierungspräsidium Nicht für die Akten bestimmt!
 Zeughausstraße

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident!

Ich habe, wie Sie wissen, nach vorheriger Überlegung mit dem Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer und Bundesinnenminister Dr. h. c. Heinemann am 4. 2. 1950 den Bund der Verfolgten des Naziregimes gegründet. Mit gleicher Post geht Ihnen die Ausgabe Nr. 7 der Zeitung „Ohne Namen“ zu, die Ihnen genauen Aufschluss über Sinn und Zweck des neuen Bundes gibt. Seine Hauptaufgabe besteht darin, die in der V.V.N. organisierten Nichtstalinisten für unseren Staat und für seine Verfassung zu gewinnen.

Als ich Gründonnerstag den B.V.N. in Bad Godesberg aus der Taufe hob, erfuhr ich, dass die dortige V.V.N. im Rathaus ein Amtszimmer besitzt. Ich erfuhr weiter, dass dies auch in Bonn der Fall ist und dass die V.V.N. Bonn obendrein einen städtischen Zuschuss von DM 4.800,- im Jahr bekommt. Beide Organisationen, die durchaus staatsfeindlichen Charakter tragen, erlangen, weil sie im Rathaus residieren, obendrein halbamtlichen Charakter.

Ich schätze die kommunalen Zuschüsse an die V.V.N. unseres Landes in Übereinstimmung mit dem Herrn Oberstadtdirektor Dr. Walter Hensel, Düsseldorf, auf rund 200.000,- DM jährlich, eine Ziffer, die erschreckend hoch ist und die anzeigt, dass unsere junge Demokratie ihre eigenen Feinde am Busen nährt. Deswegen habe ich im Laufe dieser Woche eine Besprechung mit dem Herrn Ministerpräsidenten Karl Arnold und Finanzminister Dr. Weitz.

Ich bitte Sie freundlichst, zu überlegen, ob Sie nicht auf die von mir verständigten Oberbürgermeister Stockhausen, Bonn, und Bürgermeister Hobmann, Bad Godesberg, einwirken können, damit die V.V.N. sofort aus den dortigen Rathäusern verschwindet. Beiden Herren habe ich im gleichen Sinne vertraulich geschrieben.

Im heiligen Köln ist nach wie vor ein C.D.U.-Mann, Herr Scharff, Vorsitzender der V.V.N. Es haben sich schon rund 80 Mitglieder ohne mein Zutun aus Köln gemeldet und ich hoffe, dass die Herren Schwering oder Pfarrer Clemens oder Frau Gerig in Kürze den Vorsitz des B.V.N. in Köln übernehmen werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Widerstandskämpfer gegen Hitler eine andere Haltung an den Tag legen sollten, wie die beispielsweise in Düsseldorf, in Aachen, in Bonn oder in Godesberg der Fall ist.

Ich benutze diese Gelegenheit Sie freundlichst zu bitten zu überlegen, dem B.V.N. als Mitglied beizutreten, weil sich das sicherlich günstig für die junge Generation auswirken würde.

In Erwartung Ihrer geschätzten Rückäußerung

Verbleibe ich mit ergebenen freundlichen Grüßen

Ihr gez. Lütches

52⇒ Organisationsbericht LDK 15. Juli 1951 Hagen

53⇒ Geschäftsbericht LDK 15. Juli 1951 Hagen

54⇒ Entwurf Entschließung LDK 15. Juli 1951 Hagen

55⇒ VVN-NRW K-SI-373

56⇒ VVN-NRW K-SI-346

57⇒ VVN-NRW KV-Altena-Lüdenscheid-12. Zusatz: Hier sei kurz darauf verwiesen, dass es in den Monaten zu gesteigerten Aktionen der Antimilitaristen kam. Höhepunkt war jene Friedenskarawane von über 30.000 Menschen nach Essen, wo die Polizei am 11. Mai 1952 den jungen Arbeiter Phillip Müller erschoss.

58⇒ Georg Fülberth: Geschichte der Bundesrepublik in Quellen und Dokumentationen, Köln 1983, S. 13

59⇒ VVN-NRW K-Moers-69

60⇒ VVN-NRW K-Bocholt-11

61⇒ VVN-NRW K-ALü-52

62⇒ Flugblatt, abgedruckt in: Max Oppenheimer „Antifaschismus...“, S. 20

63⇒ VVN-NRW K-Herne-12.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass E. Saalwächter im Juli 1953 in einem Brief an Arnold Kreuzer, Bad Godesberg, feststellte, dass z.B. in Düsseldorf kein Austritt von Sozialdemokraten aus der VVN zu verzeichnen war, in einem Ort mit ca. 2.000 Mitgliedern nur ca. 30 austraten. „Es ist mit einem schätzungsweisen Austritt von 2-3% zu rechnen“. (VVN-NRW G-3-53)

64⇒ VVN-NRW K-E-1-147

65⇒ ebenda

66⇒ VVN-NRW K-Bocholt-18

67⇒ VVN-NRW K-EN-26

68⇒ VVN-NRW K-MH-65.

Am 2. August 1954 wurden Neumann und Dickel zu je 3 Jahren, Bechtle zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt (siehe. Fülberth: Geschichte...., S. 85). Wegen „Hochverrat“ verurteilt wurde im Oktober 1955 auch Marcel Frenkel, der Vorsitzende der VVN. „Die Vorwürfe waren jedoch so fadenscheinig und offensichtlich konstruiert und der Protest im In- und Ausland so stark, dass Marcel Frenkel bald wieder auf freien Fuß gesetzt werden musste.“ (Oppenheimer: Antifaschismus...., S. 19)

69⇒ VVN-NRW K-RE-80

70⇒ Oppenheimer: Antifaschismus...., S. 21

71⇒ Hermann Müller: zum Thema der doppelten Entrechtung nach dem Bundesentschädigungsgesetz in: Altlasten der politischen Justiz - Politische Strafjustiz der Bundesrepublik Deutschland in den 50er und 60er Jahren - Wirkungen des Antikommunismus im Kalten Krieg! Herausgeber: Marx-Engel-Stiftung. Schriftenreihe 16 Wuppertal 1991, S. 88. ein Beispiel - wie der BEG § 6 u.a. wirkte - geht aus einem Schreiben der VVN-Kreisvereinigung Dinslaken vom 24. April 1964 hervor:

Nachfolgend aufgeführte Kameraden und Kameradinnen wurde eine Entschädigung versagt, bereits gewährte eingestellt oder zurückgefordert:

Bast, Heinrich geb. 5. Oktober 1902, inhaftiert vom 15. September 1944 bis 8. April 1946; Heumann, Hendrika geb. 14. Juni 1898, inhaftiert vom 17. März 1933 bis 6. Mai 1933; Spitzer, Karl geb. 6. November 1907, inhaftiert vom 25. Mai 1935 bis 25. Mai 1937; Strafbataillon 999 vom 29. Januar 1942 bis 22. November 1946, Rente nach Landesrecht bis 1961 erhalten, dann auf 15% herabgesetzt, Rückforderung 5.000,-DM; Breder, Jean geb. 17. Februar 1902, inhaftiert vom 28. Februar 1933 bis 22. Dezember 1933 und vom 2. Mai 1935 bis 5. November 1935, keine Entschädigung; Fonk, Adolf geb. 23. Februar 1909, inhaftiert vom Juli 1933 bis April 1934, keine Entschädigung für Gesundheitsschaden, 100,- DM Berufsschadens-Rente; Steinert, Julius geb. 6. Februar 1912, inhaftiert vom 14. Mai 1935 bis 12. Dezember 1935, keine Entschädigung; Drechsler, Hermann geb. 25. August 1904, inhaftiert vom April 1935 bis September 1938, Rente entzogen nach § 6. (VVN-NRW -SK-allg.-)

72⇒ VVN-NRW -SK-1 -ungeordnet

73⇒ Altlasten, S. 97f

74⇒ Zehn Jahre VVN, Frankfurt/Main 1957, S. 3

75⇒ ebenda, S. 36

76⇒ Jahre in Lüttringhausen - Endstation Wenzelnberg.

Berichte von antifaschistischen Widerstandskämpfern, hrsg. VVN-Bund der Antifaschisten, Landesvorstand NRW o. J.

77⇒ VVN-NRW K-Rhein-Wupper-113

78⇒ Blätter der Geschichts-Kommission, VVN-BdA Kreis Mettmann, 17. April 1988 „Zur Geschichte der Gedenkkundgebungen am Wenzelnberg“ - VVN-NRW KV-ME-2-18

79⇒ In der Broschüre „Das Lager 326 - Augenzeugenberichte, Fotos, Dokumente“ 1988 herausgegeben vom „Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock e.V.“ wird auf Seite 176 folgendes berichtet:

Wir, der Arbeitskreis BLUMEN FÜR STUKENBROCK, sind eine kleine Gruppe von Frauen und Männern, die sich in den 60er Jahren zusammengefunden hatte, um mehr zu tun, als nur still der Toten zu gedenken. Einige Mitglieder sind nicht mehr bei uns, neue kamen hinzu. Wir sind Bürgerinnen und Bürger verschiedener Anschauungen und religiöser Bekenntnisse; Gewerkschafter, Christen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Grüne, Parteilose. Trotz Unterschiede eint uns das gemeinsame Streben nach guten Beziehungen unseres Volkes zu den Völkern der UdSSR und die Absicht, alles zu tun, damit es nie wieder Faschismus und Krieg geben wird. Trotz häufiger Diffamierungen und Anfeindungen von Ewiggestrigen, ließen wir uns nicht auseinanderbringen.

Blumen für Stukenbrock wird heute von vielen Menschen im In- und Ausland als ein Symbol gemeinsamen Wollens verstanden, einen Beitrag zu Frieden und Versöhnung mit allen Völkern zu leisten. Warme Worte der Zustimmung erreichen uns sowohl aus Concarneau/Frankreich und Marzabotto/Italien, als auch aus der DDR, Holland, Polen und Kemerowo in Sibirien.

Wenn Stukenbrock auch in den vergangenen 20 Jahren über die Grenzen unseres Landes hinaus als ein Ort der Versöhnung und Verständigung bekannt geworden ist, so bleibt auch heute noch viel zu tun. Die in der Zeit des Kalten Krieges vom Obelisk entfernte rote Glasplastik, eine Fahne mit dem Staatssymbol der UdSSR, ist auch 1988 trotz einer Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion noch nicht wieder angebracht worden. In unmittelbarer Nähe des Gräberfeldes stören immer noch militärische Übungen auf dem benachbarten Truppenübungsplatz Senne die Ruhe der Toten. Noch kein Bundesminister nahm an den Mahn- und Gedenkkundgebungen teil; Bundeswehrsoldaten ist es verboten, sich in Uniform zu beteiligen. Im Bewusstsein vieler Mitbürger ist die Vergangenheit vergangen und es werden so scheußliche Verbrechen, wie sie im Lager 326 geschahen, sowie ihre Ursachen und Folgen, nicht zur Kenntnis genommen. In den Schul- und Geschichtsbüchern unseres Landes findet man leider nichts über Stukenbrock und wenig über die

vielen anderen Kriegsgefangenenlager in Deutschland. Der Umgang mit der Geschichte aber erfordert klares Bekennen, um den Weg für die Zukunft frei zu machen.

80⇒ Zur Geschichte der Bittermark/Rombergpark (Siehe Ulrich Sanders Buch: Mord im Rombergpark

81⇒ Düsseldorf Nachrichten, Langenfeld, 19. März 1958

82⇒ ebenda

83⇒ VVN-NRW K-Rhein-Wupper - 128

84⇒ VVN-NRW K-Rhein-Wupper - 127

85⇒ VVN-NRW K-Moers - 156

86⇒ Fülberth: Geschichte..., S. 163/164.

Unter den 132 Unterzeichnern aus NRW waren u.a. Prof. Walter Hagemann, Martin Niemöller, Otto Pankok, Renate Riemeck, Günter Weisenborn

87⇒ Fülberth: Geschichte ..., S. 165/166 hier waren aus Nordrhein-Westfalen oder als Antifaschisten Unterzeichner:

Luise Albertz, Oberbürgermeisterin (Oberhausen); Dr. Rudolf Amelunxen, Justizminister; Stefan Andres, Schriftsteller; Heinrich Böll, Schriftsteller; Prof. Max Born, Nobelpreisträger; Max Brauer, Bürgermeister; Dr. Thomas Dehler, Mitglied des Bundestages; Walter Dirks, Schriftsteller; Axel Eggebrecht, Schriftsteller; Prof. Dr. Helmut Gollwitzer; Prof. Dr. Walter Hagemann, Direktor des Institut für Publizistik Münster; Prof. Dr. Oskar Hammelsbeck; Dr. Dr. Gustav Heinemann, MdB, Bundesinnenminister a.D.; Prof. D. Hans Iwand; Hans H. Jahnn, Präsident der Freien Akademie der Künste Hamburg; Erich Kästner, Schriftsteller; H. F. Kloppenburg, DD., Oberkirchenrat; Prof. Eugen Kogon; Ernst Kreuder, Schriftsteller; Dr. Wilhelm Lehmann, Schriftsteller; Pfarrer Dr. Dieter Linz; Paul Löbe, Reichstagspräsident a.D.; Dr. h. c. Maria-Elisabeth Lüders, MdB; Prof. Wilhelm Maler, Leiter der Westfälischen Musikakademie; D. Martin Niemöller, Kirchenpräsident; Erich Ollenhauer, MdB; Georg Reuter, stellv. Vorsitzender des DGB; Willi Richter, Vorsitzender des DGB; Martha Saalfeld, Schriftstellerin; Paul Schallück, Schriftsteller; Dr. Schaltenbrand, Universitätsprofessor Würzburg; Prof. Dr. Carlo Schmid, Vizepräsident des Deutschen Bundestages; Fritz Steinhoff, Ministerpräsident; D. Hans Stempel, Kirchenpräsident; Bernhard Tacke, stellv. Vorsitzender des DGB; Prof. Dr. Heinrich Vogel (Berlin); Prof. Dr. Alfred Weber (Heidelberg); Prof. Dr. Walter Weizel, Universitätsprofessor (Bonn); Helene Wessel, MdB; Prof. Dr. Ernst Wolf, Universitätsprofessor (Göttingen).

Kogon und Niemöller waren später Mitglieder des Ehrenpräsidiums der VVN-BdA.

88⇒ VVN-NRW K-Mü-330

89⇒ Münsterisches Tageblatt, Nr. 91/92 (19./21. April 1958) VVN-NRW K-Münster-331

90⇒ Diese Zusammenstellung erfolgte aus Hinweisen in verschiedenen Materialien und Dokumenten. Deshalb gibt es manche Lücke. Für die Kölner Konferenz gibt es sogar zwei verschiedene Daten: 1.) 19./20. November 1955 - 2.) 22./23. Oktober 1955!

91⇒ Oppenheimer: Antifaschismus..., S. 26

92⇒ VVN-NRW K-Bi-256

93⇒ VVN-NRW K-ALü-77

94⇒ Freie Meinung, Düsseldorf, Nr. 22; 7. November 1959, S. 2

95⇒ Freie Meinung, Düsseldorf, Nr. 22; 7. November 1959, S. 5

96⇒ VVN-NRW SK-1 ungeordnet

Neben Polizeimaßnahmen hatte die VVN in jenen Jahren - wie schon angedeutet - mit Saalschwierigkeiten zu tun. Am 8. September 1960 teilt der Oberstadtdirektor der Stadt Recklinghausen dem Landesvorsitzenden mit, dass „der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Recklinghausen es abgelehnt (hat), Ihnen die Vestlandhalle für eine Veranstaltung am Abend des 1. Oktober 1960 zur Verfügung zu stellen“. - VVN-NRW Organisation, diverse Schriften-2

97⇒ Frank Bajohr: Weichenstellungen, Verfolgung und Vergangenheit, in: Der Lokomotive in voller Fahrt die Räder wechseln - Geschichte und Geschichten aus NRW; herausgegeben von Peter Graefe, Bodo Hombach, Reinhard Grätz; Dietz Nachf. Bonn, 1987, S. 71

98⇒ VVN-NRW -SK-1-ungeordnet

Erwähnt werden soll hierbei, dass der Polizeipräsident von Wuppertal, jener Martin Schönenborn, CDU war, gegen den die Hildener VVN - wie geschildert, siehe Anmerkung 3 - schon im Dezember 1945 Klage geführt hatten.

99⇒ VVN-NRW -K-D-9

100⇒ VVN-NRW K-MH 107 / VVN-NRW K-MH-106

101⇒ VVN-NRW -Org-Div. Schriften - B

102⇒ VVN-NRW Fotoalbum 1956

103⇒ Zusammengestellt nach Fotos in VVN-NRW Fotoalbum 1956

104⇒ VVN-NRW Fotoalbum 1962

105⇒ VVN-NRW K-Mü-308, 10. März 1960.

Dass die Arbeit auf Landesebene zumindest funktionierte, belegt ein Schreiben vom 1. März 1961, in dem das Landesbüro Heinz Offermann aus Mülheim/Ruhr bittet, auf der 15. Landesdelegiertenkonferenz (18./19. März 1961 in Hamm) einen Bericht über die Arbeit der Jugendkommission zu geben. "Kamerad Heinz Kummer ist noch inhaftiert und es daher erforderlich, dass Du diesen Bericht gibst." - VVN-NRW K-MH-124

106⇒ In den Akten „VVN-NRW Gelsenkirchen“ befinden sich viele Hinweise auf die Arbeit dieser Abteilung, die zu Beginn vom Kameraden Ernst Brandt, Hagen, geleitet wurde. Nachfolgende Informationen sind eine Zusammenfassung aus diesen Akten.

107⇒ VVN-NRW Gelsenkirchen-1-309

108⇒ "Die Tat" 26. Juni 1965

„In Memoriam Hans van Dahlen“, am 6. Juni verstorben, Arbeitersportler, Widerstand mit katholischen Widerstandsgruppen aus Holland, 4 1/2 Jahre Zuchthaus, KZ Sachsenhausen. Nach der Befreiung Sozialbeigeordneter in Rheydt.

109⇒ VVN-NRW -GK-12-61

110⇒ VVN-NRW GK-11-122

Hier sei angemerkt, dass ja mittlerweile in der Essener Synagoge eine Mahn- und Gedenkstätte errichtet wurde. Die Forderung wurde von der Essener Kreisorganisation der VVN aktiv und langfristig unterstützt. Schwerpunkt ist hier die Geschichte der jüdischen Bevölkerung. Den Intentionen der Delegiertenkonferenz am Nächsten kommt sicherlich die Dortmunder Steinwache, die als letzte Mahn- und Gedenkstätte eingerichtet wurde. Damit wurde auch eine langfristige Forderung Dortmunder Antifaschisten erfüllt.

111⇒ Noch 1977 hieß es in einem Brief der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ) über eine Ausstellung in Herne, die von einem 19 Organisationen umfassenden Komitee präsentiert wurde:

„Gezeigt werden Bilder und Texte, die den antifaschistischen Widerstand an Rhein und Ruhr in den Jahren 1933-1945 dokumentieren. Denn, so Fritz Günzburger, Vertreter der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und Sprecher des Komitees, „es ist vor allem unseren Schulkindern nicht bekannt, dass der Widerstand gegen Hitler und die Nazis auch von großen Teilen der Arbeiterklasse getragen wurde.“ (WAZ, Herne, 22. April 1977).

4» Deutsche Volks-Zeitung, Düsseldorf, Nr. 3 - 14. Januar 1971; vgl. auch Zuschrift Ernst Schmidt, NRZ, Essen, 23. Januar 1971

4» Referat des Vorsitzenden der Geschichtskommission der VVN in Nordrhein-Westfalen, Karl Schabrod, zur „Situation in den Schul-Geschichtsbüchern von Nordrhein-Westfalen“, leicht gekürztes Referat, gehalten am 27. März 1971 auf der Landesdelegiertenkonferenz der VVN in Gelsenkirchen, in: Sonderdruck aus „Schule und Nation“ Heft 2/XVII (April 1971), Schwelm - VVN-NRW Ini-Schul. - ungeordnet.

4» Materialien in: VVN-NRW -Ini-Schulgeschichtsbücher

4» VVN-NRW -Sammlung - Alte Berichtsbogen

In der gleichen Sammlung befindet sich auch ein Bericht über eine Organisationskonferenz der VVN NRW. 27 Kreise waren danach vertreten, allerdings wurde in dem Bericht vom Januar 1965 kritisiert, Vertreter aus den größeren Vereinigungen fehlten und die anwesenden Kreisvereinigungen „nicht diejenigen Kameraden entsandt“ hätten, „die für Organisations-Arbeit verantwortlich sind.“

116⇒ So 1946 auf der Kasernenstr. 67; 1952 Corneliusstr. 103; 1955 Kirchfeldstr. 149; dann Volmerswerther Straße 76. Zusammenstellung - auch der nachfolgenden Schilderung aus Akten des Landeskassierers.

4» Nachfolgend einige kurze biographische Notizen, die deutlich machen, wie sich auch in den obersten Leitungsgremium - auch durch den Landesvorsitzenden - die antifaschistische Breite der VVN dokumentierte.

4» Heute sind in der „Carl von Ossietzky-Universität“ Oldenburg vielfältige wissenschaftliche Bemühungen vorhanden, die die Geschichte der Moorkampfer zu untersuchen und antifaschistische Position deutlich zu machen. Angemerkt werden soll, dass auch in NRW die Geschichte der heutigen „Heinrich Heine Universität Düsseldorf“ belegt, wie viel demokratischer Druck nötig war, um die Namensgebung zu erreichen.

Die Düsseldorfer Bürgerinitiative Heinrich Heine-Universität - gegründet vom Intendanten a.D. Otto Schönfeldt und aktiv unterstützt von VVN-Mitgliedern - hat jahrelang einen mühevollen Kampf, auch mit amtlichen Stellen, führen müssen, bis die Universität benannt wurde nach dem „großen Sohn der Stadt.“

Das allerdings die Benennung nach einem hervorragenden Geist und Demokraten alleine noch nichts über den Geist aussagt, der bei manchen noch an der Universität vorhanden ist, belegt die Tatsache, dass dort ein

Dr. Hornung wirkte, wie 1995 bekannt wurde, der als Terrorist in Südtirol verurteilt war und einen Kreis angehörte, der in enger Verbindung mit reaktionären Kräften gebracht wurde.

Abschließend ein Auszug aus einem Brief, der schildert, mit welchen Widerständen rund 11 Jahre nach der Befreiung von Krieg und Faschismus Menschen, wie die Moorsoldaten, beschäftigen mussten. Der Brief vom 7. Oktober 1956 wurde von Albert Nohl, (Gummersbach), an den Mitorganisator des Moorsoldaten-Treffens Bernhard Kruse (Leer/Ostfriesland) vom 8. bis 9. September 1956 gerichtet. In ihm spricht Nohl den Organisatoren „vor allem im Namen unserer rheinischen Kameraden für Eure vorbildliche Arbeit“ den Dank aus.

„Um so empörter“, so heißt es weiter und in Bezug nehmend auf verschiedene Pressemeldungen, darunter auch der DGB-Zeitung ‘Welt der Arbeit’, bin ich über die schamlose Herabsetzung der opferbereiten Arbeit im Dienst der Demokratie und des echten Menschentums. Wenn die Welt der Arbeit Gift und Galle gegen uns Moorsoldaten speit, wird uns das nicht abhalten, weiter unseren demokratischen Weg der Gemeinschaft zu gehen. Wir haben damals uns im Börgermoor nicht von der SS provozieren lassen, als sie Heilmann und Ebert einlieferten, und wir aufgefordert wurden, uns als Vertreter des linken Flügels der Arbeiterbewegung wegen ihrer Severing-Noske-Politik zu rächen. Wir wussten, dass die rechts von uns stehenden Arbeitermassen eines Tages erkennen würden, wie falsch der Weg dieser Führer gewesen war. Und wir werden auch heute uns nicht gegeneinander hetzen lassen, sondern immer wieder und geduldig aufklären und das Gemeinsame nicht das Trennende heraussteilen, wie es die ‘Emsländische Rundschau’ und die ‘Welt der Arbeit’ in höherem Auftrag der kalten Kriegsstrategen zur Verewigung der Spaltung Deutschlands versuchen. Wir vertreten das ‘Andere Deutschland’ der Humanität und des festen Glaubens an den Sieg der Menschenwürde, und das macht uns stark und deswegen werden wir noch dann gefürchtet, wenn wir im öden Moor der von den Faschisten erschlagenen und erschossenen Kameraden gedenken.“

(VVN-NRW -Bündel 3 - Nachlass Nohl)

119⇒ VVN-NRW -G-2-24

120⇒ Siehe: Antifaschismus..., S. 41

121⇒ Siehe: Antifaschismus S. 41

122⇒ VVN-NRW -GK-11-119

123⇒ VVN-NRW -LDK-1971-41

Bezüglich des Kampfes gegen die neofaschistischen und militaristischen Verbände, sei hier kurz auf zwei Aktionen hingewiesen, die Bedeutung für den weiteren und auch heutigen Kampf gegen den Faschismus hatte. Der Landesverband NRW war entscheidend mitbeteiligt an der Organisation einer Gegenkundgebung des ‚SS-Treffens Pfingstmontag, 3. Juni 1968), in Bad Münstereifel und an der antifaschistischen Aktion gegen den US-Historiker David L Hoggan, der auf Schloss Burg eine Veranstaltung abhalten wollte, die der Leugnung der NS-Verbrechen diene.

124⇒ Bereits auf der 22. Landesdelegiertenkonferenz, 20. April 1969 in Dortmund, spielte das Thema eine Rolle. In einer „Eingabe“ an den Innenminister, den Ministerpräsidenten des Landes, sowie den Vorsitzenden des Unterausschusses für Wiedergutmachung des Landtages gerichtet, wird die Zahlung eines laufenden Teuerungszuschlages für die Verfolgten-Renten gefordert. In der Eingabe heißt es u.a.:

„Die Renten nach dem Verfolgten-Renten-Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen sind seit Bestehen dieses Gesetzes (5. März 1947) konstant geblieben und bewegen sich zwischen DM 46,70 und DM 233,30. Der Errechnung und Festsetzung dieser Renten (Beschädigten-, Hinterbliebenen-, Waisen- und Elternrenten) lag und liegt ein angenommener Jahresarbeitsverdienst von 4.200,-DM zugrunde.

Gegen diesen angenommenen Jahresarbeitsverdienst und der darauf beruhenden Rentenfestsetzung war bis zu dem Zeitpunkt, wo die Lebenshaltungskosten ungefähr gleich blieben, nichts einzuwenden.

Dieser Zeitpunkt endete jedoch spätestens mit Ablauf des Jahres 1960. auf von und beantragte Erhöhungen der Leistungen nach dem VRG vom 5. März 1947 haben wir zu keiner Zeit offiziell eine Antwort bekommen. Gesprächsweise wurde uns lediglich mitgeteilt, dass aufgrund des § 228 BEG gegen eine Erhöhung der VRG-Renten verfassungsrechtliche Bedenken bestehen. Wenn das der Fall sein sollte, dann dürfte aufgrund der seit 1960 eingetretenen Erhöhung der Lebenshaltungskosten um mindestens 50-70% ein entsprechender Teuerungszuschlag zu den VRG-Renten nicht verfassungsrechtlichen Bedenken bestehen. Wir stellen deshalb hiermit den Antrag, im Interesse der Bezieher der VRG-Renten, auf Zahlung eines laufenden Teuerungszuschlages.“ (VVN-NRW -GK-10-195)

Und zur Landesdelegiertenkonferenz 1971 lag ein Antrag der Hauptmitgliederversammlung der VVN Köln vor, der die Thematik behandelte und folgenden Wortlaut hatte:

„Seit dem 1. September 1946 sind im Lande Nordrhein-Westfalen die Renten für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte des Naziregimes nicht mehr erhöht worden.

Diese Personengruppe ist gegenüber anderen Rentenempfänger der Sozialversicherung, der Unfallversicherung, des Bundesentschädigungsgesetzes auf das Schwerste benachteiligt.

Die Landesdelegiertenkonferenz wolle deshalb heute beschließen:

In dieser Angelegenheit sofort noch einmal mit den anderen Verbänden der politisch Verfolgten zu beraten, wie Abhilfe geschaffen werden kann.

Falls notwendig, wird der Geschäftsführende Landesvorstand beauftragt, sofort Juristen zu beauftragen, um eine Klage auszuarbeiten. Entstehenden Unkosten zur Erstellung eines Gutachtens und der Klage trägt der Landesverband.

Es wird vorgeschlagen, in dieser Angelegenheit auch mit den Sozialexperten und Juristen des DGB in Verbindung zu treten.“ (VVN-NRW -LDK-1971-40).

125⇒ Siehe: Antifaschismus... S. 57ff

126⇒ Siehe: Berichte in

Kölner Stadtanzeiger, 16. November 1971

Kölner Rundschau, 16 November 1971

NRZ Duisburg, 15. November 1971

WAZ Duisburg, 15. November 1971

Rheinische Post, 15. November 1971

WAZ Gelsenkirchen, 22. November 1971

WAZ Gelsenkirchen, 23. November 1971.

127⇒ Siehe: Antifaschismus... S. 61

128⇒ VVN-NRW -LDK-1975-41

Hier sei angemerkt, dass Volker Götz kein Richter wurde, sondern heute als Rechtsanwalt arbeitet.

129⇒ VVN-NRW -Org-Div.-Schriften-3-187

130⇒ Siehe: Anzeige in: „Unsere Zeit“ - Zeitung der DKP, Düsseldorf 18. Juni 1976

131⇒ VVN-NRW -B-K-Do

In dieser Akte befand sich das Gedächtnisprotokoll, woraus zitiert wurde. Auch der „Adenauer-Erlass“ war dort archiviert; nachfolgend der Wortlaut:

„Die Gegner der Bundesrepublik Deutschlands verstärken ihre Bemühungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu untergraben. Jede Teilnahme an solchen Bestrebungen ist unvereinbar mit den Pflichten des öffentlichen Dienstes. All ihm unmittelbaren oder mittelbaren Bundesdienst stehenden Personen haben sich gemäß § 3 des vorläufigen Bundespersonalgesetzes durch ihr gesamtes Verhalten zur demokratischen Staatsordnung zu bekennen. Wer als Beamter, angestellter oder Arbeiter im Bundesdienst an Organisationen oder Bestrebungen teilnimmt, sich für sie betätigt oder sie sonst unterstützt, ... macht sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig.“

Folgende Organisationen werden aufgezählt:

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit allen ihren Unterorganisationen,

Sozialdemokratische Aktion,

Freie Deutsche Jugend (FDJ),

Vereinigung der Sowjetfreunde,

Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion,

Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands,

Gesamtdeutscher Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft,

Komitee der Kämpfer für den Frieden,

Komitee der jungen Friedenskämpfer,

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN).

„Die Bundesregierung ersucht die Dienstvorgesetzten, gegen Beamte, angestellt und Arbeiter, die ihre Treupflicht gegenüber der Bundesrepublik durch Teilnahme an solchen Organisationen oder Bestrebungen verletzen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Gegen Schuldige ist unnachsichtlich die sofortige Entfernung aus dem Bundesdienst, und zwar bei Beamten auf Lebenszeit durch Einleitung eines förmlichen Dienststrafverfahrens unter gleichzeitiger vorläufiger Dienstenthebung und Gehaltseinbehaltung, bei Beamten auf Widerruf durch Widerruf, bei Angestellten und Arbeitern durch fristlose Kündigung herbeizuführen. Die Bundesregierung empfiehlt den Landesregierungen, sofort entsprechende Maßnahmen zu treffen.“

132⇒ VVN-NRW -LDK-1975-2-60

133⇒ VVN-NRW -Präsidium-1-263

134⇒ VVN-NRW-Organisation, diverse Schriften-3-240

135⇒ VVN-NRW -GK-7-18ff

136⇒ Siehe: Antifaschismus S.80

137⇒ VVN-NRW -Präsidium-2-58ff

138⇒ Flugblatt VVN-Bund der Antifaschisten, Kreis Mülheim/Ruhr 1390 VVN-NRW-LV-3-86

140⇒ Das Naturfreunde Haus im "Leichlinger Block" war traditionsgemäß ein Ort antifaschistischer Aktivitäten. In den zwanziger Jahren von den Arbeitern im "Touristenverein Die Naturfreunde" errichtet, fanden in dem Hause viele Aktionen gegen die reaktionären Entwicklungen in der Weimarer Republik statt. Im "Block" befand sich u.a. auch die Bezirksparteischule der KPD Niederrhein, die Ende der zwanziger Jahre sich auch mit dem Schulungsthema "Was ist Faschismus" befasste. Ebenfalls soll hier - mit Unterstützung der KPD - in jenen Jahren ein Treffen hochrangiger Funktionäre der Kommunistischen Partei Italiens, welche im Mussolini-Italien in der Illegalität wirkte - stattgefunden haben. Eine wichtige Rolle bei der Organisierung soll der spätere KPD-Landtagsabgeordnete von NRW, Walter Vesper, gespielt haben. Auch nach der Befreiung vom Faschismus wurde in diesem Haus der Arbeiterwanderorganisation die antifaschistische Tradition fortgesetzt, wie es ja an den Bildungswochenlehrgängen deutlich wurde. Daneben trafen sich Mitglieder der VVN und andere Antifaschisten jährlich bei den Gedenkfeiern für die Opfer des Verbrechens in der Wenzelnberg-Schlucht, die in unmittelbarer Nähe liegt, hier.

141⇒ VVN-NRW -Bi-1

142⇒ ebenda

143⇒ Siehe: Antifaschismus ... S.71ff

144⇒ Karl Sauer: die Verbrechen der Waffen-SS. Eine Dokumentation der VVN-Bund der Antifaschisten, Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main 1977, S. 83

145⇒ ebenda, S. 85

146⇒ ebenda, S. 87

147⇒ Siehe: Antifaschismus ... S.72ff

148⇒ VVN-NRW -Org.-Div.-Schriften-3-222

Eine Liste, mit der nachgewiesen wurde, dass noch viele Lischkas in der Bundesrepublik lebten, erstellte dann das Präsidium der VVN-BdA. In ihr wurden etwa 100 Namen genannt, die alle in Frankreich verurteilt, auf freiem Fuß lebten, viele „angesehene“ Personen im öffentlichen Leben waren. (Siehe: Antifaschismus ... S.73)

149⇒ Günther Weisenborn wurde Am 10. Juli 1902 im rheinischen Velbert geboren, lebte lange Jahre in Opladen - heute ein Stadtteil von Leverkusen. Er studierte an den Universitäten Köln und Bonn und machte sich 1928 mit dem Antikriegsstück „U-Boot 54“ einen Namen. Nach mehreren Auslandsaufenthalten wurde er als Mitglied der Schulze-Boysen-Organisation (Rote Kapelle) zum Tode verurteilt, im Zuchthaus Luchau von sowjetischen Truppen befreit. Als Antifaschist setzte er sich in der Zeit des Kalten Krieges für normale Beziehungen zum „anderen deutschen Staat“, den anderen „Ostblock-Staaten“ und China ein. Er starb am 26. März 1969 in Westberlin. Er war Ehrenpräsident der VVN-BdA. Bezeichnend ist, das erst 1985 - nach jahrelangem Kampf - die VVN-Forderung nach einer Straßenbenennung im Stadtrat seiner Geburtsstadt durchgesetzt wurde. In Leverkusen wartet die Umsetzung eines Bürgerantrages einiges VVN-Mitglieds nach einer Straßenbenennung nach diesem Antifaschisten noch seiner Umsetzung

150⇒ Siehe: Antifaschismus ... S. 3, weitere Persönlichkeiten aus NRW sind dort genannt: der Maler Otto Pankok (Düsseldorf), der katholische Theologe Dr. Nikolaus Ehlen (Velbert), Professor Ewald Mataré von der Kunstakademie in Düsseldorf.

151⇒ Siehe: Antifaschismus ... S. 69

152⇒ Böll und Köln - herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von Viktor Böll, Köln 1990, S. 207

153⇒ VVN-NRW -LDK-1975-2-33ff

154⇒ VVN-NRW -Präsidium-1-19ff

155⇒ VVN-NRW -Präsidium-1-68

156⇒ VVN-NRW -Präsidium-1-70

157⇒ VVN-NRW -Präsidium-19ff

158⇒ VVN-NRW -Präsidium-2-46

159⇒ Siehe: Antifaschismus ... S. 96

160⇒ VVN-NRW -LV-3-61

161⇒ VVN-NRW-Org.-Div.-Schriften-3-150

162⇒ VVN-NRW -Org.-Div.-Schriften-6-

163⇒ Jürgen Pomorin / Reinhard Junge: Vorwärts, wir marschierten zurück - Die Neonazis, Teil II, Dortmund 1979, S. 172ff

In dem Buch finden sich weitere Hinweise auf neofaschistische und reaktionäre Personen und Organisationen im Lande NRW, u.a. über Hubert Meyer (Panzer-Meyer), Sprecher der HIAG in Leverkusen; über die NPD in Bochum, Kamen, Dortmund, über die NPD-Landeszentrale in Bochum/Wattenscheid - gegen die Antifaschisten immer wieder protestierten - und gegen den damaligen Landesvorsitzenden „Major“ Karl- Heinz Lindner.

164⇒ VVN-NRW -K-KR-1-29

165⇒ Siehe: Antifaschismus ... S. 103

166⇒ Siehe: Antifaschismus ... S. 104

167⇒ Siehe: Antifaschismus ... S.106

168⇒ VVN-NRW -K-Herne-82

Zur Bemerkung „Bundeswehrakademie“ sei auf folgendes verwiesen: In damaligen Pressemeldungen tauchte auf, dass zu den in den siebziger Jahren entstandenen „Bundeswehrhochschulen“ in Hamburg und München, reaktionäre Tendenzen sichtbar wurden. Als „Gäste“ wurden auch Offiziere anderer Nationen eingeladen, so auch die Chilenischen Junta-Anhänger Kraushaar und Ackerknecht. Interessant in dem Zusammenhang ist die Tatsache, dass an der Bundeswehrhochschule in München es 1977 zu einem Skandal kam, weil Leutnants eine symbolische „Judenverbrennung“ durchspielten. Der Skandal wurde runter gespielt - die betroffenen Bundeswehrangehörigen seien „betrunken“ gewesen. In vielen Medien wurde Zweifel an der Version angemeldet, zumal bekannt wurde, dass einer der Lehrer der „Betrunkenen“ Dr. Ernst Nittner war. Dieser Mann war sechs Jahre vorher in der Öffentlichkeit bekannt geworden, weil er der Leiter des wehrwissenschaftlichen Lehrstabs an der Wehrakademie der Bundeswehr in Hilden (wie die VVN-BdA auf einer Pressekonferenz in Bonn enthüllte) Mitglied der NSDAP war. Nach dem „Anschluss an das Sudetenland“ - und wie man hinzufügen muss der sogenannten „Reichskristallnacht“ - trat er „euphorisch“ der SS bei (Siehe dazu: Düsseldorfer Nachrichten vom 16. April 1971)

Nebenher wirkte er auch bei der Bildungsarbeit in der damaligen „Deutschen Jugend des Osten, DJO“ mit. Am Standort Hilden kam es zu vielfachen Aktionen gegen Nittner, dessen Ablösung gefordert wurde. Dabei war die VVN-BdA die treibende Kraft. Durch die im Jahre darauf erfolgte Umstrukturierung der Wehrakademie bzw. deren Auflösung verschwand Nittner aus den Schlagzeilen, um dann wieder 1977 erwähnt zu werden.

169⇒ VVN-NRW -K-Herne-83

170⇒ VVN-NRW -Org.-Mitg.

171⇒ VVN-NRW -LV-3-53

172⇒ Siehe: Antifaschismus ... S. 112ff

173⇒ VVN-NRW -LV-3-53ff

174⇒ VVN-NRW -LV-3-51 ff

175⇒ VVN-NRW -LV-3-3 5

176⇒ VVN-NRW -LV-3-69

177⇒ VVN-NRW -LDK-1979-3

178⇒ VVN-NRW -K-Mü-127

179⇒ Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) Herne, Donnerstag, 29. März 1979

180⇒ ebenda

181⇒ WAZ, Herne, Dienstag, 3. April 1979

182⇒ WAZ, Herne, Mittwoch, 4. April 1979

183⇒ „tendenz“ - Zeitung der Jungdemokraten NRW, Juli 1979, S.7

184⇒ „Remscheider Generalanzeiger“- Wermelskirchen, 13 Juni 1996

185⇒ VVN-BdA - ZA - Straßburg auch das nachfolgende

186⇒ General-Anzeiger, Bonn, 11. Mai 1979, S.9

187⇒ VVN-NRW -K-En-157

188⇒ Kopien des Schriftverkehrs der Rechtsanwälte lassen dies erkennen, über den Ausgang findet sich jedoch kein Dokument in den durchgesehenen Akten VVN-NRW

189⇒ Rheinische Post, Düsseldorf, Samstag 9. August 1980

190⇒ Siehe dazu auch die Darstellung „1959: Der Rock von Klier....“ von Peter Baumöller in seinem Buch, „...es war nicht alles für die Katz“, Düsseldorf, 1998, Seite 132 ff.

191⇒ Süddeutsche Zeitung 10, Oktober 1980, zitiert nach Manuskript des Referats von Hans Jennes auf der Präsidiumstagung der VVN-BdA in Springen 18.-19. Oktober 1980, S. 20ff.

192⇒ ebenda

193⇒ Materialien der Bundeskonferenz 1981 in: VVN-NRW -BuFuko

194⇒ ebenda

195⇒ Hier soll angemerkt werden, dass bei dieser Arbeit der Antifaschist Georg Herde mit seinem Informationsdienst wertvolle Hilfe leistete.

196⇒ VVN-NRW -Org.-DivSchrift.-3-97

197⇒ ebenda

198⇒ VVN-NRW -D-K-1-153

199⇒ VVN-NRW -LV-1-96

200⇒ ebenda

- 201⇒ VVN-NRW -DiSchrift.-3-73
 202⇒ VVN-NRW -Org-DivSchrift.-3-72
 203⇒ VVN-NRW -Org-DivSchrift.-3-69
 204⇒ VVN-NRW -Org-DrvSchrift.-3-52
 205⇒ Kölner Stadt-Anzeiger, Mo. 31. Januar 1983
 206⇒ VVN-NRW -LDK-1983-2
 207⇒ siehe 206, auch das nachfolgende
 208⇒ Pressedienst der VVN-Bund der Antifaschisten, 8. Dezember 1983
 209⇒ ebenda
 210⇒ Pressedienst 07.05.1984
 211⇒ Pressedienst 11.05.1984
 212⇒ Interview im Magazin "Marabo" - als Kopie vorhanden ohne Erscheinungsdatum
 213⇒ VVN-NRW -Org-DivSchrift.-3-32
 214⇒ VVN-NRW -Org-DivSchrift.-3 36
 215⇒ VVN-NRW -K-BN-7
 216⇒ VVN-NRW -Org-DivSchrift.-3-21
 217⇒ VVN-NRW -Org-DivSchrift.-3-17
 218⇒ Kölner Stadt-Anzeiger 06.05.1985
 219⇒ ebenda
 220⇒ Interessant ist dazu, dass der ehemalige Vorsitzende der DKP, Herbert Mies zu der 'bedeutsamen Rede des ehemaligen Bundespräsidenten' feststellte, nämlich das sich in der öffentliche Meinung ein Wandel vollzogen habe. Auf der Berliner Geschichtstagung "50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus - Wider den Geschichtsrevisionismus" - stellte er u.a. fest: "Die Mehrheit des deutschen Volkes scheint seither doch der Meinung Weizsäckers zu sein, - ich zitiere ihn: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aber wir haben allen Grund den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim einer Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg." Natürlich würde mir zu dieser Charakterisierung auch kritisches, distanzierendes und auch klassenmäßiges einfallen. Diese Worte gehören sicherlich zu den bleibenden Verdiensten dieses Bundespräsidenten. Es wäre für die deutsche Gegenwarts- und Zukunftsgeschichte schon ein großer Gewinn, wenn die ohnehin geteilte öffentliche Meinung nicht wieder hinter sie zurückgefahren würde. Dies aber ist um den 50. Jahrestag herum zu befürchten. So meine ich denn auch, dass die Verfestigung des Weizsäckerischen Spätverständnisses vom 8. Mai 1945 unser aller Aufgabe dieser Tage sein sollte. Das ist konkreter Kampf wider den Geschichtsrevisionismus. (Schriftenreihe der Marx-Engels- Stiftung, Bd. 25 "50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus - Wider den Geschichtsrevisionismus", Bonn, 1996, Seite 160 ff.)
 221⇒ WAZ Mülheim/Ruhr, Freitag 04. September 1987
 222⇒ Buersche Zeitung, Gelsenkirchen-Buer, 03. Februar 1986
 223⇒ siehe Flugblatt: „Aus der Geschichte lernen, FAP verbieten, den Terror stoppen“.
 224⇒ Pressedienst 28.05.1986
 225⇒ Antifaschistische Rundschau 11/86 S. 5
 226⇒ siehe Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 6
 Internationales Symposium 28. Juni 1986. Die historische Bedeutung des Kampfes gegen den faschistischen Putsch in Spanien und seine Lehren für die Gegenwart. (Wuppertal 1987)
 227⇒ Ar 10/86
 228⇒ Unsere Zeit (UZ), Düsseldorf 30. August 1986
 229⇒ undatierter Bericht im Besitz der VVN-BdA
 230⇒ UZ, 16. März 1987 wurde mitgeteilt, dass diesmal die SS-HIAG von der Volkstrauertags-Feier ausgeschlossen worden sei. Ebenso habe die Kriegsgräberfürsorge in Moers die HIAG aus dem Verband ausgeschlossen.
 231⇒ AR 6/87
 232⇒ AR 4/87
 233⇒ VVN-NRW -K-Mü-7
 234⇒ AR 8/87
 235⇒ AR 9/87
 236⇒ Information der VVN-BdA
 237⇒ AR 12/87
 238⇒ Pressedienst 28. Januar 1988
 239⇒ Pressedienst 11. April 1988

240⇒ UZ 8.September 1989

241⇒ Schwelmer Rundschau 23. Januar 1989

242⇒ Tätigkeitsbericht des Geschäftsführenden Landesausschusses der VVN-BdA NRW

243⇒ Mit offenen Visier - Geschichten zwischen Bundeswehr und Bundestag, aufgeschrieben von Bernd Wilz, Asendorf, 1994, S. 151 ff.

Hier sei angemerkt, dass es sich bei dem Verlag um den MUT-Verlag handelt, einen Verlag wie es in einer VVN-BdA NRW Veröffentlichung mal hieß: der "bekannt für einschlägige Literatur (ist), die den Deutschen den rechten Weg zur NPD, zu den Reps und zu den Völkischen zeigen will." Und ebenfalls angemerkt werden soll, dass der damalige CDU-Landesvorsitzende, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, in diesem Werk ein Vorwort beisteuerte.

Herstellung + Vertrieb:

VVN-Bund der Antifaschisten
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Gathe 55, 42107 Wuppertal

Gestaltung:

www.nrw.vvn-bda.de
Harald Meyer, Horst Vermöhlen / 2002

V.i.S.d.P.:

Manfred Demmer



08.10.2002 Düsseldorf